REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 367 · 8.6.1994

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 54 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Der Rechts-Staat. Rassisten als "Sicherheitsorgane" - ga.
2. Arbeitskampf in der Druckindustrie - Pfi
3. Prozeß gegen Antifaschisten eingestellt - ga.
4. Bundesweite Antifa und Knastdemo, Berlin, 21.5.94
5. Unser neuer Präsident - Knut Mellenthin
6. Nachruf auf einen Überforderten. Zum Tode Erich Honeckers - Günter Benser
7. Haider niedergepfiffen - Kohl ausgejubelt. Erfolgreiche Antifa-Aktionen in Nürnberg - Al., Nürnberg
8. Das Europa des Großkapitals weiter auf dem Vormarsch. Einige Gedanken aus Anlaß der Europawahl - J., Westberlin
9. 50 Jahre nach D-Day: Deutschland feiert nicht mit - Js.
10. Zehn gute Gründe, zur Wahl zu gehen und PDS anzukreuzen - Claudia Gohde
11. Die unendliche Geschichte der "Auschwitz- Lüge" - ES, Hamburg
12. Back to the roots ... Deutsche Geheimdienste auf neuen alten Wegen - M., Berlin
13. "Wir hätten dem Ganzen vorbeugen können." Interview mit Magdeburger AntifaschistInnen
14. Frauen in der rechten Szene - "Wir sind auch die kämpfende Front". Buchvorstellung - at.
15. Das israelisch-palästinensische Abkommen legitimiert die israelische Besatzung. Erklärung von Haidar Abdel Shafi u.a. - Klaus Mellenthin
16. Schluckt der Nordjemen den Süden? Die Addition (zweier Länder) ergibt auch hier keine Summe - ga.
17. Präsidentschaftswahlen in Mexiko. Ein heißer Sommer steht bevor - Boris Alexander
18. "Alle finden sich in unseren Forderungen wieder." Interview mit dem Subcomandante Marcos in Chiapas/Mexico (aus "ila")
19. Die Krise der FMLN. Ehemalige Guerillabewegung vor der Spaltung - Al., Nürnberg
20. Völkermord in Rwanda. Die Katastrophe und ihre Vorgeschichte - J., Westberlin
21. ANC nimmt massive Wahlfälschung hin. Inkatha weiter im politischen Geschäft - J., Westberlin
22. Von Rechtsaußen in den Mainstream. Politische Hetze gegen EinwanderInnen in den USA - Michael Hahn
23. Der Poker um Makedonien. Eine neue Balkankrise spitzt sich gefährlich zu - Balduin Winter
24. Die Brille des Klaus Kinkel (Deutsche Panzer in Kurdistan) - Ulla Frey
25. Rassismus und Esoterik - untrennbar verbunden? - jur
26. EMMA läuft Amok - Toni Menninger
27. EMMA - reif für den Überfall? - Li.
28. Es wird Zeit, daß sie rauskommen! - Christine Kuby
29. Prozeßerklärung von Heidi Schulz (Dokumentation) - Mathias Meyers
30. Mission soccer. Über den Mißerfolg des Fußballspiels in Nordamerika - Christoph Bausenwein
31. Die Rattenlinie. Nazi-Verbrecher Priebke, der Vatikan und die italienische Rechtsregierung - Js.
32. Quelldatei 06.htm
33. Quelldatei 13.htm
34. Quelldatei 15.htm
35. Quelldatei 18.htm
36. Es wird Zeit, daß sie rauskommen
37. Quelldatei 27.htm
38. Quelldatei 30bu.htm
39. Quelldatei 31bu2.htm
40. Rassistische Polizei -
41. Quelldatei amok.htm
42. Europa

43. Quelldatei isohaft.htm
44. Der schwere Weg zum Frieden
45. Quelldatei jemen.htm
46. Quelldatei makedon.htm
47. Ein Knüppel gegen Nazis?
48. Quelldatei ruanda.htm
49. Quelldatei s10-b.htm
50. Quelldatei s10.htm
51. Quelldatei tod.htm
52. Quelldatei usa.htm
53. Deutsche Waffen in Kurdistan
54. Quelldatei wahl.htm

1. Der Rechts-Staat. Rassisten als "Sicherheitsorgane"

Autor: ga. · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/titel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:titel

Mehr Zivilcourage sollen die BürgerInnen an den Tag legen. Nicht zusehen, wenn irgendwo jemand zusammengeschlagen oder beschimpft wird. "Den RassistInnen keinen Fußbreit", könnte mensch meinen, lautet die Parole, die die PolitikerInnen nach den Ereignissen in Magdeburg - zum wiederholten Male - verbreiten lassen.

Schön und gut, sicherlich wäre es wünschenswert, wenn mehr Menschen den Mut finden würden, in solchen Situationen wie in Magdeburg einzugreifen und den vom rechtsextremistischem Mob Bedrängten aktiv zu helfen. Sich nur voller Betroffenheit zu Lichterketten zusammenzufinden - im nachhinein, wenn alles vorbei und den Ermordeten nicht mehr zu helfen ist - gibt den Rechtsextremisten Raum für ihr rassistisches Tun.

Fortsetzung Seite 10

2. Arbeitskampf in der Druckindustrie

Autor: Pfi · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:24

Seit mehreren Wochen finden sich regelmäßig Meldungen in den Medien, daß die Tarifverhandlungen in der Druckindustrie mal wieder gescheitert sind, und daß neue Verhandlungen mal mit, mal ohne Schlichter angesetzt werden, die dann auch wieder ohne Ergebnis vertagt werden. Und am Umfang der täglichen Zeitung läßt sich gelegentlich bemerken, daß die Kolleginnen und Kollegen an den Druckmaschinen die Schnauze voll haben.

Um was geht es bei den Tarifverhandlungen für die ca. 200.000 Beschäftigten der Druckindustrie eigentlich? Warum wird da nicht, wie in anderen Branchen üblich, nach kurzem Geplänkel mit den üblichen 2 Prozent Lohnerhöhung abgeschlossen?

Konfliktpunkt Manteltarif

Natürlich geht es auch ums Geld. Zum 31.3.94 wurde der Lohn- und Gehaltstarif gekündigt. Die IG Medien fordert im wesentlichen eine Lohnerhöhung um 5 Prozent, die Anhebung der unteren Lohngruppen sowie Verhandlungen über beschäftigungssichernde Maßnahmen. Die Arbeitgeber bieten dagegen 2 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten und 3 "Leermonaten", also schlußendlich 1,5 Prozent. Doch im wesentlichen hat die IG Medien weiterreichende Forderungen im Hinblick auf die Arbeitssituation aufgestellt, was im Manteltarifvertrag zu regeln ist.

Bereits im Mai letzten Jahres hatte die IG Medien beschlossen, den Manteltarifvertrag zum Ende des Jahres zu kündigen, um über notwendige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Die wesentlichen Forderungen:

- Entlastung für Schichtarbeiter einschließlich einer Tarifrente für Nachtarbeit,

- Verbesserung des Gesundheitsschutzes,

- Beteiligungsrechte der Beschäftigten, vor allem in Fragen der Arbeitszeitgestaltung,

- Schutz für Teilzeitbeschäftigte,

- Frauengleichstellung,

- arbeitszeitverkürzende Bestimmungen zwecks Eindämmung der Arbeitslosigkeit,

- gleiche Wochenarbeitszeit für Beschäftigte in den neuen Bundesländern.

Der Verhandlungsverlauf

Der Bundesverband Druck hat von Anfang an die harte Linie gefahren: Totales Nein und Verhandlungsboykott. Nachdem im Dezember von Arbeitgeberseite kein Angebot vorlag, scheiterten die Verhandlungen, und ein Schlichter wurde eingeschaltet. Doch wo keine Bereitschaft vorhanden ist, kann auch der arbeitgeberfreundlichste Schlichter nichts anbieten. Nach etlichen Sitzungen legten die Kapitalisten dann Mitte April ein "Angebot" auf den Tisch, das diesen Namen nicht verdient. Voraussetzung sei zunächst einmal, den alten Manteltarifvertrag bis Ende 1996 wieder in Kraft zu setzen, um "in Ruhe", d.h. mit Friedenspflicht und ohne das Druckmittel Streik, verhandeln zu können. Und dann hätte man gerne folgendes besprochen: Streichung der Überstundenzuschläge, Einführung eines "Arbeitszeitkorridors" bis hin zur 40-Stunden-Woche, Umwandlung des Sonnabends in einen normalen Arbeitstag, Einstellung von Langzeitarbeitslosen für 90 Prozent des Tariflohns.

Die Streiktaktik

Begleitet wurden die Tarifauseinandersetzungen durch eine Reihe von punktuellen Warnstreiks. "Bild" jammerte am 1. Juni, daß die IG Medien seit Mitte März 750 mal die Arbeit niedergelegt hätte. Was sind das für Streiks? Bislang wurden nicht ganze Belegschaften zum Streik aufgerufen, sondern es wurde versucht, gezielt abteilungsweise Sand ins Getriebe zu streuen. Da man das Erscheinen ganzer Zeitungen nicht verhindern kann, weil Abteilungsleiter oder Schichtführer meist noch eine Notausgabe zustandebringen, wurde

in Bereichen zeitweise gestreikt, wo es die Unternehmer Geld kostet: im empfindlichen Anzeigenbereich oder in der Farbreproduktion, wo Aufträge dann an Fremdfirmen vergeben werden müssen.

Doch bislang hat diese "marktwirtschaftlich orientierte Streiktechnik" (IG Medien) noch nicht den gewünschten Erfolg gehabt, die Arbeitgeber mit diskussionsfähigen Vorstellungen an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Was kann die Gewerkschaft darüber hinaus tun? Derzeit wird in der IG Medien über eine Urabstimmung und flächendeckende Streiks nachgedacht. Aber es ist nicht nur eine Frage der Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen, diesen Streik auszuweiten und auch durchzuziehen. Es ist auch eine Frage der Streikkasse der Gewerkschaft. Bekanntermaßen herrscht in dieser seit langen Jahren, als Folge von Arbeitskämpfen in den 80er Jahren, Ebbe.

Von den anderen DGB-Gewerkschaften kann die IG Medien (nicht nur) in dieser Frage keine Unterstützung erwarten. Zu stark heben sich die Konfliktbereitschaft und die Forderungen vom sonstigen Gewerkschaftsverhalten in der diesjährigen Tarifrunde ab.

Pfi

3. Prozeß gegen Antifaschisten eingestellt

Autor: ga. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:36

Das Pinneberger Jugendschöffengericht hat am 16.5.1994, dem 16. Verhandlungstag, das Strafverfahren gegen fünf junge türkische Antifaschisten auf Kosten der Landeskasse eingestellt.

Am 2.12.1992, eine Woche nach dem Brandanschlag auf das Haus der türkischen Familie Arslan in Mölln am 23.11.1992, bei dem zwei türkische Mädchen und ihre Mutter grausam verbrannten, fand vor der Bundesgeschäftsstelle der FAP - der "Freiheitlichen Arbeiterpartei Deutschlands" in Halstenbek-Krupunder eine Protestaktion von türkischen und deutschen AntifaschistInnen statt, in deren Verlauf es zu körperlichen Auseinandersetzungen mit Neofaschisten aus dem Umfeld der Glenn Goertz (FAP) kam.

Die Staatsanwaltschaft in Itzehoe hatte daraufhin sechs junge Türken wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch angeklagt. Die Anklage beruhte nach langwierigen Ermittlungen allein auf deren Teilnahme an der Protestaktion, ohne daß ihnen konkrete Verletzungshandlungen vorgeworfen werden konnten.

Schon zu Beginn des gerichtlichen Strafverfahrens im Januar 1994 beantragte die Verteidigung die Einstellung des Verfahrens, da deutlich wurde, daß sich die Angeklagten aus einer außerordentlich starken emotionalen Betroffenheit durch die zunehmenden rassistischen Angriffe heraus zur Wehr gesetzt haben. Für die Angeklagten gab es damals keinen Landfrieden, den sie hätten brechen können. Die FAP war in diesem Verfahren durch den Nazi-Anwalt Jürgen Rieger aus Blankenese als Nebenklägerin vertreten.

Seine Präsenz in diesem Strafverfahren führte regelmäßig zu heftigen Auseinandersetzungen und vielfachen Unterbrechungen des Verfahrens.

Das Gericht bemühte sich, den politischen Charakter dieses Verfahrens weitgehend zu ignorieren. Dafür gab es starke polizeiliche Absperrmaßnahmen des Gerichtsgebäudes mit Einlaßkontrollen, die regelmäßige Präsenz von Polizeibeamten im Gerichtssaal, eine einsatzbereite Hundertschaft in Nebenräumen und Geleitschutz für den Nebenklägeranwalt Rieger und die Zeugen aus dem FAP-Umfeld. Auf dieser Plattform konnte Rechtsanwalt Rieger unbeanstandet agieren und provozieren.

Das Schöffengericht mit seinem Vorsitzenden Richter am Amtsgericht, Ingwersen, hat das Verfahren nun eingestellt. Die Angeklagten hätten lediglich einen "demonstrativen Auftritt" vor der FAP-Bundesgeschäftsstelle geplant und aufgrund der in der Öffentlichkeit bekannten Militanz und regelmäßigen Bewaffnung der FAP nachvollziehbar vereinzelt Schlagwerkzeuge mit sich geführt.

So ergab sich in der Beweisaufnahme, daß in der FAP-Geschäftsstelle ein Molotow-Cocktail gelagert war, den die Polizei zwar sichtete, aber nicht beschlagnahmte. Die FAP-Mitglieder führten am 2.12.1992 zudem größere Mengen CS-Gas, Baseballschläger und eine 9mm Gaswaffe mit sich.

Das Gericht bescheinigte den Angeklagten in seiner Einstellungsbegründung jetzt aufgrund der vorausgegangenen rassistischen, ausländerfeindlichen Angriffe in Deutschland, die auch den Lauf dieses Prozesses wieder begleiteten, die "außerordentlich starke emotionale Betroffenheit".

ga., nach einer Presseerklärung

der Verteidigung

4. Bundesweite Antifa und Knastdemo, Berlin, 21.5.94

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:28

Unter dem Motto: "Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands und der Selbstverteidigung von ImmigrantInnen - Eingreifen ist gerechtfertigt!" zogen am Pfingstsamstag 4.000 AntifaschistInnen durch die Straßen des West-Teils der Hauptstadt.

Damit wurde allerdings das gesetzte Mobilisierungs-Ziel weder zahlenmäßig noch von der politischen Breite her erreicht. Leider war es nicht möglich, das TeilnehmerInnen-Spektrum über autonome AntifaschistInnen hinaus zu erweitern.

Die Demonstration wurde von einem massiven Bullen-Aufgebot "begleitet": Als mensch den publikumswirksamen Innenstadt-Bereich verlassen hatte, wurde die Demo in ein zweiseitiges Spalier genommen und zog nun als "wandernder Bullen-Kessel" zur Untersuchungshaftsanstalt Moabit, wo die inhaftierten Antifas einsitzen.

Vor dem Knast gab es neben persönlichen Grüßen, live-gemixtem Hip-Hop auch Redebeiträge, wie den des Wiesbadener Antifas Gunther, der von seinem derzeit laufenden Gerichtsverfahren berichtete. Zum Ende wurde die Kundgebung vor dem Knast von den Bullen auseinandergeprügelt. Nur mit Mühe und erneutem Bullenspalier gelangten die verbliebenen DemonstrantInnen zum U-Bahnhof. Dort erwartete sie nicht nur auf dem Bahnsteig herumpöbelnde Polizisten. Diese ließen es sich nicht nehmen, in voller Kampfmontur, mit dem abziehenden DemonstrantInnen U-Bahn zu fahren!

Am nächsten Tag zog noch ein Teil der DemonstrantInnen zum Knast Plötzensee wo Fatma inhaftiert ist.

Demo in Berlin am 21.5.94

Fotos: KFOFM

5. Unser neuer Präsident

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:26

Der neue Bundespräsident "macht dieses Land schlechter, als es ist", greinte noch vor der Wahl eine TAZ-Kommentatorin. Jedenfalls heißt es nun Abschied nehmen von einem repräsentierenden Staatsoberhaupt, das beharrlich und erfolgreich bemüht war, dieses Deutsch-Land nach Außen und Innen besser darzustellen, als es ist.

Ich würde mir auf allen Ebenen dieses Staates und dieser Gesellschaft Politiker wünschen, die ihre Sache so schlecht wie möglich machen: Dummdreiste Sprüche, die Protest im In- und Ausland provozieren; stolz zur Schau getragene Dämlichkeit und einen sicheren Instinkt für jedes noch so unscheinbare Fettnäpfchen. Weizsäcker war so betrachtet eine insgesamt nicht sehr erfreuliche Erscheinung. Vor allem in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, als Kohl noch wie im Rausch durch die Porzellanläden tobte - bekanntestes Stichwort: Bitburg 1985 - war Richard von Weizsäcker der unerbittliche Schönschwätzer, der alles wieder gerade bog. Seine Rede zum 8. Mai 1985 wurde Legende, obwohl sich vermutlich niemand mehr daran erinnert, was er damals denn nun eigentlich gesagt hat.

Abgesehen von einer beträchtlichen Image-Verbesserung zugunsten dieses Staates wird es schwer fallen, Nachhaltiges im Tun des letzten Bundespräsidenten auszumachen. Daß er mit seinen Sprüchen das geistige und das praktisch-politische Klima im Land positiv beeinflußt hätte, ist nicht feststellbar. Im Gegenteil: Die Entwicklung während der Amtsjahre Weizsäckers, 1984-94, ist geprägt durch eine sprunghafte Zunahme militanter Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremen Terrors. Dafür kann der Bundespräsident kaum etwas, aber er hat sich auch nicht als Gegenkraft profiliert, sondern gegenüber dieser neuen Herausforderung evident versagt.

Aber war von dem Mann denn etwas anderes zu erwarten? In seiner Antrittsrede, 1. Juli 1984, hatte Weizsäcker davon gesprochen, daß der Umgang mit "den bei uns lebenden Ausländern" "große Anstrengungen auf beiden Seiten" erfordere, und hatte drohend hinzugefügt: "Gelingen kann es nur, wenn die Zahl der Ausländer nicht weiter wächst." - Einwanderungsstopp also als explizite Voraussetzung menschlicher Umgangsformen, was immer auch impliziert, daß unmenschliches, gewaltsames Verhalten gegen Ausländer nicht zuletzt eine zwar unerwünschte, aber natürliche Folgeerscheinung ihrer zu großen Anzahl sei.

In derselben Rede hatte Weizsäcker von den in der BRD lebenden Nicht-Deutschen gefordert: "Soweit sie auf die Dauer bei uns bleiben wollen, müssen sie die Fähigkeit und den Willen entwickeln, mit uns allmählich zusammenwachsen." - In dieser Aussage herrscht nicht unabsichtlich totale sprachliche Verwirrung: zwei Dinge können miteinander zusammenwachsen, aber nicht ein Ding mit einem anderen. Der sachlich richtige Ausdruck für das, was die herrschenden Politiker dem nicht-deutschen Teil der Bevölkerung als Voraussetzung für ein Bleiberecht abverlangen, ist Anpassung, Angleichung. Deutsch sollen sie werden, oder sie fliegen irgendwann einmal raus. Daß Deutsche und Nicht-Deutsche zu etwas Neuem zusammenwachsen könnten, ist in der Ideologie und Politik dieses Staates nicht vorgesehen, ebensowenig wie das Recht, einfach nur als Nicht-Deutsche in diesem Land zu leben und Nicht-Deutsche bleiben zu wollen.

War Weizsäcker also wirklich so meilenweit von seinem Nachfolger entfernt, der kurz vor der Wahl in einem Interview das Plädoyer für eine Einbürgerung von Ausländern in der zweiten oder dritten Generation mit einer brutalen Rauswurf-Drohung verband: "Schlagen sie diese aus, sollte man ihnen nach einem großzügig bemessenen Zeitraum sagen: ‚Wir erwarten von euch die Rückkehr in das Land, das ihr offensichtlich als eure Heimat betrachtet.`"

Diese Aussage ist zweifellos starker Stoff und hätte breiteren, schärferen Protest verdient gehabt. Dennoch, wer sich darauf verläßt, daß es nun vorwiegend in dieser Tonart weitergeht, und daß der neue Präsident ein zuverlässiger und bequemer Stichwortgeber für linke Polemiken sein wird, könnte enttäuscht werden. Wahrscheinlicher ist, daß er sich auf das Mittelmaß seiner Vorgänger einpendeln wird und seine Hauptaufgabe, Imagepflege im deutschen Namen, einigermaßen in den Griff kriegen wird. Herzogs Äußerung nach der Wahl, er halte wenig von Nationalgefühl und Nationalstolz, kann als Indiz dafür gelten. Er hält es, sagt er, für seine "entscheidende Aufgabe der nächsten Jahre, Befürchtungen einer deutschen Hegemonie

gegenstandslos zu machen", und es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich tatsächlich in diesem Sinn in Szene setzten wird.

Spätestens zum 8. Mai 1995, 50. Jahrestag der deutschen Kapitulation, wird Herzog eine Rede abliefern müssen, die man besonders im Ausland sehr genau lesen wird. Diese Aufgabe, anknüpfend an Weizsäckers Ansprache von 1985, einigermaßen zufriedenstellend zu lösen, ist eigentlich nicht schwer, zumal Herzog die Rede vielleicht nicht selbst und bestimmt nicht allein schreiben wird. Der neue Präsident müßte schon mutwillig einen internationalen Eklat provozieren wollen, um das Ziel zu verfehlen. Das wäre in der Geschichte des nominell höchsten Amtes der BRD jedoch etwas beispiellos Neues.

Sechs Bundespräsidenten gab es vor Roman Herzog. Drei davon wurden für eine zweite Amtszeit (jeweils fünf Jahre) wiedergewählt, was zugleich per Gesetz als das Maximum festgelegt ist. Alle drei - Heuß, Lübke und Weizsäcker - erhielten für ihre zweite Amtszeit auch die Stimmen der meisten SPD-VertreterInnen. Darin zeigt sich, daß das Prinzip, der Bundespräsident solle parteipolitisch neutral und ein Staatsoberhaupt "aller Deutschen" sein, von den Beteiligten einigermaßen ernst genommen wird, in dem Sinn, daß man sich gegenseitig nicht allzu weh tut, und daß ein einmal gewählter Präsident auf zunehmende Akzeptanz auch durch die Opposition rechnen kann.

Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1949-59) bewältigte die heikle Aufgabe des ersten deutschen Staatsoberhauptes nach NS-Regime und Krieg durch demonstrativ harmlose Gemütlichkeit schwäbischer Provenienz. Berühmt wurde sein Zuspruch an Bundeswehrsoldaten, "Dann siegt mal schön", mit dem er sogar der Remilitarisierung, die er persönlich eher abgelehnt hatte, eine kauzig-humorvolle Note zu geben verstand. "Papa Heuss" nannten ihn die Medien gern. Daß er als Abgeordneter der Deutschen Staatspartei im Reichstag 1933 den fatalen Ermächtigungsgesetzen für Hitler zugestimmt hatte, mochte ihm kaum jemand krumm nehmen. Irren ist menschlich, macht also einen ohnehin schon menschlichen Politiker noch viel sympathischer, zumal wenn er ein Volk repräsentiert, dessen große Mehrheit sich gleichfalls geirrt hatte. 1949 gewann Heuss die Wahl mit 377 Stimmen gegen 311 des SPD-Kandidaten Kurt Schumacher, der von den beiden sicher der schneidigere Nationalrhetoriker war. 1954 wurde Heuss wiedergewählt mit den Stimmen der SPD, die von vornherein auf einen Gegenkandidaten verzichtet hatte.

Heinrich Lübke (1959-69), CDU, bis dahin Landwirtschaftsminister, stellte eigentlich nur eine Verlegenheitslösung dar und blieb dieser Ausgangslage zehn Jahre lang treu. Er war kurzfristig nominiert worden, nachdem Kanzler Konrad Adenauer von seiner Momentsidee, selbst Bundespräsident zu werden, wieder zurückgetreten war: Mit seinen damals gerade erst 83 Jahren fühlte der Kanzler sich nach kurzem Besinnen doch noch viel zu jung, um freiwillig die Regierungsbank zu räumen und als nur noch repräsentierendes Staatsoberhaupt sein Leben zu beschließen. Lübke setzte sich erst im zweiten Wahlgang gegen den SPD-Kandidaten Carlo Schmid durch, da die FDP an ihrem eigenen Kandidaten festhielt. Lübkes Stil war durch allertiefste Provinzialität, treuherzigen Konservativismus und einen eher vertrottelten als aggressiven Patriotismus gekennzeichnet. Vor allem in seiner zweiten Amtszeit wurde er, gesteigert durch Alterserscheinungen wie Vergeßlichkeit, zur komischen Figur und damit vielleicht zu einem der Sargnägel der CDU-Vorherrschaft. Zusätzlich blieb aufgrund von durch die DDR publizierten Dokumenten der Ruf eines "KZ-Baumeisters" an ihm hängen. Die SPD unterstützte 1964 dennoch mehrheitlich die Wiederwahl Lübkes. Möglicherweise war das motiviert in den gelegentlichen Äußerungen des Bundespräsidenten zugunsten einer Großen Koalition. Vielleicht aber stand auch das zynische Kalkül Pate, der herrschenden CDU mit dem Weiteramtieren dieses ridikülen und leicht angreifbaren Repräsentanten größtmöglichen Schaden zuzufügen.

Lübkes Nachfolger Gustav Heinemann (1969-74) war der erste und einzige Bundespräsident aus den Reihen der SPD. Inzwischen war, Ende 1966, die Große Koalition gebildet worden, in die Heinemann als Justizminister eingetreten war. Seine Wahl zum Bundespräsidenten im März 1969 erfolgte mit nur sechs Stimmen Vorsprung gegen Verteidigungsminister Schröder (CDU), wobei die FDP mehrheitlich für den SPD-Kandidaten gestimmt hatte. Sachlich berechtigt, wenn auch im Sinn der deklarierten Überparteilichkeit nicht ganz stilrein, bezeichnete Heinemann seine Wahl als Ausdruck eines "Machtwechsels". Tatsächlich folgte einige Monate später die Bildung der sozialliberalen Koalition und damit die Ausbootung der CDU aus der Regierung nach zwei Jahrzehnten absoluter Vorherrschaft. Heinemanns zentrales Anliegen war es, eine geistige Integrationskraft und persönliche Glaubwürdigkeit gegenüber der antiautoritären Jugendbewegung jener Jahre zu entwickeln. Das gelang ihm, gemessen an der Problematik der Aufgabe und den begrenzten Möglichkeiten seines Amtes, nicht einmal schlecht. Der anspruchsvolle Spagat des höchsten Staatsamtes,

zugleich auch als überparteilicher Repräsentant der CDU/CSU-Opposition akzeptiert zu werden, war so allerdings von vornherein nicht zu bewältigen. Heinemann verzichtete, glaubhaft aus Altersgründen, auf die Kandidatur für eine zweite Amtszeit - etwa gleichzeitig mit dem Rücktritt Brandts als Bundeskanzler. Beides zusammen symbolisierte das Ende der kurzen Phase, in der die SPD demokratische Reformhoffnungen ermutigt hatte.

Walter Scheel (FDP; 1974-79), bis dahin Außenminister, verbarg hinter der Maske der unverbindlichen rheinischen Frohnatur die Tätigkeit eines aktiven Intriganten hinter den politischen Kulissen, der schließlich auch am Ende der sozialliberalen Koalition (1982) seinen Anteil hatte. Als Bundespräsident konnte er sich Konturenlosigkeit leisten, da die Zeitverhältnisse weder innen- noch außenpolitisch besondere Integrations- und Beschönigungsanstrengungen verlangten. Etwas übertrieben, aber nicht völlig unzutreffend, konstatierte Scheel in seiner Antrittsrede die Niederlage der antiautoritären Revolte: "Nichts charakterisiert die Entwicklung der letzten Jahre augenfälliger als das Verhalten der jungen Menschen diesem Staat gegenüber. Am Ende der 60er Jahre demonstrierten viele - und nicht nur Studenten - gegen den Staat. Heute gehen viele von ihnen auf die Straße, um den 25. Jahrestag des Grundgesetzes zu feiern."

Mit Scheels Nachfolger Karl Carstens (1979-84), bis dahin Präsident des Bundestages, übernahm wieder die CDU das höchste Staatsamt. Carstens siegte gleich im ersten Wahlgang allein mit den Stimmen seiner Partei. Grundlage dieses Erfolges war eine stark veränderte Zusammensetzung des Wahlgremiums durch die Erfolge der CDU in vielen Bundesländern. Die SPD hatte Frau Renger nominiert, während sich die VertreterInnen der FDP bei der Abstimmung enthielten und damit offensichtlich machten, wie sehr es schon in den Strukturen der sozialliberalen Koalition kriselte. Ähnlich wie die Wahl Heinemanns 1969 hatte auch die Wahl von Carstens Signalfunktion für den kommenden "Machtwechsel" in Bonn. Der neue Bundespräsident, dem Nachtragende seine doch schon viele Jahre zurückliegende NSDAP-Mitgliedschaft vorhielten, verhielt sich insgesamt weniger dezidiert reaktionär als von seiner Person her zu erwarten war. Außer seiner legendären Wanderlust ist nichts an diesem Amtsträger des Erinnerns wert.

Richard von Weizsäcker trat sein Amt 1984 an. Offenbar hatten auch mehr als die Hälfte der SPD-VertreterInnen für ihn gestimmt, während die übrigen sich mehrheitlich enthalten hatten. Die Grünen hatten die Schriftstellerin Luise Rinser nominiert, die 68 Stimmen erhielt, also 49 Stimmen mehr als die Grünen selbst im Wahlgremium hatten. Hinsichtlich der Person Weizsäckers bestand von vornherein eine bedrückende Übereinstimmung hinsichtlich seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit und Glaubwürdigkeit, der auch Frau Rinser vor der Wahl ihren Respekt bekundete. Seine Wiederwahl 1989 erfolgte ohne Gegenkandidaten und mit einer noch höheren Stimmenzahl. Im Sinne der programmatischen Formel vom "Präsidenten aller Deutschen" war Weizsäcker die Idealfigur schlechthin, wohl mehr noch als Heuss, der diesen Typus ebenfalls sehr überzeugend vertreten hatte.

In die Amtszeit Weizsäckers fiel die Formulierung wachsender Machtansprüche der BRD, einmündend in den Anschluß der DDR 1990, und das immer lautere Verlangen nach einem "Schlußstrich" unter die belastenden und verpflichtenden Abschnitte der deutschen Geschichte. Weizsäcker verstand es meisterlich, ohne die realen politischen Vorgänge abzuschwächen oder ihnen gar entgegenzutreten, immer wieder Worte und Gesten zu finden, die die meisten Kritiker im Ausland zufriedenstellten und ihm persönlich ein hohes Prestige einbrachten. Auf Kohls Bitburg-Desaster folgte die international maßlos überschätzte Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai 1985. Auf Kohls unglückliches Agieren während seiner Israel-Reise (Januar 1984) folgte Weizsäckers Besuch in diesem Land (Oktober 1985), der - vor allem gestützt durch die Erinnerung an seine Rede zum 8. Mai - zur wirkungsvollen Inszenierung des "besseren Deutschland" wurde. In der vielleicht kompliziertesten Phase der BRD-Entwicklung, in der die Welt dazu gebracht werden mußte, ein qualitativ neues Selbstverständnis dieses Staates zu akzeptieren, war Weizsäcker für die herrschenden Kreise zweifellos der beste Mann, der auf diesen Platz gestellt werden konnte.

Herzog wird diese Qualität seines Vorgängers schwerlich erreichen. Es könnte aber auch sein, daß die Großmacht BRD erst einmal über die problematische Stufe hinweg ist, wo es solcher Künste in Vollendung bedurfte. Andererseits ist, wenn man die Ahnengalerie der bisherigen Bundespräsidenten Revue passieren läßt, auch nicht wahrscheinlich, daß Roman Herzog künftig jemand sein wird, der durch extrem rechte Kraftsprüche oder dummdreiste Taktlosigkeiten in Kohl-Manier außen- oder innenpolitische Eklats provoziert. Anderenfalls wäre er der erste Bundespräsident, der sich in diese Gefahrenzone begeben würde. Vermutlich wird er sich, sorgfältig beraten und redigiert, auf einer mittleren Bahn bewegen und auf diese Weise, wie die

Mehrheit seiner Vorgänger, den deutschen Staat immer noch ein bißchen besser repräsentieren, als er wirklich ist. Dann könnte er, wofür er altersmäßig gute Voraussetzungen hat, in fünf Jahren zu denjenigen Bundespräsidenten gehören, die mit den Stimmen der SPD für eine zweite Amtszeit wiedergewählt wurden.

Knut Mellenthin

6. Nachruf auf einen Überforderten. Zum Tode Erich Honeckers

Zum Tode Erich Honeckers (25. August 1912 - 29. Mai 1994) - von Günter Bender

Autor: Günter Benser · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:17

Was sich angekündigt hatte, ist eingetreten: Im Alter von 81 Jahren verstarb in Chile Erich Honecker.

Journalisten und Historiker, Zeitgenossen des In- und Auslands werden in diesen Tagen in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen ihre Betrachtungen über den Verstorbenen anstellen. Von den Politikern, die in erster Linie Anlaß und Grund hätten, sich zu äußern, werden sich wohl viele ausschweigen.

Noch ist die Zeit nicht reif, um diesem Manne frei von Haß oder Anhänglichkeit, jenseits von Frust oder Nibelungentreue Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Und so werden Nachrufe oder Nachreden, Urteile oder Verurteilungen mehr über deren Autoren als über das Leben Erich Honeckers aussagen.

Unverrückbar sind nur die Daten seines Lebens - die Wegmarken, die ihm gesetzt waren und die er selbst setzte. Sie gebieten anzuerkennen, daß von einem Manne die Rede ist, der fast zwei Jahrzehnte an der Spitze eines weltweit anerkannten Staates stand. Sein Amtsantritt fiel zusammen mit der Aufnahme der DDR in die UNO und mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu nahezu allen Ländern unseres Planeten, einschließlich - mit Vorbehalten - der Bundesrepublik Deutschland.

Wer schickt der Witwe

ein Beileidsschreiben?

Noch lebt die Erinnerung an das Foto, das Erich Honecker auf der Helsinki-Konferenz zwischen dem Präsidenten der USA Henry Ford und Bundeskanzler Helmut Schmidt zeigt. Noch sind die Bilder nicht vergessen, die dokumentieren, wie sich Helmut Kohl und Erich Honecker vor den Flaggen der beiden deutschen Staaten verneigen. Wer von den Staatsmännern und Diplomaten, die alljährlich dem Vorsitzenden des Staatsrates ihre Grußbotschaften übermittelten und dem Generalsekretär auf Empfängen ihre Reverenz erwiesen, die ihm vor laufenden Kameras minutenlang die Hände schüttelten, wird seiner Witwe ein Beileidsschreiben senden? Das müssen diese Herren mit sich abmachen, Frauen waren im Kreise dieser Mächtigen ohnehin rar.

Ganz anderer Natur ist das Nachdenken über Erich Honecker bei denen, die in seinem Staate gelebt haben - und er hatte dieser DDR tatsächlich in vielem seinen Zuschnitt gegeben. Wir sind es mehrheitlich gewesen, die Erich Honecker getragen haben oder auch zu ertragen hatten. Für uns vor allem bekam das Leben Erich Honecker Gewicht, ein zunehmend schwerer auf uns lastendes Gewicht. Viele von uns hat das nicht davon abgehalten, die Kinder und Enkel auf die Schultern zu nehmen, damit sie den Generalsekretär ja gut sehen und ihm zuwinken konnten. War er eitel, so haben wir seine Eitelkeit bedient. War er herrschsüchtig, so haben wir ihm beim Herrschen geholfen. Das Abwälzen der Verantwortung auf einen einzigen macht uns nicht freier. Das Nachdenken über das Leben Erich Honecker schon eher.

Dieses Leben begann im Saarland, in der Familie eines Bergarbeiters zu einer Zeit, da ein Weltkrieg heraufzog. Daß dieser sich auch tatsächlich entlud, dafür trugen deutsche Macht- und Expansionspolitiker die Hauptverantwortung. Das wußte jeder in der Familie Honecker. In ihr lebte die Enttäuschung über die Bewilligung der Kriegskredite durch die deutsche Sozialdemokratie und die Trauer um die niedergeschlagene Novemberrevolution. Die Honeckers gehörten zu den Benachteiligten der Weimarer Republik. Beeinflußt durch Elternhaus, durch soziales und politisches Milieu schloß sich Erich Honecker wie selbstverständlich der kommunistischen Kindergruppe und dann dem Kommunistischen Jugendverband an. Als dessen Funktionär fand er Lebenssinn und Selbstbestätigung.

Elementare Kampfziele seiner Jugend - Arbeit, Brot, bezahlbare Wohnung, Recht auf Bildung, soziale Sicherheit - sie behielten auch für den späteren Staatsmann den Stellenwert einer Leitidee und eines obersten Staatszieles. Weit weniger verstand er Zeit seines Lebens von den schwierigen Voraussetzungen einer florierenden Wirtschaft, die all dies ermöglichen kann. Der über die Befriedigung der elementaren

Lebensbedürfnisse hinausgehende Anspruch auf ein selbstbestimmtes, durch Partei und Staat nicht vereinnahmbares Leben war ihm hingegen verdächtig. Sein Jugenderlebnis von einer Gemeinschaft Gleichgesinnter, sich einer Kampforganisation unterordnender Genossen schien ihm auf ein ganzes Land übertragbar und über Generationen hinweg fortpflanzbar zu sein. Der Unterschied zwischen einer von oben gesetzten und einer von unten gewachsenen Solidargemeinschaft ist ihm verlorengegangen und wohl bis zur letzten Stunde nicht wieder bewußt geworden. Sind nicht dennoch Arbeit, Brot, Wohnung, Bildung, Sicherheit und Frieden der Sockel, auf dem alles ruht?

Wer sich erinnert, wie Erich Honecker beim Singen von Kampfliedern der Arbeiterbewegung, bei den Klängen von Schalmeienkapellen, bei Aufmärschen und Massensportschauen die Augen leuchteten, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er sich bis ins hohe Alter im Innersten nicht über den geistig-kulturellen Horizont seiner Jugend erhoben hat. Was er über die Gedankenwelt eines Marx, eines Engels, eines Lenin wußte, war im wesentlichen das in jungen Jahren Gelernte, war die schon in Stalinsche Dogmen gepreßte marxistisch-leninistische Ideologie.

Er hatte die Macht,

und die Macht hatte ihn

Dies schloß ein verhängnisvolles Verständnis von Macht in sich ein. Als Erich Honecker auf dem ersten von ihm dominierten Parteitag der SED die Worte sprach "die Macht ist das Allererste", hat er das auch so gemeint: Macht im Namen einer Klasse, verkörpert in einem keine Gewaltenteilung zulassenden Staat, unter Führung einer Partei, konzentriert in einer Führungsgruppe, der ein keiner Kontrolle unterworfener Mann vorsteht. Erich Honecker hatte die Macht, und die Macht hatte ihn. Es sollte Macht zum Wohle des Volkes sein, doch diese Art von Macht tat dem Volke nicht wohl. Nicht wenige hatten schwer unter dieser Macht zu leiden, wenngleich nicht so viele, wie sich heute den Anschein geben.

In der Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen liegt persönliche Schuld Erich Honeckers aber doch wohl die Schuld des Staatsmannes und nicht die eines banalen Straftäters. Diese Unterscheidung mögen viele nicht; denn sie wollen die absurde Realität nicht akzeptieren, daß der Staat Handlungen die Weihe der Rechtmäßigkeit zu geben vermag, die dem einzelnen bei Strafe verboten sind. Nur - es gilt dann, diese absurde Realität in Gänze außer Kraft zu setzen, nicht aber nach Belieben der jeweiligen Sieger der Geschichte und nicht durch von diesen inszenierte, ihre Art von Macht demonstrierende politische Prozesse. Zur Wahrheit gehört schließlich auch, daß Erich Honeckers Umgang mit der Macht in vielem nur die Umkehrung eines perversen Gebrauchs von Macht durch den imperialistischen deutschen Staat war, wie er sie am eigenen Leibe erfahren hat. Davon wird nichts besser, aber vielleicht manches verständlicher.

Als Zeitgenossen zweier Weltkriege war für Erich Honecker Macht auch und nicht zuletzt eine Potenz der Friedenssicherung. Frieden - oder einschränkend gesagt - Abwesenheit von Krieg war ihm sehnlicher Wunsch und gewiß ein Grundwert. Sein dereinst auch in der BRD gerühmtes Nein zur Raketenstationierung entlang der deutsch-deutschen Grenze, seine Bereitschaft zu Abrüstung und militärischer Entkrampfung, die Suche nach Lösungen der Vernunft gehören auch zum Leben Erich Honecker. Dies zu unterschlagen, ist unredlich, gehört aber zum politischen Stil seiner Feinde und Ankläger.

Unbestreitbar ein Antifaschist

Erich Honecker hat seine früh aufgenommenen elementaren Überzeugungen wohl nie ernstlich in Zweifel gezogen. Er hat sie auch nicht an einer immer komplizierter werdenden, in ihrem Fortbestand auf vielfältige Weise gefährdeten Welt von Grund auf überprüft. Gleichwohl hat er mit seinem Verständnis von Gesellschaft und Politik die Nazis weitaus früher und klarer durchschaut als viele jener gutsituierten Bürger, die sich für das gebildete Deutschland hielten. Und er hat sich der NS-Herrschaft widersetzt, als sich die meisten seiner Landsleute bereitwillig der Hitlerdiktatur anpaßten - darunter so manche, die nach der Wende den unangepaßten Erich Honecker sehnlichst hinter Gitter wünschten.

Erich Honecker jedenfalls hat den Widerstand gegen die Hitlerdiktatur noch gewagt, als jeder wußte, dies ist lebensgefährlich. Die Verurteilung zu zwölf Jahren Zuchthaus beraubte den damals Dreiundzwanzigjährigen um die besten Jahre seines Lebens. Er hatte unbestreitbar das Recht, sich Antifaschist und Kämpfer gegen das Naziregime zu nennen. Er war indes im Unrecht, wenn er andere Opfer des Faschismus ausgrenzende

oder herabsetzende Interpretationen des Widerstandes zuließ und diese selbst mit pflegte. Er irrte, wenn er wähnte, seine Erfahrungswelt übertrage sich von Generation auf Generation, so sie nur durch Schule, Pionierverband und Jugendorganisation kräftig vermittelt würde. Es schadete den antifaschistischen Idealen, wenn er und andere aus ihrem Kampf gegen Hitler einen fortwirkendenden Anspruch auf Zugehörigkeit zu einer Elite ableiteten, die sich keiner wahrhaftigen Wahl mehr zu stellen brauchte. Und dennoch - wenn die DDR international Ansehen gewonnen hatte, so nicht zuletzt wegen der antifaschistische Vergangenheit ihren Spitzenpolitiker.

Vielleicht wird dem Leben Erich Honecker am besten gerecht, wer begreift, daß dieser Mann überfordert war, wie das ganze Land DDR überfordert war oder sich selbst überfordert hat. Im kleineren, durch Krieg und Nachkrieg schlimm gebeutelten Teil Deutschlands, als - am Ende bedenkenlos aufgegebener - Juniorpartner der sich auf die Agonie zubewegenden Sowjetunion eine gesellschaftliche Alternative zu einem prosperierenden kapitalistischen deutschen Staat durchzusetzen - an diesem Versuch wären auch Politiker größeren Formats gescheitert. Wie schon seine Vorgänger war Erich Honecker in seinem Amte gezwungen gewesen, weit mehr zu reagieren, als er agieren konnte. Die Spielräume seines Handelns waren eng gezogen. Es muß die bitterste Erfahrung seines Lebens gewesen sein, zu erleben, wie rasch und leicht sich Bruderland und Schutzmacht UdSSR beziehungsweise deren Nachfolgestaaten und Kontrahent Bundesrepublik Deutschland auf Kosten der DDR zu arrangieren vermochten.

1989: Umgeben von

Zornigen und Enttäuschten

Als sich 1989 schließlich selbst jene Bürger der DDR von Erich Honecker abwandten, die bis zuletzt auf den Impuls für eine grundlegende Erneuerung ihres Landes gehofft hatten, stand er isoliert da, umgeben von Zornigen und von Enttäuschten. Seine politischen Gegner im In- und Ausland, die mit der Person Erich Honecker zugleich vier Jahrzehnte DDR und das durch sie gestiftete Selbstwertgefühl demontieren wollten, hatten leichtes Spiel.

Tragik und Uneinsichtigkeit lagen bei Erich Honecker in dieser Situation eng beisammen, was er bei seinen Fernsehauftritten trotzig zu überspielen suchte. Mit seinen politischen Zeugnissen aus der Zeit nach seinem Sturze demonstrierte er zur Betroffenheit vieler seiner frühere Weggenossen, daß er von den äußeren Ursachen des Fall der DDR manches, von den inneren Ursachen indes kaum etwas begriffen hatte. Als er aber am 3. Dezember 1992 vor dem Landgericht Berlin-Moabit seine Trutzrede gegen die alle Ostdeutschen diskriminierende Pauschalformel "Unrechtsstaat DDR" hielt, vermochte er sich bei vielen noch einmal Respekt zu verschaffen.

Also selbst Erich Honecker ein Opfer? Im universellen historischen Sinne schon, so wie jeder Mensch das Produkt seiner sozialen, politischen und kulturellen Verhältnisse ist. Im tatsächlichen Sinne - nein. Denn er konnte sich entscheiden, und er hatte sich entschieden. Er mußte nicht dem Kommunistischen Jugendverband beitreten, sondern hätte ein biederer unpolitischer Dachdecker werden können. Er mußte sich nicht mit den Nazis anlegen und sein Leben riskieren, sondern hätte sich auch - wie viele seiner bundesdeutschen politischen Gegner - den Nazis andienen können. Er mußte nicht nach seinem Besuch im Elternhaus Ende 1945 nach Berlin zurückkehren, sondern hätte im Saarland bleiben und sich zum unauffälligen bundesdeutschen Normalbürger mausern können. Er mußte nicht soviel Ehrgeiz und Eifer an den Tag legen, daß er zum jüngsten Mitglied des Politbüros aufstieg, sondern hätte auch eine SED-Durchschnitts-Karriere durchlaufen können. Es muß Gründe gegeben haben, daß gerade er als der geeignetste Organisator der Maßnahmen vom 13. August 1961 erschien und somit auch hartnäckigster Verfechter des Erhalts der Mauer und des Inkaufnehmens eines unbarmherzigen Grenzregimes wurde. Er hätte den Posten des Generalsekretärs und des Staatsratsvorsitzenden auch anderen überlassen können. Und am allerwenigsten mußte er diese Funktionen so ausfüllen, wie er sie ausgefüllt hat. Er hätte sogar eine noch weithin - auch von der politischen Führung der BRD - für stabil gehaltene DDR einem Nachfolger überantworten und zuschauen können, ob und wie dieser mit angestauten Widersprüchen fertig wird.

Das Leben Erich Honeckers ist aber unwiderruflich und unkorrigierbar so verlaufen, wie es verlaufen ist. Hätte er sich an den Wegscheiden seines Lebens anders verhalten, wäre dann die deutsche Geschichte in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts grundlegend anders verlaufen, als sie sich vollzogen hat? Oder hätte sie

sich adäquat abgespielt, nur mit anderen Leuten auf der politischen Bühne? Zu verantworten hat auch ein Erich Honecker nur, was unmittelbar auf sein Tun oder Lassen zurückgeht. Das Problem ist nur: Wo fängt das an, und wo hört das auf? Und vor allem: Wer setzt hier die Maßstäbe?

Der Prozeß galt nicht ihm, sondern der DDR

Ein zu akzeptierendes historisches und moralisches Recht und viele zwingende Gründe, ein politisches Urteil über Erich Honecker zu sprechen, hatten die "Wir sind das Volk" einfordernden, die um ihre Hoffnungen und die Frucht ihrer Mühen betrogenen Bürger der DDR. Mit dem Anschluß nach Artikel 23 Grundgesetz wurde auch dieses Recht preisgegeben - wie so vieles, was die Bürger der DDR besser selbst geregelt hätten. Für die Regierenden und die Justiz der vergrößerten Bundesrepublik gab es andere Gründe, diesen Mann vor Gericht zu bringen: In ihm personifizierte sich eine Wegstrecke deutscher Geschichte, die vollständig und für immer mit dem Stempel Despotie, Unrecht, Unmenschlichkeit, Sinnlosigkeit versehen werden sollte, als ob der Staat, den Erich Honecker repräsentierte, wie ein Spiegelbild dem NS-Regime gliche. Zudem ließen sich ohne einen Prozeß gegen Erich Honecker die geplanten hunderttausend Prozesse gegen Amtsträger des zweiten deutschen Staates schwerlich in Szene setzen, träten die Willkür politischer Ausgrenzungen und die Ungerechtigkeit sozialer Degradierungen noch unverblümter hervor. Da störte es wenig, daß der Angeklagte noch zwei Jahre zuvor ein umworbener politischer Gesprächspartner Bonns gewesen war. Ein Jahrhundertprozeß ist es trotzdem nicht geworden, eine Sternstunde deutscher Rechtsgeschichte schon gar nicht. Danken wir den Chilenen dafür, daß sie den Deutschen noch Peinlicheres erspart haben.

Wenn die Stunde der Politiker und Juristen vorüber ist, kommt die Stunde der Historiker. Und diese sollten wissen, daß über Personen der Geschichte weder jetzt noch künftig das unverrückbar letzte Wort gesprochen wird.

7. Haider niedergepfiffen - Kohl ausgejubelt. Erfolgreiche Antifa-Aktionen in Nürnberg

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: CDU/CSU; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:10

Dokumentation

Heute zeigen wir Bundeskanzler Kohl, was wir von seiner Politik halten. Es ist bitter nötig! Wg. 4 Mio. Arbeitslosen, wg. Sozialabbau, wg. Out-of-area-Einsätzen der Bundeswehr, wg. Verharmlosung und Rechtfertigung von Rassismus und ausländerfeindlicher Gewalt, wg. antisemitischer Ausfälle seines Beraters Streithofen, wg. De-facto-Abschaffung des Grundrechts auf politisches Asyl und anderer Grundgesetzfummeleien, wg. Abschiebung kurdischer Flüchtlinge auf die Folterbänke des "befreundeten NATO-Partners Türkei", wg. § 218, wg. Abwicklung der ehemaligen DDR, wg. Bad Kleinen und und und.

Auf zu neuen Ufern!

Nach zwei gelungenen Aktionen gegen Rechtsradikale folgt sogleich der dritte Streich! Mit der pfiffigsten und lustigsten Massenaktion, die es seit Jahren gab, zeigen wir dem zwar nicht intelligentesten, gleichwohl aber mächtigsten Vertreter des "Extremismus der Mitte", Bundeskanzler Helmut Kohl, was wir hier in dieser unserer Stadt von seiner Scheißpolitik halten. Sein Nürnberger CSU-Amigo Innenminister Beckstein wird vor Ärger und Wut in die Tischkante beißen, weil er gegen unseren Witz auch mit noch so vielen Hundertschaften USK nichts ausrichten kann!

Ein begeisterndes Szenario

Stellt euch vor, zwischen 2000 und 5000 Leute jubeln dem obersten Gebrauchtwagenhändler der Nation zu. Zuerst halten ermüdende CSU-Lokalgrößen Ansprachen, die niemanden interessieren. Wir bleiben diszipliniert, gucken in die Luft und schweigen, weil uns das Gerede von CSU-Hinterbänklern am Arsch vorbeigeht. Wir jubeln schließlich nicht jedem zu. Wir wollen schon allererste Sahne, bevor wir uns aus der Reserve locken lassen. Wir konzentrieren unsere Kraft und kreativen Energien nur auf IHN. Ein nicht unwesentlicher Nebeneffekt: Die sicherlich massivst präsente Polizei hat keinen Grund zum Einschreiten. Gelangweiltes Herumgestehe, aber auch schon erwartungsvolle Spannung unsererseits. Dann betritt um 17.00 Uhr ER die Bühne. Applaus. Ovationen. Unbeschreiblicher Jubel setzt ein. Bravo-Rufe, Klatschen etc. Der Kanzler hebt zur Rede an: "Äh, Hm ..." Der Jubel wird noch größer! Der Lärmpegel steigt. Klatschen, Bravo-Rufe, "Helmut, Helmut"-Chöre. Wir legen noch einen Zahn zu und skandieren "Amigo", "Amigo", "Amigo Helmut", "Amigo Helmut". Der schwergewichtigste Staatsmann der westlichen Hemisphäre beschwert sich, beschimpft die Jubelnden, droht. Diese antworten beispielsweise, indem sie die linke Faust ballen, himmelwärts strecken und "Mehr, mehr!" oder "Zugabe, Zugabe!" fordern. Die Ovationen wollen und wollen kein Ende nehmen. Nach, so hoffen wir, höchstens einer halben Stunde ist der Bundeskanzler des vielen Beifalls müde und geht beleidigt von der Bühne ab. Wir versüßen ihm den Abschied aus Nürnberg und winken ihm mit Schokoladetafeln nach, die wir extra für diesen Zweck mitbringen. Wir beenden diese prima Aktion passend, indem wir gemeinsam: "So ein Tag, so wunderschön wie heute" singen, dann die "Internationale Solidarität" hochleben lassen und aufgekratzt nach Hause gehen. Einige Minuten nach dem Abgang des Pfälzers ziehen wir uns geschlossen zurück. Denn möglicherweise noch folgende CSU-Redner interessieren uns sowieso nicht und den dann reichlich genervten Polizeikräften liefern wir keine Vorwände für Provokationen. Soweit alles klar?

Was Ihr tun könnt

Das ist gut? Das gefällt euch? Dann solltet ihr euren Freundinnen und Freunden, Bekannten und Kolleginnen und Kollegen schnellstens Bescheid sagen und mit möglichst vielen Leuten zum Bummel auf den Hauptmarkt kommen. Diese schöne Aktion steht und fällt damit, daß ihr alle Leute, die auch nur ansatzweise für so etwas zu haben sein könnten, persönlich informiert und zum Mitmachen auffordert. Wir müssen viele sein! Zieht euch an wie Herr und Frau Mustermann, damit der Polizei die Gesichtskontrolle erschwert wird. Druckt dieses Flugblatt nach, verteilt es in der Fußgängerzone, der U-Bahn, an Unis und hängt es an möglichst vielen Orten aus (Plakatständer der Parteien!!). Haltet euch über Radios und Zeitungen auf dem laufenden.

Übrigens: Diese Aktion ist 1a gewaltfrei, superfriedlich, voll legal und für wirklich alle zum Mitmachen geeignet. Da ist für SPD-Genossen und Gewerkschaftskolleginnen, Gewaltfreie und Autonome, Christen und Frauenbewegte sowie für Linke und Müslis was drin! Auch Leute, die nicht politisch aktiv sind, Arbeitslose und Studenten sind selbstverständlich gerne gesehen. Denn alle haben gute Gründe, dem dickfelligen Unionsboß mal richtig zu zeigen, was sie von seiner Regierung und den CSU-Amigos halten!

P.S. Das Bayr. Landesamt für Verfassungsschutz, das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst, die Staatsschutzabteilung der Polizei und ähnliche Herrschaften fordern wir auf, in Zeiten der Finanzkrise staatliche Gelder nicht unnütz zu verplempern, indem sie beispielsweise nach den Drahtziehern, Hintermännern und Hinterfrauen für diese Aktion fahnden. Die Spuren sind vernichtet, Disketten und Druckvorlagen sind den Weg alles Irdischen gegangen. Das Komitee "Mit Spaß gegen die Extremisten der Mitte" löst sich nach dieser Aktion auf. Es kann jedoch wiederbelebt werden, wenn Handlungsbedarf besteht.

P.P.S. An die Simulationsmitarbeiter der Massenmedien: Bitte keine Krokodilstränen wg. Einschränkung der Meinungsfreiheit Andersdenkender vergießen. Das wäre unglaubwürdig. Bitte auch nicht ausgerechnet jetzt und uns gegenüber Rosa Luxemburg zitieren. Es paßt einfach nicht. Vergessen Sie nicht, daß Kohl & Konsorten Tag für Tag aus Ihren Spalten bzw. Bildschirmen quellen, während uns diese Möglichkeiten fehlen. So bleibt uns nichts anderes übrig, als aus der Not eine Tugend zu machen und unsere Meinung mit den Mitteln kundzutun, die nicht ganz alltäglich sind.

Komitee "Mit Spaß gegen

die Extremisten der Mitte"

V.i.S.d.P.: P. Langstrumpf, c/o B'90/Die Grünen, Peter Henlein-Str. 21, 90429 Nürnberg

Haider niedergepfiffen - Kohl ausgejubelt

Erfolgreiche Antifa-Aktionen in Nürnberg

Der gelungenen Verhinderung einer REP-Wahlkundgebung (siehe ak Nr. 366, S. 3) folgen in Nürnberg weitere breit getragene und relativ erfolgreiche Antifa-Aktionen. Auch der mächtigste "Extremist der Mitte", Bundeskanzler Helmut Kohl, sah sich mit 1.000 bis 2.000 Gegnerinnen und Gegnern konfrontiert, die ihm anläßlich einer CSU-Wahlveranstaltung "gnadenlos zujubelten". Diese Partie endete mit einem aus Sicht der Linken "ehrenvollen Unentschieden".

Daß es am 30. April in Nürnberg 2.000 Leuten mit einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert gelang, eine REP-Wahlkundgebung zu verhindern, beflügelte die Nürnberger Antifa-Arbeit. Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich zunächst auf eine für den 21. Mai angekündigte NPD-Kundgebung, die angeblich vor der Lorenzkirche, einem zentralen Platz der Stadt, stattfinden sollte. In der Nachberichterstattung über die Anti-REP-Aktion hatte die "Abendzeitung", ein liberales Boulevardblatt, am 3. Mai getitelt: "Brauner Spuk - jetzt kommt die NPD". In dem Bericht wird der sozialdemokratische Chef des Ordnungsamtes mit der Äußerung zitiert, die Stadtverwaltung prüfe ein Verbot des "NPD-Europatages", sehe für dessen Durchsetzung aber wenig Chancen, da die NPD keine verbotene Partei sei.

Das Problem bestand darin, daß nicht herauszubekommen war, was die NPD tatsächlich vorhatte. In der Region verfügt die NPD über eine mobile Schlägertruppe "Junger Nationaldemokraten" (JN), die auch mit anderen Neo-Nazis zusammenarbeiten. Insofern ist sie in der Lage, kleinere Aktionen durchzuführen. In den überregionalen NPD-internen Publikationen wurde nicht für diese Kundgebung geworben. Auf der anderen Seite war bekannt, daß die NPD die Anmeldung und die nachfolgende sang-und-klanglose Absage eines "Europa-Tages" in Bayreuth als Beispiel für eine nachahmenswerte Propagandastrategie empfahl.

Daß sich das städtische Ordnungsamt wochenlang weigerte, Informationen herauszugeben, erschwerte die Einschätzung zusätzlich. Die sozialdemokratischen Bürokraten hatten auf ihre Weise aus der Anti-REP-Aktion gelernt. Denn bei jener Gelegenheit hatten sie viele Infos veröffentlicht, was den Linken für die Lagebeurteilung sehr von Nutzen war. Offenbar überrascht von der Breite des antifaschistischen Widerstands, der weder von Sozialdemokraten noch von Realo-Grünen nennenswert beeinflußt ist, scheint es diesem Sektor der SPD wichtiger, die Antifa-Aktionen möglichst kleinzuhalten. Ein Leitkommentar im regionalen Monopolblatt, den sozialliberalen "Nürnberger Nachrichten", der die Gegendemonstranten als wichtigste Propagandahelfer der

Rechtsradikalen ausmachte, schlug in exakt dieselbe Kerbe. Es bestand aus Sicht der Linken also die Gefahr, gegen eine Fata Morgana zu mobilisieren, die mühsam gesammelten Kräfte zu verschleißen und von der interessierten Presse als unverbesserliche Schreihälse präsentiert zu werden, die aus jeder Mücke einen Elefanten machen.

In Kenntnis dieser Probleme wurde unter dem Motto "Und jetzt erst recht - Keine NPD-Kundgebung am 21. Mai" mobilisiert. Wenige Tage vorher zeichnete sich ab, daß die NPD geblufft hatte. Sie hatte den Platz für die Kundgebung nur "angefragt", aber nicht "angemeldet", wie der Rechtsreferent Hartmut Frommer die staunende Öffentlichkeit belehrte. Der gute Mann hätte dem "Antifaschistischen Aktionsbündnis" viel Arbeit erspart, wenn er dies zwei Wochen früher preisgegeben hätte. Da zwischenzeitlich das Pogrom von Magdeburg stattgefunden hatte, meldete das "Antifaschistische Aktionsbündnis" eine Mahnwache vor der Lorenzkirche an, um einerseits wg. Magdeburg zu mahnen und andererseits präsent zu sein, falls die NPD doch noch aufmarschierte.

Diese Mahnwache war insofern bemerkenswert, als sie von einem breiten Spektrum getragen wurde, beim Laufpublikum viel Zuspruch fand und von mehreren Hundertschaften weitläufig eingekreist war. Die Polizei war wieder mit Sondereinsatzkommandos, Doku-Trupps etc. pp. präsent. Sie drohte mehrfach mit dem Einsatz ihrer Kräfte, falls sich aus der Mahnwache eine Demonstration entwickeln sollte. Daß letztlich nichts passierte, war dem umsichtigen Verhalten der Organisatoren der Mahnwache zu verdanken. Es war aber wirklich grotesk, mit welchem Aufwand die Polizei aufmarschiert war, um eine "Bedrohung" abzuwehren, die in Form eines Info-Tisches und einiger Dutzend Leute bestand, die sich dahinter abwechselten. Die lokalen Massenmedien deckten über die Mahnwache sowie das erneute Muskelspiel der Polizei den Mantel des Schweigens.

Haider niedergepfiffen

Kaum zeichnete sich ab, daß die NPD kniff, wurde erneut rechtsradikale Unbill bekannt. Der ehemalige Landesvorsitzende der FDP Bayerns, der Rechtspopulist Manfred Brunner, der sich tags zuvor in Oberbayern mit Gauweiler und Haider verbrüdert hatte, ließ für Freitag den 20. Mai eine Kundgebung mit seinem österreichischen Kumpan ankündigen. Innerhalb von nur vier Tagen gelang es dem "Antifaschistischen Aktionsbündnis" erneut, eine beachtliche Mobilisierung auf die Beine zu stellen. Von den gut 1.000 Leuten, die auf dem Platz waren, pfiffen über 90% aus Leibeskräften. Die Reden von Brunner, Haider und dem Nürnberger Karl Albrecht Schachtschneider, Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg und Nummer Zwei auf der Liste der Brunner-Partei, waren so gut wie gar nicht zu hören. Die eher konservative "Nürnberger Zeitung" (NZ, 21.5.94) schrieb: "Der Jakobsplatz war fest in der Hand einiger Hundert aufgebrachter Demonstranten, als die Wahlmatadoren, abgeschirmt von Polizisten und privaten Wachleuten, lachend und winkend auf das Podium stiegen."

Das Lachen gefror ihnen schon nach wenigen Minuten und wurde von bangen Blicken auf die Turmuhr abgelöst. Denn im Unterschied zum Vortag in Oberbayern hatten Brunner und Haider "in Nürnberg keine Wähler vor sich, sondern eine Protestfront" wie die "Nürnberger Zeitung" zutreffend schrieb. Weiter heißt es in der "NZ", daß "das demagogische Talent, das man dem FPÖ-Vorsitzenden nachsagt", in "der aufgeheizten Stimmung auf dem drangvollen Platz nicht zum Zug kommen" konnte. Nach nur dreißig Minuten brach der "Bund freier Bürger" (BfB) das "Wahlkampffiasko" (NZ) ab. Damit konnten die Antifaschistinnen und Antifaschisten erneut einen schönen Erfolg verbuchen. Auch die Wermutstropfen sollen nicht verschwiegen werden: Drei Festnahmen mit nachfolgender ED-Behandlung wg. nichts-und-wieder-nichts (Pfeifen mit Trillerpfeife!!) durch die erneut sehr ruppige und massiv aufgefahrene Polizei; in der größten Lokalzeitung wurde die erfolgreiche Verhinderungsaktion totgeschwiegen.

Jubeldemo gegen Helmut Kohl

Vor diesem Hintergrund lancierte ein bis dato unbekanntes Komitee "Mit Spaß gegen den Extremismus der Mitte" einen kühnen und aufgrund seiner Kühnheit begeisternden Aktionsvorschlag. Der wichtigste "Extremist der Mitte", Bundeskanzler Helmut Kohl, sollte am 1. Juni mit der "lustigsten und pfiffigsten Massenaktion" nicht ausgepfiffen, sondern ausgejubelt werden. (Siehe Dokumentation des Aufrufes) Mit dieser Spaßaktion sollte dem CSU-Amigo klargemacht werden, daß seine Politik nicht erwünscht ist. Daß eine derartige Aktion mit der Beteiligung einer größeren Zahl von Leuten steht und fällt, war den Initiatoren bewußt.

Die Aktion fand im Vorfeld großen Anklang. Zwei Tage vor dem Kohl-Besuch begannen die Massenmedien zu berichten, zum Teil mit klammheimlicher Vorfreude. Am 1. Juni selbst brachten alle Lokalzeitungen ausführliche Vorberichte. So titelte die Boulevardzeitung AZ: "Kohl kommt: Polizei erläßt Jubelverbot". Die Dekane der evangelischen und katholischen Kirche ließen sich, offenbar von der CSU unter Druck gesetzt, zu einem distanzierenden Kniefall herbei. Ihr Tenor: Schrei-Gewalt gefährdet demokratisches Gemeinwesen. In der Demo-Auswertung, die uns zuging, kommentierte das Komitee "Mit Spaß gegen den Extremismus der Mitte", daß die Kirchenoberen mit ihrer Wortneuschöpfung "Schrei-Gewalt ja wirklich tief in den Wortklingelbeutel gelangt" hätten. "Wir antworten nicht", heißt es weiter, "indem wir ihr allsonntägliches Geläut als ‚frühmorgendlichen Lärmterror` diffamieren. Wir mahnen aber an, Begriffe wie ‚Gewalt` nicht so unendlich auszuleiern, daß sie am Ende gar nichts mehr aussagen. Wir fragen uns, warum die Großkirchen vor der CSU diesen völlig überflüssigen Kniefall absolviert haben. In ihrer humanitären Alltagsarbeit, Stichwort ‚Kirchenasyl`, müßten sie eigentlich festgestellt haben, wes Geistes Kind z.B. ein Herr Beckstein ist."

Auch die grünen Realos hielten es für unangebracht, zu einer "gezielten Störung einer Wahlveranstaltung einer demokratischen Partei aufzufordern". Die Sozialdemokraten, schlau wie sie manchmal sind, hielten sich dezent im Hintergrund und äußerten sich gar nicht.

Zwischen 1.000 und 2.000 Menschen waren dem Aufruf des Komitees "Mit Spaß gegen den Extremismus der Mitte" gefolgt und haben Bundeskanzler Helmut Kohl deutlich gemacht, was sie von seiner und der Politik seiner CSU-Amigos halten. Etwa die Hälfte der etwa 3.000 bis 4.000 auf dem Hauptmarkt Anwesenden waren Gegendemonstrantinnen und -demonstranten. Es fiel aber auf, daß sich davon nur ein Teil an der Jubelaktion beteiligte. Die Polizei-Aussage, es hätten sich 6.000 Personen auf dem Platz befunden und nur 200 davon seien Jubelnde gewesen, ist in doppelter Hinsicht wirklichkeitsfremd. Obwohl es starke Blocks mit Jubelnden gab, gelang es nicht, der sprichwörtlichen Dickfelligkeit des Pfälzers einen so gehörigen Dämpfer zu verpassen, daß er vorzeitig aufgehört hätte zu reden. Da die Lautsprecheranlage vom Feinsten war, konnten die gewohnt bräsigen, ja streckenweise an Lallen erinnernden Kohlschen Allgemeinplätze an seine Sympathisanten gelangen. Die Jubelnden, die sich auch mit Transparenten ausgerüstet hatten, waren stets und überall auf dem Hauptmarkt deutlich hörbar, konnten den Platz jedoch nicht dominieren. Da waren seelenlose Spitzentechnik und ein großes Polizeiaufgebot vor.

Aber Kanzlerduselei, Saumagengemütlichkeit, Butzenscheiben-Lokalpatriotismus oder krachlederne "Mia san mia"-Heimattümelei konnten sich genausowenig breitmachen. Der 1. Juni ging unentschieden aus. Da außerdem die extrem ungleich verteilten Mittel zu berücksichtigen seien, "halten wir dies für ein "ehrenhaftes Unentschieden", schrieb das Komitee "Mit Spaß gegen den Extremismus der Mitte". Die Überschrift der "Nürnberger Zeitung" lautete: "Jubler blieben zweiter Sieger". Auch in den übrigen Medien wurde breit über die Gegenaktivitäten anläßlich des Kohl-Besuchs berichtet. In den konservativen Blättern war ein deutliches Aufatmen festzustellen, daß es den Linken nicht gelungen war, den Kanzler niederzujubeln.

Obwohl die Durchführung der Jubelaktion aus Sicht der Linken nur ein Teilerfolg war, so bleiben die motivierende Wirkung der Aktion selbst, die Lancierung des Themas "Extremismus der Mitte" sowie die Erweiterung des Aktionsrepertoires als Aktivposten. Die in Sachen Antifaschismus Aktiven konnten innerhalb von nur einem Monat drei zum Teil sehr erfolgreiche Aktionen mit Massencharakter auf die Beine stellen. Daran nahmen bemerkenswert viele junge und sehr junge Leute teil. Da die Grünen eine Distanzierung an die andere reihen, und die örtliche Sozialdemokratie auf einem Schwinke-Schwanke-Kurs wandelt, den sie wahrscheinlich selbst nicht versteht, bestehen in diesem Feld für die Linke interessante Möglichkeiten des Eingreifens. Da macht Politik wieder Spaß!

Al., Nürnberg

8. Das Europa des Großkapitals weiter auf dem Vormarsch. Einige Gedanken aus Anlaß der Europawahl

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:34

Der Prozeß der kapitalistisch dominierten Integration Westeuropas schreitet weiter voran. Das leitet sich zwingend aus dem Interesse der kapitalistischen Konzerne aller EU-Länder ab, im europäischen Binnenmarkt über ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu verfügen, das von seinen Ausmaßen der nordamerikanischen Freihandelszone oder dem von Japan dominierten ostasiatischen Wirtschaftsraum entspricht. Bei den immer gigantischeren Kapitalmengen, die im Konkurrenzkampf zum Einsatz bzw. zu ihrer Wiederverwertung gebracht werden müssen, ist ein möglichst großer, möglichst einheitlicher Markt die beste Garantie dafür, die notwendigen Profite zu realisieren. Kleinere oder finanzschwächere Firmen, die nicht über die finanziellen Mittel verfügen, sich umfassenden Zugang zum europäischen Markt zu verschaffen, stehen in Gefahr, zu verschwinden. Kein Zufall, daß tendenziell immer weniger Produkte immer stärker auch die letzten Winkel Westeuropas erobert haben: Holländischer Edamer ist längst auch auf Kreta zu erstehen, BMW-Verkaufssalons gibt es in Andalusien ebenso wie auf Sizilien. Der anhaltende Widerstand in den westeuropäischen Ländern, die bislang noch nicht Mitglied der EU geworden sind, ist zu einem großen Teil auf die Interessen der dortigen Industrie und Landwirtschaft zurückzuführen, ihre heimischen Märkte nicht der übermächtigen Konkurrenz aus der EU ausgesetzt zu sehen. Auf der anderen Seite drängen die sich der Konkurrenz gewachsen fühlenden Betriebe und Konzerne je länger je stärker darauf, durch einen Beitritt ihres Landes zur EU endlich direkten Zugang zum europäischen Markt zu erhalten.

Für die großen, multinational operierenden Konzerne ist aber auch der über 370 Millionen Menschen umfassende europäische Binnenmarkt quasi nur das sichere Hinterland, von dem sie ihre weltweiten Operationen starten. Dabei ist sichergestellt, daß sie für ihre Milliarden-Investitionen wenigstens einen Teil ihres Profits in Westeuropa realisieren können.

Politisch flankiert wird die großkapitalistische Durchdringung Westeuropas durch die einheitliche Abschottung nach außen ("Festung Europa"), durch die Entwicklung einer gemeinsamen Innen- und Rechtspolitik (schon weit gediehen auf dem Gebiet polizeilicher Zusammenarbeit) sowie einer noch in den Anfängen steckenden gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).

Die BRD hat von der europäischen Integration uneingeschränkt profitiert. Als innerhalb der EU ökonomisch führender Staat ist es ihr in den letzten Jahren gelungen, sich im Hinblick auf die anvisierte Wirtschafts- und Währungsunion gegenüber stärker auf Staatsinterventionismus orientierende Vorstellungen durchzusetzen. Dieses "deutsche" Europa ist ausgerichtet am Interesse der großen (BRD-)Konzerne, auch auf dem Weltmarkt führend zu sein. Dafür müssen die Kosten für die lebendige Arbeit gedrückt werden: durch Flexibilisierung der Arbeitszeiten, durch Lohnsenkungen, durch Reduzierung von Sozialausgaben, durch Beschneidung von Gewerkschaftsrechten. Hinzu kommt der weitere Verbrauch der Natur, die irrsinnige Ausweitung des Güterverkehrs. Nach außen tritt die EU als ein Block auf, der gegenüber ärmeren Ländern seine wirtschaftlichen Interessen rücksichtslos durchsetzt.

Politisch ist Deutschland in die EU "eingebunden", dies aber - spätestens seit dem Anschluß der DDR - nicht in dem Sinne, daß die BRD besondere Rücksichten nehmen müßte. Diese Einbindung ergibt sich einfach durch eine weitgehende Parallelität der Interessen des deutschen und des übrigen europäischen Kapitals. Wo Differenzen aufgetreten sind oder auftreten werden - etwa hinsichtlich den Kriterien für die angestrebte Währungsunion oder der Art der Einbeziehung einiger osteuropäischer Staaten - wird die BRD ihre Interessen weitgehend durchsetzen können, ohne jedoch jemals so weit zu gehen, daß sie einen letztendlichen Konsens mit den europäischen "Partnern" aufs Spiel setzen würde. Dies dürfte auf unabsehbare Zeit so bleiben, so lange jedenfalls, bis die BRD eine bessere ökonomische Basis außerhalb der EU (in ihren westeuropäischen Grenzen) gefunden hat - was, angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung in Osteuropa einerseits, des verschärften Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt andererseits, unwahrscheinlich erscheint.

Die sich unter kapitalistischer Hegemonie vollziehende westeuropäische Einigung führt auch einige positive Aspekte mit sich, die durchaus als historische Fortschritte zu bewerten sind: Eine örtlich uneingeschränkte Wahl des Arbeitsplatzes, ein allgemeines Reise- und Aufenthaltsrecht (letzteres allerdings nur in Verbindung mit einer entsprechenden materiellen Absicherung), Vereinheitlichung von rechtlichen Standards, verstärkter "kultureller Austausch". Unter kapitalistischen Produktionsbedingungen sind diese Fortschritte jedoch zugleich auch tendenziell bedroht: Arbeitslosigkeit, Verelendung, allgemeine gesellschaftliche Desorientierung können zum Entstehen von Rassismus und Feindlichkeit gegenüber Immigranten beitragen, begünstigen Nationalismus und Faschismus. Sich insofern vom westeuropäischen Einigungsprozeß ein Gegengift gegen die genannten Erscheinungen zu versprechen, darüber hinaus eine Eingrenzung des deutschen Großmachtstrebens zu erhoffen, erscheint als wenig sinnvoll.

In den Mitgliedsländern der EU dürfte der westeuropäische Integrationsprozeß nicht mehr revidierbar sein; die Entwicklung der Produktivkräfte hat ihn unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen in seiner jetzigen Gestalt hervorgebracht. Verunstaltet wird diese Gestalt zusätzlich durch den beträchtlichen Einfluß des deutschen Imperialismus. Die Linke in Europa lehnt zurecht diese Form der Einigung ab. Angesichts der Mächtigkeit der kapitalistischen Hegemonie und des Fehlens eines eigenen gesellschaftlichen Gegenkonzepts bleiben ihre Kritik und ihre alternativen Vorstellungen bislang punktuell. Zu ihren Forderungen zählen die umfassende Demokratisierung (auch der europäischen Institutionen), die Entwicklung Europas zu einer Sozialunion, die Einbeziehung der osteuropäischen Staaten, Vorrang für den Umweltschutz. In den Anfängen stehen Vorstellungen von einem "Europa von unten" (formuliert bei einem Treffen des Essener Bündnisses gegen den EU-Gipfel, siehe auch ak 366), die den emanzipatorischen Widerstand in Europa mit Befreiungskämpfen und sozialen Organisationen in der "Dritten Welt" verbinden möchten und gleichzeitig mit Eurozentrismus und europäischen Kulturchauvinismus brechen wollen.

Bei den Europa-Wahlen gibt es im Sinne der europäischen Einigung nichts abzustimmen. Allenfalls signalisiert eine Stimmabgabe Zustimmung zu "Europa". Im Vergleich zu normalen bürgerlichen Parlamenten ist das Europa-Parlament noch zahnloser, da es weder Gesetzgebungskompetenz, noch Einfluß auf die Art der Einnahme der Finanzen hat und zum Beispiel auch die "Regierung" in Gestalt der EU-Kommissare nicht abwählen kann. Allerdings sind diese Rechte auch im Normalbetrieb bürgerlicher Parlamente kaum von Belang. Es bleiben aus linker Sicht im wesentlichen die altbekannten Argumente, die Mitarbeit im Parlament zur Informationsbeschaffung zu nutzen, zur Vernetzung von Aktivitäten, zur Nutzung der Logistik, als Propagandabühne. Hinzu tritt im Europaparlament allerdings die Ebene der internationalen Zusammenarbeit - generell gesehen für linke Politik ein unverzichtbares Element.

Angesichts der kapitalistischen Dominanz des europäischen Integrationsprozesses sind aus linker Sicht Wahlen zum Europa-Parlament genauso taktisch zu betrachten wie andere Wahlgänge auch: Entweder man lehnt eine Teilnahme aus grundsätzlichen Erwägungen ab, weil diese schon eine Zustimmung zur zu wählenden Institution bedeutet. Oder man bewegt sich innerhalb der Gesetze bürgerlicher Öffentlichkeit und Legitimationsbeschaffung, um eben darin den Herrschenden ihr Geschäft zu erschweren. In diesem Fall macht eine linke Stimmabgabe politischen Sinn, und zwar ein gutes Stück unabhängig vom eigentlichen Wahlereignis.

J./Westberlin

9. 50 Jahre nach D-Day: Deutschland feiert nicht mit

Autor: Js. · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:20

Jeder "runde" Jahrestag eines historisch bedeutsamen Ereignisses ruft unweigerlich ein Heer von dilettierenden Geschichtslehrern auf den Plan: Politische Kommentatoren, die ihrem Millionenpublikum in einfachen Worten erklären, "wie das damals war". So auch jetzt, rund um "D-Day", den 50. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie, mit dem die Niederlage des nach Stalingrad schwer angeschlagenen Deutschen Reiches unausweichlich wurde.

In außergewöhnlicher Breite und gespickt mit den Blatt-üblichen Anekdoten hat der Spiegel das Thema verarbeitet. Der besondere "Reiz" seiner in der dreiteiligen Serie "Der Todesstoß" entwickelten Geschichtsschreibung liegt in der unausgesprochenen, aber nicht mißzuverstehenden Botschaft: Die "Invasion gegen das Nazi-Reich" hätte auch ganz anders ausgehen können:

"Als die Alliierten in den frühen Morgenstunden des 6. Juni 1944 an der Küste der Normandie landeten, schlief der ‚Führer`, fernab der bröckelnden Ostfront und der neuen Westfront, auf seinem idyllischen Berghof, hoch über dem Berchtesgadener Land. (...) Gegen 10 Uhr kreuzte Rüstungsminister Albert Speer auf, der gern in der Nähe seines Säulenheiligen antichambrierte. Er hatte zufällig Wind von der alliierten Landung bekommen. ‚Ist der Führer geweckt worden?` wollte er wissen. Ein Hitler-Adjutant meinte: ‚Nein, er bekommt die Nachricht, wenn er gefrühstückt hat.` Würde er geweckt, fürchtete ein anderer, könnte er einen ‚seiner endlosen Anfälle bekommen`."

Auch der zweitgrößte Feldherr, "der schon damals legendäre ‚Wüstenfuchs`" Rommel, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B in Nordfrankreich, stand nicht zur Verfügung. Er war ins heimatliche Schwabenland abgereist, um den Geburtstag seiner Frau zu feiern. Andere deutsche Militärführer hatten ebenfalls Urlaub genommen: Das "Chaos der Führung im Führerstaat" war perfekt.

Der Spiegel-Autor ist weit davon entfernt, sich über den glücklichen Umstand zu freuen, daß politisch-militärische Desorganisation auf deutscher Seite die Befreiung Europas vom Nazismus erleichterte. Mitfühlend wird ein Beispiel für den Galgenhumor des "deutschen Landsers" erzählt: "Wenn du ein schwarzes Flugzeug siehst, so ist es ein Engländer; wenn du ein weißes siehst, so ist es ein Amerikaner, und wenn du gar nichts siehst, ist es die Luftwaffe." Mit einem Rommel-Zitat über die nicht nur "schlachtentscheidende", sondern "kriegsentscheidende" Rolle der Luftwaffe wird dem todgeweihten Fußvolk rechtgegeben: Verantwortungslos war die Weigerung des Führers, unverzüglich für massive Unterstützung aus der Luft zu sorgen!

Da ist sie wieder, die Debatte um "Gesinnungsethik" und "Verantwortungsethik", die einen Teilaspekt des Historikerstreits ausmachte, bisher allerdings ausschließlich mit Blick auf die Ostfront ausgefochten wurde. Andreas Hillgruber hatte seinerzeit für die "verantwortungsethische Position der Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister" in Ostpreußen Partei ergriffen, die der anrückenden Roten Armee auch in aussichtsloser Lage Widerstand leisteten, um "das Schlimmste zu verhindern: die drohende Orgie der Rache an der deutschen Bevölkerung..." Daß damit die Befreiung der Konzentrationslager verzögert wurde, nahm Hillgruber billigend in Kauf.

Die Spiegel-Redaktion, die jede Affinität zu einer solchen Position weit von sich weisen wird, hält sich vermutlich einiges auf ihre "aufklärerischen" Absichten zugute. Daß Hitler ein Versager war, der im entscheidenden Moment nicht aus den Federn kam, dürfte für seine vergleichsweise wenigen offenen Verehrer eine schmerzliche Nachricht sein (vorausgesetzt sie lesen den Spiegel und glauben dessen Enthüllungen). Ebenso wie der Rest des Publikums lernen sie "aus der Geschichte", daß das Führerprinzip als Diktatur eines Einzelnen zuweilen ziemlich uneffektiv ist und daß der "Wüstenfuchs" im Range eines Generalfeldmarschalls eben doch mehr vom Kriegshandwerk verstand als der größenwahnsinnige "Weltkriegsgefreite".

Die durchgängige Verwendung des Begriffs "Invasion" im Titel ebenso wie im Artikel ist im übrigen kein Versehen, sondern Ausdruck des deutschen Blickwinkels, aus dem heraus hier Geschichte betrachtet wird. Den einigermaßen sprachgewandten Spiegel-Leuten dürfte die negative Bedeutung des Wortes bekannt sein,

zumal seit Beginn der D-Day-Debatte mehrfach darauf hingewiesen wurde: Eine Invasion ist laut Duden-Wörterbuch ein "feindliches Einrücken von Truppen in fremdes Gebiet"; das Wörterbuch von Wahrig definiert Invasion als "(feindl.) Einfall, widerrechtl. Einbruch in fremdes Staatsgebiet".

Für die Franzosen, an deren Küste die alliierten Truppen am 6. Juni 1994 landeten, ist diese Landung das genaue Gegenteil eines "feindlichen" und "widerrechtlichen Einfalls" in ihr Territorium, nämlich der Beginn ihrer Befreiung von der feindlichen deutschen Besatzungsmacht. Von "Invasion" kann nur sprechen, wer das besetzte Frankreich als legitimes deutsches Staatsgebiet begreift. Diese Sichtweise war seinerzeit nicht einmal für die deutsche Propaganda selbstverständlich. In einer Anweisung vom 6. Juni 1944 wurde deshalb die deutsche Presse dazu angehalten, in der Berichterstattung über die Schlacht im Westen neutrale und sachlich korrekte Begriffe zu vermeiden: "Bei der Behandlung des Feindes ist weniger von ‚Luftlandetruppen, Marineeinheiten und Landeeinheiten` zu sprechen. Dafür sind die Begriffe ‚Aggressoren, Invasoren` und der Begriff ‚Überfall` zu prägen." Daß - bezogen auf das Wort Invasion - Goebbels` Anweisungen in Teilen der deutschen Presse bis heute befolgt werden, ist ein - gelinde gesagt - erstaunlicher Vorgang.

Wohin mit Kohl?

Daß die Feierlichkeiten zum Jahrestag der alliierten Landung - wie schon vor zehn Jahren - ohne den deutschen Regierungschef stattfinden würden, war seit Mitte März Gegenstand einer breit geführten Debatte. Wo die politischen Repräsentanten Frankreichs, der USA, Großbritanniens und Polens, die gekrönten Häupter des United Kingdom, der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs und Norwegens zusammen feierten, mußte doch auch für den Kanzler aller Deutschen noch Platz sein! Auch die Wahlkampfmanager der CDU fanden es vorteilhaft, wenn Helmut Kohl "im Gegensatz zu 1984 an den Feierlichkeiten der ehemaligen Alliierten teilnehmen" würde.

Nachdem informelle Bemühungen um eine Einladung gescheitert waren, hielt Kohl es wie der Fuchs mit den Trauben. "Zu keinem Zeitpunkt" habe er an eine Teilnahme gedacht, sich auch nicht um eine Einladung bemüht. Um diesem nicht so ganz glaubwürdigen Dementi Nachdruck zu verleihen, untersagte er sogleich den Diplomaten der BRD, in ihren Gastländern an Gedenkfeiern zu "militärischen Ereignissen der letzten Kriegsmonate" teilzunehmen. Auch zu Feiern, die auf "Frieden und Versöhnung" ausgerichtet seien, dürften die Diplomaten nur nach Einzelerlaubnis der Bundesregierung gehen. Sie sind eben doch allgemeingültig und immer anwendbar, die Worte des großen, dicken Vorsitzenden, der 1984 sprach: "Es ist für den deutschen Bundeskanzler kein Grund zum Feiern, wenn andere ihren Sieg in einer Schlacht begehen, in der Zehntausende Deutsche elend umgekommen sind."

Wohin auch mit den Deutschen während der Zeremonien in der Normandie? "An ihren Platz, in die Bunker!" soll Francois Mitterrand gesagt haben, der ursprünglich Kohl einladen wollte. Wohin mit Kohl? fragte die taz und nahm die Affäre zum Anlaß für die Dokumentation ausgewählter und kontroverser Debattenbeiträge. Den Anfang machte Henryk M. Broder, der sich nicht eindeutig festlegen mochte: "Man kann geteilter Meinung darüber sein, ob die Alliierten klug handelten, als sie Kanzler Kohl die Einladung versagten." Broders eigentliches Thema ist die Haltung der Deutschen zu "Zusammenbruch" und "Niederlage" Nazi-Deutschlands: "Das einzig angemessene Wort ‚Befreiung` kommt nur wenigen über die Lippen. (...) Mag sein, daß eine Befreiung, zu der man selbst wenig beigetragen hat, kein Anlaß zu übergroßem Stolz ist. Doch freuen wird man sich doch noch dürfen." Zur Erinnerung an den 6. Juni 1944 empfiehlt er die Organisierung einer "Riesenfete ... am besten in Berlin ... mit Unmengen russischen Kaviars, französischen Croissants, amerikanischen Hamburgern, britischen Fish and Chips, mit Musik, Feuerwerk und Helmut Kohl an der Spitze ..." (taz, 16.3.)

"Kohl in der ersten Reihe" sehen wollte auch André Glucksmann, wenn auch nicht in Berlin: Frankreich als Gastgeber und Veranstalter der Feierlichkeiten in der Normandie habe "die einmalige Gelegenheit verpaßt, den Sturz des Dritten Reichs als einen Akt der Befreiung für ganz Europa zu würdigen". Durch den Ausschluß Deutschlands werde der "muntere Reigen der gewählten und gekrönten Häupter einfach schändlich". - "Die Soldaten der Alliierten, die auf den Stränden der Normandie gefallen sind, führte der Haß auf den Faschismus vorwärts. Sie kamen als Befreier, und nun würdigt man sie zu Siegern herab." (taz, 22.3.)

Ralph Giordano, der weder auf Broders noch auf Glucksmanns Überlegungen eingeht, ist sich seiner Gefühle zur Kohl-freien Feier völlig sicher: "Mit freudiger Erregung habe ich vernommen, daß Helmut Kohl an den

Feiern zum 50. Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie vom 6. Juni 1944 nicht teilnehmen wird - gut so, denn mit diesem deutschen Kanzler wäre es eine dicke Lüge gewesen." Der Mann der "verfehlten Soldatentrauer von Bitburg" und "Gastgeber des unsäglichen Kurt Waldheim", Helmut Kohl, "der nie etwas anderes getan hat als das entscheidende Instrument der nationalsozialistischen Reichsführung zur Realisierung ihrer verbrecherischen Welteroberungspläne - die deutsche Wehrmacht - zu entnazifizieren und zu exkulpieren" - "dieser deutschtümelnde Oggersheimer am ‚Omaha Beach`? Nein und dreimal nein!" (taz, 24.3.)

Wohin mit den Linken?

Mit dieser klaren, wahren und erfrischend "unausgewogenen" Stellungnahme könnten wir es hier bewenden lassen - wenn wir die Dinge allein aus links-deutscher Perspektive betrachten würden. Da es sich aber um ein weltgeschichtliches Ereignis handelt, das da mit internationaler Beteiligung gefeiert wurde, muß hier auch ein Blick über die Landesgrenzen hinaus geworfen werden. Ein Blick etwa in das linke Monatsmagazin Living Marxism, herausgegeben von der britischen Revolutionary Communist Party (RCP), macht deutlich, vor welche unlösbaren Probleme eine imaginäre "kommunistische", "sozialistische" (oder bloß "linke") "Internationale" durch ein zweitrangiges Problem wie D-Day gestellt würde.

Nichts als "Pornographie für Patrioten" seien die Feierlichkeiten, schreibt Herausgeber Mick Hume in einem wütenden Kommentar: "Union Jacks wehen in den Straßen. Junge Männer mit Bierbäuchen marschieren in Kampfanzügen herum. Eine derbe Feier britischer Größe und eine Glorifizierung von Gewalt gegen Ausländer. Wer braucht die BNP (British National Party), wenn wir die offizielle D-Day-Gedenkfeier haben?" Die britische Regierung benutze die "Toten von gestern als Fußvolk in einer militaristischen Kampagne für heute". Getarnt als Geschichtsunterricht, würde "Feindschaft gegen alles Deutsche" geschürt und ein chauvinistisches Klima geschaffen. Selbst die Absage des Fußball-Länderspiels in Berlin sei benutzt worden, "um die Welt daran zu erinnern, daß Hitler lebte, daß die Deutschen immer noch Nazis sind und daß Britannien die Nation des Fairplay ist." (Living Marxism, Mai 94)

Es ist unschwer vorstellbar, welchen Tumult diese Thesen, vorgetragen auf dem Plenum jener (zum Glück?) nicht existenten "Internationale", im Lager der "Antideutschen" hervorrufen würde: Verharmlosung des Nationalsozialismus und der deutschen Gefahr, Kapitulation vor dem deutschen Hegemoniestreben in Europa! Der seltsame Einfall der RCP, die Liste der Opfer britischer Kriegsverbrechen seit 1944 mit den 130.000 Toten von Dresden beginnen zu lassen und dazu rund um den 6. Juni eine Anzeigenkampagne zu starten, scheint solchen Einwänden recht zu geben. Die im Prinzip richtige Devise, den "Hauptfeind im eigenen Land" zu suchen, muß, angewandt auf den 50. Jahrestag der alliierten Befreiungstat, in die Irre führen. Sympathischer und angemessener sind da die Erklärungen britischer Veteranenverbände, die sich gegen den von der Major-Regierung - nicht zuletzt zu Wahlkampfzwecken - organisierten nationalistischen Pomp abgrenzten, ohne sich ihre eigene Feier nehmen zu lassen.

Daß die offiziellen Feierlichkeiten linken und antimilitaristischen Initiativen Raum zur Artikulation lassen würden, schien auch Ralph Giordano zu bezweifeln. Sein Aufruf, "jeder und jede von uns, für die das Ende Hitlerdeutschlands die Voraussetzung für die Zukunft des demokratischen Deutschlands war", solle am 6. Juni "dorthin", an die Strände der Normandie, gehen, enthielt die nicht unwesentliche Einschränkung: "jedenfalls in Gedanken". Wer wie die übergroße Mehrheit der deutschen Linken und Antifaschisten am 6. Juni zu Hause geblieben ist, konnte sich dort den Hollywood-Schinken "Der längste Tag" zu Gemüte führen: ein in der Hochzeit des Kalten Krieges entstandener, ganz normaler Kriegsfilm mit Guten und Bösen, Siegern und Besiegten. Auch hier kommen Befreier nicht vor.

Js.

10. Zehn gute Gründe, zur Wahl zu gehen und PDS anzukreuzen

Autor: Claudia Gohde · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:33

1. Wenn die Grenzen durchlässiger werden, ist das gut und nicht schlecht. Wenn sie ganz fielen, wäre dies noch besser. Genauso wie es ein historischer Fortschritt war, daß der Nationalstaat die Vielstaaterei der Kleinfürstentümer ablöste, ist es heute ein Fortschritt, wenn in einer kleiner gewordenen Welt Nationalstaatsgrenzen überwunden werden. Insofern ist die Idee der vereinigten Staaten von Europa vernünftig.

2. Natürlich wird Europa heute von den Bourgeoisien und dem Kapital der multinationalen Konzerne "gemacht" (was für die Nationalstaaten natürlich gleichermaßen gilt). Dies ist noch kein Argument gegen ein vereinigtes Europa. Denn wenn etwa einflußreiche Teile des Kapitals heutzutage eine ausgesprochen antinationalistische Haltung einnehmen, weil die Struktur der Nationalstaaten für die Beweglichkeit des Kapitals zu enge Grenzen setzt, dann ist das für unsereins ja auch kein Grund, die Nation hochleben zu lassen.

3. Daß Europa vom Kapital gemacht wird, ist allerdings ein Argument dafür, auch den Widerstand zu internationalisieren, in diesem Fall zu europäisieren. Bekanntlich ist der größte Teil der von den modernen Gesellschaften verursachten Probleme schon lange nicht mehr national zu bändigen; das nur offenkundigste Beispiel ist die Umweltzerstörung. Gleichermaßen gilt dies aber auch für Chauvinismus und Rassismus. Es geht also darum, Gegenstrukturen - vor allem auch außerparlamentarisch - über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg aufzubauen.

4. Die Argumente für und wider Wahlbeteiligung bei den Europawahlen sind ziemlich die gleichen wie bei den Bundestagswahlen und sollen deshalb hier nicht weiter erörtert werden. Zwei Besonderheiten sind aber zu berücksichtigen: das Demokratiedefizit und die Tatsache internationaler Fraktionen im Europäischen Parlament.

5. Das Demokratiedefizit, einhergehend mit der geringen Kompetenz des Parlamentes, sind gute Gründe für Wahlabstinenz. Die größte Macht liegt beim Ministerrat, wo die Regierungen sich ihre eigenen Gesetze schnitzen können. Z.B. scheiterte im April das vom Europäischen Parlament befürwortete Armutsprogramm im Ministerrat - am Veto der BRD. Dafür nimmt sich das Parlament auch gelegentliche "Unbotmäßigkeiten" raus, z.B. wenn die BRD wegen Verstoß gegen die Menschenrechte und Ausländerfeindlichkeit gerügt wird.

6. Die Stärke linker Fraktionen im Europäischen Parlament hängt nicht zuletzt an der internationalistischen Verantwortung der fortschrittlichen WählerInnen in den einzelnen Staaten. Die BRD ist einer der mächtigsten Staaten in Europa, kleinere europäische Staaten sind von der Europapolitik der Mächtigen in ungleich größerer Weise betroffen. In funktionsfähigen linken Fraktionen müssen sowohl die Zentren als auch die Peripherien Europas vertreten sein.

7. Genauso wie es Linken aus der BRD nicht ganz gleichgültig sein kann, ob aus Italien vorwiegend die Faschisten ins Parlament einziehen oder auch eine starke linke Fraktion, so haben natürlich griechische, spanische oder portugiesische Linke ein Interesse an linken BündnispartnerInnen aus der BRD. Und ebenso gilt das für die osteuropäischen Länder, die von den Eurostrategen durch militärpolitische Anbindung über WEU und NATO in einen europäischen Integrationsprozeß einbezogen werden, der vor allem die Herausbildung eines neuen militärischen Zentrums und ihre Erschließung als europäisches Hinterland zum Ziel hat.

8. Nicht zuletzt ist der europäische Einigungsprozeß auch mit der Herausbildung eines neuen weltpolitischen Machtzentrums verbunden. Festung Europa bedeutet nicht nur Abschottung gegen die Armut des Trikonts, sondern auch Aggression nach außen. Linke (Parteien und Bewegungen) aus dem Trikont verfolgen interessiert den Weg Europas und der Linkskräfte in dieser Konstellation. Internationale Beziehungen auch in der Linken vollziehen sich nun mal zum großen Teil über Parteien und parlamentarische Strukturen. Der ANC Südafrikas, die tamilische KP, die brasilianische PT und die Sandinisten Nicaraguas brauchen Bündnispartner auch im Europäischen Parlament.

9. Ein kleiner Beitrag zur Opposition gegen den realen europäischen Einigungsprozeß - gegen Militarisierung der Außenpolitik, Herrenhaus Europa, Nationalismus und Abschottung - kann auch der sein: am 12. Juni PDS wählen, weil sich die PDS als Teil einer solchen, ausgesprochen linken und sozialistischen Opposition versteht.

10. Und wem das alles wurscht ist, der/die kann mit der Stimme für die PDS dem deutschen Nationalismus wenigstens ein Schnippchen schlagen. Denn als einzige Nichtdeutsche unter 99 Abgeordneten aus der BRD könnte die Italienerin Giuseppina Paglia über die PDS ins Europäische Parlament einziehen.

Claudia Gohde

11. Die unendliche Geschichte der "Auschwitz- Lüge"

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:30

Nun soll endlich bestraft werden können, was seit Jahren zentraler Bestandteil neonazistischer Propaganda ist: die Leugnung des systematisch betriebenen Völkermords an den europäischen Juden. Wer, so der Tenor des "neuen" Gesetzes, das den bisherigen § 130 ergänzt, diese Tatsachen leugne, habe per se eine volksverhetzende Absicht, und dies sei strafbar. Bisher - und hier handelt es sich in der Tat um eine Präzisierung - war eine Verurteilung nur möglich, wenn der Völkermord in beleidigender Absicht oder zur Schädigung des Ansehens Verstorbener geleugnet wurde. Nicht allein gegen die Würde eines Menschen, sondern gegen die Menschenwürde des Angegriffenen hatte der Verstoß gerichtet werden müssen, um strafbar zu sein. Im Schutz dieser früheren äußerst spitzfindigen Formulierung hatten die Nazis ihre diversen Varianten der "Auschwitzlüge" als "wissenschaftliche Debatte", die grundgesetzlich geschützt ist ("Forschung und Wissenschaft sind frei") in der Öffentlichkeit verbreitet.

Ob dieses neue Gesetz aber tatsächlich geeignet sein wird, diese Art der Nazi-Betätigung zu verhindern, bleibt abzuwarten. Alle bisherigen Versuche, durch derartige Maßnahmen die Aktivitäten der Nazis zumindest einzudämmen, sind jedenfalls erfolglos geblieben.

Höchstrichterliche Entscheidungen

Der Ende April eingebrachten Gesetzesinitiative vorausgegangen waren in diesem Frühjahr insgesamt drei Entscheidungen höchster deutscher Gerichte, deren erste auch international große Bestürzung ausgelöst hatte. Das Bundesverwaltungsgericht hatte im März 1994 die Verurteilung des NPD-Vorsitzenden Günther Deckert wegen Volksverhetzung aufgehoben und an das Landgericht Mannheim zurückverwiesen, weil dieses nicht ausreichend begründet habe, warum durch die Äußerungen des Angeklagten die Menschenwürde der Opfer der Schoah verletzt worden sei. Das Leugnen des Völkermords an den Juden allein sei kein ausreichender Grund für eine Verurteilung. Der Völkermord sei zwar eine erwiesene Tatsache und bedürfe keines weiteren Beweises, seine Leugnung allein aber kein Strafgrund. Dieser sei erst dann gegeben, wenn der Angeklagte entweder die Opfer der Schoah als "minderwertig" bezeichne oder aber erkennbar in Fortsetzung nationalsozialistischer Ideologie und Politik handele. Im Fall des NPD-Vorsitzenden Deckert habe das erkennende Gericht diesen Aspekt aber für das Urteil unzureichend herausgearbeitet.

Ergänzt wird dieses Urteil des Bundesverwaltungsgerichts durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: Das 1979 indizierte (Aufnahme in die Liste jugendgefährdender Schriften) Buch des langjährigen NPD-Aktivisten und professionellen Schoah-Leugners Udo Walendy Wahrheit für Deutschland - die Schuldfrage des Zweiten Weltkriegs wurde als durch das Recht auf Meinungsfreiheit geschützt eingeschätzt, die Indizierung sei dementsprechend zu überdenken. Lediglich in einer weiteren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wurde ein Verbot einer untergeordneten Instanz bestätigt: 1991 hatte die Stadt München eine NPD-Veranstaltung mit dem ehemals renommierten Wissenschaftler und heutigen Nazi-Ideologen David Irving nur unter der Auflage zugelassen, daß die Judenverfolgung im "Dritten Reich" nicht angezweifelt werden dürfe.

Die Nazikampagne zur "Auschwitzlüge"

Seit der Niederschlagung des Faschismus sind die Nazis darum bemüht, die Verbrechen des Faschismus zu leugnen, die Schuld der Nazis am Zweiten Weltkrieg zu relativieren, zumindest die Zahl der Opfer faschistischer Verbrechen anzuzweifeln usw.usf. Seit den 50er Jahren ist eine große Anzahl von Publikationen erschienen, die in ihrer Gesamtheit als "geschichtsrevisionistisch" zu werten sind und in denen jeweils bestimmte Aspekte der faschistischen Vergangenheit entschuldet werden sollen. Das Themen dieser Schriften reichen vom "Nachweis" angeblich unterdrückter Wahrheiten bis hin zu massiver Volksverhetzung.

Als Versuch eher subtiler Entschuldung kann hier ein Artikel aus der Deutschen Wochenzeitung des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey gelten. Als der jüdische Junge auf dem berühmten Foto aus dem Warschauer Ghetto ausdrücklich nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit als ein heutiger New Yorker identifiziert wurde, mutmaßte ein Autor dieser Nazi-Postille - und zitierte entsprechende "Hinterfragungen" -, ob dieses Foto nicht insgesamt eine Fälschung sei, mit Sicherheit aber zeige es keinen Abtransport zu einem Vernichtungslager.

Verschwiegen wurde in der DWZ jedoch die ihr bekannte Tatsache, daß jenes Bild aus dem mit einer Fotodokumentation versehenen Bericht des SS-Offiziers Stroop stammt, den er nach der Liquidierung des Warschauer Ghettos und seiner Bewohner seinen Vorgesetzten übergeben hatte. Diese noch "gemäßigte" Variante des Geschichtsrevisionismus ist selbstverständlich straffrei und wird durch das neue Gesetz auch in keiner Weise mit Strafandrohung belegt sein.

Ohne es direkt auszusprechen, wird aber schon in diesem Beispiel das zentrale Anliegen des Geschichtsrevisionismus deutlich: die Leugnung der systematischen Ermordung der europäischen Juden, oder - in "gemäßigter" Form - der Versuch, die Zahl der Opfer "herunterzurechnen". Denn: Wenn auch nur begründete Zweifel an der allgemein akzeptierten Beweiskraft dieses Fotos geweckt werden können, so ist der Damm gebrochen.

Deutlicher als die Zeitungen des Frey-Konzerns aber haben Andere dieses braune Geschäft betrieben. Relativ früh hatte sich z.B. in Vlotho der "Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung" des Udo Walendy etabliert, der sich auf derartige pseudowissenschaftliche Machwerke spezialisiert hat. International hat die Brüderschaft der Geschichtsrevisionisten im amerikanischen "Institut for Historical Review", von dessen Zeitschrift und deren jährlichen Kongressen entscheidende Impulse für die Nazi-Kampagnen ausgehen, ihr scheinseriöses Aushängeschild. Zu den führenden Geschichtsrevisionisten gehören außer den Vertretern des deutschen Nazismus verschiedene internationale "Experten": der ehemalige Buchenwald-Häftling Faurisson aus Frankreich, der US-Amerikaner Butz, der Engländer Harwood und viele andere, die seit Jahren und teilweise Jahrzehnten in immer neuen Veröffentlichungen mit der Behauptung einer "6-Millionen-Lüge" die Schoah zu leugnen versuchen. Ergänzt wird die Tätigkeit des genannten Instituts u.a. durch den Deutsch-Kanadier Fred Zündel, auf dessen Initiative der selbsternannte Ingenieur und Experte für Tötungsmaschinen Fred Leuchter sein "Auschwitzgutachten" erstellt hat, das als "Leuchter-Report" in mehreren Versionen kursiert. Die Übersetzung einer dieser Fassungen ins Deutsche wird dem NPD-Vorsitzenden Deckert zugeschrieben. Die von Leuchter aufgestellten Behauptungen sind in mehreren seriösen wissenschaftlichen Untersuchungen widerlegt worden.

Der Leuchter-Report ist zu einem zentralen Propagandainstrument der Neonazis in der BRD geworden. Die deutschen Neonazis hatten in den 70er Jahren begonnen, den Völkermord an den europäischen Juden und insbesondere den Giftgasmord in Auschwitz immer offensiver in der Öffentlichkeit zu leugnen. Begonnen hatte dies Anfang der 70er Jahre mit der Veröffentlichung eines sogenannten Erlebnisberichts des ehemaligen SS-Wachmannes von Auschwitz, Thies Christophersen (der nach eigenen Angaben weder im Vernichtungslager Birkenau noch im Stammlager Auschwitz, sondern im Nebenlager Raisko eingesetzt war). Dieser in der BRD verbotene und aus dem Ausland importierte Bericht wurde von dem Neonazi Manfred Roeder unter dem Titel Die Auschwitzlüge veröffentlicht. Der Begriff "Auschwitzlüge" wurde durch diese Broschüre geprägt.

Christophersen wohnt seit Jahren unbehelligt bei Nazifreunden in Dänemark, um seiner Inhaftierung zu entgehen, Roeder ist nach Verbüßung einer langjährigen Haftstrafe als Führer der Mordbande "Deutsche Aktionsgruppen" wieder im Nazi-Lager aktiv. Roeder und Christophersen bildeten Ende der 70er Jahre einen wesentlichen organisatorischen Kern für die neuen Hakenkreuzbanden um Michael Kühnen, die u.a. mit ihrer Aktion "Ich Esel glaube, daß in Deutschland Juden vergast worden sind" Stimmung gemacht hatten. Die Jungmannen um Kühnen (u.a. der heutige NS-Star Christian Worch aus Hamburg) wurden unterstützt durch eine ganze Reihe weiterer Aktivisten (so u.a. Manfred Schönborn oder Ewald Huscher aus Nürnberg, Edgar Geiss aus Stade), die in provokativen Auschwitzkongressen und ähnlichen Veranstaltungen unter "wissenschaftlichem" Deckmantel die Organisierung neuer Nazi-Kader betrieben. Zu einem größeren Skandal wurde das Buch Der Auschwitz-Mythos des ehemaligen Richters Wilhelm Stäglich von 1979, in dem er eine "jüdisch-kommunistische Weltverschwörung" beschwor. Stäglichs Buch wurde 1982 indiziert und eingezogen, die Doktorwürde wurde ihm 1983 aberkannt.

Die Aktivitäten der offenen Nazis lösten schon Ende der 70er Jahre Versuche aus, diesem Treiben juristisch beizukommen. Doch genauso, wie dieser Staat es bislang nicht fertig gebracht hat, die Freiheit der Organisation gegenüber NS-Gruppierungen grundsätzlich und zuverlässig einzuschränken, hat er es bis heute eben nicht geschafft, das Recht auf Meinungsfreiheit zu präzisieren.

Die Sicherung der Beweise

Erleichtert wurde das Treiben der Nazis u.a. dadurch, daß die Beweise für die Verbrechen der Nazis in der öffentlich zugänglichen Literatur relativ schwer zu finden, Forschungsergebnisse und Prozeßakten vielfach in den Archiven verschwunden waren. So sahen sich z.B. damals die Verfolgtenverbände genötigt, ein Buch zu den Giftgasmorden zu veröffentlichen, da eine vergleichbare Schrift bis Ende der 70er Jahre in der BRD nicht vorlag. Im Vorwort ihrer 1980 erschienenen Publikation Nationalsozialistische Massentötungen mit Giftgas schrieben die Herausgeber Eugen Kogon (Autor des Standardwerks Der SS-Staat), Hermann Langbein (Sekretär des Internationalen Lager-Komitees) und Adalbert Rückerl (Leiter der Ludwigsburger Zentrale zur Aufklärung von NS-Verbrechen): "Da leider festgestellt werden muß, daß die Versuche, die nationalsozialistische Theorie und Praxis trotz allem zu rechtfertigen, sich nicht auf überlebende ehemalige Würdenträger des Regimes beschränken, sondern daß Angehörige der nachkommenden Generation davon infiziert sind und zu Trägern - über den deutschen Sprachraum hinaus - der Rechtfertigungspropaganda geworden sind, hat es sich als notwendig erwiesen, die historische Wahrheit gerade des Massenmords durch Giftgas so konkret und unwiderlegbar, wie es nur möglich ist, nachzuweisen."

Schien unmittelbar nach der militärischen Zerschlagung des Nationalsozialismus schlicht unvorstellbar, an der Tatsache der NS-Verbrechen auch nur zweifeln zu wollen, war Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre der Boden für eine so geartete "Vergangenheitsbewältigung" bereitet.

Lange Zeit war und ist z.T. auch heute noch die Rede von "sechs Millionen ermordeten Juden". In allen ernsthaften wissenschaftlichen Analysen wird diese Zahl jedoch als eine wahrscheinliche obere Schätzgrenze angenommen; die Anzahl der in Konzentrations- und Vernichtungslagern Ermordeten wird heute mit etwa vier Millionen angegeben. In Auschwitz sind davon zwischen einer knappen Million und 1,5 Millionen Menschen umgebracht worden. Und diese Bezifferung hat wiederum nichts zu tun mit der Anzahl, die das Totenbuch des Stammlagers Auschwitz verzeichnet, in das die meisten der Auschwitz-Opfer ja gar nicht eingeliefert worden waren. Nun wären die zynischen Spielereien, die die Nazis mit diesen Zahlen aufführen, nicht gefährlich, wenn sie in einer Situation stattfänden, in der die Lächerlichkeit und Unhaltbarkeit all dieser pseudowissenschaftlichen Entschuldungsversuche bewußt wären und/oder kein dringender Bedarf an Entsorgung der Vergangenheit bestünde. Dies erwies sich erneut, als vor rund zwei Jahren eine Gedenktafel im KZ Auschwitz, auf der die Anzahl der hier Ermordeten mit vier Millionen angegeben war, in die Debatte geriet. Jede Verteidigung dieser Zahl, die nicht auf eine wissenschaftliche Untersuchung gestützt war, wurde in der einschlägigen Nazipresse begierig aufgegriffen und als Beweis für die völlige Übertreibung durch "die Siegermächte", im konkreten Fall eben durch Polen und die Sowjetunion, gewertet.

Auch wenn es für die Auseinandersetzung mit dem Geschichtsrevisionismus nur eingeschränkt von Bedeutung ist, in jedem einzelnen Fall die nazistische Fälschungen nachweisen zu können, so sollte die Selbstvergewisserung über die Fakten doch Aufgabe eines jeden sein, der auf diesem Gebiet engagiert ist. (Im Verlag C.H.Beck erschien jüngst Till Bastians Buch Auschwitz-Lüge, in dem der Autor die gängigsten Thesen der militantesten Revisionisten erörtert und mit exakten Widerlegungen aufwartet. Unbedingt zu empfehlen ist auch die dreibändige Enzyklopädie des Holocaust, deren Gebrauchswert im deutschsprachigen Raum bisher unübertroffen ist, sowie der von Wolfgang Benz im Oldenbourg-Verlag herausgegebene Band Dimension des Völkermords, in dem die Mordaktionen der Nazis und ihrer Kollaborateure Land für Land dargestellt werden.)

Die traurige Geschichte eines Gesetzes

Seit Ende der 70er Jahre sind Überlegungen angestellt worden, wie dem übelsten Treiben der Revisionisten beizukommen wäre. Doch alle Maßnahmen, die seither ergriffen wurden, blieben ohne Ergebnis; die höchstrichterlichen Urteile dieses Frühjahrs belegen dies. So wurde eine Kampagne initiiert, rechtsradikale Pamphlete auf die Liste jugendgefährdender Schriften (den Index) zu setzen, um sie somit zumindest der öffentlichen Anpreisung etc. zu entziehen. Unter diesen damals indizierten Machwerken war auch das Buch des Udo Walendy, das nun höchstrichterlich wieder von dieser Liste gestrichen wurde.

Anfang der 80er Jahre - noch unter der Regierung Schmidt - hatte die SPD einen Antrag für ein Gesetz in den Bundestag eingebracht, in dem es hieß, angesichts "der im Rahmen neonazistischer Propaganda zunehmend zu beobachtenden Leugnung und Verharmlosung schwerer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen" solle "sich auch strafbar machen, wer unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen des Völkermordes leugnet oder verharmlost". Wenige Tage nach Eingang des Antrags wurde am 1.10.82 die Regierung Schmidt durch die CDU/CSU/FDP-Koalition unter Kohl abgelöst. Zweimal wurde von Justizminister

Engelhard dann das Gesetz noch einmal eingebracht (1983 und 1984), und beide Male wurde es vom Koalitionspartner CDU in den Ausschußsitzungen gekippt. Beim dritten Anlauf 1985 war das Gesetz dann endlich soweit "entschärft", daß es auch für die rechtesten Vögel der Union akzeptabel wurde. Die Leugnung des Völkermords an den europäischen Juden wurde nicht mehr als eigener Straftatbestand gesehen, sondern nur noch als Beleidigung; d.h. es muß bei der Tat der Angriff auf die Menschenwürde der Opfer nachweisbar sein. Außerdem war die 1985er-Fassung kein spezielles Gesetz mehr zur Schoah, sondern schloß andere Gewaltverbrechen ausdrücklich mit ein - womit in der damaligen Diskussion insbesondere die Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerungsgruppen aus den osteuropäischen Staaten gemeint war.

Der Fortschritt des 85er Gesetzes gegenüber der bisherigen Regelung bestand darin, daß der Tatbestand der Beleidigung, den bislang die von den Nazi-Verleumdungen Angegriffenen selbst hatten erbringen müssen, nunmehr von Amts wegen verfolgt werden konnte. Bislang hatten die Überlebenden der Schoah den Antrag auf Strafverfolgung zu stellen, sozusagen stellvertretend für die ermordeten Verwandten. Unerträgliche Situationen entstanden aus dieser Bestimmung für die vor Gericht auftretenden Überlebenden, wenn Nazi-Anwälte das Antragsrecht der Antragsteller bezweifelten. Darüber hinaus ist es unverständlich, weshalb nur Opfer bzw. deren Verwandte oder ideelle Vertreter "beleidigt" werden konnten und nicht jeder Bewohner dieses Landes. Mit der neuen Regelung jedenfalls entfiel zumindest dieser "umgekehrte Ariernachweis".

Doch die Wirkung dieses Gesetzes blieb auf wenige Jahre beschränkt. Seit 1988 sind erneut und gehäuft revisionistische Kampagnen der Nazis in der Öffentlichkeit zu beobachten, wobei der Prozeß gegen Ernst Zündel 1988 in Toronto eine zentrale Rolle einnimmt. Während die Anklage damals die Holocaust-Experten Raul Hilberg und Christopher Browning als Sachverständige lud, fuhren die Nazis zur Verteidigung Zündels die ganze Creme des Geschichtsrevisionismus als Zeugen auf: Robert Faurisson, Thies Christophersen, David Irving und Udo Walendy. Zündel selbst hatte Fred Leuchter für diesen Prozeß beauftragt, seinen berüchtigten Report zu erstellen. Ausgehend von diesem Prozeß organisierten die Nazis seitdem auch und vor allem in der BRD eine Kampagne gegen das kanadische Urteil, was zu einer ganzen Flut von Prozessen hierzulande führte. In diesen Prozessen lernten die Nazis recht schnell, ihre Äußerungen den Windungen des Gesetzestextes anzupassen. Pseudowissenschaftliche Vorgehensweisen, "vorurteilslose" Darstellung verschiedener Meinungen zum Thema, selbstverständliche "Distanzierung" von den "eventuellen Greueltaten" usw.usf. waren dabei ihre Tricks, um dem Vorwurf der Beleidigung der Opfer zu entgehen. Herausragendes Beispiel für die Unfähigkeit deutscher Gerichte, das Gesetz von 1985 anzuwenden, ist das höchstrichterliche Urteil im Fall Deckert. Dieser gilt nicht nur als Übersetzer einer Fassung des Leuchter-Reports, sondern hatte auch diverse revisionistische Tagungen organisiert, auf denen er die als Volksverhetzung geahndeten Äußerungen getan hatte, die nun zur erneuten Verhandlung anstehen.

Man darf gespannt sein, ob das geplante neue Gesetz nun wirklich alle Klippen des parlamentarischen Prozesses passieren wird und damit die Leugnung des Völkermords an den europäischen Juden per se als Straftatbestand verfolgt werden wird. Zu bezweifeln ist allerdings, ob dieses Gesetz wirklich das geeignete Instrument ist, um dem aggressiven Revisionismus beizukommen. Denn daß der Holocaust, wenn zwar nicht geleugnet, so doch in seiner Bedeutung relativiert werden müsse, ist keineswegs allein das Anliegen der offenen Neonazis. Spätestens seit dem Historikerstreit von 1986 ist das Anliegen erzreaktionärer Kreise und Wissenschaftler offen erkennbar, "Deutschland" insgesamt zu "entschulden", indem die Verbrechen des Faschismus als Reflex auf die "asiatischen Verbrechen" Stalins bezeichnet und damit letztlich begründet werden. Die Abgrenzung, die heute der führende Vertreter dieser Strömung, Ernst Nolte, 1990 in der Rechtspostille Junge Freiheit gegenüber dem Leuchter-Report abgesondert hat, stellt denn auch weit eher eine wohlwollende "väterliche Ermahnung" dar als einen Verriß: "Wenn der Revisionismus und mit ihm Leuchter für die Öffentlichkeit klar gemacht hätten, daß auch ‚Auschwitz` ein Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung und Kontroversen sein muß, müßte man ihnen einen Verdienst aussprechen, auch dann, wenn sich letzten Endes herausstellen sollte, daß die Opferzahlen noch größer und die Vorgänge noch schrecklicher waren als man bisher angenommen hat." Wissenschaftlich fundiert muß also der Revisionismus vorgehen, können wir daraus lernen; und ob dann das neue Gesetz taugen wird, ist doch sehr zu bezweifeln.

ES, Hamburg

12. Back to the roots ... Deutsche Geheimdienste auf neuen alten Wegen

Autor: M., Berlin · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:16

Am 20. Mai stimmten die Abgeordneten der Bonner Regierungskoalition für das "Verbrechensbekämpfungsgesetz 94". Darin ist vorgesehen, den Bundesnachrichtendienst (BND) künftig zur Bekämpfung der "Organisierten Kriminalität" einzusetzen. Er soll in dem Bereich - an sich polizeilicher - Gefahrenabwehr zu einer aktiven Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden eingebunden werden.

Einen Monat zuvor hatte die bayerische Landesregierung ihre Novelle des Verfassungsschutzgesetztes in den Landtag eingebracht. Darin war ebenfalls eine Aufgabenerweiterung für bajuwarische Schlapphüte enthalten: "Möglichst bald" schon sollen bayerische BürgerInnen durch den Verfassungsschutz (VS) vor dem "Organisierten Verbrechen" "geschützt" werden.

Im folgenden sollen die Gefahren verdeutlicht werden, die hinter diesen neuen Zuständigkeiten bundesdeutscher Nachrichtendienste lauern. Wird doch das - nach den mörderischen Erfahrungen der faschistischen "Geheimen Staatspolizei" (GeStaPo) - im Grundgesetz verankerte Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten durch diese Gesetzesvorhaben faktisch aufgehoben.

Der BND ist unter den bundesdeutschen Geheimdiensten ein ganz besonderes Schätzchen: Zunächst ist er immer noch mit 6.500 MitarbeiterInnen und zusätzlich 1.600 SpionInnen die größte nachrichtendienstliche Behörden der BRD. (1) Zudem ist der vor den südlichen Toren Münchens - in Pullach - gelegene BND derjenige, der am stärksten von der demokratischen Öffentlichkeit abgeschotteste Geheimdienst. Schließlich läßt sich an der Entstehungsgeschichte des BND am eindrucksvollsten die Kontinuität der aus dem deutschen Faschismus kommender Strukturen in den bundesrepublikanischen Repressionsorganen illustrieren. (2)

Nach §1 II BNDG ist es die Aufgabe des Pullacher Geheimdienstes, Erkenntnisse über das Ausland zu gewinnen, die "von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die BRD sind". (3)

Von den vielfältigen, vom BND eingesetzten "nachrichtendienstlichen Mitteln" (wie z.B. Agentenführung) ist im Zusammenhang dieses Artikels die "strategische Kontrolle" von Bedeutung: Im November 1978 wurde über Presseberichte bekannt, daß der BND täglich gleich säckeweise Briefverkehr mit der DDR bzw. den Ländern des Warschauer Paktes bei der Post abholte, durchlas und sich daraus "mosaiksteinchenartig verteidigungspolitisch relevante" Hinweise herauszog, die nach offizieller Lesart für die "Aufklärung bewaffneter Angriffe auf die BRD" dienlich sein konnten. Allein 1978 wurden so 1,6 Mio. Briefe durch den BND geöffnet. Ebenfalls waren die Telefonverbindungen zwischen der BRD und dem "kommunistischen Machtbereich" einer "strategischen Kontrolle" ähnlichen Ausmaßes unterworfen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Grundsatzurteil 1984 die "strategische Kontrolle" durch den BND unter zwei - hier beachtenswerten - Einschränkungen gebilligt: Die strategische Kontrolle dürfe nicht zur Gefahrenabwehr für die "innere Sicherheit" eingesetzt werden. Desweiteren würde es einen "Mißbrauch" darstellen, wenn strafrechtlich relevante Erkenntnisse, die im Zuge dieser zunächst nicht-individualisierten strategischen Massenkontrollen "zufällig" angefallen sind, zu einer gezielten Individualüberwachung eingesetzt würden. (4)

Genau dies ermöglicht nun das "Verbrechensbekämpfungsgesetz".

Der Staubsaugerangriff des BND

1979 wurden beim BND auf Anordnung seines damaligen Präsidenten, Klaus Kinkel, für mehrere Milliarden DM Anlagen installiert, mit denen Telefonverbindungen im Ausland mit Hilfe eines "Wortbanksystems" abgehört wurden. (5)

Von dieser Weisung Kinkels (für die es keinen Beschluß des damaligen sozial-liberalen Bundeskabinetts gab) bzw. der seither durchgeführten "Fernmeldeaufklärung" wurde die demokratische Öffentlichkeit erst 1993, also nach 14-jähriger Praxis, durch den BND-Konteradmiral Güllich in Kenntnis gesetzt. (Spiegel 15/93) Was von gutgläubigen Kommentatoren als "neue Offenheit des BND" hochgejubelt wurde, erwies sich mittlerweile als

eine kühl berechnete Informationspolitik im Vorfeld der anstehenden Erweiterung des BND-Aufgabenbereichs. Denn mit dem "Verbrechensbekämpfungsgesetz 94" wurde nun folgendes geregelt:

Erstens, die seit 1979 praktizierte telefonische Schleppnetzfahndung wird nun auch offiziell zu der strategischen Kontrolle gezählt, die in §3 (des nach Art. 10 Grundgesetz genannten) G-10-Gesetz geregelt ist. (6)

Zweitens darf der BND nun auch Briefe abfangen und am Telefon lauschen, wenn es um illegalen Waffen- und Drogenhandel, Geldfälschung und -wäsche sowie natürlich um den "internationalen Terrorismus" geht. Der BND wird also in die Bekämpfung weiter Teile dessen eingespannt, was amtlich als "Organisierte Kriminalität" bezeichnet wird, die "in zunehmendem Maße die Sicherheit und Funktionsfähigkeit des Staates als solchen, und das Sicherheitsgefühl seiner Bürger (!) bedroht". (7) Die Auflage des Bundesverfassungsgerichts, die strategische Kontrolle nicht zum Schutz der "inneren Sicherheit" einzusetzen, wurde mit dem Verbechensbekämpfungsgesetz einfachhalber übergangen.

Drittens wird der BND nicht nur dazu verpflichtet strafrechtlich relevante Informationen, auf die er im Rahmen der strategischen Schleppnetzfahndung gestoßen ist, an die Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben. Bullen und Staatsanwaltschaften wurde, viertens die Möglichkeit eröffnet ihrerseits aktiv die Lauschtechnik des BND zu nutzen, indem sie ihn auffordert zusätzliche Suchbegriffe in sein Wortbank-System aufzunehmen.

Bislang wurden bei der Schleppnetz-Fahndung des BND nur solche Telefongespräche erfaßt, die von AusländerInnen im Ausland geführt wurden. Sofern hierbei auch GesprächspartnerInnen aus der BRD belauscht wurden, mußten diese Bänder umgehend gelöscht werden, da der BND offiziell ja keine Inlandsaufklärung betreiben darf.

Nur Deutsche bzw. AusländerInnen, die in der BRD leben, fallen nach der Auffassung der Bundesregierung unter den Schutz von Art. 10 GG. Alle übrigen Menschen weltweit sind aus dieser Sicht Freiwild für die Lauschaktionen des BND. (8)

Das ändert sich jetzt: Sinn und Zweck der Befugniserweiterung des BND ist die Erfassung und Weitergabe von Informationen aus seiner Kriminalitätsbeobachtung über Personen, die bislang nach Art. 10 GG vor diesbezüglichen Telefon-Schnüffeleien geschützt wurden. Auch sie sollen von der Schleppnetzfahndung am Telefon erfaßt werden können, sofern mit einer GesprächspartnerIn im Ausland gesprochen wird.

Die zunächst nicht-individualisierte telefonische Schleppnetzfahndung wird nunmehr, fünftens, über bestimmte Identifizierungsmerkmale gezielt auf derartige Personen angesetzt und entsprechende personenbezogene Informationen von ihnen erfassen.

Da kann die Klassenjustiz noch so abenteuerliche Kapriolen zum Schutz deutscher Kapitalisten im Ausland schlagen (9) - hier wird, sechstens (und auch hier entgegen der Auflage des BVerfG), der Einstieg zu flächendeckenden, in der Praxis nicht mehr kontrollierbaren Global-Überwachung auch des inländischen Telefonverkehrs geübt.

Ein VS-Gesetz "nach bayerischer Art"

Am 19. April 1994 legte die bayerische Staatsregierung ihren Entwurf zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes vor. (10) Danach soll der VS des Freistaates künftig als erster Inlandsgeheimdienst der BRD "im Vorfeld strafrechtlichen Handelns Strukturen, Verbindungen und Verflechtungen" im Bereich der "Organisierten Kriminalität" beobachten und aufklären. Der bayerische VS soll die hierbei gewonnenen Erkenntnisse dann an die Polizei und Staatsanwaltschaften weitergeben, damit diese dann strafrechtlich gegen die "Organisierten Verbecher" vorgehen können. "Die grundsätzliche Aufgabenteilung zwischen Polizei und Verfassungsschutz", so Bayerns Innenmister Beckstein vor dem Landtag, "wird nicht preisgegeben. Der Verfassungsschutz wird auch künftig keine exekutiv-polizeilichen Befugnisse erhalten". (11)

Mit diesen Worten versucht Beckstein der Öffentlichkeit gezielt die Dimension dieser für die Zukunft des VS strategischen Entscheidung zu verschleiern. Tatsächlich wird nämlich seit dem Ende des real-existierenden Sozialismus eine grundlegende Debatte über die Zukunft des bundesdeutschen Repressionssystems geführt. Was mit der Übertragung polizeilicher Aufgaben an die Geheimdienste beginnt soll in etwas münden, was von

offizieller Seite derzeit noch mühsam als "Bundessicherheitsamt" von seinem historischem Vorläufer (dem Reichssicherheitshauptamt) unterschieden wird: die Vereinigung von polizeilichem Staatsschutz und geheimdienstlichem Verfassungsschutz in einer bundeinheitlichen Behörde, ausgestattet sowohl mit nachrichtendienstlichen Kompetenzen, wie auch mit polizeilichen Eingriffsbefugnissen. (12)

Einige konkrete Vorhaben konnten auf diesem Weg der allmählichen Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten bereits umgesetzt werden: So wurde in den letzten Jahren in allen Landespolizeigesetzen der Polizei (nachträglich) der Einsatz von Bullenspitzeln sowie der "kleine" aber auch "große Lauschangriff" erlaubt. Auch im Bereich der Strafverfolgung dürfen Bullen nach der Verabschiedung des ersten Gesetzespakets zur Bekämpfung der "Organisierten Kriminalität" seit 1992 entsprechende geheimdienstliche Methoden anwenden.

Im selben Jahr wurde darüberhinaus das Zollkriminalamt über die Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes dazu ermächtigt, nach dem Erhalt von - faktisch illegalen - Hinweisen seitens des BND, bereits im Vorfeld strafrechtlichen Handelns bei verdächtigten Industrieunternehmen Telefon- und Postkontrollen nach dem G-10-Gesetz, durchzuführen. (13)

Der VS will alles - und noch viel mehr

Die diesbezügliche Debatte hatte der ehemalige VS-Chef Boeden - zufällig war er zuvor BKA-Vize-Präsident - 1990 eröffnet. Der begründete sein Ansinnen, den VS bei der Beobachtung der "Organisierten Kriminalität" einzuspannen folgendermaßen: "Wollte man der Polizei diese Vorfeldarbeit überlassen, müßte ihr gesetzlicher Auftrag entsprechend geändert werden ... Es ist fraglich ob eine solche Kompetenzanhäufung (der Polizei) mit dem Geist des Trennungsgebotes vereinbar ist. Außerdem entsteht leicht der Vorwurf einer Geheimpolizei." (14) Termingerecht meldete sich jüngst auch der derzeitige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) Werthebach, höchstpersönlich zu Wort: Er hält die Zuständigkeit des VS zur Beobachtung der "Organisierten Kriminalität" bereits nach geltender Rechtslage für gegeben, da die "organisierte Kriminalität einen Angriff auf den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat führt, der sich von dem extremistisch-terroristischer Bestrebungen nicht eigentlich unterscheidet". Eine Änderung des Grundgesetzes hält Werthebach demnach für nicht erforderlich. Der VS strebe eine "vom täglichem Ermittlungs- und Erfolgsdruck sowie vom Legalitätsprinzip befreite" Aufklärungsarbeit gegen das "Organisierte Verbrechen" an. Der Polizei spricht der VS das Recht ab, im Bereich der strafrechtlichen Vorfeldbeobachtung nachrichtendienstliche Methoden einzusetzen und gleichzeitig exekutive Befugnisse auszuüben. (15)

Kritik an diesen Planungen der Geheimdienste kommt zunächst aus der Polizei. Wie vor ihm bereits BKA-Präsident Zachert wandten sich auch andere gegen die Aufgabenerweiterung des VS: Diese würde dem Trennungsgebot des Grundgesetzes widersprechen und bei der Polizei zu unvertretbaren "Informations- und Effizienzdefiziten" führen. (16) Diese Bullen fordern nun aber nicht etwa, gegen "Organisierte Verbrecher" keine Geheimdienst-Methoden anzuwenden. Vielmehr klagen sie die entsprechende Erweiterung des rechtlichen und operativen Instrumentariums nur für sich selber ein!

Von Seiten der SPD ist kein Widerspruch gegen die Ausweitung der geheimdienstlichen Zuständigkeiten zu verzeichnen. Seit 1990 steht dem BND mit dem verhinderten Handballprofi, Konrad Porzner (17), ein waschechter Sozialdemokrat vor. Dementsprechend hatten die SPD-Repressionsexperten Penner und de With bereits zu Beginn der parlamentarischen Beratungen signalisiert, der Befugniserweiterung des BND keine Steine in den Weg zu legen. (18)

Zudem stimmten das sozialdemokratisch (mitregierte) Berlin und sogar das rot-grüne (!) Hessen in der 1994 veröffentlichten Fortschreibung des "Programms Innere Sicherheit" mit konservativ geführten Bundesländern und dem Bundesinnenminister darin überein, "die Frage der Übertragung weiterer Aufgaben für den Verfassungsschutz, insbesondere im Bereich der Beobachtung der Organisierten Kriminalität, als Merkposten aufzunehmen". (19)

Gegen den Einsatz von Geheimdiensten zur Kriminalitätsbekämpfung lassen sich neben dem Hinweis auf die faschistischen Vorläufer auch demokratischer Argumente vorbringen: Die "Vorteile", mit denen die VS-Beamten ganz ungeniert hausieren gehen, liegen nämlich in der Bindung der Bullen an das Polizeirecht und die Strafprozeßordnung:

Die Polizei darf danach nur beim Vorliegen eines durch "zureichende tatsächliche Anhaltspunkte" begründeten Anfangsverdachts einer Straftatenbegehung einschreiten. (20) Der VS hingegen ist für die Aufnahme seiner Schnüffelarbeit an keinen Anfangsverdacht gebunden, er kann praktisch jederzeit und gegen jedermann - und nun auch im kriminalpolizeilichem Bereich - tätig werden.

Zudem ist der VS nicht wie die Polizei an das in der StPO verankerte "Legalitätsprinzip" gebunden, nach der die Polizei jede ihr bekannt gewordene Straftat auch verfolgen muß. Der Geheimdienst arbeitet vielmehr nach dem Opportunitätsprinzip. D.h., er kann getrost zuschauen, wie - womöglich von seinen eigenen Agenten - Straftaten begangen werden. Zur Erfüllung seines stets langfristig angelegten Schnüffelauftrages bzw. zum Schutz seiner nachrichtendienstlichen Quellen kann der VS die Strafverfolgungsbehörden über ihm bekannt gewordene Verbrechen solange im Unklaren lassen, wie es den Schlapphüten eben opportun erscheint.

Zudem ist der VS nicht der staatsanwaltschaftlichen Leitung von Ermittlungsverfahren unterworfen. Dies hat z.B. bei der Anordnung von technischen Überwachungsmaßnahmen (Observation, kleiner und großer Lauschangriff) zur Folge, daß sich der VS deren Einsatz nicht von einem Richter anordnen lassen und - einer noch so kümmerlichen - Überwachung unterziehen muß. Dies ist auch für die Polizei lukrativ. Sie wird sich ermutigt fühlen, Überwachungsmaßnahmen, die einer richterlichen Überprüfung nicht standhalten würden, an den Geheimdienst abzugeben (s.o.).

Schließlich hat die Übertragung originärer Aufgaben der Polizei an den VS auch Konsequenzen für den Strafprozeß: Inwieweit nämlich Geheimdienstbeamte in vergleichbarer Weise wie Bullen vor Gericht als Zeugen vernommen werden können. Und zweitens, ob den Prozeßbeteiligten ein Einsichtsrecht in die Akten der Geheimdienste zugestanden wird.

In einer Situation, in der bereits die Polizei gezielt mit nachrichtendienstlichen Mitteln ausgerüstet worden ist und in Strafprozessen bereits wie ein Geheimdienst abgeschottet wird, da wird mensch kaum erwarten können, daß ein derartiger Überwachungsstaat nun plötzlich seine die Kriminalität bekämpfenden Geheimdienste einer demokratischen Kontrolle unterstellen wird.

Die verfassungsrechtliche Herleitung des Trennungsgebots von Polizei und Geheimdiensten steht und fällt aber damit, inwiefern zwischen polizeilichen und geheimdienstlichen Aufgaben unterschieden wird. (21) Von daher ist die Zuweisung kriminalitätsbekämpfender Zuständigkeiten an den VS brandgefährlich und ein wesentlicher Meilenstein in der Wiedervereinigung von Polizei und Geheimdiensten. (22)

M./Berlin

Anmerkungen:

1) FAZ, 12.10.1993

2) Organisatorischer Vorläufer des BND war die Abteilung "Fremde Heere Ost" beim Generalstab der faschistischen deutschen Wehrmacht. Der erste Präsident des BND bis 1968 Reinhard Gehlen war bis zum 28.3.45 Chef der FHO. Rekrutiert wurden ab 1945 maßgeblich Wehrmachts-Offiziere und Mitglieder des berüchtigten Sicherheitsdienstes (SD) des Reichssicherheitshauptamtes. (vgl. hierzu: Charisius/Mader "Nicht länger geheim", Berlin 1978. R. Gehlen: "Der Dienst", Mainz/Wiesbaden 1971; M.E. Reese: "Organisation Gehlen", Berlin 1992 (eine auf völlig neuer Quellenlage - wenn auch aus us-amerikanischer Sicht geschriebene - Darstellung: lesenswert!). Mit Vorbehalten (nach "Geheim" 4/93 soll es sich bei dem Autor um einen "special staff officer" im militärischen Geheimdienst der Bundeswehr handeln) sei auch auf Schmidt-Eenboom: "Der BND", Düsseldorf 1993 hingewiesen.

3) Daß der BND sehr wohl immer auch eine aktive Inlandsarbeit entfaltet hat, ist u.a. durch seine Aktivitäten im Stammheimer Hochsicherheitstrakt 1975 (so z.B. das Abhören von Gesprächen der RAF-Gefangenen, vgl. Bakker-Schut, Stammheim, Kiel 1986, S. 404-408), sowie die Anwesenheit eines BND-Agenten in Bad Kleinen belegt. (taz, 6.10.93)

4) Neue Juristische Wochenschrift 1985, S. 121, 124

5) Darunter ist ein computergestütztes System zu verstehen, bei dem "nicht-leitungsgebundene Telefongespräche" (Mobilfunk und Satellitenkommunikation), nach vorher festgelegten "Hit-Wörtern" abgehört werden. Wird der Computer im Laufe eines derart angezapften Telefonats fündig, springt automatisch ein

Tonband an, das den Rest dieses Gesprächs vollständig aufzeichnet. Die Parallele zur "strategischen Kontrolle" besteht in dem Massencharakter der Abhörmaßnahme, die der BND-Konteradmiral Güllich mit einem "Staubsauger im Äther" verglich (Spiegel 15/93; bereits heute werden jeden Tag über 4000 Meldungen abgespeichert).

Sowohl nach Riegel (a.a.O., S. 471) als auch nach einem Gutachten von Seifert für die Humanistischen Union vom Januar 1994 (S.6) ist diese "Fernmeldeaufklärung" des BND verfassungswidrig, da sie - entgegen den Beteuerungen der Bundesregierung - ohne Rechtsgrundlage durchgeführt wird. Vgl. zum Staubsaugerangriff des BND auch: Jünschke/Meertens: "Risikofaktor Innere Sicherheit", 1994, S. 317ff.

6) Auch die weiteren Regelungen finden sich im G-10-Gesetz.

7) BT-Dr. 12/6853, S. 42.

8) Sowohl Seifert (a.a.O., S. 8), als auch Riegel (ebd.) weisen diese regierungsamtliche Argumerntation zurück und betonen, daß es sich bei Art. 10 GG nicht um ein nur Deutschen und hier lebenden AusländerInnen zustehendes Bürgerrecht, sondern um ein Menschenrecht schlechthin handelt. Differenzierungen zwischen von Art. 10 GG "geschützten" und "nicht geschützten" Personen stellen demnach verfassungsrechtlichen Unsinn dar.

9) "Die Suchbegriffe dürfen keine Identifizierungsmerkmale enthalten, die zu einer Identifizierung bestimmter Fernmeldeanschlüsse führen ... (bei im Ausland lebenden) deutschen Staatsangehörigen oder von Gesellschaften mit dem Sitz im Ausland, wenn der überwiegende Teil ihres Vermögens oder ihres Kapitals sowie die tatsächliche Kontrolle über die Gesellschaft deutschen natürlichen oder juristischen Personen zusteht und die Mehrheit der Vertretungsberechtigten deutsche Staatsangehörige sind". (Entwurf des Verbechensbekämpfungsgesetz in: BT-Dr. 12/6853, S.14)

10) Bay.LT-Dr. 12/15217

11) Plenarprotokoll vom 2.2.1994

12) In diese Richtung weist auch der Vorschlag, den der Wiesbadener (BKA!) Bezirksvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei jüngst vorbrachte: nämlich die gesamte "Terrorismus"-Verfolgung aus der Polizei in den Verfassungsschutz "zurückzuverlagern"! Derzeit, so der Gewerkschafts-Funktionär, sei nämlich die für eine effiziente Vorfeldermittlung in "Terrorismus"angelegenheiten notwendige Ausstattung der Polizei mit geheimdienstlichen Kompetenzen, nicht zu erwarten. (FR, 28.04.94)

13) §39 AWG, BGBl 1992 I., S. 373. Hund beschreibt die hinter diesem Gesetz stehende Absicht des Gesetzgebers m.E. zutreffend: "Es geht den Vorfeldstrategen um antizipierte Strafverfolgung, frei von den Fesseln des Anfangsverdachts und seinen Grenzen in bezug auf Personen und konkrete Fälle, frei von den Fesseln der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis". (Neue Juristische Wochenschrift 1992, S. 2118, 2120)

14) zit. nach: Diederichs "Verfassungsschutz und Organisierte Kriminalität", in: CILIP Nr. 39 (1991)

15) Werthebach/Droste-Lehnen in: Zeitschrift für Rechtspolitik 1994, S. 60 und 63. Ein Jahr zuvor hatte sich in diese Debatte mit annähernd deckungsgleicher Argumentation bereits der Ministerialdirigent beim Bundesinnenministerium, Rupprecht, eingemischt. (Kriminalistik 1993, S. 131, 134ff).

16) Freiberg, in: Deutsche Polizei 9/93 S. 30ff

17) Zusammen mit seinen Brüdern Helmuth, Erwin und Heinz wurde Konrad Porzner 1960 und 62 mit dem TSV Ansbach Deutscher Handballmeister.

18) Spiegel 5/93, FR, 25.9.93).

19) Programm Innere Sicherheit - Fortschreibung 1994 durch die Innenminister / -senatoren der Länder und des Bundesministers des Innern, S. 42 (Anhang)

20) Allerdings wurde diese Schwelle polizeilichen Eingreifens in den letzten Jahren systematisch zugunsten einer präventiver Vorfeldarbeit der Bullen herabgesetzt.

21) Gusy, Zeitschrift für Rechtspolitik 1987, S. 45ff

22) Nicht ganz zu unrecht verwahren sich die Repressionsorgane in ihrem Sturmlauf für die Zuständigkeitserweiterung der Geheimdienste vor allzu dicken liberale bzw. sozialdemokratische Krokodilstränen. Sie können mit einigem Recht darauf verweisen, daß die Nachrichtendienste schon seit über 20 Jahren in der Kriminalitätsbekämpfung aktiv ist. Tatsächlich hat die damals noch blutjunge sozial-liberale Koalition eine bis heute wirksame Weichenstellung vorgenommen: Mit der Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes 1972 wurde der VS in einer grundlegenden Kurskorrektur in die "Terrorismus"-Bekämpfung eingespannt (BGBl 1972 I, S. 1305). Seither obliegt dem VS nicht mehr nur die Beobachtung "verfassungsfeindlicher Bestrebungen", sondern auch der Schutz der "inneren Sicherheit".

In der Folge hat sich hieraus im Staatsschutzbereich eine Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten entwickelt, die schon lange das Trennungsgebot hat Makulatur werden lassen: Angefangen bei dem intensiven Datenaustausch zwischen BKA und VS und abschließend bei der institutionalisierten Zusammenarbeit in der "Koordinierungsgruppe Terrorismus" (KGT).

Unter Verweis auf diese o.g. gesetzgeberische Grundsatzentscheidung von 1972 hat sich der BND in den letzten Jahren die Erlaubnis zur Beobachtung nicht nur des Drogen- sondern auch des Handels mit nuklearem Material gesichert.

13. "Wir hätten dem Ganzen vorbeugen können." Interview mit Magdeburger AntifaschistInnen

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:35

Potsdamer AntifaschistInnen sprachen in Magdeburg mit Menschen aus der Antifa über die Hintergründe der faschistischen Ausschreitungen am Himmelfahrtstag, über die Reaktionen des Staates und über Ansatzpunkte der Antifa-Arbeit.

Frage: Waren die Ausschreitungen vorhersehbar?

Antwort: Bis zu einem gewissen Grad schon. Im Vorfeld des Himmelfahrtstages gab es immer wieder Provokationen und auch Angriffe von rechten Hooligans gegenüber Punks und AntifaschistInnen. Und es kam die konkrete Drohung: "... am Vatertag brennt hier die Luft." Was der VS wußte, darüber können wir nur spekulieren.

Über die bürgerlichen Medien wurde vor allem der Eindruck vermittelt, daß diese Jagd auf ausländische Menschen ein "Vatertagsjoke" von betrunkenen Jugendlichen gewesen sei...

Dem war mitnichten so. An den Ausschreitungen waren in starkem Maße ältere, uns aus der rechen Szene bekannte Hooligans und Faschos beteiligt. Die hatten ein paar Tage vorher ein Zeltlager an einem See unweit von Magdeburg veranstaltet und waren an diesem Tag bestimmt nicht aus Zufall an einem ihrer Treffpunkte in der Innenstadt. Diese zogen dann den betrunkenen Mob natürlich wie die Motten zum Licht. Daß es zwischen den Faschos Absprachen gab, war unschwer daran zu erkennen, daß Hooligans Aktionskommandos ausgaben.

Ist denn aus Eurer Sicht ein Kader- bzw. parteiorganisatorischer Hintergrund erkennbar?

Das ist schwer zu beantworten. In letzter Zeit hat die FAP verschiedentlich versucht, in einem Neubaugebiet (Magdeburg-Nord) den Fuß in die Tür zu kriegen. Meist durch Flugblattaktionen in Hausbriefkästen und durch Ansprechen von Jugendlichen aus der dortigen rechten Szene. Direkte Beweise für Drahtzieher mit Parteihintergrund gibt es nicht. Aber an dem bewußten Tag fuhren durch Magdeburg mehrere Autos mit niedersächsischen Kennzeichen und CB-Funk an Bord. Dort gilt es aber nochmal nachzuforschen.

Wie seht Ihr die Rolle der Staatsmacht an diesem Tag?

Sie ist ihrer Aufgabe in keinster Weise nachgekommen; weder die Polizei noch die Staatsanwaltschaft. Die Polizei kam zu spät und ließ den rechten Mob dann noch gewähren. Unter den 49 Festgenommenen waren vor allem ausländische Menschen, die sich gewehrt hatten. Während die AusländerInnen in U-Haft blieben, wurden die Faschos wieder freigelassen. Die Staatsmacht zeigte ihre Stärke dann am nächsten Tag, als AntifaschistInnen demonstrierten.

Habt Ihr in die Abläufe am Donnerstag eingegriffen?

Nur teilweise ... Auch waren wir ein wenig überrascht, mit welcher Heftigkeit die Rechten zuschlugen. Im letzten Jahr hatten sich die Faschos eher ruhig verhalten. Aber wir hatten nicht genug Leute um die Hooligans vertreiben zu können. Wir wähnten uns ein bißchen in Sicherheit, viele von uns hatten sich vor dem Vatertagskram zurückgezogen. Wir hätten dem Ganzen schon besser vorbeugen können.

In den Medien wird Magdeburg jetzt in einer Reihe mit den Pogromen in Rostock, Mölln und Solingen genannt. Wie wirkt das?

Das ist ein wenig ungenau. Die Leute haben nicht Beifall geklatscht, und die Ereignisse zogen sich nicht über Tage hin. Beim Verhalten der Polizei ergeben sich konkrete Vergleichspunkte. Daß die Ereignisse von ihrer politischen Dimension in diese Reihe gehören, steht außer Frage.

Welche Perspektive hat Antifa-Arbeit unter solchen gesellschaftlichen Umständen wie heute?

Klar, die Ausgangssituation ist nicht gut. Aber jammern nützt nichts. Wir müssen raus aus der Nischenexistenz und der one-point Zentriertheit. AntifaschistInnen müssen einen Rückbezug finden zu den sozialen Kämpfen

hier. Antifaschismus gibt es nicht im luftleeren Raum. Es gibt doch einen Zusammenhang zwischen dem aktuellen Rechtstrend und Ausbeutungsformen im Kapitalismus. Ohne eine gesamtgesellschaftliche Perspektive, die Rassismus und Sexismus nicht als Nebenwiderspruch ansieht, kommen wir mit unserer Arbeit nicht weiter. Wir wollen Faschisten auch weiterhin auf allen Ebenen angreifen - auch militant. Wir suchen aber auch einen Dialog mit anderen antifaschistischen Strömungen außerhalb der "Autonomen".

14. Frauen in der rechten Szene - "Wir sind auch die kämpfende Front". Buchvorstellung

Autor: at. · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:37

Das neu erschienene Buch von Sonja Balbach "Wir sind auch die kämpfende Front" - Frauen in der rechten Szene räumt mit dem Klischee auf, daß Rechte - oder genauer - organisierte Rechte zwangsläufig Männer sind. Zwar werden nach offiziellen Angaben "nur" 4% der rechtsextremen Gewalttaten von Frauen verübt. Doch ein Drittel derer, die sich der rechten Szene zugehörig fühlen, sind Frauen. Jede vierte Frau zwischen 16 und 25 vertritt rechtsextreme oder rechte Meinungen.

Dies sind Ausmaße, die dringend Gegenmaßnahmen erfordern und - da hat Sonja Balbach Recht - nicht nur Bestrafung und Verurteilung. Vielmehr ist, so zitiert sie einen Sozialarbeiter, "eine kontinuierliche langfristige Jugendarbeit" nötig. Auch muß der Frage nachgegangen werden, wer sich aus welchen Gründen für Rechts entscheidet und warum gerade Frauen diese Entscheidung treffen.

In dem vorliegendem Buch kommen nach einer 13seitigen Einleitung der Verfasserin zwölf Frauen aus der rechtsextremen Szene in Form von Interviews zu Wort. Frauen, die ihre Aufgabe in der sogenannten "Nichtdurchmischung der Rassen" sehen, solche, die die Heim- und Herdideologie des deutschen Faschismus vertreten, aber auch in der rechtsextremen Szene aktiv kämpfende Frauen, die sich gegen ihre "Kameraden" durchsetzen und selber in der ersten Reihe stehen (wollen) - "braune Emanzen", wie Balbach schreibt. Schon hier wird eine gravierende Schwäche deutlich, die verworrene und z.T. falsche Begriffs- und Wortwahl.

So ist wiederholt von der jugendlichen Protestbewegung die Rede, obwohl richtig beschrieben wird, daß sehr unterschiedliche Faktoren eine Rolle spielen. Für einen großen Teil der Rechtsextremen sind vor allem Verlustängste und "Wohlstandschauvinismus" prägend. Die gesellschaftliche oder auch die elterliche Ideologie von Ordnung, Fleiß und Erfolg und dem gesellschaftlichen "Nutzen" als Beurteilungskriterium anderen Menschen gegenüber, wird von ihnen übernommen. Mit "Protest" hat das kaum etwas zu tun.

Das wohl gravierendste Beispiel für die falsche Herangehensweise an das Thema und nicht durchdachte Aussagen ist Balbachs rhetorische Frage: "Verharmlose ich etwa die Opfer von Solingen, von Mölln, wenn ich versuche, etwas über das Drama der Täter herauszufinden, darüber was sie dazu getrieben hat?" (Hervorhebung at) Nein, nicht die Opfer werden verharmlost, aber es mutet doch wie eine Verharmlosung, eine Entschuldung der Täter an. Es gibt kein "Drama", kein "Getriebenwerden", das zwangsläufig zu Brandstiftung und Mord führt. Ich kann der Autorin auch nicht folgen, wenn sie von einer "Stigmatisierung, Ausgrenzung (...) und Kriminalisierung der rechten Szene und insbesondere der Frauen" schreibt.

Eine entschiedene antirassistische, antifaschistische Haltung fehlt dem Buch völlig. Das Anliegen der Autorin war es, diese Vermutung drängt sich auf, möglichst schnell an Interviews mit Frauen der rechtsextremen Szene zu gelangen und diese dann zu vermarkten. (Einige Interviews wurden bereits in Spiegel-TV gesendet.)

Balbach meint, daß sie nur etwas über die Frauen, ihre Entwicklung und Entscheidung für Rechts erfährt, wenn sie "sie erzählen (läßt), sie nicht durch Argumente, Fakten, gepaart mit rhetorischer Überlegenheit (verunsichert)". Auf diese Weise bleibt ein genaueres Nachforschen der Hintergründe aus. Die von Balbach formulierte Angst vor "der Arroganz der Bessergebildeten, der Besserwisser" führt dazu, daß oberflächliche "Erklärungsmuster" - wie z.B. "Die Ausländer nehmen uns Arbeitsplätze und Wohnraum weg" - nahezu unwidersprochen stehenbleiben.

Leider gibt Sonja Balbach keinen Hinweis auf die Kriterien, nach denen ihre Interviewpartnerinnen ausgewählt wurden. Von den zwölf befragten Frauen kommen acht aus der ehemaligen DDR; von diesen sind vier bei den "Deutschen Nationalisten" organisiert oder sympathisieren mit dieser Organisation. Ich vermute, es handelt sich um eine relativ zufällige Auswahl, bei der eine Interviewpartnerin die nächste empfohlen hat. Zumal alle vier Frauen aus der alten BRD Mitglieder der NPD sind . (Eine Frau war bei der NPD und ist jetzt bei der Freien Wählergemeinschaft Frankfurt organisiert.) Das Altersspektrum reicht hier von 40 bis zu 70 Jahren. Insgesamt also bestimmt keine repräsentative Auswahl!

Dennoch werden deutliche Unterschiede in den politischen Einstellungen der Befragten sichtbar. Am stärksten differieren die Meinungen beim Thema Abtreibung, das Sonja Balbach in allen Interviews gezielt anspricht. Die meisten interviewten Frauen sprechen sich für legale Abtreibungsmöglichkeiten aus und auch dafür, daß Frauen selber entscheiden. Andere Frauen lehnen, ganz in alter NS-Tradition, Abtreibungen unter allen Umständen ab. Die 70jährige NPDlerin ist sogar im Falle einer Vergewaltigung gegen Abtreibung.

Interessant ist weiterhin, daß sich die meisten Jüngeren nicht mit dem deutschen Faschismus auseinandergesetzt haben und dies auch so eingestehen. Die Judenvernichtung wird zumeist geleugnet - auch wenn allgemein "zugestanden" wird, daß Menschen umgebracht worden sind. Eine Gemeinsamkeit aller Befragten ist deren Einstellung Ausländern gegenüber. Die für die rechte Szene typischen Äußerungen wiederholen sich immer wieder: die deutsche Rasse sei die überlegene Rasse; Ausländer seien Dreck; wenn sie blieben, wo sie herkommen, sei dagegen nichts einzuwenden, aber hier ... usw. Die meisten der Befragten haben sich noch nie mit Ausländern unterhalten und würden dies auch nie freiwillig tun. Eine der Frauen: "So wie wir können die nicht sein. Ein Neger kann zum Beispiel nie wie wir sein, weil der ist schwarz, und wir sind weiß." Diese Art der Äußerungen auf den neben dem Vorwort verbleibenden 130 Seiten des Buches machen es schier unerträglich, sich durch die Interviews zu quälen.

Ein interessanter Aspekt ist, daß sich die befragten Frauen aus der ehemaligen DDR ausnahmslos positiv auf die gute Wohnraumversorgung, die ehemals vorhandene Kinderbetreuung, das Arbeitsplatzangebot und die Abtreibungsmöglichkeit beziehen. Und daß dies Punkte sind, die sie im Rahmen ihrer Politik durchsetzen möchten.

Balbach ist es mit den Interviews gelungen zu zeigen, welche einfachen "Lösungsansätze" von der rechten Szene verfolgt werden, daß sich nicht mit den Ursachen vorhandener sozialer Probleme auseinandergesetzt wird. Aber dies war ja auch schon vorher bekannt!

Sonja Balbach bewegt sich mit diesem Buch in einem Spannungsfeld: Einerseits bietet sie Rechtsextremen ein Forum für die Verbreitung ihrer Ansichten; andererseits trägt sie mit ihren Informationen über die braune Szene dazu bei, daß mensch sich gegen sie verhalten kann. Hier fehlt aber ein eindeutiges Positionbeziehen. Ihrem eigenen Anspruch wird Balbach allerdings gerecht: "Die Frauen sollten einmal selbst zu Wort kommen. Man muß mehr mit ihnen reden und nicht nur über sie."

Aber das kann ja wohl nicht alles sein.

at.

Sonja Balbach: "Wir sind auch die kämpfende Front" Frauen in der rechten Szene. Konkret Literatur Verlag. 160 Seiten, 24 DM

15. Das israelisch-palästinensische Abkommen legitimiert die israelische Besatzung. Erklärung von Haidar Abdel Shafi u.a.

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:31

"Sie müssen die grundlegende Situation verstehen. Ein Jude hat eine Waffe, um sich selbst zu verteidigen. Ein Araber, der eine Waffe trägt, ist ein Terrorist. Ein Jude mit einer Waffe verteidigt sich selbst, und es ist ihm erlaubt zu schießen. Wir verbieten Soldaten der Armee, das Feuer auf ihn zu eröffnen." (Aussage des Kommandeurs der Westbank vor der Hebron- Untersuchungskommission)

"Wir haben viele Goldsteins, die Arbeit von Doktor Goldstein ist noch längst nicht beendet." (Flugblatt der Kach-Partei in arabischer Sprache)

"Wir (Juden) sind von Natur aus mitleidig, die Araber sind von Natur aus grausam." (Ein etwa zehnjähriges Siedlerkind aus Hebron)

Am 25.2. erschoß der Siedler Baruch Goldstein aus Kirjat Arba 30 Muslime bei ihrem Morgengebet in der Ibrahim-Moschee in Hebron. Der älteste der Ermordeten war 55, der jüngste sieben Jahre. Bei den folgenden Auseinandersetzungen wurden weitere 20 Palästinenser von israelischen Soldaten erschossen, einige davon vermutlich noch während ihrer Flucht vor dem Massaker in der Moschee.

Untersuchungskommission

Gegen des Willen des Ministerpräsidenten Rabin, der eine Schädigung des israelischen Ansehens im Ausland und einen Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber ihrer Armee fürchtete, nahm Anfang März unter Leitung des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshof Shamgar eine Kommission zur Untersuchung des Massakers ihre Arbeit auf. Sie hatte vor allem zwei Fragen zu klären: Warum hat die Armee ihre eigenen Sicherheitsvorschriften eklatant mißachtet? Und: Wieso war die Armee so offensichtlich vorbereitet auf die Möglichkeit von jüdischem Terrorismus?

In den ersten rund zwei Monaten hat die Shamgar-Komission, abgesehen von einigen Details, keine Ergebnisse zutage gefördert, die den Tathergang wesentlich über das unmittelbar nach dem Massaker Bekannte erhellen würden. Zur Sprache kam, daß - neben dem Schreiben des Hohen Islamischen Rats Hebron an Rabin, in dem bereits am 18.10.93 namentlich vor Goldstein gewarnt worden war - ein Sicherheitsbeauftragter der Siedlung Kirjat Arba vor "irgendeinem durchgedrehten" Siedler, der "30,40 Araber" umbringen wolle, gesprochen hatte. Was aber dem Gesamtbild auch nichts weiter Bemerkenswertes hinzufügt, war doch jedem politisch halbwegs Klardenkenden deutlich, daß, wie in jedem anderen vergleichbaren Falle auch, mit der Unterzeichnung der Grundsatzerklärung am 13.9.93 in Washington beide Verhandlungsgegner versuchen würden, vor Eintritt eines etwaig drohenden Friedens noch soviel Land - im direkten wie im übertragenen Sinne - wie möglich zu gewinnen; war deutlich, daß die Gegner einer israelisch-palästinensischen Einigung (auf der sich abzeichnenden Grundlage) alles in ihren Kräften stehende tun würden, um den Ausgleich zu vereiteln.

Zu diesen Klardenkenden gehörten allerdings nicht die auf israelischer Seite entscheidenden Figuren: die militärische Führung in den besetzten Gebieten bis hinauf zum Generalstabschef. Zwar erbrachten die Aussagen von Militärs vor der Shamgar-Kommission auch nichts Neues, nichts, was auch kritische Israeli nicht längst gewußt hätten - dennoch war der von höchstrangigen Militärs vor der Kommission demonstrierte Realitätsverlust beeindruckend.

Der für das Gebiet zuständige Oberkommandierende, Generalmajor Yatom, äußerte, wenn die vorgesehenen Sicherheitsvorschriften eingehalten worden wären, hätte das Massaker wahrscheinlich verhindert werden können. An dem fraglichen Morgen fehlten fünf der sechs für die Wache beim Patriarchengrab eingeteilten Soldaten bzw. Polizisten. (Während hierfür eifrig Begründungen zusammengetragen wurden - angefangen mit "verschlafen" -, scheint die naheliegendste Frage gar nicht gestellt worden zu sein: Wieso hat die zuvor diensthabende Wachmannschaft ihren Posten verlassen, ohne auf die Ablösung zu warten?) Zudem sei die Armee auf jüdischen Terrorismus nicht vorbereitet gewesen; die bisherigen Erfahrungen hätten niemanden

veranlaßt zu glauben, daß dies ein Problem sein könne. Folglich sei auch der gesamte Einsatzrahmen der Armee auf palästinensischen Terror gegen Juden angepaßt, nicht auf den umgekehrten Fall. Die Praktik der Siedler, in voller Bewaffnung zum Gebet zu erscheinen, begründete Yatom in dieser Logik mit der Notwendigkeit des Selbstschutzes.

Aus heiterem Himmel ...

Generalstabschef Barak sang die Melodie seines Untergebenen Yatom noch lauter: "Es (das Massaker) kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Sogar die strengsten Sicherheitsvorkehrungen können nicht immer einen Verrückten hindern, der entschlossen ist, zu töten. Ich glaube nicht, daß wir uns sehr schämen müssen." Auf die Frage der Shamgar-Kommission nach den Gründen der Siedlerbewaffnung, antwortete Barak, daß "es vernünftig ist zu glauben, daß ein bewaffneter Palästinenser im Begriff ist, einen seiner Brüder oder einen Juden zu töten. Ein Siedler braucht seine Waffe, um sich selbst zu verteidigen."

Die Lage wäre vergleichsweise einfach, wenn die Behauptungen des Generalmajors und des Generalstabschefs als (dreiste) Lügen abzutun wären. Es ist jedoch davon auszugehen, daß sie glauben, was sie sagen, daß sie somit einem kaum faßlichen Realitätsverlust unterlegen sind, dessen Folgen jedoch nicht sie selbst tragen, sondern die PalästinenserInnen in ihrer Gesamtheit wie auch nicht wenige Israeli.

Tatsächlich sind Hebron und Kirjat Arba seit mehr als zwei Jahrzehnten Hochburgen des jüdischen Rechtsextremismus. Tatsächlich war von 1980-84 ein "Jüdischer Untergrund", eine Gruppe von 25 Männern, größtenteils Siedler der Westbank, mörderisch tätig. Sie plazierten Sprengsätze unter den Wagen von palästinensischen Bürgermeistern der Westbank, einem der Betroffenen wurde beide Beine weggerissen; sie verübten einen Überfall auf das Islamische Kolleg in Hebron, ermordeten drei Studenten und verletzten weitere dreißig; plazierten Bomben in Bussen und bereiteten die Sprengung des sog. Felsendoms auf dem Haram el-Sherif ("Tempelberg") in Jerusalem vor. Obwohl einzelne dieser jüdischen Terroristen hohe Gefängnisstrafen bis zu lebenslänglich erhielten, waren die meisten von ihnen bereits Mitte 1986 wieder frei. Die restlichen wurden nach und nach von Staatspräsident Herzog begnadigt, so daß Ende der 80er Jahre, sechs Jahre nach der Verurteilung, keiner mehr von ihnen in Haft war. Tatsächlich hat es seit Beginn der Intifada vielfach Vandalenzüge der Siedler, die teilweise pogromartige Ausmaße annahmen, gegeben. Nach einer Untersuchung der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem sind zwischen 1988 und 1992 48 PalästinenserInnen von Siedlern getötet worden. Nur in elf Fällen kam es überhaupt zu einer Gerichtsverhandlung, bei denen wiederum nur einige der Mörder zu Strafen wie drei Monate Haft z.B. oder drei Monate gemeinnützige Arbeit verurteilt wurden. Es gibt und gab somit allerdings nicht allein den "nicht voraussehbaren" jüdischen Terrorismus, er genießt überdies allerhöchsten Schutz.

Einige Aufregung verursachte der Chef der Grenzpolizei in Hebron, Meir Tayar, mit seiner Aussage vor der Shamgar-Kommission, die Sicherheitskräfte in den besetzten Gebieten seien angewiesen, das Feuer auf Siedler auch dann nicht zu eröffnen, wenn diese mit der Absicht zu töten schössen. Die Sicherheitskräfte hätten für diesen Fall die Anweisung, in Deckung zu gehen und zu warten, bis das Gewehr des Siedlers versage oder das Magazin leer sei. Erst dann hätte der jüdische Angreifer überwältigt werden dürfen. "Selbst wenn ich (bei dem Massaker) vor Ort gewesen wäre, hätte ich nichts tun können", erklärte Tayar. Dieser von Yatom stammende Befehl, behauptete daraufhin ein hochrangiger Kommandeur, sei mißverstanden worden. Da kein Massaker vorhergesehen worden sei, seien auch keine diesbezüglichen Befehle ausgegeben worden. Außerdem sei jeder Soldat und Zivilist, der mit einem Verbrechen konfrontiert ist, verpflichtet, alle vernünftigen Schritte zu ergreifen, um das Verbrechen zu verhindern.

Eines der Kommissionsmitglieder, der frühere Generalstabschef Levy, verwies jedoch darauf, wenn ein hochrangiger Kommandeur den Befehl mißverstanden habe, könne dies auch in anderen Fällen geschehen sein. So hatten im letzten Dezember Soldaten untätig zugesehen, als Siedler in Hebron das Feuer auf Palästinenser eröffneten. Und in einem Fernseh-Interview hatte ein Offizier geäußert, schieße ein Jude auf einen Palästinenser, bliebe dem Soldaten nichts anderes übrig, als den Palästinenser mit seinem Körper zu schützen - was in gleichem Sinne der Militärkommandeur von Hebron, Major Meir Kalifi, in einem Interview mit einer israelischen Zeitung Anfang dieses Jahres gesagt hatte.

Rabin, neben seiner Funktion als Premier auch Verteidigungsminister und so letztendlich verantwortlich, lehnte eine Stellungnahme zu dem Befehl ab und erklärte statt dessen, er habe volles Vertrauen zur Armee.

Während die Siedler auch nach dem Massaker und mitten in Hebron weiterhin ungehindert ihre Waffen spazierentragen durften, wurde über die 120.000 palästinensischen EinwohnerInnen eine einmonatige Ausgangssperre rund um die Uhr mit nur gelegentlichen stundenweisen Unterbrechungen verhängt. Zehn israelische Menschenrechtsorganisationen, darunter die prominenten Gruppen B'tselem und ACRI, forderten Rabin erfolglos auf, die Ausgangssperren und die Abschließung der gesamten besetzten Gebiete gegen Israel aufzuheben.

Und ausgerechnet in Hebron war es auch, wo die Armee am 22.3., knapp einen Monat nach dem Massaker, die größte Aktion seit etwa einem Jahr startete. Bei der Verfolgung von vier Palästinensern wurde ein Teil der Innenstadt von Hebron abgesperrt. Im Verlauf der achtzehnstündigen Belagerung des Gebäudes, in das sich die Gesuchten geflüchtet hatten, wurden die umliegenden Häuser von der Armee eingenommen, hundert Menschen evakuiert und ein Kinderkrankenhaus besetzt. Tausende von Gewehrkugeln und 200 Panzerabwehrraketen wurden auf das Haus abgefeuert. Mit gepanzerten Bulldozern wurde der Schutt der in Trümmer gelegten zwei Nachbarhäuser beseitigt. In der Ruine des Fluchthauses wurden die Leichen der vier Palästinenser, bei denen es sich laut Generalstabschef Barak um "die wichtigsten der gesuchten Hamasmitglieder aus Hebron" handele, aufgefunden. Zwei Unbeteiligte, darunter eine schwangere Palästinenserin, die während der Beschießung getötet wurden, sind nach Militärangaben aus dem belagerten Haus heraus erschossen worden.

Armee und Siedler

Das Problem liegt indes noch tiefer, als es die Aussagen vor der Shamgar-Kommission annehmen lassen. Während die Israel-Korrespondentin der "SZ" Anne Ponger die Frage lieber offen läßt: "Die Macht der Siedler über Regierung und Armee gibt Rätsel auf", redet Ehud Sprinzak, Politologe an der Hebräischen Universität Jerusalem, Klartext: "Die Armee kann die Siedler nicht kontrollieren." Weil, ist zu ergänzen, in den besetzten Gebieten eine Trennung in Armee einerseits, Siedler andererseits faktisch nicht möglich ist. Zwar ist bei weitem nicht jeder Soldat Siedler, aber jeder Siedler hat seinen dreijährigen Militärdienst abgeleistet oder ist zumindest einmal inm Jahr reservedienstpflichtig. Über diese "Kameradschaft" hinaus teilen die Siedler und ein erheblicher Teil der dienstpflichtigen Soldaten wie der Berufsmilitärs dieselbe Ideologie. Nach Schätzung israelischer Militärkorrespondenten (die Armee gibt dazu keine Zahlen heraus) sind dreißig Prozent aller eingesetzten Soldaten dem national-religiösen Lager zuzurechnen, und damit den Bevölkerungsgruppen, die eine Verständigung zwischen Israel und der PLO scharf ablehnen. Zeew Schiff, einer der führenden Militärkorrespondenten Israels, äußerte, dies sei derzeit wohl noch kein Problem, aber wenn er der Stabschef wäre, dann würde er dafür sorgen, daß nicht all diese National-Religiösen in ein Bataillon gesteckt würden.

Der Soziologe Baruch Kimmerling schrieb in Haaretz, daß sich die reguläre Armee, zumindest auf der Kommandeursebene, in den letzten zwanzig Jahren stark verändert habe. Der in Vergangenheit überrepräsentativ hohe Anteil von Offizieren und Mitgliedern von Eliteeinheiten aus Kibbuzim sei in den vergangenen Jahren und je mehr die Armee in die Kontrolle der besetzten Gebiete verwickelt war gesunken. Zur selben Zeit sei der Militärdienst für bestimmte Sektoren der israelischen Gesellschaft - die sich entwickelnde Mittelklasse von orientalischen Juden und vor allem die religiös-nationalistischen Jugend - ein Mittel zum gesellschaftlichen Aufstieg geworden. Die Einbeziehung der religiös-nationalischen Jugend begann mit den Jeschiwot Hesder, einer Kombination von Wehrdienst und religiösen Studien. Dies habe zu einem starken Anteil von (Reserve-)Offizieren geführt, die in unterschiedlichem Maße ideologisch und religiös dem Konzept des "Israel ha-schlema" (das ganze Israel - gemeint ist: einschließlich der besetzten Gebiete) und folglich auch der Siedlungen verbunden seien. Verstärkt worden sei diese Entwicklung noch durch die vom seinerzeitigen Stabschef Rafael Eitan (einem "Transfer"-Propagandisten) eingeführte "Regionale Verteidigung", deren Einheiten aus Siedlern, Offizieren und Soldaten bestehen, die sich fast alle mit den Siedlungen identifizieren. Dies sei die wirkliche Infrastruktur der Siedler-Miliz, deren Reaktion im Falle eines Befehls zur Räumung von Siedlungen schwer vorauszusagen sei. Von diesen Kräften gehe die eigentliche Gefahr aus, nicht von den "marginalen Kahanisten" (den Anhängern der rechtsextremistischen Parteien Kach und Kahane Chai), die leicht zu lokalisieren und deren Aktionen vorherzusehen seien.

Drei der führenden Rabbiner aus dem national-religiösen Lager, darunter der frühere aschkenasische Oberrabbiner (zusammen mit dem sefardischen Oberrabbiner die höchste religiöse Autorität in Israel) Avraham Shapira, riefen die israelischen Soldaten auf, etwaigen Befehlen zur Evakuierung von Siedlern aus den besetzten Gebieten nicht zu gehorchen. Die Tora erlaube nicht, heiliges Land aufzugeben. Diesem Aufruf,

der so als Religionsentscheid formuliert war, schlossen sich weitere 200 Rabbiner an. Der Rat des Oberrabbinats nahm weder für noch gegen die Befehlsverweigerung von Soldaten aus religiösen Gründen Stellung.

Rabin bezeichnete diese Appelle von Rabbinern zwar als den "Beginn der Zerstörung der Armee und der Staatssicherheit", ließ aber die Führer der Oppositionsparteien zu sich kommen, um ihnen zu versichern, daß an eine Räumung von Siedlungen derzeit nicht gedacht werde. Von der ursprünglichen und mehrheitlich von der Regierung vertretenen Absicht, die rund 500 Siedler in Hebron, die an fünf verschiedenen Stellen der Stadt leben und zu deren Schutz 1500 Soldaten rund um die Uhr bereitstehen müssen, in einem Block zusammenzuziehen, war nun auch keine Rede mehr.

Weitere Rabbiner bedienten sich eines in Israel gängigen Musters zur Erklärung aktuellen politischen Geschehens. Der Rabbiner der Siedlung Maale Adumim verglich Regierung und Armee mit Nazis. Und der ehemalige Militärgeistliche der Armee, Rabbiner Schlomo Goren, der wie viele seiner Kollegen zur Gehorsamsverweigerung im Falle der Evakuierung von Siedlungen aufgerufen hatte, ließ in einem Interview mit der Tageszeitung Maariw wissen, entscheide sich ein Jude, Arafat zu töten, so würde er dies unterstützen, schließlich sei Arafat der "Hitler unserer Zeit".

Autonomie

Die Verhandlungen zwischen Israel und der PLO waren nach dem Massaker von Hebron für mehrere Wochen ausgesetzt und erst wieder aufgenommen worden, nachdem die UNO nach langem unwürdigen Gezappel eine Resolution zur Verurteilung des Massakers verabschiedet hatte. Bestandteil dieser Resolution war auch der Beschluß zur Entsendung einer internationalen Beobachtertruppe der UNO nach Hebron. Hatte Israel in den vergangenen Jahrzehnten UNO-Resolutionen teils noch nicht mal mehr ignoriert, ereignete sich jetzt eine Sensation: Die israelische Regierung befolgte den UNO-Beschluß. Daß diese Beobachter unter israelischem Kommando stehen und stets dort von israelischem Militär ausgesperrt werden, wo sie "beobachten" sollten, ist schon wieder eine andere Geschichte.

Nachdem die Verhandlungsgegner in den vorhergehenden Monaten Beschlüsse über Telefonnummern, Briefmarken und Stempel gefaßt und auch die Exportquoten für Gurken festgelegt hatten, wurde Anfang Mai in Kairo der "Durchbruch" erzielt. Die zentralen Aspekte des Autonomieabkommens besagen:

- Der Abzug der Armee aus Jericho und aus den dicht bevölkerten Teilen des Gazastreifens soll innerhalb der nächsten drei Wochen, d.h. bis spätestens Ende Mai, abgeschlossen sein. Die Armee wird in den Siedlungen weiterhin präsent bleiben, und es bleibt ihr vorbehalten, im Krisenfall erneut Truppen in das Autonomiegebiet zu schicken.

- Die Hoheitsrechte bei der Kontrolle der Grenzübergänge zu Ägypten und den Autonomiegebieten behält Israel.

- Ebenso behält Israel in den Bereichen Verteidigung, Außenpolitik und Sicherheit israelischer Bürger (sprich: Siedler) alle Rechte.

- Die Wirtschaftsbeziehungen werden auf der Grundlage offener Grenzen geregelt.

- 5.000 Gefangene sollen drei Wochen nach Unterzeichnung des Abkommens entlassen werden, für weitere 5.000 ist ein Stufenplan noch auszuhandeln.

- In Jericho und dem Gazastreifen sollen 9.000 palästinensische Polizisten stationiert werden.

- Die PLO wird einen Autonomierat einsetzen, der die israelische Zivil- und Militärverwaltung ablöst und für den Herbst allgemeine Wahlen vorbereitet. Justiz und Gerichtsbarkeit in den Autonomiegebieten unterstehen den Palästinensern, ausgenommen sind die Siedler und andere israelische Bürger.

- Die PLO verpflichtet sich, alle Artikel aus ihrer Charta zu löschen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen.

Des weiteren verzichtete Arafat darauf, als "Präsident von Palästina" in Jericho einzureisen und die Al-Aqsa-Moschee auf dem sog. Tempelberg in Ostjerusalem zu besuchen. (Der Bürgermeister von Ostjerusalem, Olmert, hatte mit der Mobilisierung von "500.000 Juden" gedroht.)

Offen geblieben ist die endgültige Größe des "autonomen Gebiets" Jericho, die Kontrolle der Verbindungswege zwischen Jericho und Gazastreifen, der Besitz der Lufthoheit über dem Gazastreifen, die Ausdehnung des Hoheitsgebiets vor der Gazaküste und vieles anderes mehr.

Entscheidender aber ist, daß die palästinensische Verhandlungsdelegation sich ein Zugeständnis nach dem anderen hat abzwingen lassen (müssen). Am entscheidendsten dabei ist die faktische Zustimmung Arafats zur Fortexistenz der Siedlungen in den besetzen Gebieten. Hier steckt Israel in der selbsterrichten Falle: Nachdem alle israelischen Regierungen seit Ende der 60er Jahre die Siedlungspolitik mit aller Kraft betrieben haben, besteht nun die Gefahr, daß eine Räumung von Siedlungen zu schweren inneren Unruhen führen würde. Für die Palästinenser aber ist es eine Frage ihrer Sicherheit, ob sie weiterhin täglich mit bewaffneten und schußbereiten Siedlern konfrontiert sind. Mehr noch muß die Politik der israelischen Regierung, nicht nur eine Räumung von Siedlungen zu verweigern, sondern auch nach Kräften die Siedler, die nach Israel zurückkehren wollen, von diesem Schritt abzuhalten, den Palästinensern den Eindruck vermitteln, daß es sich bei der Parole "Jericho und Gaza zuerst" tatsächlich um "Jericho und Gaza und dann Schluß" handele.

Nicht minder fatal scheint zu sein, daß die israelische Regierung ganz vorwiegend an der Installierung eines palästinensischen "Ordnungsmacht" interessiert ist. "Vielleicht ist das die schlimmste ‚Falle` des Abkommens", schrieben wir in ak 358 nach der Unterzeichnung der Grundsatzerklärung in Washington: "Einerseits werden den jetzt zu schaffenden palästinensischen Staatsorganen nur beschränkte Selbstbestimmung und Kompetenzen zugestanden. Andererseits wird von ihnen verlangt, das Staatsvolk fest in den Griff zu kriegen, wie eine ‚normale` Regierung. Sie werden also, wenn sie überhaupt funktionieren, zumindest teilweise als Juniorpartner der Besatzungsmacht arbeiten müssen. Und da die seit Jahrzehnten an Aufsässigkeit und vielfältige Widerstandsformen gewöhnte Bevölkerung das wohl nicht einfach hinnehmen wird, können heftige Konflikte und Brüche kaum ausbleiben."

Das Abkommen von Kairo ist unter Palästinensern vielfach auf scharfe Kritik bis hin zur Ablehnung gestoßen, auch von Linken und Kräften, die prinzipiell für eine Verständigung mit Israel eintreten. Der Abzug der israelischen Streitkräfte aus Jericho und einem Teil des Gazastreifens wie der Einzug der eigenen Polizei war von nicht ungetrübter Freude der Palästinenser begleitet. Hanan Ashrawi, die ehemalige Sprecherin der palästinensischen Verhandlungsdelegation, die den ihr angetragenen Eintritt in den Autonomierat ablehnte, äußerte, daß Israel die Palästinenser "auf die Probe" stelle. Und lakonisch hieß es im Gazastreifen: "Sie geben uns die Verantwortlichkeit, behalten aber die Kontrolle." Rabin hat sich derweil zufrieden über die palästinensische Polizei geäußert; sie nehme ihre Aufgaben viel besser wahr, als er erwartet habe.

Klaus Mellenthin

Quellen:

Div. Ausgaben der Monate März bis Mai 94 von: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Basler Zeitung (Schweiz), Biladi - The Jerusalem Times (Ost-Jerusalem), Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Freitag, Guardian (Großbritannien), News from Within (Israel), Newsweek (USA), The Other Front (Israel), Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, Jerusalem Post - int. ed. (Israel), Jerusalem Report (Israel), Wochenpost, WochenZeitung (Schweiz)

Micha X. Peleds Fernseh-Dokumentation über Hebron und Kirjat Arba "In Gottes Bunker", arte, 18.3.94

Dokumentation

Das israelisch-palästinensisches Abkommen legitimiert die israelische Besatzung

Unter Führung von Dr. Haider Abdel Shafi, dem ehemaligen Vorsitzenden der palästinensischen Delegation, veröffentlichten Persönlichkeiten der Palestinian People's Party (die vormalige palästinensische KP), der FIDA sowie unabhängige Linke eine Erklärung, in der sie den Verlauf und die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen zwischen Israel und PLO einer grundsätzlichen Kritik unterziehen. - In einem Interview mit dem Spiegel hatte Abdel Shafi, anders als in der Erklärung, Arafat auch direkt angegriffen: Er habe mit seiner Unterschrift unter das Autonomieabkommen "nur den bislang illegalen Anspruch der israelischen Besatzungsmacht (legitimiert)". Abdel Shafi beklagte auch die "Zerrissenheit und Fraktionskämpfe" der Palästinenser untereinander, was dazu führen werde, daß sie "selbst dann noch Verlierer sein (werden), wenn

uns die Israelis einen unabhängigen Staat auf einem Silbertablett überreichen". Es sei hohe Zeit, "das palästinensische Haus in Ordnung" zu bringen.

(...) Als die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern auf der Basis der UN-Resolutionen für eine schrittweise Lösung des Konflikts begannen, warnten viele der politischen und nationalen Kräfte vor der Möglichkeit, daß Israel diese Verhandlungen dazu nutzen könnte, die Rechtmäßigkeit seiner illegalen und einseitigen Verstöße gegen internationales Recht während der langen Jahre der Besatzung zu sichern. Diese Kräfte warnten auch vor den einseitigen Aktionen Israels, mit denen, sogar noch während der Verhandlungen, Fakten geschaffen werden sollten. Solche Aktionen würden den Verdacht stärken, daß Israel in schlechter Absicht verhandelt und versucht, den endgültigen Status, insbesondere bezüglich Jerusalems und der israelischen Siedlungen, zu präjudizieren.

Wir, die Unterzeichner, haben, zusammen mit der Mehrheit des palästinensischen Volkes, wiederholt unsere Verpflichtung gegenüber dem Friedensprozeß bekräftigt. Wir waren der Meinung, daß durch Verhandlungen ein gerechter und umfassender Frieden erreicht werden kann, der Stabilität und Frieden für die Völker der Region gewährleistet. Wir haben auch für die Anerkennung der Rolle der PLO als einzigem rechtmäßigen Vertreter des palästinensischen Volkes inner- und außerhalb der Friedensverhandlungen gekämpft.

Was wir jedoch bezüglich der Richtung und des Gehalts der derzeitigen Verhandlungen bemerkt haben und was wir aus Abkommen zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite, wie z.B. dem bereits eingeleiteten Kairoer Abkommen, ersehen, läßt uns zu dem Schluß kommen, daß Israel es tatsächlich schafft, die UN-Resolutionen 242 und 338 zu umgehen, auf denen der gesamte Prozeß gründet und somit auch die Verpflichtung umgeht, sich endgültig aus den im Jahre 1967 besetzten Gebieten zurückzuziehen. Vielmehr gelingt es Israel durch diese Abkommen, seine illegalen einseitigen Aktionen wie die Errichtung israelischer Siedlungen, die Aneignung von Land, die Annektierung und Judaisierung von Jerusalem und dessen Abschließung gegenüber der übrigen Westbank und schließlich seine wirtschaftliche Vorherrschaft auf besetztem palästinensischen Gebiet zu festigen.

Solche Interimsabkommen dienen weder der jetzigen noch künftigen Bestätigung der rechtmäßigen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes. Statt dessen fördern sie Instabilität und Gewalt und verhindern das Zustandekommen von Frieden, Sicherheit und Stabilität, wonach sich die Gesamtheit der Völker der Region sehnt und die auch ursprünglich Ziel der Verhandlungen waren.

All diesem schweigend zuzusehen, führt nur zu einer Legitimierung der Aktionen der Besatzer. Darüber hinaus geht auch die Möglichkeit verloren, sich ihnen in Zukunft aufgrund ihrer Verstöße gegen internationale Regeln zu widersetzen. Unser Schweigen wird bedeuten, daß wir den neuen Status dieser Gebiete mit den von uns gebilligten Interimsabkommen akzeptieren und die jetzt Landesgesetz sind, auch wenn uns darin unsere grundlegenden und legitimen Rechte abgesprochen werden.

Angesichts des oben Gesagten und in Übereinstimmung mit den nationalen Rechten des palästinensischen Volkes sowie in unserem unerschütterlichen Glauben an die Rechtmäßigkeit des Widerstands des Volkes gegen die Besatzung, die in internationalen Konventionen bestätigt wird, und gemäß der nationalen Basis, auf der die PLO errichtet wurde, erklären wir, die Unterzeichner, hiermit, daß jegliches israelisch-palästinensisches Abkommen, das

- den illegalen und einseitigen Aktionen der israelischen Besatzer, wie Aneignung von Land, Errichtung israelischer Siedlungen, Annektierung und Absperrung von Ostjerusalem Rechtmäßigkeit verleiht,

- die militärischen Befehle aufrechterhält, die der Festigung der gegenwärtigen Situation dienen,

- den Palästinensern die Gelegenheit zur umfangreichen nationalen Entwicklung in Bestätigung ihres Rechts auf Selbstbestimmung abspricht,

- keinerlei klare israelische Verpflichtung zur Durchführung der UN-Resolution 242, weder in ihrem Geist noch in ihrer Substanz, enthält und

- keinerlei palästinensische und internationale Rechtmäßigkeit hat,

somit weder für das palästinensische Volk, seine nationalen Institutionen, öffentlichen Personen noch politischen Kräfte bindend ist.

Die Unterzeichnung eines solchen Abkommens wird nicht den fortgesetzten Kampf unseres Volkes gegen die illegalen Aktionen der israelischen Besatzer in den besetzten palästinensischen Gebieten verhindern mit dem Ziel der Sicherung der palästinensischen Rechte, Befreiung von der Besatzung, Selbstbestimmung, Demokratie und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates.

In unserer tiefen und aufrichtigen Sorge um die Rechte unseres Volkes, die Zukunft dieser Aktion und die Erreichung des wahren Friedens fordern wir unser Volk auf, diese Position mit allen verfügbaren Mitteln, darunter auch der Unterzeichnung des Memorandums, zu unterstützen.

Unterzeichner: Haidar Abdel Shafi, Mamdouh Al-Aker, Su'ad Al-Ameri, Gabi Baramki, Younes Al-Jarou, Ahmad Hamzeh Natsheh, Abdel Hadi Abu Khousan, Mohammed Zein Eddin, Abdel Jawad Salah, Mustafa Barghouti, Ghassan Al-Khatib, Abdel Hafiz Al-Asha, Samir Abdallah, Shawkat Zeid Al-Kilani, Iyad Sarraj, Sharif Mousa, Raja Shehadeh, Hani Arafat, Raji Sourani, Fayyad Fayyad, Mohammed Zaki Radwan, Farid Abu Wardeh, Sami Abu Sha'ban

Nach der englischen Fassung in Biladi - The Jerusalem Times, 29.4.94; ins Deutsche übersetzt von P.A.

Seit der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der PLO und Israel wurde viel über die Einrichtung einer palästinensischen Polizei diskutiert, die für die Sicherheit in den besetzten Gebieten, aus denen Israel sich zurückziehen will, verantwortlich sein wird. Zweifel und Furcht sind entstanden, daß die Menschen, die unter der Härte der Besatzung leiden, dieser experimentellen Polizei unterworfen auch weiterhin leiden werden. Der Durchschnittspalästinenser hat viele Formen der Unterdrückung ausgehalten und hofft seit langem auf Sicherheit in seinem Land. Aber aufgrund der unterschiedlichen Zielsetzungen und häufig widersprüchlicher Aussagen über diese Polizei und ihren beabsichtigten Zweck fragen sich die Menschen: Wer soll beschützt werden? Und von wem werden sie beschützt? Das palästinensische Volk hat unter der Verfolgung durch die Israelis gelitten, wodurch ihr Leben zur Hölle auf Erden wurde, und fordert jetzt, daß die Besatzung ein Ende hat. Wieso berichten uns dann die Medien, daß die palästinensische Polizei ausgebildet wurde, um Aufstände niederzuschlagen und sich oppositionellen Elementen entgegenzustellen? Wie werden sie mit diesen Aufständen umgehen? Aufständen von welcher Seite? Und gegen wen?

Einige Personen, die sich den Abkommen widersetzen, sprechen sich auch gegen inner-palästinensische Gewaltanwendung aus und haben erklärt, sie würden weder die Arbeit der palästinensischen Polizei noch die der neuen Autonomieverwaltung in Gaza und Jericho behindern. In den Medien heißt es, daß sich der bewaffnete Kampf der Opposition jetzt von Gaza auf die Gebiete der Westbank verlagert hat, die während der Übergangsperiode nicht unter die Gerichtsbarkeit der Autonomieverwaltung fallen. Wenn dem so ist, warum sind die Autonomiebehörden dann beunruhigt und warum bilden sie Einheiten zur Überwachung von Aufständen aus oder Sondereinheiten als Bodyguards für Prominente? Sollen diese vor den palästinensischen Massen geschützt werden? Wenn es sich bei der neuen Autonomieverwaltung nach eigenen Angaben um eine demokratische handelt, warum hat sie dann Angst und vor wem muß sie beschützt werden? Nur ein undemokratisches Regime braucht solchen Polizeischutz oder Personenschutz für Persönlichkeiten.

Die Palästinenser in Gaza und in der Westbank, die schwer unter der israelischen Besatzung gelitten haben, warten auf den Tag, an dem diese Besatzung zu Ende geht. Sie erwarten Schutz und Sicherheit, die ihnen nur eine palästinensische Truppe bieten kann. Die Palästinenser, die schlaflose Nächte voller Angst hinter sich haben, sehnen sich nach ruhigen Nächten in Sicherheit. Wird die palästinensische Polizei für die Sicherheit der Palästinenser in der Westbank und in Gaza sorgen? Oder wird sie eine repressive Truppe werden, wie in anderen arabischen Regimes? Ich behaupte, daß die Palästinenser nicht noch eine repressive Truppe brauchen, um die Opposition zu unterdrücken und daß sie sich gegen eine solche Truppe zur Wehr setzen werden. Von offizieller israelischer Seite wurde der palästinensischen Opposition häufig gedroht, eine palästinensische Polizei würde noch härter durchgreifen als die Israelis. Wird sich diese Drohung bewahrheiten, wenn man berücksichtigt, daß alle Mitglieder der Polizei das Abkommen bedingungslos unterstützen?

Ein noch schwierigeres Thema wird die Beziehung zwischen Polizei und Siedlern sein. Wie wird sich die Polizei angesichts der von den Siedlern ausdrücklich bekundeten Absicht, das Feuer auf die palästinensische Polizei zu eröffnen, wenn diese versucht, ihre Fahrzeuge anzuhalten? Was wird die palästinensische Polizei im Falle einer bewaffneten Konfrontation zwischen Siedlern und Palästinensern innerhalb der autonomen Gebiete

tun? Es ist schwer, sich eine zukünftige Situation vorzustellen, die gleichzeitig die Funktionen der palästinensischen Polizei, der israelischen Armee und der Siedler umfaßt. Dies wird eine komplizierte und bislang unvorstellbare Kombination sein, bis wir damit wirklich leben und sehen, wie diese Variablen aufeinanderwirken.

Israelische Regierungsvertreter haben wiederholt erklärt, daß es die Aufgabe der palästinensischen Polizei sein wird, die Siedler zu schützen. Gleichzeitig haben wir nichts von palästinensischer Seite gehört, was dieser Behauptung widerspricht, wodurch die Befürchtungen der Palästinenser noch verstärkt werden. Weiterhin beunruhigt das palästinensische Volk das Konzept gemeinsamer israelisch-palästinensischer Patrouillen, bei denen die oberste Befugnis bei den Israelis verbleiben wird. Die zentrale Frage ist, wie ein palästinensischer Beamter von einem israelischen Beamten Befehle darüber entgegennehmen kann, was er zu tun hat, auf wen er seine Waffe richtet und wen er verhaftet? Bleiben noch weitere Fragen: Wenn eine solche Patrouille von bewaffneten Palästinensern angegriffen wird und israelische Beamte verwundet werden, werden die palästinensischen Beamten dann das Feuer auf die palästinensischen Kämpfer eröffnen? Wenn einer der Siedler ein weiteres Massaker anrichtet, wie das von Hebron, was werden die palästinensischen Beamten tun? Werden sie die Befugnis haben, Siedler zu verhaften oder auf sie zu schießen? Wird sich die palästinensische Polizei vor die Wahl gestellt sehen, entweder Befehlen zu gehorchen oder ihre nationalen Interessen zu verteidigen?

Für die Israelis bedeutet die Interimsperiode eine Probezeit für die palästinensische Polizei. In einem in der New York Times veröffentlichten Artikel wird der Direktor des Mossad wie folgt zitiert: "Wenn sich die palästinensische Verwaltung als diktatorisch und repressiv erweist und gleichzeitig in der Lage ist, die Sicherheit zu gewährleisten, dann ist sie unserer Meinung nach erfolgreich." Desgleichen machte Premierminister Rabin nach einer Eskalation der bewaffneten Angriffe gegen Israelis deutlich, daß es nicht zu solchen Angriffen gekommen wäre, wenn PLO-Soldaten in den Gebieten gewesen wären.

Wird aus den autonomen palästinensischen Gebieten in der Interimsperiode ein weiteres Afghanistan, Somalia oder ein blutiger Libanon? Wie wird sich die bewaffnete Opposition verhalten, wenn die palästinensische Polizei die rechtmäßige Befugnis hat, sie zu entwaffnen, mit der Behauptung, Waffen seien nur unter Besatzung erforderlich, wobei sie damit die Tatsache ignoriert, daß die israelische Besatzung weitergeht? Und was werden die palästinensischen Behörden tun, wenn sich die oppositionellen Kräfte weigern, ihre Waffen auszuhändigen, und das in Gegenwart der israelischen Armee und der Siedler? Können die palästinensischen Bestrebungen nach Schutz und Sicherheit mit Hilfe des Abkommens bezüglich der palästinensischen Polizei verwirklicht werden?

Aus Al Quds (Ost-Jerusalem), 3.4.94; nach der englischen Fassung in News from Within (Israel). Ins Deutsche übersetzt von P.A.

16. Schluckt der Nordjemen den Süden? Die Addition (zweier Länder) ergibt auch hier keine Summe

Autor: ga. · Rubrik: Jemen · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:23

In der Medienlandschaft fallen die Berichte und Einschätzungen über den zwischen Nord- und Süd-Jemen seit Anfang Mai 1994 stattfindenden eskalierten Krieg sehr unterschiedlich aus. Sehen die einen ein neues Somalia auf die übrige Welt zukommen, so finden andere im Nord-Süd-Konflikt dort den West-Ost-Konflikt hier wieder. Noch andere dagegen erfreuen sich einfach nur daran, erneut einen Anlaß gefunden zu haben, kräftig auf die Araber im allgemeinen und den Islam im besonderen eindreschen zu können.

Am 21. Mai hat sich der Südjemen erneut für eigenständig erklärt. Ob das ernst gemeint ist oder nur Spielraum zu Verhandlungen geben soll, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Bisherige Versuche, die beiden Teile des Jemen an den Verhandlungstisch zu bringen, sind gescheitert. Das verwundert eigentlich nicht: Lösungsmodelle, die sowohl die Bedürfnisse und Interessen der Menschen in den jeweiligen Teilen des Landes unterstützen, als auch annehmbare Vorschläge, wie die bewaffneten Auseinandersetzungen zu beenden sind, hat bisher niemand anzubieten.

Ein kurzer Rückblick

Arabia felix - glückliches Arabien wurde der Jemen noch von den Römern genannt. Unter Historikern ist es zumindest stark umstritten, ob der Jemen jemals gemeinsam verwaltet wurde; trotzdem galten der Norden und der Süden historisch und kulturell doch immer als eine Einheit.

Großbritannien okkupierte 1839 Aden und erklärte es zur Kronkolonie. Da die Briten nicht in die Berge des Nordens vordringen konnten, war das Land nun faktisch geteilt, und die jeweiligen Teile nahmen im weiteren Verlauf eine unterschiedliche Entwicklung. Der Süden, war westlichen, europäischen Einflüssen ausgesetzt, und der Norden eher auf sich selber zurückgezogen. 1934 wurde der damals von dem Imam Yahya regierte Norden von den Briten als eigenständiger, souveräner Staat anerkannt. Aden blieb Kolonie.

Möglicherweise beeinflußt durch den arabischen Nationalismus des ägyptischen Staatspräsidenten Nasser, kam es 1962 im Norden zu einer Auseinandersetzung, an deren Ende der Imam al Badr abgesetzt war und die Arabische Republik Jemen gegründet wurde. Gleichzeitig begann ein Bürgerkrieg zwischen dem Norden und dem Süden.

In den 60er Jahren erstarkte der Widerstand gegen die britischen Kolonialherren. Die Nationale Befreiungsfront (NLF) und die Front für die Befreiung Südjemens (FLOSY) konnten den bewaffneten Kampf gegen die Briten so weit vorantreiben, daß diese sich nicht mehr halten konnten. Die Demokratische Volksrepublik Jemen entstand am 30. November 1967 nach dem erkämpften Abzug der britischen Kolonialherren.

1972 und 1979 gab es militärische Auseinandersetzungen zwischen dem Norden und dem Süden. Beide Male konnten die Konflikte mit Hilfe der Arabischen Liga beendet werden.

Kurz vor dem Anschluß der DDR an die BRD vereinigten sich am 22. Mai 1990 die eher konservative und islamisch ausgerichtete Arabische Republik Jemen (Nordjemen) mit ca. elf Millionen EinwohnerInnen und die bis dahin realsozialistische Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) mit nur ca. zweieinhalb Millionen EinwohnerInnen - nach fast zwei Jahrzehnte lang dauernden Verhandlungen - zur Republik Jemen. Die wirtschaftliche Situation in beiden Teilen des Landes war zu diesem Zeitpunkt alles andere als aussichtsreich. Die Öl-Vorkommen, die bisher für das Auskommen im Nordjemen gesorgt hatten, neigten sich dem Ende zu. Im Südjemen dagegen ließ der Zusammenbruch der UdSSR, mit der umfangreiche wirtschaftliche Verbindungen bestanden und aus der auch regelmäßig Unterstützung für das Land zu erwarten war, diese Quelle versiegen und führte zu größerer Armut. Der wirtschaftliche Zusammenbruch war absehbar und forcierte die Entscheidung, die Vereinigung jetzt trotz vieler Ungeklärtheiten und Skepsis durchzuführen.

Dieser Zusammenschluß wurde trotz aller Widrigkeiten und sehr unterschiedlichen Interessen, die damit verbunden waren, nicht nur im Jemen, sondern auch darüber hinaus mit großer Euphorie aufgenommen.

Ökonomisch wurde die Situation des jung vermählten Jemen auf eine harte Probe gestellt. Da sich der Jemen im Golfkrieg auf die Seite des Irak stellte, verwies Saudi-Arabien 850.000 jemenitische ArbeiterInnen des Landes und strich gleichzeitig 800 Millionen Mark Wirtschaftshilfe. Diesen ökonomischen Einbruch vermochte die Wirtschaft des Landes nicht aufzufangen; er führte zu weiterer Verarmung, die dann natürlich auf die Vereinigung geschoben wurde.

Die praktische Vereinigung der beiden eigenständigen Staaten dort unterschied sich zwar grundlegend von der Einverleibung der DDR hier, trotzdem war der danach auftretende Nord-Süd-Konflikt nicht zu verhindern.

Bis zu den ersten gemeinsamen Wahlen im April 1993 wurde jedem Minister aus dem einem Teil ein Vertreter aus dem anderen Teil beigeordnet. So wurde der bisherige Staatspräsident des Nordens, Ali Abdallah Saleh, Präsident der neu vereinigten jemenitischen Republik. Ali Salem al-Baidh, bisher Regierungschef im Süden, wurde Vizepräsident. Die Armeen der beiden Teile blieben weiterhin unter ihrer jeweiligen Befehlsgewalt. Auch andere Machtapparate wie Polizei und Geheimdienst blieben vorläufig getrennt. Beide Währungen blieben erhalten und hatten ab sofort Gültigkeit im gesamten Jemen - aber auch das konnte einen weiteren Verfall nicht aufhalten. Niemand aus dem Süden verlor durch die Vereinigung seinen Arbeitsplatz. Politische Verfolgungen fanden - zumindest offiziell und juristisch - nicht statt.

Durch wirtschaftlich begründetet Einschränkungen des Kranken-, Sozial- und Bildungssystems im Süden des Landes wurde der erste Konfliktstoff geschaffen. Im Süden wurden außerdem verstaatlichte Ländereien und Betriebe reprivatisiert, auch das staatliche Handelsmonopol wurde wieder abgeschafft. Enteignete Jemeniten standen plötzlich auf der Schwelle und verlangten ihre früheren Besitztümer zurück.

Die Wahlen brachten ein Ergebnis, das zu weiteren Konflikten führte. Die Jemenitische Sozialistische Partei (YSP), früher im Süden die einflußreichste Partei, erreichte nur den dritten Platz. Als Wahlsiegerin ging der Volkskongreß (GPC) hervor, die Partei des bis zur Vereinigung im Norden regierenden Staatspräsidenten Abdallah Saleh. Was zumindest für den Süden zu herber Enttäuschung und auch direkter Bedrohung führte, war der Erfolg der neu gegründeten Islah-Partei, die den zweiten Platz erreichte. Initiator dieser Parteigründung war Scheich Hussein al-Ahmar, der die Hashad-Stämme, den größten Stammesverband im Norden, anführte. Diese waren bisher Unterstützer des nordjemenitischen Präsidenten gewesen - solange sie daraus auch ökonomische Vorteile ziehen konnten.

Der Volkskongreß und die Islah-Partei schlossen sich zu einer Koalition zusammen und verfügten damit über die absolute Mehrheit im Parlament. Die paritätische Besetzung der Ministerposten änderte sich jetzt schlagartig.

So wurde z.B. 1992 - also vor den Wahlen - Weizsäcker im Jemen von zwei Präsidenten empfangen. 1993 - nach den Wahlen - empfing Abdallah Saleh Mitterand ohne seinen Vize aus dem Süden.

Die heutige Situation

Schon Anfang des Jahres waren Meldungen über "interne Konflikte" im Jemen in der Presse zu lesen. Der Generalsekretär der Arabischen Liga sah sich im Januar genötigt, eine Pressekonferenz abzuhalten, auf der er die jetzige Situation im Jemen als Schock für alle bezeichnete und sich in der Hoffnung erging, daß der Streit friedlich beigelegt würde. Auslöser für die Konflikte waren vermutlich unbestätigte Pressemeldungen über die Besetzung von Ölquellen an der früheren Grenze durch Soldaten aus dem Süden und den Beschuß von nordjemenitischen Soldaten durch südjemenitische Jagdbomber.

Was im Januar so verklausuliert vorgetragen wurde, brodelte schon seit längerem. Trotzdem wurde noch im Februar unter Vermittlung von Jordanien erneut versucht, den aus dem Norden kommenden Präsidenten Abdallah Saleh und seinen Stellvertreter, den aus dem Süden kommenden Salem al-Baidh, friedlich zu stimmen: Sie unterschrieben einen Versöhnungspakt zur Wahrung der Einheit. Vermutlich war die Tinte auf dem Papier noch nicht getrocknet, als erneut Kämpfe zwischen nord- und südjemenitischen Soldaten ausbrachen.

Ein Aufrüsten beider Seiten an der alten Grenze war von US-Aufklärungs-Satelliten schon seit längerem beobachtet worden. Verwunderlich ist das nicht, hat doch der südjemenitische Vize im August letzten Jahres die Hauptstadt Sanaa verlassen und sich nach Aden zurückgezogen, weil die Konflikte zwischen ihm und dem Präsidenten immer größer geworden waren. Spätestens da begann sich die Krise zu verschärfen.

Dieser Rückzug veranlaßte die taz zu folgendem Ost-West-Vergleich: "Man stelle sich vor, die Minderheit der Ossis und ihre politischen Vertreter in Berlin haben keine Lust mehr, von den Wessis belehrt und dominiert zu werden. Gregor Gysi zieht sich nach Leipzig zurück und verkehrt mit Kohl nur noch über gehässige Noten. Schließlich bombardiert die Bundesluftwaffe den Flughafen Berlin-Schönefeld, und NVA-Jets werfen Bomben auf den Kölner Flughafen." (taz, 7.5.) Abgesehen davon, daß da irgend etwas mit den Hauptstädten durcheinandergebracht worden ist, sollte mensch es sich vielleicht nicht ganz so einfach machen.

Nicht nur der persönliche Zwist zwischen Staatspräsidenten und Vize spielte hier eine Rolle. Der Eindruck, daß der Norden dem Süden die eigenen Vorstellungen von Wirtschaft, Religion und Moral aufzwingen wollte, war nicht mehr zu verdrängen. Es hatte darüber hinaus den Anschein, daß der Norden die Vertreter des Südens nachhaltig - auch mit Gewalt - zum Schweigen bringen wollte. Gegen Repräsentanten des Südens wurden immer häufiger Attentate verübt; es sollen dabei mehr als 150 Mitglieder der sozialistischen Partei ermordet worden sein.

Der Süden, wenn auch nicht reich, so doch bisher stolz auf seine sozialen und gesellschaftlichen Errungenschaften, fühlte sich mit der Zeit immer mehr vom Norden majorisiert. Der Norden, der bisher auch nicht durch übermäßigen Reichtum glänzen konnte, fühlte sich trotzdem vom Süden ausgenommen. Al-Baidh legte ein 18-Punkte Programm vor, das verhindern sollte, daß der Süden von den politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen des Norden dominiert wird. Wichtig war ihm vor allem, daß Sanaa und Aden als gleichberechtigte Partner miteinander verhandeln. In dem im Februar unterzeichneten Versöhnungsvertrag fehlten allerdings wichtige Punkte aus diesem Programm.

Insbesondere die Wirtschaftspolitik des amtierenden Präsidenten stieß auf Mißfallen: Nicht lange nach der Gründung der Republik Jemen wurden die bis dahin ertragreichsten Ölfelder erschlossen. Die Funde werden auf einen Zeitpunkt kurz vor der Vereinigung terminiert und in verschiedenen Verlautbarungen als eigentliches Motiv des Nordens für den Zusammenschluß bezeichnet - die Quellen befinden sich auf südjemenitischem Gebiet. Das Prekäre an der Situation ist, daß im Süden des Landes nur ein Fünftel der JemenitInnen und im Norden vier Fünftel leben. Dadurch erscheint die Tatsache, daß zur Zeit 140.000 Barrel Öl täglich im Süden gefördert werden, einfach in einem anderen Licht: Ein geteilter Jemen würde zumindest im Süden die bessere ökonomische Lebenssituation für seine BürgerInnen haben. Zur Zeit fließen die Einnahmen aus diesen neuen Quellen alle nach Sanaa und nicht, wie von al-Baidh erwartet und gefordert, zumindest paritätisch in den Süden und den Norden.

Kriegssituation

Der militärisch überlegene Norden lehnt alle Verhandlungsvorschläge ab. Die Erklärung von al-Baidh, einen Tag vor dem vierten Jahrestag der Vereinigung abgegeben, daß der Süden wieder eigenständig sei, wird vom Präsidenten Abdallah Saleh nicht anerkannt. Wenige Tage nach Ausbruch des offenen Krieges hat er sowohl al-Baidh als auch alle anderen Minister und Parlamentarier, die aus dem Süden kommen, entlassen und sich selbst zum Alleinvertreter des vereinigten Jemen erklärt. al-Baidh wird als Separatist und Verräter beschuldigt. Dem entlassenen Verteidigungsminister Haitham Kassem Taher wird vorgeworfen, dabei versagt zu haben, "die seiner Befehlsgewalt unterstehenden Truppen aus dem Süden wieder in die Kasernen zurückzurufen und die Kämpfe zu beenden" (Frankfurter Rundschau, 7.5.). Inzwischen will ihn Abdallah Saleh als Kriegsverbrecher und Hochverräter vor Gericht stellen.

Für aufmerksame BeobachterInnen kam der Kriegsausbruch nicht überraschend. So teilte auch Bonn einen Tag nach Ausbruch der Kämpfe mit, daß in Sanaa "zufällig" eine Transall-Transportmaschine der Luftwaffe stehe, die für die Evakuierung von Ausländern genutzt werden könne.

Militärische Erfolge melden beide Seiten unabhängig vom tatsächlichen Kriegsverlauf, wie sich auch beide Seiten gegenseitig vorwerfen, für den Ausbruch des Bürgerkrieges verantwortlich zu sein. Die tatsächliche Situation ist nur schwer einzuschätzen . Wie auch vermutlich keine Klarheit mehr darüber hergestellt werden kann, ob der Ausbruch des Krieges mit der Liquidierung der im Norden stationierten Südtruppen begann oder mit der Liquidierung der jeweils anderen Einheiten auf beiden Seiten. Al-Baidh, der von Abdallah Saleh nur noch als "Aufständischer" und "Sezessionist" bezeichnet wird, hat mittlerweile Aden verlassen müssen, weil die Stadt unter starkem Beschuß liegt und nicht nur eingekesselt, sondern nach Aussagen von Abdallah Saleh auch eingenommen werden soll. Die in letzter Zeit immer drastischer werdenden Anschuldigungen gegen

seinen früheren Stellvertreter und die Bevölkerung des Süden lassen schließen, daß es ihm um die Eroberung des Südens und dessen Unterwerfung unter die Regierungsvorstellung des Nordens geht.

Die Unterstützung, die beiden Seiten durch das Ausland zuteil wird, läßt darauf schließen, daß, zumindest was das Kriegsgerät betrifft, der Krieg noch endlos fortgesetzt werden könnte. Diese Unterstützung durch das Ausland nährt Spekulationen, inwieweit von außen Öl ins Feuer gegossen worden ist. Mindestens Saudi-Arabien, das seit langem dem Jemen im Grenzstreit um Öl-Vorkommen liegen, hat ein starkes Interesse an einem geschwächten vereinigten Jemen; zwei schwache Teile Jemens würden einen Zugriff auf die Öl-Vorkommen im Nordjemen erleichtern. Außerdem gibt es hohe Investitionen von saudischen Firmen und Geschäftsleuten in südjemenitische Industriestandorte. Daß hinter der durch Saudi-Arabien geleisteten Unterstützung wiederum die Interessen der Öl-Multies stehen, liegt auf der Hand. Die Namen Royal Dutch Shell, BP, Total u.a. tauchen nicht nur in dem Grenzkonflikt zwischen Saudi-Arabien und Jemen auf, sondern spielen auch bei den Konflikten zwischen Saudi-Arabien und Katar oder Oman immer wieder eine Rolle.

Auch Kuwait hat mit dem Jemen noch eine Rechnung offen, hat der doch unter der Präsidentschaft von Abdallah Saleh im Golfkrieg für den Irak Partei ergriffen. Inwieweit die finanzielle und militärische Unterstützung verschiedener Beduinenstämme im Jemen sowohl durch Kuwait, als auch durch Saudi-Arabien eine Absicherung in Hinblick auf Hilfe von dieser Seite im Streitfall mit dem Jemen darstellt, bleibt abzuwarten.

So wird in Meldungen behauptet, daß Iran, Irak und Sudan radikale Fundamentalisten im Norden unterstützen. Kuwait, Oman und Saudi-Arabien sollen den Süden sponsern.

Al-Baidh betont immer wieder, daß die Abspaltung notwendig war, weil er den Jemen nicht ins Mittelalter zurück, sondern ins 21. Jahrhundert führen möchte. Die neu gebildete Gegenregierung Nationale Rettung wird außer von der Sozialistischen Partei Jemens von fünf kleineren Oppositionsparteien getragen. Widersprüchlich sind die Meldungen darüber, ob trotz der erklärten Abtrennung diese Gegenregierung nur für den Südjemen oder den gesamten Jemen gelten soll. Sollte das letztere der Fall sein - was nach den Meldungen wahrscheinlicher ist - läßt sich daraus schließen, daß die Abspaltungs-Erklärung nur abgegeben worden ist, um sich politischen Spielraum in anstehenden Verhandlungen zu öffnen. So betont al-Baidh immer wieder, daß er bereit sei, "dem Norden ... ‚die Hand zum Wiederaufbau eines geeinten Landes` zu reichen, wenn in Sanaa ‚eine neue Regierung an die Macht kommt`" (Frankfurter Rundschau, 26.5.).

Wichtig für al-Baidh ist es, wie sich die Arabische Liga zu seiner Erklärung verhält. Verurteilt haben die Abspaltung bisher nur Jordanien, Katar, Marokko und Tunesien. Vierzehn Stimmen der zweiundzwanzig Mitglieder (eine Zweidrittel Mehrheit) sind notwendig, um Südjemen wieder als eigenständigen Staat anzuerkennen. Ein "historisches Beispiel" dafür gibt es. Nachdem die Union zwischen Ägypten und Syrien auseinandergefallen war, wurde Syrien 1961 wieder als vollwertiges Mitglied anerkannt. Wenn die Arabische Liga al-Baidhs Abspaltung billigt, würde das seine Verhandlungsposition gegenüber dem Norden beträchtlich stärken. Der Norden versucht diese Anerkennung dadurch zu verhindern, daß er militärische Fakten - Einnahme von Aden - schafft, bevor die Arabische Liga über diesen Punkt berät.

Ob es die betonten politischen Interessen sind oder die Aussicht, mit den neu erschlossenen Ölquellen einflußreich und reich zu werden, die die Motivation für diesen Krieg darstellen, läßt sich nicht beurteilen. Ob es möglich ist, einen erneuten Versuch zu starten, z.B. als Föderation mit regionaler Autonomie, ist angesichts der weiter stattfindenden Kriegshandlungen fraglich.

Eine erneute Teilung könnte, wenn Südjemen in der Lage wäre, sich wirtschaftlich selbständig zu behaupten, vielleicht die bisherigen demokratischen Errungenschaften - z.B. die Gleichberechtigung der Frauen in der Gesellschaft - erhalten, so daß diese als Forderungen in erneut stattfindende Verhandlungen eingebracht werden könnten.

ga., 31.5.1994

17. Präsidentschaftswahlen in Mexiko. Ein heißer Sommer steht bevor

Autor: Boris Alexander · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:14

"Ich verstehe die ganze Aufregung nicht. Es ist doch völlig normal, daß sich die Regierung um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung kümmert!" So kommentierte der stellvertretende mexikanische Außenminister Andrés Rozental den Einkauf von Anti-Aufstandsausrüstung im Wert von mehreren hundert Millionen DM, den die mexikanische Regierung in den letzten Monaten getätigt hat. Bei der Opposition schrillen derweil die Alarmglocken: "Werden so die Präsidentschaftswahlen vom 21. August vorbereitet? Will die Regierung die Armee gegen die eigene Bevölkerung einsetzen?" fragte der Präsidentschaftskandidat der PRD (Partei der Demokratischen Revolution) Cuauhtémoc Cárdenas während einer Fernsehdebatte seinen Konkurrenten von der seit über 65 Jahren regierenden Staatspartei PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution), Ernesto Zedillo, der eine Antwort schuldig blieb.

Man kann dem Regierungsfunktionär Andrés Rozental nur zustimmen: Die Regierungen auf der ganzen Welt bemühen sich um den Machterhalt; im speziellen Diktaturen pflegen dazu Panzerwagen, Wasserwerfer und Spezialausrüstung für die Soldaten zu benötigen. Auch Cuauhtémoc Cárdenas ist beizupflichten: Es ist besorgniserregend, daß die aus den USA importierten gepanzerten Wasserwerfer, Räumfahrzeuge und Truppentransporter der Armee übergeben wurden und nicht einer der zahlreichen Polizeieinheiten. Bereitet das PRI-Regime tatsächlich einen Wahlbetrug mit anschließender Repressionswelle gegen die demokratische Opposition vor, wie 1988 bei den letzten Präsidentschaftswahlen?

So einfach ist diese Frage nicht zu beantworten, denn in den letzten sechs Jahren hat sich die politische Landkarte Mexikos verändert. Nur eines läßt sich bereits heute feststellen: 1994 wird als historisches Krisenjahr in die Geschichte Mexikos eingehen, und die Wahlen am 21. August werden die am heißesten umkämpften seit 1910 sein. Damals hatte Francisco I. Madero bei den einzigen nichtgefälschten Wahlen in der mexikanischen Geschichte den seit 1876 diktatorisch regierenden Präsidenten Porfirio Díaz gestürzt. Die Wahl Maderos löste den mexikanischen Revolutionsbürgerkrieg aus. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zum Ausgang dieses Jahrhunderts ähnlich zugehen könnte wie an seinem Beginn. Ein Mexiko-Spezialist aus dem US-Verteidigungsministerium ließ sich kürzlich zu der Bemerkung hinreißen: "... mobilisierte Campesinos, Zapatisten, Technokraten an der Regierung - es erinnert viel an die Zeiten von Porfirio Díaz."

Mexiko im Wahlkampffieber

Seitdem die chiapanekischen Indígenas im Januar die Machete, das traditionelle Werkzeug der mexikanischen Campesinos, durch Gewehre ersetzt haben und ihr Zapatistisches Nationales Befreiungsheer (EZLN) der Zentralregierung des amtierenden Präsidenten Carlos Salinas den Krieg erklärt hat, vertieft sich in Mexiko eine grundlegende Systemkrise. Die Salinas-Administration war 1988 mit dem Versprechen angetreten, die Wirtschaft zu modernisieren und darauf aufbauend anschließend soziale und demokratische Reformen durchzuführen. Am Ende der Amtszeit sieht die Bilanz jedoch düster aus: Die Reichen sind reicher und die Armen noch ärmer geworden. Die Wachstums- und Investitionsrate ist auf einen Tiefstand gefallen; von der versprochenen demokratischen Öffnung sind nur schöne Worte geblieben. (siehe ak 366)

So sind die Hauptthemen des Wahlkampfes die grassierende Armut und die mangelnde Demokratisierung des Landes. Zur Wahl stehen insgesamt neun Parteien mit ihren Präsidentschaftskandidaten. Ernsthafte Hoffnungen können sich allerdings nur drei machen: Die Staatspartei PRI und ihr Kandidat Ernesto Zedillo, die linksgerichtete PRD mit Cuauhtémoc Cárdenas und Diego Fernández von der klerikal-konservativen PAN (Partei der Nationalen Aktion). Die restlichen zur Wahl zugelassenen Parteien sind die PARM (Authentische Partei der Mexikanischen Revolution), die PFCRN (Partei der Cardenistischen Front des Nationalen Wiederaufbaus), die Partido Verde (Grüne Partei), die PT (Partei der Arbeit), die PPS (Sozialistische Volkspartei) und die UNO (Vereinigte Nationale Opposition). Trotz der für linke deutsche Ohren zum Teil wohlklingenden Namen sind diese Parteien bei all ihren Differenzen nichts weiter als von der PRI bezahlte Gruppen, die weder politisch noch organisatorisch ernstzunehmende Kräfte darstellen.

Außer dem nächsten Präsidenten sollen am 21. August noch die Abgeordneten für die Deputiertenkammer und den Senat gewählt werden.

Staatspartei PRI in der Krise

Welche Optionen stehen sich also real gegenüber? Da ist zunächst die über Jahrzehnte allmächtig regierende Staatspartei PRI. Die PRI wurde 1929 vom "Jefe Maximo" des postrevolutionären Mexiko, Präsident Plutarco Elías Calles, gegründet. Damals noch unter dem Namen PNR (Partei der Nationalen Revolution) sammelte sie die unterschiedlichen sozialen Kräfte in einer Art Volksfront-Partei, die das gesellschaftliche Kräfteverhältnis des postrevolutionären Mexiko widerspiegelte. Sowohl Campesino-Organisationen als auch die Gewerktschaftsföderation wurden in die PNR integriert, die später zur PRI wurde.

Die PRI ist auch heute noch eine Massenpartei, der sowohl die CNC (Nationale Campesino-Gewerkschaft) als auch der CMT (Mexikanischer Gewerkschaftskongreß) sowie Stadtteilorganisationen (sector popular) angeschlossen sind. Die Politik der Staatspartei war seit jeher eine Mischung aus Integration und Repression gegenüber allen gesellschaftlichen Kräften. Den ArbeiterInnen und Campesinos wurden zum Teil weitreichende soziale Zugeständnisse gemacht. Wenn sie allerdings anfingen, unabhängige Organisationen zu bilden, wurden diese mit stetiger Regelmäßigkeit korrumpiert oder, falls dies nicht zum gewünschten Erfolg führte, blutig zerschlagen. Den Unternehmern und Großgrundbesitzern wurde von der PRI meist freie Hand gegeben.

In bestimmten historischen Situationen mobilisierte die Staatspartei allerdings Campesinos und ArbeiterInnen, unterstützte Streiks und Landverteilungen und führte Verstaatlichungen durch, um die politische Unterstützung der Lohnabhängigen nicht zu verlieren. Dabei wurde vor allem das Auslandskapital angegriffen. Diese Politik wurde beispielsweise unter der Präsidentschaft von Lázaro Cárdenas (1934-40), dem Vater Cuauhtémoc Cárdenas' von der PRD, verfolgt.

Spätestens mit der Wirtschafts- und Finanzkrise zu Anfang der 80er Jahre ist das postrevolutionäre gesellschaftliche Kräftegleichgewicht von der Staatspartei PRI selbst aus den Angeln gehoben worden. Die neoliberale Wirtschaftspolitik der 80er und beginnenden 90er Jahre hat die Integration der ArbeiterInnen und Campesinos in das politische System zunehmend aufgelöst. Das grundlegende Problem für die Staatspartei ist, daß sie durch die Aufgabe der korporativen, protektionistischen, binnenmarktorientierten Wirtschaftspolitik mit einem hohen Staatsanteil an den Produktionsmitteln auch die politische Kontrolle über weite Bevölkerungsteile verloren hat. Die PRI hat heute letztlich nichts weiter anzubieten als die Fortführung des Neoliberalismus und damit die weitere Desintegration der sozialen und politischen Verhältnisse. Demokratische Zugeständnisse sind für die PRI in dieser Situation äußerst gefährlich, da geöffnete Freiräume zur unabhängigen Organisierung genutzt werden und die Macht der Staatspartei und ihrer hunderttausenden großen und kleinen Funktionäre angegriffen wird. Das Problem der PRI ist, daß sie unter dem Druck der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds Anfang der 80er Jahre das postrevolutionäre wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht aufgelöst hat und kein neues integrierendes Projekt in Sicht ist, das gleichzeitig die Interessen des Kapitals, des Apparates der Staatspartei und die Bedürfnisse der ArbeiterInnen und Campesinos befriedigen würden.

Angesichts dieser Krise haben sich in der PRI verschiedene Flügel entwickelt, die zunehmend divergieren. Die Fraktion "Democracia 2000" fordert eine demokratische Öffnung und wird vor allem von der Massenbasis der Partei unterstützt, während die mächtige Gruppe um Carlos Hank Gonzales und Fidel Velazquez ein hartes Durchgreifen gegen die Opposition fordert und dafür Unterstützung im Parteiapparat, im Militär und in der Polizei findet. Der am 23. März dieses Jahres erschossene PRI-Präsidentschaftskandidat Luis Donaldo Colosio hatte nach dem Aufstand in Chiapas offen in Richtung Demokratisierung tendiert und auf einer Veranstaltung zum PRI-Gründungstag vor der gesamten PRI-Elite gefordert, "die PRIsten sollten sich daran gewöhnen, daß die Staatsgewalt und die Partei nicht identisch sind".

Wenige Tage später wurde Colosio ermordet und durch den blassen und profillosen früheren Erziehungsminister Ernesto Zedillo ersetzt, der offenkundig eine reine Marionette der im Hintergrund agierenden konservativen Parteiaristokratie ist. Die Umstände des Mordes an Colosio sind nach wie vor völlig ungeklärt, obwohl starke Indizien für eine Beteiligung von Colosios eigener "Schutztruppe" und PRIsten existieren. Es wird wohl einem Enthüllungsjournalisten vorbehalten bleiben, in zehn oder zwanzig Jahren den Mord aufzuklären. (Wenn er nicht davor das Zeitliche segnen muß wie Dutzende seiner Kollegen vor ihm, die sich an ähnliche Vorhaben gewagt haben).

Die Oppositionsparteien PAN und PRD

In den letzten Wochen hat die rechte Oppositionspartei PAN an Unterstützung gewonnen. Ihr Präsidentschaftskandidat Diego Fernández de Cevallos ist ein wortgewaltiger, autoritärer Rechtsanwalt, der aus der ersten Fernsehdebatte zwischen den Präsidentschaftskandidaten, die es in der mexikanischen Geschichte gegeben hat, als eindeutiger Sieger hervorgegangen ist. Dies hat er aber weniger seinem politischen Programm als seinen unumstrittenen rhetorischen Fähigkeiten zu verdanken.

Der PAN wurde 1939 als klerikal-konservative Oppositionskraft gegen das fortschrittliche Regime von Lázaro Cárdenas (1934-40) gegründet. Das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der PAN unterscheidet sich kaum vom Neoliberalismus der PRI. Obwohl es zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen PRI und PAN gekommen ist - wie beispielsweise im vergangen Dezember in der yukatekischen Hauptstadt Merida, als die PAN der PRI Wahlfälschung vorwarf und wochenlang tausende UnterstützerInnen auf die Straßen mobilisierte - kann doch von einer "strategischen Allianz" zwischen PRI und PAN gesprochen werden. Es gibt eine Reihe von Anzeichen dafür, daß die PRI-Bürokratie die PAN momentan bewußt und gesteuert aufbaut, um die Wahlkampagne der linken PRD zu schwächen und die Stimmen unzufriedener WählerInnen auf die PAN umzuleiten.

Die eigentliche und für die PRI gefährliche Oppositionspartei stellt die PRD mit ihrem Kandidaten Cuauhtémoc Cárdenas dar. Die PRD wurde Anfang 1989 nach Cárdenas' erfolgreicher Kampagne für die Präsidentschaftswahlen '88 als ein Sammelbecken der linken und demokratischen Organisationen gegründet. Cárdenas war zuvor von 1980 bis 1986 PRI-Gouverneur des mexikanischen Bundesstaates Michoacán. 1987 baute er eine "Corriente Democrática del PRI" (Demokratische Strömung der PRI) als PRI-interne Oppositionsgruppe auf. Für die Präsidentschaftswahlen vom 6. Juli 1988 kandidierte er schließlich als unabhängiger Kandidat gegen den PRIsten Carlos Salinas und wurde dabei von einer Vielzahl oppositioneller Gruppen unterstützt. In Mexiko weiß jeder Mensch, daß Cárdenas die Wahlen von 1988 eigentlich gewonnen hat und die PRI nur durch einen massiven Wahlbetrug ihre Macht erhalten konnte. Die Wahlkampagne von Cárdenas hat 1988 die Macht der Staatspartei zum ersten Mal seit den 30er Jahren ernsthaft in Frage gestellt. 1989 beschloß daraufhin die PMS (Sozialistische Partei Mexikos) einen Zusammenschluß mit der Gruppe der Ex-PRIsten um Cárdenas.

Die PMS war erst 1987 gegründet worden als ein Zusammenschluß des "Movimiento Revolucionario del Pueblo" (Revolutionäre Volksbewegung), der "Unidad de Izquierda Comunista" (Einheit der Kommunistischen Linken), der "Partido Socialista Unificado de México" (Vereinigte Sozialistische Partei Mexikos), der "Partido Mexicano de los Trabajadores" (Mexikanische Arbeiterpartei) und der "Partido Patriótico Revolucionario" (Revolutionäre Patriotische Partei). In diesem Fall täuscht sich das linke Ohr nicht - es handelte sich bei diesen Gruppen und Parteien um einen Großteil der kommunistischen und sozialistischen Kräfte, die sich in der PMS sammelten und sich dann mit der Gruppe um Cárdenas zur PRD vereinigten.

Außerdem integrierte sich eine Fraktion der undogmatisch-trotzkistischen PRT (Revolutionäre ArbeiterInnenpartei) um den Intellektuellen und ehemaligen politischen Gefangenen Adolfo Gilly in die PRD. Die trotzkistische PRT war in den 80er Jahren eine der stärksten Gruppen der mexikanischen Linken. Bei den Parlamentswahlen von 1985 erreichte sie sogar den Einzug in die Deputiertenkammer mit Fraktionsstärke. Heute unterstützt die PRT Cárdenas und hat auf eine selbständige Kandidatur verzichtet. Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin der PRT, die bekannte Menschenrechtsaktivistin Rosario Ibarra de Piedra, deren Sohn 1975 als Mitglied der Guerillaorganisation "Liga Comunista 23 de Septiembre" verhaftet wurde und seither verschwunden ist, kandidiert ebenfalls auf der Liste der PRD.

Das politische Projekt der PRD ist aber trotz des Einflusses der revolutionären Linken in der Partei nicht eindeutig antikapitalistisch. Die PRD ist in erster Linie die Partei der demokratischen Öffnung und erst in zweiter Linie die Partei der sozialen und ökonomischen Veränderungen. Neben der Linken, die sich aus den ehemaligen Mitgliedern sozialistischer Gruppen zusammensetzt, verfügt aber auch der Flügel der vormaligen PRIsten über einen großen Einfluß in der PRD. Diese Gruppe wird vom "moderaten" Parteichef Porfirio Muñoz Ledo repräsentiert. Seit dem Aufstand in Chiapas haben sich die beiden PRD-Flügel zunehmend auseinanderentwickelt, wobei Cuauhtémoc Cárdenas eher der Linken zuneigt. Nach den Wahlen dürfte eine Spaltung der PRD bevorstehen. Der Großteil der mexikanischen Linken unterstützt die PRD hauptsächlich, weil mit einem Sieg Cárdenas' das Kräftegleichgewicht zugunsten der ArbeiterInnen und Campesinos

verändert würde. Die demokratische Öffnung würde den Raum schaffen für ein unabhängiges revolutionäres Projekt. Wie ernst die PRI die PRD nimmt, geht unter anderem daraus hervor, daß seit 1989 fast 300 PRD-AktivistInnen umgebracht wurden und unzählige weitere mit dem Tode bedroht oder gefoltert wurden.

Regruppierung der Linken

um die Zapatisten

Neben der PRD hat sich seit dem 1. Januar eine zweite wichtige Strömung der mexikanischen Linken gebildet. Das EZLN hat deutlich gemacht, daß es den PRD nicht direkt unterstützt, sondern sich als unabhängige revolutionäre Kraft definiert. In einem Kommuniqué erklärten die Guerilleros: "Das EZLN begrüßt die kontinuierliche und ehrliche Entwicklung der unabhängigen, progressiven Organisationen, die für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit für alle Mexikaner kämpfen. (...) Wir geben nicht vor, die alleinige und einzig wahre historische Avantgarde zu sein. (...) Es gibt eine größere und mächtigere Kraft: Das Projekt einer gesamtmexikanischen revolutionären Bewegung, die die verschiedenen Tendenzen, die unterschiedlichen Formen des Denkens und des Kampfes vereint in einem gemeinsamen Ziel: Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit."

Dem Projekt des EZLN mangelt es an einer klaren ideologischen Definition. Dafür haben die Guerilleros mit ihrer unerschrockenen militärischen Offensive und ihrem offenen, ehrlichen revolutionären Pluralismus viel Sympathie gewonnen und den sozialen Bewegungen im ganzen Land einen kräftigen Impuls gegeben. Dies sind wohl die Gründe dafür, daß der Sprecher der EZLN, Subcomandante Insurgente Marcos, Meinungsumfragen zufolge derzeit die Präsidentschaftswahlen gewinnen würde, wenn er zur Wahl stünde. Die zentralen Forderungen der EZLN sind die Demokratisierung des Landes und die Verbesserung der Lebensumstände der Indígenas und Campesinos. Die Guerilleros schlagen eine weitgehende Landreform vor und fordern ein Ende der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Außerdem fordern sie die Einrichtung der politischen Selbstverwaltung der indigenen Völker Mexikos.

Nach der Ermordung des Präsidentschaftskandidaten der PRI, Luis Donaldo Colosio, ist der Dialogprozeß zwischen EZLN und Regierung zum Erliegen gekommen. Es scheint auch wenig wahrscheinlich, daß sich vor den Wahlen die Situation in Chiapas grundlegend ändern wird. Das EZLN hat betont, daß es seine Waffen auf keinen Fall niederlegen wird. Mitte Mai hat sich Cuauhtémoc Cárdenas auf den steinigen Weg in die chiapanekischen Berge gemacht, nachdem er von der Guerilla zum Meinungsaustausch eingeladen wurde. Dort wurde er mit einer Truppenparade des EZLN und anschließendem Volksfest empfangen. SprecherInnen des EZLN kritisierten einerseits heftig, daß auch innerhalb der PRD undemokratische Methoden existierten. Andererseits kündigten sie an, daß es im Fall eines neuerlichen Wahlbetrugs zum Krieg kommen wird.

Die Kritik der Zapatisten an der PRD hat der PRD-Linken den Rücken gestärkt. Der prominente PRD-Linke und ehemalige Präsidentschaftskandidat der PMS, Heberto Castillo, erklärte nach dem Zusammentreffen mit den Rebellen: "Wenn es keine sauberen Wahlen gibt, sollte niemand daran zweifeln, daß es zum Bürgerkrieg kommen wird; und ich werde dem EZLN näherstehen als der PRD." Genauso denken viele der Linken in der PRD und Millionen von Campesinos, ArbeiterInnen, StudentInnen und Hausfrauen.

Wie geht es weiter?

Die politische Situation in Mexiko ist explosiv. Darüber sind sich alle Akteure im klaren. Das Interesse des Kapitals ist es in erster Linie, einen Zustand der politische Stabilität wiederherzustellen. 1988 konnte die PRI durch einen massiven Wahlbetrug die Macht erhalten und die anschließende Protestwelle unter Kontrolle bringen. Aufgrund des veränderten Kräfteverhältnisses dürfte dies nicht mehr so leicht zu wiederholen sein. Ein offenkundiger Wahlbetrug am 21. August wird Feuer an die Lunte des Bürgerkriegs legen und eine soziale Explosion provozieren.

Wahrscheinlicher ist folgendes Szenario: Die PRI läßt saubere Wahlen zu und verliert die Mehrheit. Anschließend ruft sie eine "Regierung der Nationalen Einheit" (oder etwas mit ähnlichem Namen) aus und integriert die PAN und den rechten Flügel der PRD in die Regierung. In diesem Fall würden sich wahrscheinlich die PRD-Linke und das EZLN zu einer neuen revolutionären Kraft vereinigen, die einen wichtigen Faktor in der mexikanischen Gesellschaft darstellen würde.

Damit genug der Spekulationen - alles kann auch ganz anders kommen. Bis zum 21. August sind es noch über zwei Monate, und das ist in Mexiko eine kaum zu überschauende, unkalkulierbare Zeitspanne.

Boris Alexander, Mexiko-Stadt, 31.5.94

18. "Alle finden sich in unseren Forderungen wieder." Interview mit dem Subcomandante Marcos in Chiapas/Mexico (aus "ila")

ila-Interview mit Subcomandante Marcos in Chiapas/Mexiko

Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:11

Das Gespräch wurde am 9. April 1994 innerhalb der von der EZLN kontrollierten Gebiete in Chiapas/Mexiko von der ila-Mitarbeiterin Danuta Sacher geführt. Wir danken der ila-Redaktion für die freundliche Genehmigung, das Interview nachzudrucken. Wir haben es für den Abdruck im ak redaktionell gekürzt und die Stellen mit (...) gekennzeichnet. Übersetzt worden ist das Interview von Ulrich Mercker und Danuta Sacher.

Frage: Welche Auswirkung hatte das Attentat auf den Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei PRI, Luis Donaldo Colosio, auf den Dialogprozeß zwischen Regierung und EZLN und auf die Situation in Chiapas?

Marcos: Als die erste Dialogrunde in San Cristobal beendet war, kehrten wir in unser Gebiet zurück, um mit den Gemeinden zu beraten, was sie von den Vorschlägen der Regierung hielten. Als erstes haben wir die Dokumente mit den Mitgliedern des Geheimen Revolutionären Indígena-Komitees (CCRI) besprochen, denn an den Verhandlungen hat ja nur eine kleine Delegiertengruppe und nicht das gesamt CCRI teilgenommen. Jede einzelne Forderung und die Antwort der Regierung darauf wurden erläutert und diskutiert, und dann begannen wir damit, alles in eine einfachere, verständliche Sprache zu übertragen, die in den Dörfern verstanden werden kann.

Damit sind wir also beschäftigt, als eine Reihe militärischer Manöver beginnt. (...) Andererseits beginnen gleichzeitig die Aggressionen der Viehzüchter, die öffentlich erklären, daß sie nicht mit den Vorschlägen der Regierung aus der ersten Verhandlungsrunde einverstanden sind. Ähnlich melden sich andere Teile der rechten Oligarchie zu Worte wie zum Beispiel die "Coletos", die rechten "Aristokraten" von San Cristobal de las Casas. Insgesamt fehlten Hinweise darauf, daß der Dialogprozeß, also der Friedensprozeß, ernsthaft vorankommen könnte. In diesem Klima wollte das Geheime Revolutionäre Indígena-Komitee davor warnen, daß die Beratung der Ergebnisse der ersten Dialogrunde suspendiert werden könnte, bis die Regierung die dafür erforderlichen Bedingungen schaffe, also die aggressive Stimmung überwunden sei. Wir waren gerade dabei, ein entsprechendes Kommuniqué an die Regierung auszuarbeiten, als wir die Nachricht vom Mord an Luis Donaldo Colosio erfuhren.

Wir bewerteten dies als einen Anschlag, für den die EZLN direkt oder indirekt verantwortlich gemacht werden sollte. Direkt in dem Sinne, daß wir den Mörder instruiert oder beauftragt hätten. Das läßt sich nicht aufrecht erhalten mangels Beweisen und sowieso ist es absurd, denn wenn das Attentat an Colosio jemandem geschadet hat, dann in erster Linie den Zapatisten, denn Colosio hatte sich öffentlich verpflichtet, die Ergebnisse der ersten Dialogrunde zu akzeptieren. Es wäre wirklich völlig absurd, uns ein Interesse an diesem Mord zu unterstellen.

Die Beschuldigungen liefen dann mehr auf der indirekten Ebene, indem gesagt wurde, daß die EZLN mit ihrem Vorstoß am 1. Januar ein Klima der Gewalt geschaffen habe und dazu beigetragen habe, daß andere Gewalt als ein positives Mittel betrachteten, was den Mord an Colosio provoziert habe.

Auf anderer Ebene analysierten wir, daß dieses Attentat Teil einer Desavouierungskampagne gegenüber der EZLN ist, die bereits vorher begonnen hat. Sie wissen sehr gut, daß wir schlecht bewaffnet sind, daß unsere Hauptkraft das Ansehen innerhalb der mexikanischen Bevölkerung ist. Und dieses Ansehen wollen sie zerstören oder zumindest verringern, um dann einen militärischen Angriff rechtfertigen zu können.

Alles dies zusammen, wie ich es erwähnte: die militärischen Manöver, die Aggressionen der Großgrundbesitzer und nun der Anschlag gegen Colosio wiesen auf die drohende Gefahr eines militärischen Angriffs hin. Deswegen haben wir in dieser Situation beschlossen, die Beratungen der Ergebnisse der ersten Dialogrunde in den Gemeinden zu suspendieren. Denn die Kämpferinnen und Kämpfer, die in ihren Dörfern waren, um an den Diskussionen teilzunehmen, mußten an ihre Stellungen zurückkehren, um eventuelle Angriffe abzuwehren. Das ist schließlich der weiterhin gültige Befehl des CCRI: Unser Gebiet bis zum letzten

Mann und zur letzten Frau zu verteidigen. Wir können unsere Zivilbevölkerung ja nicht kampflos der Regierungsarmee ausliefern.

Seither haben wir nichts mehr von Camacho, dem Regierungsbeauftragten für den Dialog mit der EZLN, gehört. (...) Was wir mit Sicherheit sagen können ist, daß Cedillo direkt von Präsident Salinas ausgewählt wurde, daß es ein erneuter "dedazo" war, eine eigenmächtige Entscheidung des Präsidenten auch gegenüber seiner eigenen Partei. Aber es ist noch unklar, wie Cedillo sich gegenüber Camacho und dem Friedensprozeß in Chiapas verhalten wird. Wir müssen abwarten, welche Kräfteverhältnisse aus dem internen Machtkampf innerhalb der Machtgruppe der Regierungspartei hervorgehen, welche Rolle Cedillo dabei spielt, und was das für Camacho bedeutet. Gegenwärtig gibt es Gerüchte, daß er als Friedensbeauftragter abgelöst und nach Spanien als Botschafter geschickt werden soll. (hat Camacho inzwischen dementiert, Anm. Red.) Insgesamt also alles Anzeichen gegen einen Fortschritt des Dialogprozesses. Wir werden wie gesagt in höchster Alarmbereitschaft abwarten. Es gibt Hinweise darauf, daß die Regierung vor Ende Mai auf eine wie auch immer geartete Lösung drängen wird, sei es auf die Unterzeichnung eines Friedensabkommens oder auf eine militärische Entscheidung. Denn im Juni und Juli wird der NAFTA-Vertrag erneut im US-amerikanischen Kongreß behandelt. Und die entscheidende Phase des mexikanischen Präsidentschaftswahlkampfes steht bevor. Im gegenwärtigen politischen und ökonomischen Krisenpanaroma Mexikos bedeutet die EZLN ein Störfaktor und eine Behinderung für die Pläne Salinas, der behoben werden muß. Aber wie gesagt, müssen wir zunächst abwarten, was weiter geschieht.

Werden in einer möglichen zweiten Verhandlungsrunde wiederum nur EZLN und ein Abgesandter der Regierung teilnehmen, oder sind die Zapatisten daran interessiert, daß andere Teile der mexikanischen Gesellschaft vertreten sind, beispielsweise Vertreter der Bauern- und Indígena-Organisationen? Auch die Viehzüchter fordern ihre Beteiligung an weiteren Verhandlungen.

Wir sind der Auffassung, daß eine mögliche zweite Verhandlungsrunde notwendigerweise die nationalen Aspekte behandeln muß, die die Regierung in der ersten Verhandlungsphase ausgeklammert hat. Wir sind nicht damit einverstanden, daß unsere Forderungen nur auf die lokale Ebene bezogen werden, oder gar nur auf bestimmte Gemeinden, von denen die Regierung glaubt, daß es dort Zapatisten gebe. Wir bestehen auf der nationalen Dimension der Problematik. Deswegen haben wir auch zur Beratung der Regierungsvorschläge aus der ersten Dialogrunde auf nationaler Ebene eingeladen und inzwischen viele Kommentare, Vorschläge und Briefe aus verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren erhalten. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen bitten uns, ihre Forderungen in die nächsten Verhandlungen mit aufzunehmen. In all diesen Briefen wird gebeten, die Forderungen nach Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit als nationales Anliegen zu behandeln.

Wir meinen, daß die Bauern- oder anderen Organisationen gegebenenfalls der EZLN das Mandat zur Verhandlung ihrer Anliegen gegenüber der Regierung übertragen, oder tatsächlich mit eigenen Delegierten teilnehmen können. Über die genaue Verfahrensweise berät das Geheime Revolutionäre Indígena-Komitee noch und wird dazu auch die anderen Organisationen konsultieren.

Wollt Ihr die Viehzüchter auch am Verhandlungstisch haben?

Nein. So weit wir das übersehen können, sind die Viehzüchter in zweierlei Hinsicht besorgt. Zum einen wegen ihrer Ländereien innerhalb der von uns kontrollierten Zone. Aber das ist nicht der Hauptpunkt. Denn sie wissen genau, daß wir ihr Land nicht anrühren. Gleichwohl behaupten sie es, um Druck auf die Regierung auszuüben. So weit es zu Landbesetzungen in Chiapas kam, geschah dies in nicht von uns kontrollierten Gebieten und außerdem in Verantwortung anderer Organisationen. Zum anderen, und weit mehr, besorgt sie der Verlust ihres Feudalen-Status. Denn die Forderungen der Indígenas gegen die rassische Diskriminierung, die Demütigung, den fehlenden Respekt vor ihren Traditionen und ihrer Kultur usw. zielen auf eine Gleichberechtigung mit dieser "Aristokratie". Diese Familien sind nicht in einem Geiste erzogen worden, der so etwas erlauben würde. Seit den Zeiten der Eroberung hat die herrschende Klasse in Mexiko zweifellos Modernisierungs- und Internationalisierungsprozesse durchlaufen. Aber in Chiapas war das nicht so. Wenn du in Chiapas mit einem Viehzüchter sprichst, sprichst du mit einem Feudalherrn. In den ländlichen Gebieten von Chiapas kann man nicht einmal davon reden, daß die Regierung dort die Macht ausübt, höchstens vielleicht in den zentralen Gemeinden. Aber im übrigen Gebiet herrschen die Großgrundbesitzer und ihre bewaffneten Banden, die "Weißen Garden", wie kleine Feudalherren mit eigener Armee und ihren Leibeigenen, den

Indígenas. Was also könnten diese Leute uns am Verhandlungstisch vortragen? Daß wir nicht fordern sollen, was wir verlangen, oder daß sie unsere Probleme lösen wollen?

Besteht nicht die Gefahr, daß mögliche Abkommen der EZLN mit der Regierung in der Umsetzung an diesen Leuten scheitern werden?

Es gibt einfach Dinge, die können nicht verhandelt werden, die müssen praktisch durchgesetzt werden. Wir können unmöglich mit den Großgrundbesitzern über Gleichheit verhandeln, die müssen wir ihnen abtrotzen. Das Problem der aggressiven Unbelehrbarkeit der Landherren ist ein Problem der Regierung. Denn die Regierung hat sie wachsen lassen, hat sie begünstigt, ihnen Waffen gegeben, sie trainiert, ihnen Macht überlassen, und nun hat sie sie nicht mehr unter Kontrolle. Oder will sie nicht kontrollieren. Dieses Problem muß die Zentralregierung Mexikos lösen, wenn sie wirklichen Frieden will. Aus diesem Grunde schließen wir ausdrücklich unsere eigene Entwaffnung im Zuge des Friedensprozesses aus. So lange die Land-Aristokratie ihre Machtstellung behält und die "Weißen Garden" weiterbestehen, wird es in Chiapas keinen Frieden geben. (...)

Zeichnet sich vielleicht bereits ein erstes Meinungsbild der EZLN-Basis bezüglich der Angebote der Regierung aus der ersten Dialogrunde ab?

Ja. Unsere 34 Forderungen, die wir der Regierung vorgelegt haben, verstehen wir als nationale Anliegen. Was wir beispielsweise bezüglich der Rechte der Indígenas fordern, soll für alle Indígenas Mexikos gelten. Was wir für die Bauern fordern, bezieht sich ebenfalls auf das gesamte Land. Ebenso die übrigen Forderungen. Was die Regierung in der ersten Dialogrunde gemacht hat, ist den nationalen Aspekt auszuklammern und zu versuchen, die Probleme auf lokaler Ebene zu lösen. Dafür versuchten sie uns zu gewinnen in der Annahme, daß sie es mit Leuten zu tun haben, die kein nationales Bewußtsein oder keine nationale Perspektive haben. Sie glauben wirklich, daß die Probleme unserer Leute unverzüglich zum Beispiel durch den Bau einer Straße, einer Schule oder eines Krankenhauses gelöst werden könnten, und daß dann Ruhe sei. Aber die Mitglieder der EZLN-Delegation haben klar zum Ausdruck gebracht, daß es zu Änderungen auf nationaler Ebene kommen muß, damit Änderungen auf regionaler, lokaler Ebene möglich werden. Es ist ein Trugschluß anzunehmen, daß nur Chiapas sich ändern könnte und der Rest des Landes weitermacht wie bisher. Diesem Irrtum sind die Leute schon vorher aufgesessen. So weit eine erste Bewertung, also daß die vorgetragenen Probleme nicht lokal gelöst werden können. (...)

Nach der ersten Dialogrunde, in der es darum ging, die Positionen darzulegen und anzuhören, steht jetzt an, in wirkliche Verhandlungen einzusteigen. Dabei werden wir unsererseits darauf bestehen, daß auf unsere nationalen Forderungen nationale Antworten gegeben werden. Auf die grundlegenden Forderungen nach Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit erwarten wir konkrete Antworten, denn darauf hat die Regierung bisher sehr vage reagiert.

Wie ist das "Revolutionäre Frauengesetz" entstanden? Es ist tatsächlich revolutionär in Anbetracht der untergeordneten Rolle der Frauen in den Indígena-Gemeinschaften.

Als die Zapatistische Armee ihre Arbeit in den Bergen aufnahm, entschieden wir, daß es keine besonderen Aufnahmekriterien geben sollte. Junge, Alte, Kinder ab einem bestimmten Alter, Männer wie Frauen konnten sich integrieren. Einige der ersten Mitglieder luden Familienangehörige, Schwestern zum Beispiel, dazu ein, sich anzuschließen. Sei es, daß die Familie sehr groß war, oder daß sie nicht wußten, wovon sie leben sollten, oder daß sie bereits sehr politisiert waren. Das kam gerade bei Familienangehörigen der Gründungsmitglieder vor, die heutzutage eine Art indianischer Elite darstellen, die in jeder Hinsicht gut ausgebildet ist. So kamen die ersten Indígena-Frauen zu den Zapatisten.

Bei den Zapatisten lernen die Frauen vieles, was ihnen in den Dörfern verschlossen blieb. Zum Beispiel lernen sie Spanisch, lesen und schreiben, Grundkenntnisse in Mathematik, Geographie, Geschichte. Sie lernen Waffen zu tragen und zu handhaben und, was das außergewöhnlichste ist, sie lernen Kommando zu führen, auch über Männer. In der Zapatistischen Armee war das problemlos, denn das entsprach unserer Logik. Wir unterscheiden nicht zwischen Männern und Frauen, sondern alle sind Kämpfer. Als wir in Beziehung zu den Dorfgemeinschaften traten, beobachteten die jungen Frauen der Dörfer, daß Indígena-Mädchen wie sie, die ihre Maya-Sprache sprechen, aber gleichzeitig Spanisch beherrschen, Waffen tragen und über Männer befehlen. Das hat tiefen Eindruck bei den Mädchen hinterlassen. Wie das so ist, wenn Frauen untereinander

reden, sprechen sie auch über Männer, über Beziehungen. Es wurde gefragt, wie das denn so sei bei den Zapatisten, ob sich da was zwischen Männern und Frauen abspiele oder ob das verboten sei. Unsere Frauen erzählten, daß die Männer sich annähern könnten, und wenn du willst, willst du, aber wenn nicht, müssen sie es akzeptieren. Keiner kann dich zwingen. Vor allem aber, die Frauen können den Mann ansprechen, der ihnen gefällt, und müssen nicht warten, bis er vielleicht kommt. Flirten auch von Frauen ist erlaubt! So etwas von ihresgleichen zu hören war für die Mädchen der Dörfer ein heftiger Schlag, deren Aussicht nicht etwa ist, den Mann zu heiraten, der ihnen gefällt, sondern den, der daherkommt und sie von ihrem Vater kauft. Von da an drängen mehr Mädchen und Frauen darauf, zu uns in die Berge zu kommen. Die Familien lassen sie gehen, weil bereits ihr Bruder, ihr Onkel oder Vetter bei den Zapatisten ist. Und das gleiche wiederholt sich in größerem Maßstab: Diese Frauen besuchen ihre Familien, ihre Dörfer, können jetzt spanisch sprechen, lesen, schreiben, rechnen, mit der Waffe umgehen. Weitere Frauen bestehen darauf, sich uns anzuschließen. Das wiederholt sich und wiederholt sich. Schließlich beginnen die Frauen, die nicht fortgehen können, Druck auszuüben: Warum gilt für die Frauen in den Bergen dieses und jenes, und für uns nicht? Auch wir sind Zapatisten, auch wenn wir nicht in die Berge gehen können. Die Frauen aus den Bergen erzählen ihnen, daß sie dort Gleichberechtigung genießen, und daß dies auch in den Dorfgemeinschaften gelten müßte. Auf diese Weise beginnen die Frauen in den Dörfern Druck auf die Männer auszuüben und zu verlangen, bei Dingen mitreden zu können, die bisher nur Männer unter sich besprochen haben. Natürlich waren die Männer dagegen. Allein das Recht der Frau, ihren Partner auszusuchen, ist ein schwerer Schlag gegen die patriarchale Herrschaft der Männer. Ebenso der Anspruch der Frauen darauf, die Anzahl ihrer Kinder zu bestimmen. Hier kommen zwei Aspekte zusammen, der der sexuellen Dominanz und ein ökonomischer. Bei der Kinderzahl geht es nicht nur um den Wunsch der Männer, ihre Zeugungskraft zu beweisen, sondern je mehr Kinder da sind, desto mehr Arbeitskräfte für die Landwirtschaft stehen der Familie zur Verfügung. Letztlich ist das natürlich ein Trugschluß, denn das Land reicht nicht aus, um es auf viele Kinder aufzuteilen, und alle werden im Endeffekt ärmer. Für die Frauen geht es dabei noch um mehr: Sie tragen schwer an der hohen Kindersterblichkeit. Von zwölf, vierzehn Kindern sterben fünf oder sechs mit Sicherheit. Sie fragen sich also, warum soll ich so viele Kinder gebären, nur damit ich sie hinterher sterben sehen muß? Ich will keine Kinder für den Tod zur Welt bringen.

Auf diesen Druck der Frauen reagieren die Dorfgemeinschaften unterschiedlich. Das hängt auch von der Ethnie ab. Manche widersetzen sich stärker, in anderen hat die Frau traditionell eine stärkere Rolle. Jedenfalls gibt es heftige interne Kämpfe. Und im Moment, als der Krieg beschlossen wird - das war im Oktober 1992, noch ohne genaue zeitliche Festlegung - wird auch über die Gesetze entschieden, die in den zapatistischen Gemeinden gelten sollen. Es wird der Vorschlag für das Agrargesetz präsentiert, für das Kriegssteuergesetz und so weiter. Bei dieser Gelegenheit bilden die Frauen ein Führungsgremium, das später in das Geheime Revolutionäre Indígena-Komitee (CCRI) eingehen wird, und beginnen danach eine Konsultation in den Dorfgemeinschaften über die wichtigsten Forderungen und Bedürfnisse der Frauen. Im Januar 1993 erteilt das CCRI den Befehl zur Vorbereitung des Krieges für 1993, im März findet eine Sitzung des Komitees zur Revision der Revolutionären Gesetze statt, die im April in Kraft treten sollen. Zu diesem Zeitpunkt wußte niemand etwas von dem "Revolutionären Frauengesetz", weil die Frauen das heimlich, still und leise vorbereitet haben. Als sie es dann dem CCRI vorstellen, haben die Männer es natürlich erst mal abgelehnt. Daraufhin verweigerten die Frauen ihre Zustimmung zum Agrargesetz. Auf diese Weise konnten sie die Männer zwingen, sie ernstzunehmen, und schließlich wurde das Frauengesetz angenommen. Außerdem wurde beschlossen, daß es nicht erst ab Kriegsbeginn, sondern ab sofort - günstigerweise war gerade der 8. März - in den Gemeinden gelten sollte. Natürlich gab es Probleme damit. Ein Beispiel. Wenn zwei junge Leute in einer Indígena-Gemeinde unverheiratet miteinander schlafen, wird das damit bestraft, daß beide auf dem Basketball-Platz an die Torpfosten angebunden werden, oder sie ins Gefängnis gesteckt werden. So ist die Tradition. Nun kennen die Jugendlichen das neue Gesetz, lieben sich unverheirateterweise und werden erwischt. Man will sie nach alter Sitte bestrafen und die Jugendlichen sagen: Moment mal, jetzt gilt das neue Gesetz. Wenn ihr es nicht respektiert, wie soll dann das Agrargesetz gelten, wieso sprecht ihr überhaupt von einer Revolution? Die Gemeindesprecher wußten nicht, wie sie sich verhalten sollten, und wandten sich an uns. Wir erklärten, daß das Angelegenheit des CCRI sei und die neuen Gesetze gelten, und sie tatsächlich nichts gegen die jungen Leute unternehmen könnten, da wir sonst verpflichtet seien, sie herauszuholen. Daß sie nicht einem Gesetz zugestimmt haben können, um es anschließend zu brechen. Das war ein Präzedenzfall. Seither hat der Druck etwas nachgelassen. Aber darum mußte gekämpft werden, das ist

niemandem in den Schoß gefallen. Es gab und gibt viel Widerstand. Das ist ein sehr wichtiger und interessanter interner Kampf, bis heute.

Wird dieser Kampf mehr von den jungen Frauen getragen oder auch von den älteren unterstützt?

Eher von den jungen Frauen, aber für die älteren ist es schwierig, dagegen zu sein. Denn die Jungen fragen sie, ob sie wirklich wollen, daß es ihnen so geht wie ihnen, nämlich daß sie mit 35 so aussehen, als wären sie sechzig. Oder daß sie sich mit vierzehn verheiraten und mit fünfzehn Geburten verbrauchen sollen für einen Mann, den sie erstmals in der Hochzeitsnacht kennenlernen konnten. Dem können die älteren Frauen natürlich nicht zustimmen, wohl aber der Feststellung, daß sich für die Frauen etwas ändern muß.

Wie ich bereits sagte, gibt es Ethnien, in denen die Frauen eine gewisse kämpferische Tradition haben, und andere, in denen die Frauen härter um die Überwindung ihrer Marginalisierung kämpfen müssen.

Die verschiedenen Maya-Ethnien leben also nicht gemischt in den Dörfern, sondern geographisch getrennt?

Ja, in dieser Gegend hier leben nur Tzeltal. In der Gegend von Las Margaritas leben die Tojolabal. Im Norden leben die Chol und im Hochland die Tzotzil. Auch in dem von uns kontrollierten Gebiet leben die Ethnien getrennt. Wo sie zusammenkommen ist im Geheimen Revolutionären Indígena-Komitee.

Vielleicht sprechen wir ein wenig über das Verhältnis der Zapatistas zu anderen Bauernorganisationen. Während langer Jahre gibt es starke und vielfältige Organisationen der Bauernbewegung in Chiapas, die allerdings immer untereinander nach politischen und ethnischen Linien gespalten waren. Die EZLN scheint die erste Kraft in Chiapas zu sein, die es geschafft hat, diese historischen Spaltungslinien zu überwinden. Wie ist das gelungen?

Unser Vorgehen bestand darin, zu unterscheiden, was uns verbindet und was uns trennt, und die internen Strukturen der anderen Organisationen zu respektieren. Wir hatten nie die Absicht, die Führung der anderen Organisationen zu übernehmen, sondern wir haben einen Krieg vorbereitet, weil wir der Auffassung waren, daß anders die Lebensbedingungen nicht geändert werden können. Wir wollen weder die ARIC, noch die OCEZ noch CIOAC (Namen von Bauernorganisationen bzw. Zusammenschlüssen von Organisationen, Anm. Red.) leiten. Sie alle haben ihre eigene Struktur, einschließlich der CNC, die wir nicht anrühren wollen. Aber was wir immer sagten, war, daß wir die Waffen erheben müßten, um Änderungen zu erreichen. Wir gingen davon aus, daß der legale politische Kampf entlang der organisationseigenen Strukturen geführt, und die militärischen Aspekte von der Zapatistischen Armee behandelt werden. Unsere Forderungen sind so allgemeingültig, daß es quasi unmöglich ist, nicht damit einverstanden zu sein. Von daher gab es eine Art gegenseitigen Grundverständnisses. Wir erheben nicht eine Forderung, die spalten oder lediglich spezifische Interessen einer bestimmten Ethnie oder einer bestimmten Bewegung vertreten würde. Alle finden sich in unseren Forderungen wieder. Und wie gesagt, machen wir niemandem die politische Führung streitig. Davor herrscht immer die größte Furcht innerhalb der Organisationen, daß man die Führung ablösen will. Unsere Position dazu war und ist, daß die Leute sich organisieren sollen, wie sie wollen, mit den Führern, die sie wollen. Die militärischen Konfrontationen allerdings leiten wir. Von daher könnte man sagen, daß die Zapatistische Armee weniger eine Organisation ist als eher ein Zusammenfluß von Organisationen. So erklärt sich auch das große Einflußgebiet und die Anerkennung, die die Zapatisten unter den Indígenas von Chiapas genießen, wie auch die Unmöglichkeit, sie zu zerstören.

Im Januar wurde CEOIC, der Zusammenschluß der Bauern- und Indígena-Organisationen von Chiapas gegründet, eine Koordination von 280 Organisationen. Wie schätzt Ihr die Tragfähigkeit dieses heterogenen Bündnisses ein? Hat die CEOIC eine Zukunft?

Wenn sie den Schlüssel findet, kann sie auf der politischen Ebene genausoviel bewirken wie die EZLN auf militärischem Gebiet. Ihre Mitgliedsorganisationen wirken schließlich im ländlichen Bereich im ganzen Staat. Aber man muß natürlich berücksichtigen, daß sie alle eine lange Vergangenheit haben, die mit Verrat, Mißgunst, Rachegefühlen und allen diesen unschönen Dingen belastet ist. Und in bestimmten Momenten können diese Faktoren die Oberhand gewinnen. Die Leute kennen sich ja schon seit langem. Da werden leicht alte Rechnungen präsentiert. Aber, wie schon gesagt, wenn sie den richtigen Schlüssel finden, also sich auf die Forderungen nach Land und Freiheit konzentrieren, hat dieses Bündnis sicher eine Zukunft. Wenn es gelingt, interne Streitereien und Abwerbemanöver zu überwinden, sich voll und ganz auf die heute wie vor 75

Jahren gültigen zapatistischen Forderungen einzulassen, kann die CEOIC auf politischem Gebiet gemeinsam mit der EZLN auf militärischer Ebene diesen Staat vernünftig regieren. Wir stellen für sie eine Schutzmacht dar. Wenn irgendetwas passiert, rufen sie uns, und wir sind dann zur Stelle, um eventuelle Angreifer unschädlich zu machen. Und da wir nicht nach der politischen Macht streben, einige Leute der CEOIC aber sehr wohl, gibt es mit uns auch keinen Streit. Der hat höchstens interne Ursachen. Einzelne Mitgliedsorganisationen der CEOIC haben den Kontakt zu uns gesucht, um Gespräche gebeten. Das geheime Kommando-Komitee hat dies aber abgelehnt, mit der Begründung: entweder mit allen oder mit keinem. Es kann nicht darum gehen, Kontakte zu einzelnen Organisationen zu pflegen, das schafft nur Spaltung. Mit einer gemeinsam getragenen Kommission jederzeit. Ich denke, daß diese Entscheidung korrekt ist. Denn man darf nicht vergessen, mit welcher Absicht die CEOIC gebildet wurde. Salinas und Setzer (der kurzfristig eingesetzte Interimsgouverneur von Chiapas) verfolgten von Anfang damit das Ziel, eine Gegenkraft gegen die EZLN aufzubauen. Die Rechnung ist aber nicht aufgegangen. Die meisten Organisationen haben sich auf unsere Seite geschlagen und lassen sich nicht zum Instrument der Regierung machen. Das war für uns überlebenswichtig, und das werden wir auch nie vergessen. Viele sagen, daß wir allein deshalb überleben, weil dieser Plan nicht funktioniert hat.

Was geschah und geschieht mit Leuten, die nicht mit dem Krieg der Zapatisten einverstanden sind, aber in eurem Einflußgebiet leben?

Von diesen Leuten verlangen wir nur, daß sie nicht für die Gegenseite arbeiten, indem sie Informationen weitergeben oder Personen denunzieren, denn in den Dörfern kennen sich alle und wissen gegenseitig, wer ist Zapatista und wer nicht. In den befreiten Gebieten sind jetzt wir die Regierung. Diese Leute können sich bewegen, wohin sie wollen, aber wir erwarten, daß sie darüber Auskunft geben, so wie sie es vorher der Regierung gegenüber taten. Wenn sie nicht gegen uns arbeiten, schränken wir sie in keiner Weise ein oder zwingen sie auch zu nichts. Was vorgefallen ist während der Kriegshandlungen, daß einige Mitglieder der Zapatistischen Armee Nicht-Zapatisten zur Teilnahme zwingen wollten. Sie haben sie verbal bedroht, nicht physisch, in der Weise, daß sie ihnen drohten, es werde ihnen schlecht ergehen, wenn sie nicht mitmachten. Sie haben ihnen Angst gemacht für den Fall, daß sie sich nicht anschlössen. Das ist vorgekommen und wir haben das durch die Presse erfahren, die Gelegenheit hatte, mit solchen Leuten zu sprechen. Das CCRI hat die Verantwortlichen dafür geahndet und damit Schluß gemacht, als sie davon erfuhren. Aber unsere allgemeine Politik war immer ein "Nicht-Angriffs-Pakt" mit solchen Leuten.

Etwas zur internen Struktur der EZLN. Sind ihre Mitglieder professionelle Kämpfer, oder führen sie innerhalb ihrer Dörfer auch ein ziviles Leben?

Ein Teil der Mitglieder der EZLN lebt seit zehn Jahren klandestin in den Bergen. Dort wurden wir schon seit Beginn mit Nahrungsmitteln versorgt von den Bewohnern der Dörfer. Der andere Teil, die übergroße Mehrheit, sind Bauern, die sich ihrem Stück Land widmen, aber hin und wieder auch militärische Ausbildung bekommen, zu irgendwelchen Aktionen herangezogen werden, je nach den gerade anstehenden militärischen Plänen. Es sind Bauern und Kämpfer, ganz nach dem Muster der Zapata-Armee von damals. Seit dem Kriegsausbruch lösen sie sich gegenseitig ab. Manche kommen in die Reihen der Armee, manche scheiden vorübergehend aus, um sich dem Acker zu widmen, je nach Turnus. Die Familien derer, die die militärischen Positionen halten, werden von den anderen jeweils mitversorgt. Das haben wir schon seit langem so organisiert. (...)

Die landwirtschaftliche Produktion wird trotz des Kriegszustandes aufrechterhalten?

Ja. Sie ist ebenso kärglich wie vorher auch. Das ist natürlich von langer Hand vorbereitet. Wir waren uns natürlich darüber im klaren, daß die Arbeitsbedingungen nicht die gleichen sein würden wie vorher. Also mußten die anfallenden turnusmäßigen Aufgaben gut verteilt werden. Besonders reiche Ernten wegen des Aufstandes sind ja nun leider nicht zu erwarten. Uns geht es genauso dreckig wie vorher auch.

Eine Frage, die wir uns auch in Deutschland sehr häufig gestellt haben: Wie verträgt sich das grundlegend demokratische Selbstverständnis der EZLN mit der zwangsläufig hierarchischen Struktur einer Armee, mit Befehlsgehorsam und Disziplin und all den bekannten militärischen Untugenden. Wie löst ihr diesen Widerspruch?

Natürlich hat es diesen Widerspruch von Anfang an gegeben. Die EZLN ist eine politisch-militärische Organisation, und so etwas ist das Un(Anti)-Demokratischste der Welt. Alles läuft von oben nach unten, einer

befiehlt, die anderen müssen gehorchen. Als wir mit dieser Struktur in Kontakt traten mit den demokratisch strukturierten indianischen Dorfgemeinschaften, prallten diese Gegensätze natürlich aufeinander. Dies geschah aber auf der Ebene der Basis, und hier dominiert deutlich der indianische Sektor. Will die politisch-militärische Kommandoebene überleben, muß sie sich diesem Sektor unterordnen, muß sie die Strukturen akzeptieren, die die Dorfgemeinschaften vorschlagen. Will die Armee als solche wachsen, und nicht eine kleine Guerillagruppe bleiben, wie wir das aus der lateinamerikanischen Guerillageschichte kennen, will sie wirklichen Rückhalt in der Bevölkerung bekommen, so muß sie diese andere Struktur akzeptieren. So löst sich dann auch der Widerspruch: Es gibt Entscheidungen, die demokratisch herbeigeführt werden, und solche, die rein militärisch auf der Kommandoebene getroffen werden. Die großen Entscheidungen, z.B. über den Zeitpunkt des Kriegsbeginns, des Kriegsendes, zur Aufnahme des Dialogs, über unser Banner, über die Gründe des Kampfes, die Bündnispolitik, mit wem Gespräche geführt werden, alle diese Entscheidungen müssen auf demokratische Weise gefällt werden. Demokratisch wird darüber abgestimmt, daß der Krieg begonnen wird, und ich erhalte dann den Befehl: Wir fangen an, gib die nötigen Befehle zur Umsetzung dieser Entscheidung! Da diese Entscheidung aber unten getroffen wurde, ist die Umsetzung in notwendig militärisch-hierarchischer Form von oben sehr viel leichter. Die grundlegenden Befehle erteilen also die Dorfgemeinschaften nach langen internen Beratungen, ich setze diese dann operationell um. Alle, Kinder, Alte, Frauen und Männer haben darüber abgestimmt, daß der Krieg begonnen werden soll. Über den genauen Zeitpunkt wollten sie sich lieber nicht festlegen, auch aus Vorsicht. Über den genauen Ablauf und die nötigen Vorbereitungen sollte ich entscheiden, bzw. die Kommandoebene. Wer zu welcher Uhrzeit wo losschlagen soll, das sind militärische Entscheidungen.

Über das Kriegsende entscheiden also auch sie?

Ja, ebenso wie sie über den Beginn des Krieges entschieden haben, werden sie auch über sein Ende die Entscheidung treffen. Das ist keine Sache der kämpfenden Einheiten, ist keine Sache der militärischen Struktur.

Nehmen wir mal an, ich sei eine Kombattantin. Ich begehe irgendein Unrecht in irgendeiner Dorfgemeinschaft. Wer wird mich bestrafen? Die EZLN oder die Dorfgemeinschaft?

Das Komitee, denn da sind beide Elemente beteiligt. Es vereinigt die zivile und die militärische Autorität.

Wie ist der zivile Sektor strukturiert?

Der zivile Sektor ist demokratisch strukturiert. Das oberste Organ ist die Dorfversammlung, und die bestimmt die Führung. Wenn diese nicht die Beschlüsse der Versammlung befolgt, wird sie abgesetzt. Und so setzt sich das fort, auf regionaler Ebene, auf der Ebene der Anbauregion werden ebenfalls Beauftragte ernannt, und so weiter, bis zum angrenzenden Gebiet anderer ethnischer Gruppen, die ihrerseits auch ihre Führungskollektive haben. Aus diesen wird schließlich das Comité Clandestino Revolucionario Indígena (CCRI) gebildet, in dem alle Ethnien vertreten sind.

Die Mitglieder der EZLN sind z.T. sehr jung. Besteht da nicht das Risiko, daß diese Jugendlichen militarisiert statt sozialisiert werden? In El Salvador konnte man dieses Problem beobachten, daß Jugendliche, die mit elf Jahren zur Guerilla stießen, später enorme Schwierigkeiten hatten, sich ein anderes als das militärische Leben vorzustellen. Mit einer Waffe waren sie wer, hatten Macht, aber ohne?

Na ja, wir sind halt auch sehr sympathisch, da liegt schon ein Unterschied. Nein, die Mehrheit der Kombattanten ist zivil, und die Zivilisten werden auch immer in der Mehrheit bleiben. Der militärische Teil ihres sozialen Lebens ist minimal, das Wichtige sind die sonstigen sozialen Beziehungen. Die Waffen werden sie auf jeden Fall nicht abgeben, wenn Du darauf hinauswillst ...

Nein, nein, das war nicht die Frage ...

Aber ich will es trotzdem nebenbei sagen, die Waffen waren 10 Jahre lang vergraben. Gegen irgendwelche Versprechen werden wir die Waffen nicht austauschen.

Und sie sind auch schnell wieder eingegraben?

Das kommt immer drauf an. Wir hängen schließlich nicht an den Dingern. Wenn sich eine Lösung des Konflikts anbahnt, wenn Traktoren angeboten werden, wird es sicher nicht schwer sein, die Leute zur Auslieferung der

Waffen zu bewegen. Es gibt viele unter uns, die absolut nicht den Wunsch haben, eine militärische Laufbahn zu machen. Die wollen eher Arzt, Ingenieur, Astronaut, Rocksänger oder was auch immer werden.

Es war zu hören, daß ihr den Zugang zu der von euch kontrollierten Region verminen wollt.

Das ist bereits geschehen.

Eine häßliche Sache ...

Noch häßlicher sind die Panzer.

Stellen die Minen nicht auch eine Gefahr für die Zivilbevölkerung dar?

Nein, nein. Das sind keine selbstzündenden Minen, wie sagt ihr doch gleich - keine Bobby-traps. Die werden nur aktiviert, wenn akute Gefahr besteht, und sie werden auch nicht einfach an x-beliebigen Orten ausgelegt, wo man sie nachher nicht mehr wiederfindet, sondern nur an den potentiellen Panzerstraßen. Die Infanterie macht uns keine Sorgen. Mit der nehmen wir es gerne auf, denn da findet eine reeller Kampf statt, und zwar auf unserem Gelände. Gegen die Panzer hingegen können wir nicht viel ausrichten, wenn die hereinkommen, sind wir alle erledigt.

Wie reagiert ihr auf die stattfindende Umzingelung durch die Bundesarmee? Besteht da nicht die Gefahr der mittel- und langfristigen isolierten Austrocknung eurer Region?

Natürlich. Sie spielen mit der Geduld des Komitees. Es kommt irgendwann der Zeitpunkt, wo das Komitee sagen wird: Wir sind es leid, hier festzusitzen, Du wirst wieder angreifen müssen, um den Belagerungsring aufzubrechen, und das kann mehrmals geschehen. Nur diesmal mit noch viel höheren Opfern. Im Moment macht uns die Belagerung nicht so viel aus, aber wir werden auch nicht ewig darauf warten, daß sie aufhört. Du mußt bedenken, daß die Bauern hier immer schon in einer Art Belagerungszustand gelebt haben, total isoliert und abgeschnitten von den üblichen Errungenschaften der Gesellschaft. Aus dem Grund haben sie ja auch angefangen zu kämpfen.

Ihr werdet also nicht wie die Widerstandsdörfer in Guatemala zulassen, daß die Armee nach und nach die Kontrolle über die Region ausweitet.

Nein, hier hat die Armee nichts zu sagen, die einzigen, die hier kontrollieren, sind die Zapatistas.

Um noch einmal auf den nationalen Kontext zurückzukommen: Keine andere bewaffnete Bewegung auf dem lateinamerikanischen Kontinent hat es geschafft, daß nach einem 12tägigen Kampf eine Feuerpause beschlossen wird und die Regierung an den Verhandlungstisch bittet. Warum ist so etwas in Mexiko möglich? Ist Mexiko demokratischer, offener als andere Staaten Lateinamerikas oder woran liegt das?

Es ist verlogener. Der Medienapparat spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Salinas de Gortari hatte es geschafft, das Land mit einem gigantischen Lügennetz zu überspannen. Als im Ausland die ersten Meldungen über die kriegerischen Auseinandersetzungen kamen, haben sich die Leute erstmal gefragt: Chiapas, wo liegt das eigentlich? Und dann erschienen die enormen Armutsstatistiken, und die Leute sagten sich: Nanu, ich dachte, in Mexiko ist die Armut abgeschafft. Also, das bedeutete schon einen hohen politischen Prestigeverlust für die Regierung. In den nationalen Medien geschah ähnliches. Angesichts der Bilder bricht das ganze Lügengebäude zusammen, wonach es sich bei den Aufständischen um Ausländer, Drogenkriminelle, Castristen etc. handele. Niemand bezweifelt mehr, daß es sich bei den Aufständischen um mexikanische Indígenas handelt. Die Forderungen der EZLN finden Verbreitung, und immer mehr Leute sagen sich: Die haben ja Recht, wir wollen das Gleiche.

Sie verstehen die Gründe für diesen Krieg und sagen zu der Regierung: Die Schuld an diesem Krieg hast Du, nun löse den Konflikt auch, und zwar ohne Schüsse! Die Regierung fühlt sich also wegen des internationalen Images und wegen des nationalen Druckes gezwungen, das Feuer einzustellen. Außerdem kann sie nicht wirklich einschätzen, welche Kraft hinter der EZLN steht. Insofern dient ihr der Dialog auch, um herauszubekommen, welche Dimensionen der Kampf tatsächlich hat. Sie wußte ja nicht einmal, wen sie vor sich hat. Manche Leute glaubten auch, daß es sich um einen abtrünnigen Flügel der PRI selbst handele. Es sind also nichtmilitärische Umstände, die zur Feuerpause geführt haben. Ich habe mehrfach gesagt: Es ist weder die Stärke der EZLN noch die Großzügigkeit der Regierung, sondern der Druck der zivilen Gesellschaft

in Verbindung mit den Kommunikationsmedien, die zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zwingen. Die Gründe des Kampfes stellt niemand mehr in Zweifel. Die Schuld trägt die Regierung, entweder weil sie Bescheid wußte, oder weil sie nichts wußte. In beiden Fällen macht sie sich schuldig.

Habt ihr mit einer so breiten Unterstützung der Zivilgesellschaft gerechnet, oder kam das für euch überraschend?

Nein, uns hat der Befehl zur Feuereinstellung auch überrascht. Wir waren gerade auf dem Rückzug, mit der Verminung der Brücken und Zugangswege beschäftigt. Ich fragte mich: Wie ist das möglich? Wir sind dabei, uns in die Berge zurückzuziehen, nicht auf dem Vormarsch auf Tuxtla Gutierrez (Hauptstadt von Chiapas - die Red.), was steckt dahinter? Wir waren auf eine viel längere Zeitspanne eingerichtet, auf Monate oder im schlechtesten Falle auf Jahre, bis ein solcher Befehl erfolgt. Denn wir dachten, daß die Regierung die Kontrolle über die Presse sehr viel restriktiver handhaben werde. Und genau das gelang ihr nicht, vor allem nach den Ereignissen in Ocosingo. Seitdem glitt ihr die Zensur aus den Händen. Wir haben schon darauf vertraut, daß die Leute früher oder später die Berechtigung für unseren Kampf verstehen würden, in dem Maße, in dem sie von den unwürdigen Lebensverhältnissen hier Kenntnis erhalten. Jetzt sind viele Menschen erstaunt, daß der bewaffnete Aufstand nicht schon viel früher stattgefunden hat, daß wir so lange gewartet haben.

Von den Bombenanschlägen Mitte Januar in der Hauptstadt und an anderen Orten habt ihr Euch von Anfang an distanziert. Wie verfahrt ihr mit Gruppen, die auf diesen Zug aufspringen wollen?

Wir haben immer gesagt, daß wir von terroristischen Aktionen nichts halten. Wir kämpfen gegen eine Armee und eine Polizei, die bewaffnet sind. Wir kündigen unsere Angriffe auch an und beobachten die entsprechenden Reaktionen. Wir billigen aber auf keinen Fall Angriffe auf zivile Objekte, so rechtsgerichtet sie auch sein mögen, denn damit würden wir uns auf die Ebene der Regierung begeben, die allerdings die Zivilbevölkerung drangsaliert. Es hat eine Weile gedauert, bis wir uns davon distanziert haben, weil wir auch erst viel später von den Anschlägen erfahren haben. (...)

Die ILA ist zu beziehen über: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn.

Spendenaufruf für die EZLN

Die Kommunikation und Kommunikationsmittel spielen im Konflikt in Chiapas eine Schlüsselrolle. Wer Nachrichten und Bilddokumente produzieren und verbreiten kann, nimmt entscheidenden Einfluß auf den Gang der Dinge. Das gilt um so mehr, seitdem die Waffen erfreulicherweise weitgehend schweigen.

Eine der Forderungen der EZLN gegenüber der Regierung ist die Einrichtung einer unabhängigen Radiostation der Indígenas, die von ihnen selbst betrieben werden soll, um das Recht auf wahrheitsgetreue Information über lokale, regionale, nationale und internationale Ereignisse verwirklichen zu können. Die Regierung hat eine Lizenzvergabe in Aussicht gestellt. Damit diese mögliche Radiostation jedoch eines Tages wirklich unabhängig funktionieren kann, bedarf es vieler Dinge: Tonbandgeräte, Schnitteinheiten, Musikkassetten und natürlich Ausbildung der künftigen "Volksreporterinnen und -reporter". Und natürlich braucht es Radiogeräte in den Dörfern, damit die Sendungen gehört werden können.

Außerdem hat die EZLN den legitimen Wunsch, ihre eigene Geschichte selbst in Bildern festzuhalten. Eine eigene Videoausrüstung wird gebraucht, um sowohl die Ereignisse jenseits pressekonjunkturellen Interesses festhalten zu können, als auch um die Möglichkeit zur Verifizierung möglicher strittiger Vorfälle durch Bilddokumente zu haben.

Wir unterstützen hiermit den Aufruf der ila, für einen "Medienfonds" der EZLN zu spenden, mit dem solche notwendigen Anschaffungen getätigt werden können.

Spenden unter dem Stichwort "Medienfonds EZLN" bitte auf das ila-Konto Nr. 583 99-501 beim Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50) überweisen. (Stichwort nicht vergessen!)

19. Die Krise der FMLN. Ehemalige Guerillabewegung vor der Spaltung

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:25

Wenige Wochen nach den Wahlen in El Salvador, aus denen bekanntlich die FMLN als zweitwichtigste Kraft hervorging, befindet sich die ehemalige Guerillabewegung am Rande der Spaltung. Ein für Juni angekündigter Sonderkongreß soll die Weichen für die Zukunft stellen. Ob daran überhaupt Delegierte aus allen fünf FMLN-Mitgliedsorganisationen teilnehmen werden, ist noch offen. Die sozialdemokratische FMLN-Minderheit arbeitet schon fieberhaft an der Gründung einer neuen Partei. Wir berichten über Hintergründe und Verlauf der hitzigen Debatten.

Daß es mit der Einheit in der ehemaligen Guerillabewegung El Salvadors seit 1992/93 nicht mehr zum Besten stand, hat sich mittlerweile auch hierzulande langsam herumgesprochen. Nun steht der Knall bevor. Dabei wird das wichtigste Erbe des salvadorianischen Befreiungskampfes und der Eckpfeiler seines relativen Erfolges, die Einheit der Linken, wohl oder übel über den Deister gehen. Die in den letzten Wochen schnell eskalierenden Streitigkeiten gingen von Differenzen um die Wahlpolitik und die Parlamentsarbeit aus. Hier tritt der Dissens zwischen der sozialistischen FMLN-Mehrheit und der sozialdemokratisch orientierten FMLN-Minderheit, der im Juli vergangenen Jahres mit der Kandidatenkür von Rubén Zamora noch einmal beigelegt werden konnte, erneut offen zu Tage. Die beiden Flügel argumentieren und agieren in taktischen und strategischen Fragen völlig unterschiedlich und stehen sich in wesentlichen Punkten unversöhnlich gegenüber. Während die FMLN-Linke aus "Volksbefreiungskräften" (FPL), "Kommunistischer Partei" (PCS) und "Revolutionärer Partei der Arbeiter Mittelamerikas" (PRTC) die Linke mittels harter Oppositionspolitik stärken will, spricht der sozialdemokratische Minderheitsflügel aus "Revolutionärem Volksheer" (ERP) und "Nationalem Widerstand" (RN) "von neuen Verantwortlichkeiten für die Nation". Deswegen könne man nicht nur "entsprechend den Bedürfnissen der FMLN" handeln.

Ausgangspunkt

des aktuellen Streits

Die Bewertung des Wahlkampfes und der für viele unbefriedigenden Wahlergebnisse der FMLN sind eine wichtige Quelle der aktuellen Streitigkeiten. Während das Ergebnis der Parlamentswahlen (44 Prozent und 39 Sitze für ARENA, 5 Prozent und 4 Sitze für die ARENA-Verbündete PCN, 23 Prozent und 22 Sitze für die linke Koalition, 16 Prozent und 18 Sitze für die Christdemokraten, 2 Prozent und 1 Sitz für die evangelikale MU) noch im Bereich des zu Erwartenden und für die Linke Erträglichen lag, sind die geringe Ausbeute bei den Kommunalwahlen (nur 16 von 262 Bürgermeistereien) und die deutliche Niederlage in der Stichwahl um das Präsidentenamt (68% ARENA und 32% linke Koalition) als Bauchlandungen zu bewerten. Nun wird nach Schuldigen gesucht.

Der sozialdemokratische FMLN-Flügel ist der Meinung, daß die Linke und hier insbesondere deren wichtigste Organisation, die "Volksbefreiungskräfte" (FPL), für die Niederlage gegen ARENA verantwortlich zu machen sei. Zunächst sei es die FPL gewesen, die dafür optierte, in der ersten Runde mit den Christdemokraten die Kräfte zu messen, um dann aus einer Position der Stärke das Bündnis mit ihnen zu suchen. Die Kommunistische Partei (PCS), die PRTC und die Demokratische Konvergenz (CD) hätten sich dieser Strategie angeschlossen. Der sozialdemokratische Flügel der FMLN, also ERP und RN, seien dagegen gewesen, weil sie davon ausgingen, "daß es wichtiger war, ARENA von der Regierung zu verdrängen". "Der Moment für die Linke war noch nicht gekommen." Was in einem internen Wahlauswertungspapier des ERP dezent als "Allianz der gesamten Opposition" bezeichnet wird, hätte de facto allerdings bedeutet, sich als Linke der Christdemokratie unterzuordnen sowie deren Kandidaten und Spielregeln zu akzeptieren. Der sozialdemokratische FMLN-Flügel war dazu bereit, der linke FMLN-Flügel nicht. (siehe ak 357) Da sich die Linke durchsetzte, wird nun suggeriert, mit einer anderen Bündniskonzeption wäre mehr zu holen gewesen. Dies mag für die Kommunalwahlen zutreffen. Was das gesamte Kräfteverhältnis ARENA/Opposition betrifft, stimmt es jedoch auf keinen Fall. Denn die Christdemokraten gingen mit lausigen 15% der Stimmen ein. Heute kann man noch viel weniger als vor dem Urnengang begründen, daß es für den Stimmenfang vorteilhaft gewesen wäre, sich als Linke den Christdemokraten unterzuordnen.

Nach dem ersten Wahlgang war umstritten, ob die FMLN zur Stichwahl um das Präsidentenamt antreten solle oder nicht. Die FMLN-Linke und Rubén Zamora waren unbedingt dafür, um neue Wählerschichten an die Linke zu binden. Die FMLN-Rechte aus ERP und RN waren dagegen, um den Wahlsieger Calderón Sol nicht durch ihre Teilnahme zu legitimieren. Sie sprachen sich statt dessen für eine harte Kampagne gegen den Wahlbetrug aus. Diese Option wurde per Mehrheitsentscheidung verworfen. Neben den geringen Erfolgsaussichten für eine derartige Kampagne - alle relevanten Wahlbeobachter hatten die erste Runde zwar als mängelbehaftet bezeichnet, den Vorwurf Wahlbetrug jedoch längst (zu unrecht!) zurückgewiesen - kam hinzu, daß Gerüchte auftauchten, die Regierungspartei wolle der Linken im Falle des Nichtantretens in der zweiten Runde mehrere Millionen US-Dollar bezahlen. Unter diesen Umständen mußte die FMLN antreten, auch wenn die Wahlniederlage noch so sicher war. Alles andere hätte bedeutet, den Geruch nicht mehr loszubekommen, die Ehre der Linken für einige Millionen verkauft zu haben. Die genannten Auseinandersetzungen sowie die geringen Erfolgschancen führten dazu, daß die FMLN in der zweiten Runde nicht mehr mit voller Kraft kämpfte. Der mit 68 Prozent überdeutliche Sieg von ARENA trug dazu bei, die genannten Streitigkeiten um die Fehler in der Wahlstrategie weiter zu verschärfen. Während die sozialdemokratische FMLN-Strömung den "Volksbefreiungskräften" (FPL) vorwirft, in altem Stile Entscheidungen durchgesetzt und die Partie verloren zu haben, kontern diese, ERP und RN hätten zu wenig für den Wahlkampf getan.

Tiefgreifende Differenzen

in der Parlamentsarbeit

Bei der ersten Sitzung des neugewählten Parlaments kamen die in der FMLN aufgestauten Differenzen zum Ausbruch. Aus der Sicht des Sekretariats für internationale Beziehungen des ERP handelt es "sich um ein historisches Datum hinsichtlich der Neugruppierung der politischen Kräfte". Sieben FMLN-Abgeordnete von ERP und RN halten sich seit dem 1. Mai nicht mehr an vorher gefällte Beschlüsse von FMLN-Führungsgremien. Sie beteiligten sich an den Wahlen um das Parlamentspräsidium, wenngleich sich die FMLN-Spitze vorher mehrheitlich dagegen ausgesprochen hatte. Auf diese Weise wollte die Mehrheit in den FMLN-Leitungsgremien gegen die putschartige Reglementsveränderung durch die aus dem Amt scheidenden ARENA-Parlamentarier protestieren, die mit Hilfe eines doppelten Stimmrechts für den Parlamentspräsidenten die ARENA-Vorherrschaft auch im neuen Parlament sicherten. Die sieben Abgeordneten aus ERP und RN stimmten nicht nur mit ab, sondern wählten mit ihren Stimmen auch einen ARENA-Vertreter zum Parlamentspräsidenten. Im Gegenzug ließen sich mit ARENA-Stimmen Ana Guadelupe Martínez (FMLN-ERP) zur Vize-Präsidentin des Parlaments und Eduardo Sancho (FMLN-RN) zum Parlamentssekretär wählen. 14 FMLN-Abgeordnete, unter ihnen auch ein RN-Mandatar, sowie der Abgeordnete der "Demokratischen Konvergenz" (CD) enthielten sich dabei jedoch. In der Folgezeit kam es zu ähnlichen Abstimmungskonstellationen. Angehörige des sozialdemokratischen FMLN-Flügels wurden mit ARENA-Stimmen für weitere Wahlämter bestellt. Die FMLN-Linke war konsterniert. Damit hatte niemand gerechnet. In einer ersten Stellungnahme begründete Schafik Handal, KP-Chef und gewählter Koordinator der FMLN, die von der FMLN-Mehrheit beschlossene Wahlenthaltung mit dem undemokratischen Parlamentsreglement. Zu den sieben FMLN-Abgeordneten, die sich nicht an die internen Vereinbarungen hielten, sagte er: "Es muß allen klar sein, daß diese Deputierten die FMLN-Fraktion ebensowenig repräsentieren, wie die FMLN im Parlamentspräsidium. Ihre Handlungen, Meinungen oder Absprachen binden uns nicht." Schafik Handal forderte die FMLN-Basis auf, dieses Problem zu diskutieren, um dann die nötigen Entscheidungen treffen zu können.

Die sieben abtrünnigen Abgeordneten nannten Handals Reaktion bedauerlich "emotional" und äußerten sich besorgt darüber, daß "in der internen Debatte unüberlegte und fanatische Haltungen" um sich griffen. Ihr Verhalten sei in jeder Partei auf der ganzen Welt etwas völlig Normales. Sie forderten die Leitungen von FPL, PCS und PRTC auf "die Ruhe zu bewahren und ernsthaft nach einem neuen internen Pakt zu suchen". Es müsse sich um eine Allianz von zwei Tendenzen handeln. Der Spielraum für diese Tendenzen wird dabei sehr breit definiert: "Die politische Identität jeder Tendenz ist dabei so wichtig wie unsere Allianz gegenüber der Rechten." Die sieben Sozialdemokraten benennen auch die Streitpunkte, die aus ihrer Sicht existieren: "Die wirkliche oder scheinbare Akzeptanz der Marktwirtschaft und des Privateigentums"; die Frage, ob der Kampf "innerhalb oder außerhalb des Systems" geführt werde; die "Gültigkeit oder Ungültigkeit marxistisch-leninistischer Definitionen" und die Frage, ob man der These zustimme, daß sich das Land in einer neuen demokratischen Etappe befinde oder ob die alte Konfrontation aufrechterhalten werden solle.

Es ist unschwer zu erkennen, daß die von den sieben sozialdemokratischen Abgeordneten benannten zentralen Streitpunkte in keinem einzigen Fall mit konkreten Meinungsverschiedenheiten begründet werden. Es handelt sich durchweg um ideologische Grundsatzfragen, über die sich trefflich und lange streiten läßt. Bisher zeichnete sich die FMLN dadurch aus, daß solche Diskussionen zwar stattfanden, jedoch praktischen Fragen nachgeordnet wurden. Wenn diese in der Vergangenheit recht erfolgreiche Form des Umgangs mit der Wirklichkeit aufgegeben werden soll, dann deshalb, weil die Betreffenden aus ganz grundsätzlichen Erwägungen heraus nach neuen sozialdemokratischen Gestaden aufgebrochen sind. Aus diesem Grund ist ihre Forderung nach einem "neuen internen Pakt" nur als taktischer Zwischenschritt auf dem Weg zu einer neuen sozialdemokratischen Partei zu bewerten. Dabei wollen ERP und RN soviel an Mitgliedern und politischem Erbe mitnehmen wie nur möglich. Sie verstehen sich als Modernisierer und Erneuerer der Linken: "Wir lehnen systemfeindliche Haltungen ab, die zwar ideologisierte Köpfe beruhigen, jedoch für das Volk keine konkreten Resultate zeitigen. Sie geben uns ein kriegerisches und Konfrontationsimage, das uns von der Unterstützung breiter Bevölkerungsteile entfernt." Sie kritisieren, daß sich die FMLN-Linke anmaße, per Mehrheitsentscheidungen für die gesamte FMLN zu sprechen, während ihrem Flügel dies per Statut, das die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheitsentscheidungen vorsieht, untersagt sei.

Die Haltung

des FMLN-Nationalrates

Am 10. Mai schaffte die linke FMLN-Mehrheit aus FPL, PCS und PRTC Fakten. In einer Sitzung des Nationalrats, an dem ERP und RN nicht teilnahmen, "weil das Klima nicht das geeignetste ist und mit subjektiven, emotionalen Aspekten geladen ist", wurde Gerson Martínez (FMLN-FPL) zum Fraktionschef der FMLN bestimmt. Die vorherigen Beschlüsse anderer Führungsgremien sowie die Reaktion Schafik Handals wurden bestätigt. Die sieben Abgeordneten wurden kritisiert, weil "sie sich am politischen Manöver von ARENA beteiligten". Der Nationalrat tadelte auch den ERP-Chef Joaquín Villalobos, "der, ohne Abgeordneter zu sein, dabei eine Vorreiterrolle gespielt" habe. Das Vorgehen dieser acht sei "spalterisch" und habe "die internen Regeln der FMLN verletzt". Als besonders gravierend wird angesehen, daß die Mehrheit nicht vorher über das Verhalten der Sieben informiert worden sei, sondern im Parlament überrascht wurde. Dies sei ein Verstoß gegen FMLN-Normen, die im Falle von Differenzen zuerst immer eine interne Debatte vorsehen, Konsensentscheidungen bevorzugen, aber im Falle von Mehrheitsentscheidungen die unterlegene Minderheit verpflichten, die gefällte Entscheidung zu respektieren.

Der Nationalrat beschloß, den sieben sozialdemokratischen Abgeordneten sowie Joaquín Villalobos zu verbieten, als Vertreter der FMLN aufzutreten. Außerdem wurden diese acht von allen Ämtern suspendiert, die ihnen vom Nationalrat anvertraut worden waren. ERP und RN wurden aufgefordert, ihren Kurs zu korrigieren. Im Juni soll ein außerordentlicher Parteikongreß einberufen werden, um diese Maßregelungen zu ratifizieren und weitere Entscheidungen zu treffen. In der Zwischenzeit soll an der Parteibasis eine breite Meinungsbildung erfolgen.

ERP und RN kündigten an, diese "stalinistischen Entscheidungen von drei gegen zwei nicht mehr zu akzeptieren". Sie sprachen FPL, PCS und PRTC das Recht ab, im Namen der FMLN zu sprechen.

Wann kommt

das Scherbengericht?

Ob und mit welcher Beteiligung der außerordentliche FMLN-Kongreß stattfinden wird, muß sich erst zeigen. Im Kern geht es darum, daß Sozialdemokraten und Sozialisten/Kommunisten, die seit Oktober 1980 in der FMLN mit relativem Erfolg zusammengearbeitet haben, dabei sind, sich auseinanderzudividieren. Was ERP und RN betrifft, ist davon die Rede, daß sie sich noch im Juni zu einer sozialdemokratischen Partei zusammenschließen wollen und Anschluß an die "Sozialistische Internationale" (SI) suchen möchten. Wie die Linke weitermacht, die keineswegs als homogener Block betrachtet werden sollte, ist unklar. Sie ist in drei unabhängig voneinander organisierte Strukturen aufgeteilt. Die FMLN, um deren historisches Erbe beide Strömungen gegenwärtig ein Hauen und Stechen veranstalten, ist, was ihre Parteiform betrifft, bisher ohnehin ein Kunstprodukt. Denn man wird FMLN-Mitglied, indem man einer FMLN-Mitgliedsorganisation angehört. Ob das in dieser Form so weiter zu halten sein wird, oder ob sich auch auf der Linken neue Organisationsformen auftun, wird sich zeigen müssen. Ebenso ist die Frage der politischen Perspektive der FMLN-Linken ungeklärt.

Sie definiert sich bisher im Widerstand gegen die Sozialdemokratisierung der FMLN. Aber spätestens wenn eine neue sozialdemokratische Partei als Konkurrenz existiert, kommt die FMLN-Linke nicht mehr umhin, zu den offenen politischen Fragen Stellung zu nehmen.

Daß die Spaltung kommen wird und kommen muß, scheint mir klar. Die Frage ist für mich lediglich, welche Verlaufsform die Spaltungsdebatte weiter nimmt und wie lange sie sich hinzieht. Daß es anschließend erst einmal zu großem Katzenjammer und zur Schrumpfung der Linken kommen wird, ist unvermeidlich.

Die Herausbildung eines sozialdemokratischen Flügels aus einer Befreiungsbewegung ist keineswegs ein Novum und kann mit Verratsthesen nicht erklärt werden. Hier spiegelt sich vielmehr eine gewisse politische Öffnung der Gesellschaften El Salvadors, Südafrikas etc. wieder, die dann eben mehr Optionen läßt, als rechtsradikale Killer oder sozialrevolutionäre Guerillas zu unterstützen. Daß die Sozialdemokraten dann nach anfänglichen Achtungserfolgen bei Wahlen regelrecht abstürzen, wie derzeit im Falle der M-19 in Kolumbien zu beobachten, ist eine andere Sache. Und daß sie genausowenig wie die Linke ein taugliches Wirtschaftskonzept haben, um Massenarmut und Unterentwicklung zu beseitigen, ist auch wahr.

Al., Nürnberg

Frühere ak-Artikel zu den politischen Differenzen in der FMLN:

* ak 354 (5. Mai 1993), Die Herausbildung von zwei Strömungen in der FMLN, S. 26-29

* ak 355 (9. Juni 1993), Politische Differenzen in der FMLN, S. 28-29

* ak 357 (25. August 1993), FMLN einigt sich in der Präsidentschaftsfrage, S. 28-29

20. Völkermord in Rwanda. Die Katastrophe und ihre Vorgeschichte

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Rwanda · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:09

Bezogen auf Vorgänge in Schwarzafrika klingt es ungewohnt: Aber der Auslöser der furchtbaren Ereignisse in dem zentralafrikanischen Land läßt sich durchaus als faschistischer Putsch bezeichnen. Am Beginn des Abschlachtens von Hunderttausenden aus der Tutsi-Minderheit stand die vorbereitete Liquidation von politischen Gegnern, die, wie die Putschisten, dem Mehrheitsvolk der Hutus entstammen.

Mit einer Fläche von nur 26.338 Quadratkilometern ist Rwanda, unmittelbar südlich des Äquators gelegen, noch nicht einmal so groß wie etwa das Bundesland Brandenburg, der viertkleinste Flächenstaat Afrikas. Bei einer Bevölkerungszahl von schätzungsweise knapp 8 Millionen Menschen (Anfang 1994) ist es aber mit rund 300 Einwohnern pro Quadratkilometer zugleich einer der dichtbesiedelsten Staaten der Erde. Dabei leben noch nicht einmal 8 Prozent in den Städten.

Rund 90 Prozent der Bevölkerung werden den Bantus zugerechnet (meist Hutu), rund 10 Prozent hamitisch-nilotischen Tutsis oder Watussis, 0,5 Prozent der Bewohner sind Twa (Pygmäen). Der die politische Geschichte Rwandas (ebenso wie des südlich angrenzenden Burundis) prägende Gegensatz von Hutus und Tutsis ist heutzutage auf den ersten Blick nicht ohne weiteres nachvollziehbar: Sie sprechen dieselbe Sprache, haben dieselben Religionen (56 Prozent Katholiken, 23 Prozent "Animisten", 12 Prozent Protestanten, 11 Prozent Mohammedaner) und leben jeweils über das ganze Land verteilt. Zudem haben sich in den letzten Jahrzehnten die beiden Völker zunehmend "vermischt", so daß auch anhand äußerlicher Merkmale Unterschiede meist nicht feststellbar sind. Die Volkszugehörigkeit wird nach dem Gesetz freilich konsequent von der des Vaters abgeleitet; unter dem jetzt getöteten, seit 1973 regierenden Diktator Juvénal Habyarimana war sie zudem im Paß vermerkt.

Jahrhundertelange Unterdrückung

Der Gegensatz von Hutus und Tutsis weist weit in die Geschichte zurück. Vermutlich schon seit dem 13. Jahrhundert wanderten nilotische oder Hima-Nomaden in mehreren Schüben aus dem heutigen Südsudan und Äthiopien in das Seengebiet Ostafrikas ein, wo sie auf eine seßhafte Bantubevölkerung trafen. Diese Bantu waren Feldbauern, deren gesellschaftliche Organisation auf verwandtschaftlichen Bindungen beruhte. Obwohl weitaus zahlreicher, wurden die Bantu jedoch bald von den militärisch überlegenen und wesentlich mobileren Nomaden dominiert. Diese allerdings gaben ihre eigene Sprache zugunsten der von ihnen unterworfenen Ethnien auf.

Vermutlich auf Grund der latenten Bedrohung durch die von ihnen beherrschten Bantus begannen die eingewanderten Tutsis, zentrale politische und militärische Organisationen aufzubauen und feudale Königreiche in Rwanda und Urundi (heute: Burundi) zu errichten. (Andere Hima-Monarchien entstanden im Gebiet der heutigen Staaten Uganda und Tansania.) Rinder und Ackerland wurden den Hutus zur Nutzung überlassen, sie mußten dafür Abgaben und Frondienste leisten. Den Tutsis hingegen blieben die Verwaltung des Staates und damit die Herrschaftsfunktionen vorbehalten. Diese Entwicklung war Ende des 18. Jahrhunderts im wesentlichen abgeschlossen, lediglich einige kleine Hutu-Königreiche im Nordwesten Rwandas blieben bis ins 20. Jahrhundert hinein autonom. Der Grad der ethnischen Vermischung zwischen den nilotischen Einwanderern und den ansässigen Bantus war sehr unterschiedlich, am höchsten wahrscheinlich in Buganda (im heutigen südlichen Uganda gelegen). Die schärfste ethnische und soziale Trennung bildete sich in Rwanda heraus. Hier übte die Tutsi-Minderheit eine uneingeschränkte Kontrolle über die wirtschaftlichen und politischen Ressourcen aus. Zur Kennzeichnung der damals in der dortigen Tutsi-Monarchie herrschenden Unterdrückungsverhältnisse wird gelegentlich der Begriff der "schwarzen Apartheid" verwendet.

Zunächst die deutsche, vor allem aber (ab 1916) die belgische Kolonialherrschaft führten zu einer weiteren Stärkung des traditionellen Systems, stützten sie sich bei ihrer Verwaltung doch auf die im Land herrschende Elite. Zur Festigung ihrer Kontrolle konzentrierte die belgische Kolonialverwaltung die Institutionen des Land-Oberhauptes, des Vieh-Oberhauptes und des Oberhauptes der Krieger in der Person des Tutsi-Königs und ebnete damit einer Verwandlung der feudalen Tutsi-Elite in eine modernere Herrschaftsbürokratie den

Weg. Fortan begannen die Tutsis zum Beispiel, Hutus aus Rwanda als billige Arbeitskräfte in die Bergbauzentren von Belgisch-Kongo (heute: Zaire) zu vermieten.

Rwanda wurde 1946 zum UN-Treuhandgebiet unter belgischer Verwaltung erklärt. In den fünfziger Jahren setzen nun gegen heftigen Widerstand der herrschenden Tutsis Versuche von seiten der Belgier ein, die Hutus stärker an der Verwaltung, zunächst auf kommunaler Ebene, zu beteiligen. 1954 wird das feudale Lehnssystem abgeschafft, ab 1955 beginnen die Kolonialbehörden, die Hutus politisch zu unterstützen. Im März 1957 veröffentlichen in Europa ausgebildete Hutus das sogenannte "Hutu-Manifest", und im darauffolgenden Juni kommt es zur Gründung der Hutu-Sammlungsbewegung "Mouvement Social Muhutu" durch den späteren Premierminister Grégoire Kayibanda, die im Oktober 1959 zur sich stärker an Belgien anlehnenden "Parti du Mouvement de l'Emancipation Hutu" (PARMEHUTU) umgewandelt wird.

Rwandas Entwicklung seit der Unabhängigkeit - ein Überblick

Kurz zuvor war der bisherige Tutsi-König Mutara III. gestorben und Kigeri V. ohne Billigung der Belgier zum neuen König ausgerufen worden. Dieser Coup verstärkte das Mißtrauen der Hutus. Die Gründung des auch Hutus offenstehenden "Rassemblement Démocratique Rwandaise" durch gemäßigte Tutsis, die Demokratie und ethnische Versöhnung und Ausgleich propagieren, kam viel zu spät. Anfang Oktober 1959 beginnen bürgerkriegsähnliche Kämpfe mit tausenden von Toten, in deren Verlauf es zur Massenflucht von Tutsis in die Nachbarländer kommt. Der König verläßt das Land. Im Oktober 1960 bildet Kayibinda mit belgischem Einverständnis eine "Provisorische Regierung", im Januar 1961 wird die Republik ausgerufen (im September des Jahres stimmen in einem Referendum 80 Prozent der Bevölkerung für die Abschaffung der Monarchie), am 1. Juli 1962 wird Rwanda unabhängig.

UN-kontrollierte Wahlen im September 1961 hatte die PARMEHUTU zuvor mit 79,5 Prozent der Stimmen gewonnen, vermutlich (genauere Informationen liegen uns nicht vor) weitere rund 10 Prozent dürfte die im Süden des Landes verankerte Hutu-Partei APROSOMA erhalten haben, die zuvor schon im "Provisorischen Parlament" aller Hutu-Gemeinderäte und -Bürgermeister 9 Prozent der Sitze eingenommen hatte. Daß unter den Hutus durchaus divergierende Interessen bestanden, zeigte sich auch daran, daß nach der Unabhängigkeitserklärung einigen Hutu-Gebieten im Norden Rwandas die Beibehaltung weitgehender innerer Autonomie zugesichert wurde.

Von Zaire und Uganda aus kommt es in der folgenden Zeit zu Invasionsversuchen bewaffneter Armeen der Tutsis, die aber abgewehrt werden können, und in deren Folge es zur Ermordung von weiteren tausenden Tutsis innerhalb Rwandas kommt. 1964 werden die Tutsi-Parteien verboten. 1972 kommt es im benachbarten Burundi, das weiterhin von den sich auch dort mit rund 14 Prozent Bevölkerungsanteil in der Minderheit befindlichen Tutsis beherrscht wird, zu einem Hutu-Aufstand, der zunächst rund 2.000 Tutsis das Leben kostet. Als Reaktion darauf richten die herrschenden Tutsis ein völkermordähnliches Blutbad an, bei dem 100.000 bis 200.000 Hutus getötet werden. "Zu diesem Zeitpunkt war fast jeder gebildete Hutu (aus Burundi, Anm. ak) entweder tot oder im Exil." (der einblick, 3/93) Im Anschluß daran setzt in Rwanda Anfang 1973 eine neue Terrorwelle gegen Tutsis ein, in deren Verlauf unter anderem alle Tutsis von den Universitäten vertrieben und rund 5.000 Häuser von Tutsis in Brand gesteckt werden.

Nach langen Auseinandersetzungen zwischen Hutus des Nordens und den den Staat und die PARMEHUTU dominierenden zentralen und südlichen Hutus putscht sich im Juli 1973 der aus dem Norden stammende Verteidigungsminister Juvénal Habyarimana an die Macht. Die PARMEHUTU wird verboten, der bisherige Staatspräsident Kayibinda zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslanger Haft begnadigt. (Er stirbt 1976.) 1975 wird die Gründung einer Einheitspartei bekanntgegeben, die "Mouvement Révolutionaire National pour Développement" (MRND), in der jeder rwandische Bürger qua Geburt Mitglied ist. Habyarimana genießt von Anfang an die Unterstützung der westlichen Staaten und läßt sich seit 1978 alle fünf Jahre mit 99-Prozent-Ergebnissen als Staatspräsident wiederwählen. 1978 macht sich Habyarimana außerdem zum Regierungschef und zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

Ökonomische Schwierigkeiten

Die spätestens mit den 80er Jahren einsetzende rapide Verschlechterung der ökonomischen Situation für die meisten Trikont-Staaten spart Rwanda nicht aus. Hauptexportprodukt Rwandas ist Kaffee mit einem Wertanteil von über 60 Prozent, gefolgt von Tee mit einem Anteil von knapp 20 Prozent. Somit wurde auch Rwanda vom

Verfall der Kaffee-Preise voll erfaßt. 1990 hatten Rwandas Auslandsschulden 1 Mrd. US-Dollar erreicht - bei einem Bruttosozialprodukt von ca. 1,9 Mrd. US-Dollar. Auf Drängen des Internationalen Währungsfonds muß Rwanda im selben Jahr seine Währung um 40 Prozent abwerten (eine weitere Abwertung um 15 Prozent findet 1992 statt), die Preise für Grundnahrungsmittel werden um rund 30 Prozent erhöht, während die Kaffeebauern 20 Prozent niedrigere Verkaufspreise hinnehmen müssen. Als "Ausgleich" für diese Maßnahmen gewährt der IWF Rwanda 1991 einen dreijährigen Strukturanpassungskredit von 41 Millionen Dollar.

Im Durchschnitt wuchs Rwandas Bruttosozialprodukt von 1980 bis 1991 jährlich um real gerade noch 0,5 Prozent, was bei einem durchschnittlichen Bevölkerungswachstum von jährlich 3,3 Prozent im selben Zeitraum zum Sinken des Pro-Kopf-Einkommens führte. Es ist bis heute nicht gelungen, Rwanda in nennenswerter Weise zu industrialisieren: 1991 arbeiteten 93 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft, nur 3 Prozent in der Industrie (im wesentlichen Fabrikation von Decken, Plastikschuhen, Zigaretten, Bier und Limonade). Die ausgebliebene Industrialisierung führt in dem dichtbesiedelten Land zu politisch fatalen Konsequenzen: So heißt es in einer Erklärung des Zentralkomitees der Staatspartei MRND vom 27. Juli 1986, Rwanda könne sich angesichts des demographischen Drucks nicht erlauben, Flüchtlinge, die früher das Land verlassen hätten, in größerer Zahl wieder aufzunehmen. Das Land sei - sinngemäß - "voll". Das zielte direkt auf die aus Rwanda vertriebenen Tutsis, die zu Hunderttausenden als Flüchtlinge vor allem in Uganda, Tansania und Zaire leben.

Nur am Rande sei erwähnt, daß es 1990 beim Besuch des Papstes Johannes Paul II. in dem mehrheitlich katholischen Rwanda zu einem Eklat kam, als der Informationsminister offen Kritik an der kompromißlosen Haltung der katholischen Kirche in den Fragen von Geburtenkontrolle und AIDS-Verhütung übt.

Wachsende

innenpolitische Differenzen

Die ungelösten ökonomischen Probleme Rwandas sowie der diese noch erheblich verschärfende, im Oktober 1990 offen ausbrechende Krieg mit der von Tutsis dominierten "Front Patriotique Rwandais" (FPR; siehe unten) engen den innen- und außenpolitischen Spielraum von Diktator Habyarimana und der Einheitspartei MRND erheblich ein. Sich verdreifachende Militärausgaben führen dazu, daß Rwanda seinen Staatshaushalt 1991 zu rund 75 Prozent mit ausländischen Krediten finanziert (1990: 60 Prozent). Diese allerdings werden, wie schon in der Vergangenheit, gewährt: von den USA, von Frankreich und sehr kontinuierlich auch von der BRD.

Bedingung ist ab 1990 freilich, daß Habyarimana und die MRND sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch den veränderten Anforderungen des Westens fügen. Bei einem Besuch in Frankreich, dem wichtigsten Kreditgeber Rwandas, im Juni 1990 argumentiert Habyarimana noch, daß Demokratie nicht gleichbedeutend sei mit der Existenz eines nur die Stammeskämpfe fördernden Mehrparteiensystems. Eine Demokratisierung Rwandas, so der rwandische Präsident gegenüber entsprechenden Forderungen des französischen Staatspräsidenten Mitterand, sei nicht nötig, da innerhalb der MRND "innere Demokratie" praktiziert werde. Doch nur einen Monat später kündet Habyarimana überraschend eine erste wichtige Verfassungsänderung an: Staat und Partei sollen getrennt werden.

Im November 1990 verspricht Habyarimana in einer Parlamentsrede dann die baldige Demokratisierung des Landes und die verfassungsmäßige Verankerung eines Mehrparteiensystems. Eine entsprechende Änderung der Verfassung tritt im Juni 1991 in Kraft. Einen Monat später stellen sich mehrere neue Parteien in der Öffentlichkeit vor, unter anderem die "Mouvement Démocrate Républicain" (MDR, hervorgegangen aus der 1973 verbotenen ehemaligen Regierungspartei MDR-PARMEHUTU), die "Parti Social Démocrate" (PSD) und die "Parti Libéral" (PL), die programmatisch allesamt für Demokratisierung, wirtschaftliche Liberalisierung sowie ethnischen Ausgleich eintreten und sich kurz nach ihrer Gründung in einem Bündnis zusammenschließen, das alsbald zum wichtigsten innenpolitischen Gegenspieler des Habyarimana-Regimes wird. Im weiteren Verlauf des Jahres gründen sich noch weitere Parteien, unter anderem eine sozialistische, eine ökologische und eine islamische Partei.

Unterdessen hat sich die innenpolitische Situation zugespitzt. Mit dem Beginn des Krieges gegen die FPR kommt es gehäuft zu Pogromen gegen Angehörige der Tutsi-Minderheit, so im Januar 1991 in Nordwest-Rwanda, als rund 1.300 Menschen örtlichen Milizen zum Opfer fallen, oder im März 1992 als im

Südosten Rwandas mindestens 300 Tutsis erschlagen und fast 10.000 obdachlos werden, weil ihre Häuser zerstört wurden. Zugleich werden immer häufiger oppositionelle Hutus durch Todesschwadronen getötet oder unter der Anschuldigung, Kontakt mit der FPR zu haben, verhaftet, gefoltert und teilweise zum Tode verurteilt. Etliche Personen verschwinden in Militärlagern. Besonders betroffen sind Journalisten, ungeachtet eines neuen Pressegesetzes, das die Presse als grundsätzlich frei erklärt. Bis Anfang 1993 wird die Zahl der auf diese Weise beseitigten Menschen auf rund 2.000 geschätzt. (NZZ, 10.3.93) Parallel dazu verschlechtert sich die Versorgungslage der Bevölkerung, einzelne Teile des Landes werden zu Hungergebieten.

Unter diesen Bedingungen orientiert die Opposition zunächst auf eine "Nationale Konferenz" und organisiert einige Großdemonstrationen. Habyarimana hingegen beruft seinen bisherigen Justizminister in das neugeschaffene Amt des Premierministers. Dieser stellt am Jahresende 1991 eine "Übergangsregierung" vor, in der 15 von 17 Ministerposten durch die bisherige Einheitspartei (diese nennt sich inzwischen MRNDD: das hinzugekommene D steht für Démocratie) besetzt sind. Das Oppositionsbündnis erkennt diese Regierung nicht an und fordert nun eine "Regierung der nationalen Einheit" unter Führung eines der Opposition angehörenden Ministerpräsidenten. Zugleich fordert die Opposition direkte Verhandlungen mit der FPR.

Habyarimana sieht sich offensichtlich nicht mehr in der Lage, eine Regierungsbeteiligung der Opposition zu verhindern, und so kommt es im April 1992 zur Bildung einer Regierung unter Premierminister Nsengiyaremye aus der MDR. Nur noch neun von 19 Ministern gehören der MRNDD an, darunter allerdings die Ressorts für Inneres und Verteidigung.

Der Kampf der FPR

Die "Front Patriotique Rwandais" (FPR) ging im Dezember 1987 aus der "Rwandese Alliance for National Unity" hervor, die ihrerseits 1979 von rwandischen Exil-Tutsis in Kenia, wo Kigeri V. lebte, gegründet wurde. Die FPR rekrutierte sich zunächst aus Tutsi-Flüchtlingen aus Uganda.

Die FPR ist aufs engste mit der ugandischen Regierung unter Yoweri Museveni liiert, der Anfang 1986 mit der Guerillabewegung "National Resistance Army" (NRA) das terroristische Regime von Milton Obote gestürzt hatte. Museveni hatte sich Anfang der 70er Jahre einige Zeit auf seiten der mosambikanischen FRELIMO am Kampf gegen die portugiesische Kolonialarmee beteiligt und war 1978/79 mit von ihm geführten Einheiten maßgeblich am Sturz des ugandischen Diktators Idi Amin beteiligt, um danach freilich von Obote ausgebootet zu werden. Am letztendlich siegreichen Kampf gegen Obote waren rwandische Exil-Tutsis an führender Stelle beteiligt: FPR-Führer Fred Rwigyema, der sich ebenfalls in Mosambik aufgehalten hatte, hatte zuletzt den Rang eines Generalmajors der ugandischen Armee und war von April bis November 1989 stellvertretender Verteidigungsminister in Uganda. (Rwigyema kam im Oktober 1990 zu Beginn der FPR-Offensive ums Leben.) Sein Nachfolger Paul Kagame war zeitweise stellvertretender Leiter des Nachrichtendienstes der ugandischen Armee. Die Soldaten der FPR waren ehemals Mitglieder der ugandischen Armee, aus der sie dann angeblich "desertiert" waren.

Ohne daß Uganda jemals die FPR offiziell unterstützt hätte, kann die FPR von Uganda aus doch völlig ungestört operieren und jederzeit, trotz offizieller Schließung der Grenze, diese ungehindert überschreiten. Am 30. September 1990 startet die FPR von Uganda aus mit mehreren tausend Mann zu ihrer ersten großen Offensive, die ihre Truppen bis in die Nähe der Hauptstadt Kigali trägt. In einem Acht-Punkte Programm begründet die FPR ihren Kampf nicht mit ethnischen Argumenten, sondern mit der "Mißwirtschaft des autoritären Regimes" von Präsident Habyarimana. Sie verspricht "freie und gerechte Wahlen", eine Verbesserung des Sozialsystems und die bedingungslose Repatriierung aller Exil-Rwander. Die FPR verweist zugleich darauf, daß sich ihrer Organisation auch Angehörige der Hutu angeschlossen hätten. Im Dezember 1990 wird Alexis Kanyarengwe, ein Hutu, als Nachfolger von Rwigyema Vorsitzender der FPR, der dieses Amt bis heute innehat. Kanyarengwe war in den 70er Jahre Innenminister in Rwanda gewesen und 1980 nach einem mißglückten Putschversuch gegen Habyarimana nach Tansania geflohen.

Massive Einmischung Frankreichs

Dem ersten großen Angriff der FPR begegnete das Habyarimana-Regime, außer mit einer militärischen Gegenoffensive, mit zweierlei Maßnahmen. Zum einen überzieht eine Verhaftungswelle das Land, in deren Verlauf rund 8.000 Personen, meist Tutsis, aber auch Hutus, als angebliche Kollaborateure der FPR festgenommen werden. Es kommt zu Massenhinrichtungen. "Amnesty International" wirft anläßlich dessen

Habyarimana vor, mit extremer Härte gegen seine innenpolitischen Gegner vorzugehen. Zum anderen werden Belgien und Frankreich offiziell um Militärhilfe gebeten, die auch prompt unter dem Vorwand durchgeführt wird, die in Rwanda lebenden belgischen bzw. französischen Staatsbürger schützen zu müssen. Belgien schickt 600 Soldaten, Frankreich 300 Fallschirmjäger. Zusätzlich entsendet Zaire 1.000 Soldaten.

Noch während die Kämpfe in vollem Gange sind, erläßt Frankreich Rwanda Schulden in Höhe von rund 100 Millionen Dollar. Belgiens Außenminister besucht im März 1991 Kigali und sagt Habyarimana in Anerkennung seiner "mutigen und verantwortungsvollen" Entscheidungen während der militärischen Auseinandersetzungen weitere Unterstützung zu. Diese wird in Form einer Erhöhung der belgischen Militärhilfe von 30 auf 50 Millionen belgische Francs gewährt. Einen Monat später ist der rwandische Diktator dann Gast des französischen Staatschefs Mitterand. Frankreich beläßt 150 Fallschirmjäger in Rwanda und entsendet zusätzlich 40 Militärberater. Später werden die französischen Truppen auf 600 Mann erhöht, darunter "Geheimdienstleute und Instruktoren" (NZZ, 20.5.94). Die französischen Zuwendungen an die rwandische Armee betragen allein 1993 12 Millionen Francs. "Zum Ausgleich" beschuldigt Frankreich Uganda, die FPR mit Waffen zu versorgen.

Rwandas demokratische Opposition verliert den Kampf

Die FPR ist Ende des Jahres 1990 keinesfalls geschlagen. Im Gegenteil: Nach ihrem Rückzug auf kleinere besetzt gehaltene Gebiete im Norden Rwandas hat sich ihr Umfang offenbar auf 10.000 Mann erhöht. Sie ist in den folgenden Jahren zu ständigen militärischen Operationen in der Lage und startet im Februar 1993 eine neuerliche große Offensive mit dem politischen Ziel, Habyarimana zu zwingen, ein zuvor am 9. Januar 1993 geschlossenes Abkommen auch einzuhalten. Während Habyarimana sich nämlich der Unterstützung der westlichen Staaten sicher sein konnte, versuchte die demokratische Opposition ihn und sein Regime, im, wie sich heute rückblickend feststellen läßt, (vergeblichen) Wettlauf mit der Zeit, zu Verhandlungen und zu substantiellen Vereinbarungen mit der FPR zu zwingen. Tatsächlich gelang es, wie eben schon erwähnt, am 9. Januar 1993 in Arusha (Tansania), ein (Friedens-)Abkommen zwischen der Regierung Rwandas und der FPR zu unterzeichnen. Dieses sah nicht nur die Einstellung der Kämpfe vor, sondern enthielt eine detaillierte Vereinbarung über die zukünftige Zusammensetzung von Parlament und Regierung unter Einschluß der bisherigen Regierungsparteien und der FPR.

Die MRNDD lehnte dieses Abkommen unverzüglich ab, unter anderem mit der Begründung, daß sich damit ihre Rolle auf die eines "bloßen Beobachters" reduzieren würde. Staatspräsident Habyarimana unterzeichnete keines der in Arusha ausgehandelten Dokumente, wie er schon ein im Juli 1992 zwischen Regierung und FPR ausgehandeltes Waffenstillstandsabkommen nicht abgezeichnet hatte. Statt dessen "gaben sich Extremisten des präsidialen Umfelds neuen Massakern hin, denen keineswegs nur Angehörige der Tutsi-Minderheit, sondern auch oppositionelle Hutus zum Opfer fielen. Bilanz: rund 300 Tote. Die Folge: die neue Offensive des FPR." (NZZ, 10.3.92)

Die FPR-Offensive hatte zur Folge, daß sich, wie bei den gegenwärtigen Kämpfen, hunderttausende von Hutus auf die Flucht begaben, offenbar in Erwartung von Massakern seitens der FPR. Nördlich von Kigali bauten französische und rwandische Truppen gemeinsam Sperren auf, um die Flüchtlinge vom Marsch in die Hauptstadt abzuhalten. Die FPR verzichtete jedoch darauf, die militärische Entscheidung zu suchen, und zog sich ein weiteres Mal zurück.

Frankreich wurde danach offenbar der Boden unter den Füßen zu heiß. Im UN-Sicherheitsrat setzte es zwar eine eindeutig gegen die FPR gerichtete Resolution (von freilich geringem praktischem Wert) durch: Der Sicherheitsrat beschließt im Juni die Einrichtung einer Beobachtermission an der rwandisch-ugandischen Grenze, die dafür sorgen soll, daß keine Waffen von Uganda nach Rwanda geliefert werden. Gleichzeitig aber kündigt Frankreich an, seine Truppen aus Rwanda zurückzuziehen, was im Dezember 1993 dann auch geschieht.

Zur kommenden Katastrophe trägt im Sommer 1993 sicher auch bei, daß Rwandas Oppositionsparteien nicht nur nicht die Kraft finden, sich gegen Habyarimana und die mächtigen faschistisch-rassistischen Kräfte in seinem Umfeld durchzusetzen, sondern daß sie sich über die Frage des Verhältnisses zu Habyarimana einerseits, zur FPR andererseits faktisch spalten. Angesichts fehlender Informationen kann nur spekuliert werden, welcher der möglichen Gründe den Ausschlag gab, daß der offenbar größere Teil der Opposition auf

die Zusammenarbeit mit Habyarimana setzte: War es eine Kapitulation vor dem schon erwähnten Terror, den das Regime gegen innenpolitische Kritiker in großem Ausmaß praktizierte? Oder gab es das Kalkül, Habyarimana womöglich mit Hilfe von Druck aus dem Ausland von seinen terroristischen Verbündeten zu trennen (daß hier offensichtlich Widersprüche existierten, beweist ja geradezu schlagend das den Beginn des Völkermords markierende Attentat auf Habyarimana)? Oder war es letztlich der Unwille, der FPR größeren politischen Einfluß einzuräumen? Jedenfalls verlor Ministerpräsident Nsengiyaremye den Rückhalt in der Koalition und mußte zurücktreten, als er Staatspräsident Habyarimana im Juli 1993 zum wiederholten Male angriff und ihn beschuldigte, er revidiere die Friedensvereinbarungen und wolle ein Kriegskabinett installieren. Sein Nachfolger Faustin Twagiramungu, ebenfalls aus der MDR, wird unter Verweis auf seine Verhandlungen mit der FPR auf einem außerordentlichen Parteikongreß am 24. Juli 1993 aufgefordert, sein Amt nicht anzutreten. Er lehnte dies ab und wurde daraufhin aus der Partei ausgeschlossen. Später übernimmt Agathe Uwilingiyimana (ebenfalls MDR) diesen Posten, wobei ihr dasselbe wie ihrem Vorgänger widerfährt. Andererseits konnten sich offenbar beide auf ausreichenden Rückhalt im Kabinett stützen, der offenbar auch einige Minister der MRNDD mit einschloß.

Trotz des wachsenden Widerstandes gelingt es den auf eine politische Lösung setzenden Kräften am 4. August 1993, wiederum in Arusha, ein noch verbessertes Abkommen mit der FPR abzuschließen. Danach soll die FPR nicht nur an der Regierung beteiligt und demokratische Wahlen vorbereitet werden. Darüber hinaus wurde die Rückkehr von 500.000 Flüchtlingen vereinbart (praktisch ausschließlich Tutsis) und der FPR die Stationierung von 600 Soldaten in der Hauptstadt Kigali zum Schutz der künftigen FPR-Minister und -Abgeordneten zugestanden! Des weiteren werden vorbereitende Maßnahmen zur Durchführung demokratischer Wahlen und die Reorganisierung der Armee unter Beteiligung der FPR vereinbart. Habyarimana indessen ratifiziert erneut keine der Abmachungen. Trotzdem kommt es zur Stationierung der FPR-Einheit in der Hauptstadt. Ergänzend beschließt die UNO im Oktober die Entsendung eines 2.500 Mann starken Kontingents zur Überwachung des "Friedensprozesses".

Die Vorbereitung

des faschistischen Putsches

Spätestens mit dem Einzug der FPR-Einheit nach Kigali im Dezember dürfte für die hinter und neben Habyarimana stehenden Kräfte das Maß voll gewesen sein. Der ehemalige Diktator ist dabei von manchen dieser Kräfte offenbar zunehmend als Sicherheitsrisiko betrachtet worden, da er den Fortschritten bei der Demokratisierung und den Verhandlungen mit der FPR eher passiven als aktiven Widerstand entgegensetzte.

Das politische Zentrum der faschistischen Hutu-Kräfte stellte die MRNDD-Abspaltung "Coalition pour la Défense de la République" (CDR) dar. Sie verbreitete über den von der MRNDD kontrollierten Radiosender "Les Milles Collines" über Monate hinweg Berichte von angeblichen durch Tutsis an Hutus verübten Verbrechen und rief zugleich die Hutus in Burundi zum Aufstand gegen das Tutsi-Militär auf. Militärisches Zentrum des Putsches war die Präsidentengarde. Aus ihren Reihen wurden vermutlich die Raketen abgefeuert, die am 6. April das Flugzeug vom Himmel holten, in dem Präsident Habyarimana mit dem burundischen Präsidenten Ntaryamira saß, als beide von Verhandlungen in Tansania zurückkehrten, bei denen es ein erneutes Mal um die Beteiligung der FPR am politischen Leben Rwandas gegangen war. Die Präsidentengarde war es auch, die im unmittelbaren Anschluß an den Flugzeugabschuß mit Hilfe von vorbereiteten Listen (deren Existenz im übrigen seit Monaten bekannt war) daran ging, die auf Verständigung mit der FPR setzenden Hutu-Politiker und -Politikerinnen zu liquidieren. Eines ihrer ersten Opfer waren dabei Ministerpräsidentin Uwilingiyimana sowie drei ihrer Minister.

Von der Präsidentengarde bzw. vom Verteidigungsministerium aufgebaut, trainiert und bewaffnet wurden in den letzten Monaten zudem paramilitärische Milizen. Hier handelt es sich um die Jugendmiliz der MRNDD sowie um die Miliz der CDR. Mit ihnen gelang es offensichtlich, die Massaker systematisch und flächendeckend durchzuführen. Auch hier wurden offenbar lokal vorbereitete Listen benutzt (entsprechende Augenzeugenberichte: Newsweek, 23.5.94; Süddeutsche Zeitung, 27.5.94) oder einfach auf Basis der Kenntnisse örtlicher Parteimitglieder vorgegangen.

Schließlich dürfte die rwandische Armee (FAR) an etlichen Massakern beteiligt gewesen sein bzw. diese eigenständig durchgeführt haben. Mit französischer Militärhilfe in den letzten Jahren von 5.000 auf eine Stärke

von 30.000 bis 40.000 Mann angewachsen, hat sie natürlich ein existentielles Interesse an der Verhinderung einer Beteiligung der FPR an der Macht und damit auch an der Armee.

Killing Fields

Das systematische Vorgehen der faschistischen Hutu-Kräfte rechtfertigt es, von Völkermord zu sprechen. Bei 300.000, 400.000, vielleicht 500.000 oder noch mehr Niedergemetzelten, hauptsächlich Tutsis, sind je nachdem ein Drittel bis über die Hälfte der Tutsi-Bevölkerung Rwandas ermordet worden. Einmalig sind derartige unvorstellbare Verbrechen, gerade auch in der neueren Geschichte, allerdings nicht - auch nicht im Hinblick auf die Tatsache, daß jetzt in Rwanda eine so große Zahl von Menschen innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums abgeschlachtet wurde. Relativ selten in der Geschichte dürfte es allerdings sein, daß zwei miteinander lebende Völker auf eine solch gewalttätige Weise ineinander verschränkt sind, daß sie sich einander wiederholt mit Pogromen und Massenmorden überziehen, wie das bei Hutus und Tutsis in Rwanda und Burundi der Fall ist.

Die Weichenstellungen und Entscheidungen, die zu solchen Katastrophen wie jetzt in Rwanda führen, lassen sich analysieren, ihre politischen und gegebenenfalls ökonomischen Ursachen und Voraussetzungen können mithin erklärt werden. Insofern ist auch aus solchen Ereignissen zu lernen, und Erklärung sollte an die Stelle von Nicht-Verstehen, Defätismus und ähnlichem treten. Was sich jedoch vielleicht noch erklären, aber im Grunde nicht mehr begreifen läßt ist, wie der Massenmord auch massenhaft "funktioniert". In Gefangenenlagern der FPR sind Berichte von Mördern notiert worden: "Juliana Mukankwaya ist Mutter von sechs Kindern - und die Mörderin von zweien. Sie hat den Sohn und die Tochter von Menschen umgebracht, die sie seit ihrer Kindheit kannte. Letzte Woche, so berichtet die Rwanderin, habe sie mit anderen Dorfbewohnern die Kinder von Leuten zusammengetrieben, die als Feinde galten. Mit großen Knüppel hätten sie dann die Jungen und Mädchen totgeschlagen. ‚Sie weinten nicht, weil sie uns kannten. Sie machten nur große Augen.`... Tatsächlich sei den Kindern wohlgetan worden, sagt die 35jährige Frau weiter. Denn ihre Väter seien mit Macheten abgeschlachtet, ihre Mütter seien fortgebracht, vergewaltigt und anschließend getötet worden."

"Der 74jährige Joseph Rukwavu sagte, er sei zu alt, um jemanden zu töten. Aber er habe die Ermordung aller Menschen organisiert, deren Eltern oder Großeltern Tutsis gewesen seien. Die Armee habe das Blutvergießen überwacht. ‚200 wurden in meinem Gebiet getötet, sogar meine Frau, weil sie sich Interahamwe (MRNDD-Miliz, Anm. ak) nicht anschließen wollte.` " (SZ, 17.5.94)

FPR auf dem Vormarsch - UNO-Einmischung unerwünscht

Die gut ausgebildeten Truppen der FPR dringen offenbar Zug um Zug nach Süden vor, haben die Hauptstadt Kigali weitgehend erobert und inzwischen die Putschistenregierung gezwungen, nach Kigali nun auch die 40 Kilometer südlich gelegene Stadt Gitarama zu räumen. Die FPR hat es abgelehnt, diese Regierung, der auch einige Mitglieder von MDR und PL angehören, anzuerkennen und mit ihr über die politische Zukunft des Landes zu verhandeln. Die Armee wird von ihr aufgefordert, sich über den Rundfunksender "Les Milles Collines" von der Regierung loszusagen und sodann diesen Sender zu schließen. (Über diesen Sender sollen auch Ende Mai noch verschlüsselte Aufrufe an Hutu-Milizen ergangen sein, die Massaker fortzusetzen, SZ, 27.5.94)

Die FPR lehnt eine Einmischung der UNO, außer zu rein humanitären Zwecken, strikt ab. Französische UN-Soldaten seien darüber hinaus in keiner Weise erwünscht. (SZ, 19.5.94) "Wenn UNO-Soldaten uns daran hindern sollten, das Diktatorenregime in Ruanda zu besiegen, dann werden wir auf sie schießen", so FPR-Generalsekretär Rudasingwa. (Spiegel 22/94) Und der militärische Oberbefehlshaber der FPR, Kagame: "Der Völkermord ist geschehen. Die Menschen sind tot. Eine Intervention ausländischer Truppen zu diesem Zeitpunkt würde nur den Kriminellen helfen." (Frankfurter Rundschau, 9.5.94) Diese Gefahr ist allerdings sehr gering. UNO-Generalsekretär Butros Ghali ist nach seinem eigenen Eingeständnis kläglich bei dem Versuch gescheitert, ein internationales Kontingent für Rwanda zusammenzutrommeln. Doch davon abgesehen zeigt der Fall Rwanda, wie wenig die jetzt von kirchlichen Gruppen oder auch "amnesty international" schematisch erhobene Forderung nach einem Eingreifen der UNO der konkreten Situation dort gerecht wird.

Obwohl keine Übergriffe der FPR-Truppen gegen die Zivilbevölkerung bekannt geworden sind und sie offenbar sogar dazu übergegangen sind, verhaftete Miliz-Mörder nicht sofort zu erschießen, sondern für sie

Gerichtsverfahren vorzubereiten, schiebt der Vormarsch der FPR hunderttausende von Hutu-Flüchtlingen vor sich her, die offenbar befürchten, nun ihrerseits Opfer von Massakern zu werden. Das läßt die Schwierigkeiten ahnen, mit denen die FPR konfrontiert sein wird, wenn sie die Regierungsgewalt in Rwanda übernehmen wird. Selbst als Organisation, in der auch Hutus organisiert sind, wird sie doch in Zukunft im wesentlichen nur die Minderheit der Tutsis repräsentieren, deren Zahl sich überdies durch den Völkermord nun noch erheblich verringert hat. (Andererseits möchte die FPR rund 500.000 rwandische (Tutsi-)Flüchtlingen, die derzeit in Tansania, Kenia und Uganda leben, die Rückkehr in ihre frühere Heimat ermöglichen.) Die FPR, von der Programmatisches bisher kaum bekannt ist (außer daß sie sich vom früheren Tutsi-Königtum distanziert hat und dieses als feudalistisch ablehnt), propagiert deshalb ein Bündnis aller Parteien, die nicht am Völkermord beteiligt waren. Die nähere Zukunft wird zeigen, ob sich unter den Hutus nach dem jahrelangen Terror unter dem Habyarimana-Regime und den gezielten Exekutionen nach dem Putsch derzeit noch genug Kräfte finden, die in der Lage sind, funktionierende demokratische Strukturen aufzubauen.

J./Westberlin, 31.5.94

21. ANC nimmt massive Wahlfälschung hin. Inkatha weiter im politischen Geschäft

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:21

Als kaum noch jemand es für möglich hielt, sprang die reaktionäre Inkatha-Partei (IFP) doch noch auf den Zug: Neun Tage vor Abhaltung der ersten demokratischen Wahlen in der Geschichte Südafrikas, die vom 26. bis 29. April stattfanden, kündigte die in der Region von Natal beheimatete Organisation doch noch ihre Teilnahme an. Das Ergebnis: Eine militärische Konfrontation konnte vermieden werden, blutige Auseinandersetzungen bleiben dem neuen Südafrika vorerst erspart. Der Preis: Das Wahlergebnis wurde verfälscht, Inkatha ist weiterhin ein Machtfaktor. Der ANC sieht das angesichts der komplizierten Situation in Südafrika nicht nur negativ.

Haarscharf am Chaos vorbei bewegten sich die Wahlen in Südafrika, die auf Grund des Durcheinanders von drei auf vier Tage verlängert wurden. Zurückzuführen ist das zum einen auf offensichtliche Sabotage: In einige schwarze Townships waren keine Stimmzettel geliefert worden, so daß die Menschen hier oft erst am vierten Tag wählen konnten. Dann war am zentralen Computer manipuliert worden: Der rechnete die eingegebenen Ergebnisse auf seine Weise zusammen und begünstigte damit drei kleinere Parteien um jeweils mehrere Prozent. (Um welche Parteien es sich dabei handelte, wurde nicht mitgeteilt.) Zum anderen mußten, nach Inkathas Wahlbeteiligungs-Beschluß, die Stimmzettel mit zusätzlichen Aufklebern versehen werden. Dies funktionierte nicht überall, so daß örtliche Wahlvorstände den Wählerinnen und Wählern erlaubten, "Inkatha" handschriftlich einzutragen. Diese Praxis führte zu Einsprüchen der IFP, weil auf diese Weise Analphabeten benachteiligt worden seien.

Dann, urplötzlich, wurde nach einer Woche das "vorläufige amtliche Endergebnis" bekanntgegeben, nachdem es einen Tag zuvor noch geheißen hatte, es seien erst 15 Millionen Stimmen (von rund 20 Millionen) ausgezählt worden. Immerhin hatte sich der ANC, je mehr die Auszählung voranschritt, immer näher an die Marke von 66,7 Prozent (Zweidrittel-Mehrheit) herangearbeitet. Von 64,9 Prozent war zuletzt die Rede gewesen. Als offizielles Ergebnis wurde dann mitgeteilt: 62,6 Prozent für den ANC (was 252 von 400 Sitzen im Parlament bedeutet), 20,4 Prozent (82 Sitze) für die bisher regierende National Party, 10,5 Prozent (43 Sitze) für Inkatha, 2,2 Prozent (9 Sitze) für die rassistische Freedom Front (die ein weißes "Homeland" gefordert hatte), 1,7 Prozent (7 Sitze) für die liberale Democratic Party, 1,2 Prozent (5 Sitze) für die radikale Schwarzen-Partei Pan Africanist Congress. Die restlichen 2 Sitze konnte eine Neugründung namens African Christian Democratic Party über Provinzlisten ergattern.

Das passende Ergebnis

"Wurden die Wahlergebnisse frisiert?" fragt "Newsweek" (16.5.94) und nennt auch gleich die politischen Gründe, die aus Sicht der führenden Akteure für das vorliegende Ergebnis sprechen - "das Resultat ... konnte für die nationale Einheit nicht besser sein". Denn erstens verfehlte der ANC die Zweidrittel-Mehrheit, was ihn aus der Verlegenheit befreit, die im Verhandlungsprozeß des letzten Jahres ausgehandelte Übergangsverfassung einseitig entsprechend radikaleren Vorschlägen seiner früheren Programmatik und den Erwartungen eines Teils seiner Wählerinnen und Wähler ändern zu können. Daß diese Möglichkeit entfällt (auch zusammen mit den 5 Sitzen des PAC fehlt es noch an zehn Stimmen bis zur Zweidrittel-Mehrheit im Parlament) wirkt zugleich beruhigend auf die in- und ausländische "Geschäftswelt", deren Zutrauen zu gewinnen sich der ANC und besonders Nelson Mandela in den letzten Jahren mit Erfolg gewidmet haben.

Zweitens steht laut Übergangsverfassung allen Parteien, die über 20 Prozent der Stimmen erreicht haben, der Posten eines Vizepräsidenten zu. "Mit gerade 77.000 von fast 20 Millionen abgegebenen Stimmen überwand de Klerk die Hürde, ein Resultat, daß die meisten Weißen sehr beruhigt." (Newsweek)

Drittens ist die IFP jetzt mit drei Ministerposten am Kabinettstisch dabei und damit ein Stück weit in die gesamtnationale Verantwortung eingebunden. Vor allem jedoch: In ihrer Heimatregion KwaZulu/Natal hat Inkatha mit etwas über 50 Prozent (die uns vorliegenden exakten Angaben differieren leicht) angeblich die absolute Mehrheit erhalten. Damit verfügt die Partei weiter über eine solide logistische Basis, früher in Gestalt

der Homeland-Verwaltung, jetzt in Form der Provinz-Regierung - einschließlich ihrer konterrevolutionären Polizei. Allerdings ist jetzt auch der ANC Teil der Regierung in Natal.

Darüber hinaus dürfte die offiziell relativ geringe Stimmenzahl des ANC in Natal (32 Prozent) den Effekt gehabt haben, daß dieser die Zweidrittel-Mehrheit im gesamten Südafrika verfehlte.

Wahlfälschungen

vom Gröbsten

Ursprünglich hatte der ANC, noch während die Wahl lief, bei der unabhängigen Wahlkommission (IEC) Einspruch erhoben und gegen Inkatha den Vorwurf des massiven Wahlbetrugs erhoben. Zwei Wochen später wurde dieser Einspruch dann zurückgezogen, offenbar nachdem intern heftiger Widerstand innerhalb des ANC von Natal überwunden werden mußte. An der Eindeutigkeit der Vorgänge in Natal gibt es allerdings nichts zu deuteln. In einem vertraulichen Bericht der IEC (vgl. Weekly Mail and Guardian, 6.5.1994) wird folgendes festgehalten:

- In verschiedenen Gebieten tauchten Wahlurnen auf, die jeweils exakt 2.000 Stimmen für Inkatha enthielten, aber nur einige hundert für den ANC.

- Örtliche KwaZulu Beamte stellten 13- und 14jährigen Wählerkarten aus.

- Von etlichen Wahlstationen wurden IEC-Mitarbeiter sowie ANC-Beobachter unter Androhung von Gewalt vertrieben.

- Komplette Wahlstationen wurden in Inkatha-kontrollierte Gebiete verlegt.

- "Wilde" Wahlstationen, zum Teil in Sammeltaxis installiert, sollen bis zu 500.000 Stimmen eingesammelt haben.

Angesichts dieser Zustände nimmt es nicht wunder, daß in sämtlichen fünf Zählstationen Nord-Natals (Ergebnis für Inkatha: 90 Prozent) verdächtige Wahlurnen auftauchten. 21 Wahlurnen beispielsweise enthielten die Stimmzettel in ordentlich abgepackten Stapeln.

Nach Aussagen eines von "Weekly Mail and Guardian" zitierten ANC-Funktionärs sah der ANC vor diesem Hintergrund drei Möglichkeiten: "Wir konnten Inkatha die ganze Sache übergeben, wir konnten die IEC auffordern, die Wahl für ungültig zu erklären, oder wir konnten versuchen, ein Arrangement zu treffen, bei dem Inkatha und der ANC jeweils ein Ergebnis in den 40er Prozent bekommen, bei leichtem Vorsprung für Inkatha."

An und für sich ist Inkatha für die vom ANC praktizierte Linie der nationalen Versöhnung nicht ein konstitutiver Faktor. Der große Kompromiß spielt sich zwischen der bisher in Staat und Wirtschaft herrschenden (weißen) Klasse und der schwarzen Bevölkerungsmehrheit um die Beteiligung an der politischen Macht ab. Inkatha ist jedoch ein mächtiger Störfaktor geblieben, der das Arrangement zwischen ANC und National Party zwar nicht mehr aufzubrechen vermag, der jedoch das Umfeld, in das dieses Bündnis eingebettet ist, erheblich belasten kann: Fortgesetzte blutige Auseinandersetzungen in Natal sowie in der Region Pretoria-Johannesburg würden zwangsläufig das Klima für die dringend erwünschten in- und ausländischen Investitionen belasten. Darüber hinaus würde dies die jetzt wahrscheinlich stark demoralisierten faschistischen Weißen noch einmal zu neuen Terror-Aktionen ermutigen. Hätte es der ANC auf einen Machtkampf in Natal ankommen lassen (dem Inkatha mit ihrem Entschluß zur Wahlteilnahme klugerweise im letzten Moment ausgewichen ist), wären ANC (und Regierung) vermutlich die politischen und militärischen Sieger geblieben. Sie wären dann jedoch wahrscheinlich noch auf Jahre hinaus mit konterrevolutionären Aktionen konfrontiert gewesen.

Daß sich die Situation in Natal schnell wieder zuspitzt, ist angesichts der Machtgelüste von Inkatha-Chef Buthelezi und seiner Clique auch für die Zukunft nicht völlig auszuschließen. Man kann nur hoffen, daß sich der aggressive Regionalismus Inkathas durch Beteiligung an der südafrikanischen Regierung allmählich verringert, zumal ihm eine objektive materielle Grundlage weitgehend fehlt und es innerhalb Inkathas eine größere Anzahl an einer Verständigung interessierter Kräfte gibt.

Die übrigen Ergebnisse

Von den landesweit 2.058.294 Millionen Stimmen, die angeblich für Inkatha abgegeben wurden, stammen 89,6 Prozent aus KwaZulu/Natal (bei einem Anteil dieser Provinz am gesamten Wählerpotential von 20,2 Prozent). Einen nennenswerten Stimmenanteil hat Inkatha bestenfalls noch in PWV (Pretoria/Witwatersrand/Vereeniging) mit 3,4 Prozent Anteil erhalten, dort, wo etliche Inkatha-Anhänger in Wanderarbeiterheimen wohnen. In drei der neun Regionen sind Inkatha-Anhänger praktisch gar nicht zu finden: Northern Cape (weniger als 0,1), Northern Transvaal (0,1) sowie Eastern Cape (0,2).

Der National Party ist es gelungen, die sogenannten Farbigen (Coloureds, Bevölkerungsanteil 8,7 Prozent) mehrheitlich für sich zu gewinnen. Auch einige Schwarze stimmten für die NP, die ihren Wahlkampf gezielt auf diese Bevölkerungsgruppen ausgerichtet hatte. Folglich erreichte die National Party in Western Cape (Farbigen-Anteil: 59,7 Prozent, Weiße: 22,1, Schwarze 17,8) die absolute Mehrheit mit 54,9 Prozent, während der ANC hier nur 29,1 Prozent erreichte. Stark ist die NP auch in der bevölkerungsschwächsten Provinz Northern Cape mit 39 Prozent (Farbigen-Anteil hier 53,9 Prozent, Schwarze 31 Prozent) sowie in Südafrikas industriellem Zentrum PWV mit 24.2 Prozent. In allen anderen Provinzen liegt die NP zwischen 8 und 13 Prozent, mit Ausnahme von Northern Transvaal mit lediglich 3,9 Prozent.

Abgesehen davon, daß es sich bei letztgenannter Provinz um eine absolute ANC-Hochburg handelt (ANC: 90,5), zeigt sich in dieser äußerst armen Provinz, daß die NP auch von Schwarzen gewählt wurde. Denn deren Bevölkerungsanteil beträgt hier 97,1 Prozent, und den weißen Bevölkerungsanteil von 2,7 Prozent könnte theoretisch schon die rechtsextreme Freedom Front mit eben diesem Ergebnis aufgesogen haben, während die NP hier ihrerseits 3,9 Prozent erreichte.

Mit Ausnahme der schon erwähnten Provinzen Natal und Western Cape erreicht der ANC überall die absolute Mehrheit. Northern Transvaal, wie erwähnt: 90,5 Prozent, Eastern Cape: 84,9, Eastern Transvaal 81,7, North West 79, Orange Free State 76,5, PWV 55,8 und Northern Cape 50 Prozent. In allen Provinzen muß sich der ANC mit deutlich weniger Stimmen begnügen als es dem schwarzen Bevölkerungsanteil entspräche (die Stimmen für PAC und Inkatha wiegen die Differenz nicht auf), mit Ausnahme von Western Cape und Northern Cape, wo die dort mehrheitliche Gruppe der Coloureds zum Teil für den ANC stimmte.

Die Ergebnisse für den PAC liegen zwischen 2,7 Prozent in North West und 0,6 Prozent in Natal. Die Freedom Front erreicht ihren höchsten Anteil ebenfalls in North West mit 7 Prozent. Insgesamt konnte die Freedom Front nur ca. 17 Prozent der von Weißen abgegebenen Stimmen für sich verbuchen.

Kommunisten in der Regierung - kein Grund zur Aufregung

Gemäß der Übergangsverfassung ist bis zu den nächsten Wahlen in fünf Jahren eine Regierung zu bilden, an der alle Parteien mit einem Ergebnis von über 5 Prozent entsprechend ihrem Stimmenanteil beteiligt sind. Im ersten Überschwang wollte Mandela gleich auch noch die Freedom Front in die Regierung einbinden - Mandela bot deren Vorsitzenden Viljoen den Posten des Landwirtschaftsministers an -, doch die Freedom Front lehnte dankend ab. Das 30-köpfige Kabinett besteht mithin nun aus 20 ANC-Mitgliedern, sieben NP- und drei Inkatha-Mitgliedern. Bis zu der vom ANC angestrebten "nicht-sexistischen Gesellschaft" ist es auch im neuen Kabinett noch ein langer Weg: Hier finden sich nur zwei Frauen, und zwar in den Ressorts Gesundheit sowie staatliche Unternehmen (beide ANC). Die NP hält weiterhin das wichtige Finanzministerium in den Händen (Minister ist wie bisher Derek Keys). Inkatha stellt die Minister für Kunst, Kultur und Wissenschaft (stellvertretende Ministerin wurde hier Winnie Mandela) sowie Gefängniswesen und besetzt mit Buthelezi nichts Geringeres als das Innenministerium. Damit untersteht ihm der gesamte, bisher weiße Verwaltungsapparat des Landes.

Für Polizei und Innere Sicherheit ist hingegen Sydney Mufamadi zuständig, wobei das Polizeiwesen grundsätzlich zunächst einmal Sache der einzelnen Provinzen ist. Aber beispielsweise wird die regionale Polizeiführung durch die Regierung in Pretoria bestimmt. Mufamadi ist Mitglied der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP), ebenso wie vier weitere ANC-Minister: Alfred Nzo (Äußeres), Joe Slovo (Wohnungsbau), Jeff Radebe (Öffentliche Arbeiten), Steve Tshwete (Sport und Erholung).

Die SACP-Minister werden voraussichtlich dafür sorgen, daß gewerkschaftliche und soziale Belange in der Politik der Regierung nicht zu kurz kommen - zusammen mit dem früheren COSATU-Generalsekretär Jay Naidoo, der mit dem wichtigen Posten des Ministers ohne Geschäftsbereich betraut wurde. Bei dem starken Einfluß, den die Gewerkschaften dank ihrer Kampfstärke bisher auf die Politik des ANC hatten (mit dem sie,

zusammen mit der SACP, in einer Dreier-Allianz verbunden waren), bestehen zumindest politisch gute Voraussetzungen für die Durchsetzung des auf die innere wirtschaftliche Entwicklung ausgerichteten "Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramms" des ANC. (vgl. ak 366) Daß die SACP-Minister darüber hinaus ein eigenes kommunistisches Profil entfalten, ist für die nähere und fernere Zukunft nicht zu erwarten. Abgesehen von den objektiven Schwierigkeiten, in Südafrika derzeit eine antikapitalistische Politik durchzuführen, ist die SACP noch viel zu sehr der auf ein breites antirassistisches und antifaschistisches Bündnis angelegten Kompromiß-Politik des ANC verbunden, dessen wesentliche Elemente sie selbst entwickelt hat. Das gilt zuallererst für Joe Slovo, dem langjährigen Generalsekretär der Partei und zeitweisen Leiter der ANC-Befreiungsarmee "Speer der Nation". In der SACP steht die schwierige Suche nach einer neuen Strategie, die über den bisherigen Kampf für ein demokratisches Südafrika hinaus weist, noch ganz am Anfang.

J./Westberlin

22. Von Rechtsaußen in den Mainstream. Politische Hetze gegen EinwanderInnen in den USA

Einwanderungsland USA; Teil 2

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:12

Schätzungsweise drei bis fünf Millionen nicht-legalisierte EinwanderInnen leben derzeit in den USA. Unter welchen ökonomischen und rechtlichen Bedingungen organisieren sie ihr Überleben? Wie versucht der Staat, diese Bevölkerungsgruppe zu erfassen und zu kontrollieren? Das wichtigste Einwanderungsgesetz in den USA in den vergangenen 25 Jahren war der "Immigration Reform and Control Act" von 1986, der einerseits etwa drei Millionen "illegale" ImmigrantInnen legalisierte, andererseits aber die verbliebenen Nicht-Legalisierten verschärft kriminalisiert. Dabei hat sich längst gezeigt, daß der Umfang der Zuwanderung sich über Gesetze kaum steuern läßt: Die Immigration in die USA geht unvermindert weiter.

Im ersten Teil dieses Artikels (ak 366) wurde die Entwicklung von Einwanderungsgesetzgebung und Asylrecht in den USA beschrieben. Darüberhinaus wurde der Zusammenhang zwischen Migration und ökonomischer Umstrukturierung in den USA untersucht. In einem dritten Teil wird es um die widersprüchliche gesellschaftliche "Integration" von ImmigrantInnen-Communities gehen, vor allem um Selbstorganisation und gewerkschaftliche Kämpfe.

Zur Zeit leben etwa drei bis fünf Millionen nicht-legalisierte (1) ImmigrantInnen in den USA, wobei die Schätzungen naheliegenderweise nur ungenau sind (fünf Millionen würden knapp zwei Prozent der US-Gesamtbevölkerung entsprechen). Pro Jahr kommen vermutlich etwa 200.000 hinzu (ohne Pendel-MigrantInnen). Die Mehrzahl der Nicht-Legalisierten stammt aus Mexiko, allerdings hat - spätestens seit dem Legalisierungsprogramm von 1986, von dem vor allem MexikanerInnen profitierten, der Anteil anderer Nationalitäten stark zugenommen. Viele "Illegale" halten sich allerdings nur vorübergehend in den USA auf: manche pendeln dabei täglich über die US-mexikanische Grenze, andere arbeiten nur für Monate z.B. in der US-Landwirtschaft. Andererseits gibt es gerade in Ballungszentren wie New York City, Los Angeles oder Miami eine wachsende Zahl von dauerhaft "illegal" in den USA lebenden Menschen.

Die meisten nicht-legalisierten ImmigrantInnen kommen entweder über die 3.000 km lange Landgrenze zwischen den USA und Mexiko ins Land oder dadurch, daß sie befristete Visa für TouristInnen, StudentInnen o.ä. überziehen. Beispielsweise beantragt jemand ein dreimonatiges Visum, um Verwandte in den USA zu besuchen, und taucht dann nach Ablauf dieser Frist unter. Allein die Zahl der "Visa-Overstayers" wird auf fast 200.000 jährlich geschätzt, wobei sich vermutlich nicht alle dauerhaft in den USA niederlassen. Dieser Weg der illegalen Einreise spielt vor allem für asiatische und karibische EinwanderInnen eine wichtige Rolle, aber auch für manche EuropäerInnen: So dürften z.B. die meisten der schätzungsweise 150.000 nicht-legalisierten ImmigrantInnen aus Irland auf diesem Wege eingereist sein.

Selbstverständlich gelangen nicht alle nicht-legalisierten ImmigrantInnen auf solch relativ unspektakuläre Weise ins Land. Leute, die keinen Anspruch auf Familiennachzug (siehe ak 366) und keinen Zugang zu Touristenvisa haben, sind oft auf "Schlepper" angewiesen. Im März wurde z.B. eine 68köpfige Gruppe von "Illegalen" aus der VR China festgenommen, die eine einjährige Reise per Flugzeug und Frachtschiff über Moskau und die Karibik nach Virginia an der US-Ostküste hinter sich hatte und von Schleppern festgehalten wurde, bis Verwandte in New York "Lösegeld" bezahlen würden. Laut Presseberichten verlangen Schlepper von chinesischen EinwanderInnen Gebühren um die 30.000 Dollar. Für eine "Führung" über die US-mexikanische Grenze müssen Ortsunkundige zur Zeit angeblich etwa 300 Dollar berappen.

Wer eine illegale Einreise geschafft hat, kommt meist zunächst bei Verwandten oder Bekannten unter, die auch bei der Arbeits- und Wohnungssuche behilflich sein können. Hier spielen die "ethnic communities" (ImmigrantInnen-Viertel) in den Großstädten, mit ihren prekären Arbeitsmöglichkeiten (z.B. im Lebensmittelhandel oder in Restaurants), Institutionen und sozialen Netzwerken und Beziehungen eine wichtige Rolle. In vielen Städten blüht der Handel mit gefälschten Sozialversicherungsausweisen und anderen Papieren, die oft schon für 50 Dollar erhältlich sind. Da es in den USA keine Einwohner-Meldepflicht oder Personalausweise gibt, ist dies relativ problemlos.

Viele Neuankömmlinge sind auf Tagelöhner-Jobs angewiesen: In den meisten US-Großstädten gibt es heute bestimmte Straßenecken, an denen sich allmorgendlich Dutzende bis Hunderte von Immigranten (überwiegend Männer) versammeln und darauf warten, daß jemand in einem Pick-Up-Truck vorbeikommt und z.B. eine Handvoll Leute für Malerarbeiten sucht. Viele neue EinwanderInnen arbeiten im Dienstleistungssektor, sowohl im kommerziellen Bereich (z.B. Gebäudereinigung in den Büro-Hochhäusern) als auch im persönlichen Bereich (Kinderhüten, Koch- und Putzhilfen, Gartenarbeiten). Außerdem absorbiert die US-Landwirtschaft mehrere Millionen Saison-Arbeitskräfte, überwiegend ImmigrantInnen. Die meisten (legalen und "illegalen") EinwanderInnen arbeiten nicht im informellen, sondern im formellen Sektor - gerade auch in arbeitsintensiven produktiven Branchen, die besonders heftiger internationaler Konkurrenz ausgesetzt sind (z.B. die Textil- und Elektronik- Industrie, siehe ak 366).

Rechtsgarantien auch für "Illegale"

Ein wesentlicher Unterschied zur Situation in der BRD besteht darin, daß in den USA nicht-legalisierte ImmigrantInnen ein erstaunliches Maß an rechtlichem Schutz genießen - zumindest bisher. So dürfen viele Behörden den Aufenthaltsstatus ihrer "KlientInnen" nicht überprüfen. Beispielsweise vergibt das Finanzamt an Beschäftigte, die über keine reguläre Sozialversicherungsnummer verfügen (was bei vielen Nicht-Legalisierten der Fall ist), eine vorläufige Steuer-Nummer ("Temporary Taxpayer Identification Number") - und ist per Gesetz daran gehindert, diese Information an die Einwanderungsbehörde weiterzuleiten. In vielen Bundesstaaten können nicht-legalisierte ImmigrantInnen sogar offizielle Führerscheinprüfungen ablegen.

Auch "Illegale" sind berechtigt, vor das Arbeitsgericht zu gehen, wenn ihre Arbeiter"geberInnen gesetzliche Bestimmungen (z.B. Mindestlohn, Unfallschutz, Sicherheit) verletzen, und können vor Gericht Aussagen über ihren Aufenthaltsstatus verweigern. Freilich verzichten viele nicht-legalisierte Beschäftigte auf den Rechtsweg, da sie froh sind, überhaupt einen Job zu haben, und Repressialien durch die Firma (z.B. Entlassung) befürchten. Razzien der Einwanderungspolizei sind relativ selten (2).

Alle Kinder unterliegen der Schulpflicht; die Schulbehörden wissen dabei nichts über den Aufenthaltsstatus der Eltern. "Illegale" ImmigrantInnen können für ihre in den USA geborenen Kinder (die dann ja US-BürgerInnen sind) Sozialleistungen beziehen. Bestimmte kostenlose medizinische Leistungen (z.B. Notfallversorgung im Krankenhaus und Schwangerschaftsuntersuchungen) gelten bisher ausdrücklich auch für "Illegale". ÄrztInnen und Kliniken dürfen keine Daten an die Einwanderungsbehörde weitergeben.

Die Verkehrspolizei darf bei Routinekontrollen keine Informationen mit der Einwanderungspolizei austauschen. Viele Stadtverwaltungen (z.B. von Chicago) verweigerten in den 80er Jahren, als die Reagan-Regierung besonders scharf gegen Flüchtlinge aus Zentralamerika vorging, jede Zusammenarbeit mit der Einwanderungsbehörde. Selbst Rudolph Giuliani, der neue konservative Bürgermeister der Einwanderungs-Metropole New York City, ein profilierter "Law and Order"-Mann, ließ eine Anordnung seines Vorgängers in Kraft, die es städtischen Angestellten (einschließlich der Polizei!) verbietet, nicht-legalisierte ImmigrantInnen an die Einwanderungsbehörde zu melden.

Das IRCA-Gesetz von 1986

Nach langjähriger Debatte und Panikmache angesichts einer wachsenden "Flut" von "illegalen" EinwanderInnen verabschiedete der US-Kongreß 1986 das "Simpson-Rodino"-Gesetz oder "Immigration Reform and Control Act" (IRCA) - wobei der Schwerpunkt eindeutig auf dem Wort "Kontrolle" lag. Das Gesetz bestand aus drei Hauptteilen: 1) "Amnesty": ein weitreichendes Legalisierungsprogramm für "illegale" ImmigrantInnen; 2) "Employer Sanctions": Sanktionen gegen UnternehmerInnen, die wissentlich "Illegale" beschäftigen; 3) "Border Control": eine massive Aufrüstung an der US-mexikanischen Grenze. Die IRCA-"Amnestie" galt für zwei Gruppen von bisher "illegalen" EinwanderInnen: Erstens für Menschen, die seit mindestens fünf Jahren (Stichtag 1.1.1982) ohne Aufenthaltspapiere in den USA lebten, also de facto längst dauerhaft eingewandert und seßhaft geworden waren. Diese Gruppe sollte so staatlich erfaßt werden. Den fünfjährigen Aufenthalt konnte mensch mit Telefonrechnungen, Mietquittungen, Lohnstreifen, Schulzeugnissen der Kinder u.ä. Dokumenten nachweisen. Zweitens für SaisonarbeiterInnen, die zwischen Mai 1985 und Mai 1986 mindestens 90 Tage illegal in der US-Landwirtschaft gearbeitet hatten (nachzuweisen mit Lohnstreifen o.ä.). Letzteres war ein Zugeständnis an die mächtige US-Agrarlobby, die um ihren Zugriff auf billige Arbeitskräfte besorgt war.

Eine IRCA-Legalisierung bedeutete zunächst eine befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, die dann nach zwei Jahren in eine unbefristete umgewandelt werden konnte. Nach weiteren fünf Jahren können die "Amnestierten" dann ihre Einbürgerung beantragen, ein Prozeß, der zur Zeit ins Laufen kommt. Insgesamt haben über drei Millionen Menschen (davon zwei Millionen MexikanerInnen) ihre Legalisierung unter IRCA beantragt: 1,8 Mio. "Seßhafte" und 1,3 Mio. SaisonarbeiterInnen. Fast 95% dieser Anträge wurden positiv beschieden. Weitere drei Millionen blieben von der "Amnestie" (so der offizielle Sprachgebrauch) unberührt, sei es aus Mißtrauen gegenüber den Versprechen der Behörden, sei es, weil sie erst nach 1982 eingereist waren (dies gilt z.B. für die meisten zentralamerikanischen ImmigrantInnen), oder weil sie außerstande waren, ihren ununterbrochenen Aufenthalt nachzuweisen. Inzwischen ist jedoch eine "zweite Legalisierungswelle" angelaufen, in der sich die Angehörigen der 1986-1988 "Amnestierten" über Familienzusammenführung legalisieren lassen.

Die Zahl der illegalen Grenzübertritte ging in den ersten drei Jahren nach Inkrafttreten des IRCA deutlich zurück (3) - vermutlich, weil viele SaisonarbeiterInnen, die vorher illegal einreisen mußten, dies nun legal tun können. Seit 1990 hat die nicht-legalisierte Migration über die US-mexikanische Grenze wieder das Niveau von vor 1986 erreicht und übertroffen: Inzwischen sind es die entfernteren Angehörigen und FreundInnen der Legalisierten, die ohne gültige Papiere ein- und ausreisen. So zieht jede Legalisierungsmaßnahme neue Formen von zusätzlicher legaler und "illegaler" Migration nach sich - ein Phänomen, das sich ja auch in der BRD anhand von Werkvertrags- und Saison-Migration aus Osteuropa beobachten läßt.

"Employer Sanctions"

Nachdem nun ein Teil der "illegalen" ImmigrantInnen legalisiert worden war, wurden gegenüber dem Rest um so schärfere Repressionsmaßnahmen eingeleitet. Dies war auch der eigentliche Zweck des IRCA-Gesetzes, das im Vorfeld von ImmigrantInnen-Organisationen heftig bekämpft worden war. Der Schwerpunkt des neuen Gesetzes lag auf der Einführung von Sanktionen gegen UnternehmerInnen, die wissentlich EinwanderInnen ohne Aufenthaltspapiere beschäftigen. Die angedrohten Strafen reichen dabei bis zu 10.000 Dollar pro illegalem Beschäftigungsverhältnis und Haft bei wiederholten Verstößen.

IRCA legte erstmals fest, daß Arbeit"geber"Innen die Arbeitserlaubnis ihrer Beschäftigten überprüfen und auf Anfrage der Einwanderungsbehörde mitteilen müssen. Insofern bedeutete das Gesetz einen Einschnitt für alle Beschäftigten (StaatsbürgerInnen und ImmigrantInnen) in den USA, die bisher nur ihre Rentenversicherungsnummer angeben mußten, jetzt aber auch eine Arbeitserlaubnis bzw. Aufenthaltspapiere vorlegen müssen. De facto sind von dieser Bestimmung allerdings meist nur "ausländisch" aussehende Menschen betroffen. Viele UnternehmerInnen stellen im Zweifelsfall einfach überhaupt keine Latinos/as oder AsiatInnen (auch wenn diese US-BürgerInnen sind) ein - die vorgelegten Papiere könnten ja gefälscht sein. Dies ist eine eindeutig diskriminierende Auswirkung des IRCA-Gesetzes gegen alle ImmigrantInnen und ihre Nachkommen.

"Employer Sanctions" waren u.a. vom Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO gefordert worden, der verhindern wollte, daß "billige" ImmigrantInnen "amerikanischen ArbeiterInnen" ihre Arbeitsplätze streitig machen. Nur wenige progressive Einzelgewerkschaften lehnten diese Argumentation ab. Organisationen wie das linke "National Network for Immigrant and Refugee Rights" oder der gemäßigtere "Mexican American Legal Defense and Education Fund" haben eine Rücknahme der "Employer Sanctions" zu ihrer Priorität gemacht, bisher allerdings ohne Erfolg. Auch die regierungsoffizielle "U.S. Commission on Civil Rights" fordert, die Sanktionen wegen ihrer diskriminierenden Auswirkungen wieder aufzuheben. Vor dem Inkrafttreten des IRCA 1986 galten zwar Grenzübertritt und Aufenthalt in den USA ohne entsprechende Papiere als illegal, aber eine Arbeitsaufnahme ohne Papiere war kein Vergehen (solange die normalen Steuern und Sozialabgaben entrichtet wurden). Die verschärfte Kriminalisierung von nicht-legalisierten ImmigrantInnen durch die Strafandrohung gegen Arbeit"geber"Innen hat - entgegen der öffentlich bekundeten Absichten - nicht zu einer Verringerung von "illegaler" Einwanderung geführt. Wissenschaftliche Untersuchungen haben keine Abwanderung nicht-legalisierter ImmigrantInnen als Folge der "Employer Sanctions" feststellen können.

Es darf bezweifelt werden, ob eine zahlenmäßige Eindämmung von nicht-legalisierter Immigration wirklich das Ziel der staatlichen Politik ist. "Illegale" EinwanderInnen sind billige und flexible Arbeitskräfte. "They work hard and scared", heißt es in den USA: "Die arbeiten hart und voller Angst" - gerade das macht sie aus Sicht des Kapitals auch gegenüber einheimischen Arbeitskräften attraktiv (dennoch gibt es auch in diesem Bereich

vielfältige Kämpfe und sozialen Widerstand). Sozialwissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß infolge des IRCA-Gesetzes die Löhne von (legalen und "illegalen") mexikanischen EinwanderInnen weiter gesunken sind, weil erstens mehrere Millionen frisch Legalisierte in neue Jobs drängten und zweitens die verbliebenen "Illegalen" jetzt zu noch schlechteren Bedingungen arbeiten mußten. Auf das Lohnniveau von einheimischen US-Beschäftigten hatte IRCA dagegen keinen negativen Einfluß: "Neue" ImmigrantInnen konkurrieren eben in erster Linie mit "alten" ImmigrantInnen und weniger mit Einheimischen.

Nicht-legalisierte EinwanderInnen sind zu einem unverzichtbaren Bestandteil des US-Arbeitsmarktes geworden, vor allem in Branchen, die auf besonders hohe Flexibilität angewiesen sind. Viele ImmigrantInnen sind eher als Einheimische bereit (bzw. gezwungen), flexible Arbeitszeiten und geringe Arbeitsplatzsicherheit zu akzeptieren. So schreibt die linke Wochenzeitschrift "The Nation" (25.10.93): MigrantInnenarbeit "ist nicht nur eine bequeme Quelle von Superprofiten, sondern ist zu einem zentralen und relativ beständigen Element der Reorganisation und 'Modernisierung' der US-Ökonomie geworden. Zusammen mit der Schwächung der Gewerkschaften und der Verlagerung der Produktion in Niedriglohngebiete innerhalb und außerhalb des Landes entwickelt sich die Verwendung nicht-legalisierter ArbeiterInnen zu einem Grundpfeiler einer umstrukturierten wirtschaftlichen Ordnung".

Militarisierung der Südwest-Grenze

Der dritte Schwerpunkt des IRCA-Gesetzes von 1986 bestand in einer massiven Aufrüstung und Militarisierung der US-mexikanischen Grenze. Ökonomisch und gesellschaftlich ist die Grenzregion längst transnationalisiert: Mit dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA fallen schrittweise die Zollschranken zwischen Mexiko und den USA. Zehntausende mexikanische PendelmigrantInnen überqueren stunden- oder tageweise die Grenze, um auf US-Seite Gelegenheitsarbeiten wie Rasenmähen oder Tapezieren zu verrichten oder um Waren zu verkaufen. Auf mexikanischer Seite befinden sich über 2.000 "Maquiladora"-Fabriken (Tochterunternehmen von US-Firmen) mit insgesamt ca. einer halben Million Beschäftigten; die Firmenleitungen sitzen in Büros am Nordufer des Rio Grande (4). Auch politisch wird die Grenzregion transnationalisiert: Der oppositionelle mexikanische Präsidentschaftskandidat C. Cardenas betreibt auch in mexikanischen communities in Südkalifornien Wahlkampf, die Regierungspartei PRI hat unlängst in mehreren US-Städten Büros eingerichtet.

Diese Transnationalisierung soll soweit wie möglich unter Kontrolle bleiben. Das IRCA-Gesetz verfügte eine Verdoppelung der "Border Patrol" an der 3.000 km langen Grenze zu Mexiko auf 4.800 PolizistInnen. Diese Zahl wurde seither schrittweise weiter erhöht: Erst kürzlich beantragte Präsident Clinton weitere 386 Mio. Dollar für 1.000 neue Stellen und zusätzliche Hochtechnologie zur Grenzsicherung (u.a. Infrarotkameras). 1989 wurde die "Border Patrol" erstmals mit M-16-Maschinengewehren ausgerüstet und wurden besondere "Counterinsurgency"- und "Riot-Control"-Einheiten aufgestellt. Die Grenzpolizei ist berüchtigt für ihre zügellose Willkür: das "Immigration Law Enforcement Monitoring Project" (Überwachung des Verhaltens der Einwanderungspolizei) der US-amerikanischen Quäker berichtete 1992 von systematischer Brutalität und Gesetzesverstößen (u.a. Durchsuchungen, Festnahmen und Abschiebungen ohne gesetzliche Grundlage) durch die "Border Patrol". Ebenfalls 1992 dokumentierte die US-Menschenrechtsorganisation "Americas Watch" eine lange Liste von "empörenden" Menschenrechtsverletzungen durch die US-Grenzpolizei. 1990 wurden mindestens fünf Zivilisten von Grenzpolizisten erschossen (neuere Zahlen liegen mir nicht vor).

Im Rahmen des US-amerikanischen "Krieges gegen Drogen" kommt es zu einer zunehmenden Zusammenarbeit zwischen "Border Patrol", Drogenpolizei, FBI, Nationalgarde und regulärem Militär in der Grenzregion. Die auch in den USA formal bestehende Trennung von militärischen und polizeilichen Aufgaben wird so Schritt für Schritt ausgehöhlt: Die Grenzpolizei wird militarisiert, das Militär übernimmt polizeiliche Aufgaben. So kontrolliert z.B. die Nationalgarde inzwischen routinemäßig Privat-PKWs im Grenzgebiet (auch im Hinterland).

Spezialeinheiten der US Marines bauten 1990 zwischen der mexikanische Großstadt Tijuana und dem kalifornischen San Diego an der Pazifikküste eine 22 km lange Mauer aus drei Meter hohen Metallplatten, die früher als Behelfslandebahnen für Flugzeuge im Vietnamkrieg gedient hatten. Diese Mauer kann allerdings keine arbeitsfähigen PendlerInnen und ImmigrantInnen aufhalten, die weiterhin zu Hunderten die Metallplanken überklettern: "It's not a people fence", kein Menschenzaun, erklärte der Chef der "Border Patrol" in San Diego der Washington Post (18.2.92). Allerdings sei es nun für Frauen und Kinder schwieriger, die

Grenze zu überqueren - auch eine Form der Auslese. Bisher ist nicht geplant, diese Mauer zu verlängern, aber auch die restlichen 3.000 km Grenze werden auf US-Seite systematisch befestigt und aufgerüstet: mehr Personal, mehr Waffen, Flutlichtanlagen, Infrarotkameras, Zäune, Gräben, etc. (Von mexikanischer Seite aus wird die Grenze nicht besonders bewacht oder befestigt).

Unter Präsident Clinton wird Immigration zunehmend als Problem der "Nationalen Sicherheit" definiert. Als 1993 mehrere Schiffe aufgebracht wurden oder an der US-Küste strandeten, mit denen einige Hundert chinesische EinwanderInnen ins Land geschmuggelt werden sollten, beauftragte Clinton nicht etwa die zivile Einwanderungsbehörde INS damit, auf dieses Problem zu reagieren, sondern den National Security Council. Die Militarisierung der Einwanderungspolitik wird wohl kaum eine Verringerung der (legalen und "illegalen") Immigration erreichen. Das ist vermutlich auch nicht beabsichtigt. Die Aufrüstung der Grenze soll nicht dazu dienen, das Land hermetisch abzuriegeln und Menschen (genauer: Arbeitskräfte) außen vor zu halten. Zweck ist vielmehr, durch Entrechtung und Ausgrenzung im Innern ein billiges und flexibles Arbeitskräftereservoir zu schaffen und zu erhalten.

Michael Hahn

Anmerkungen:

1) Ich bevorzuge den Begriff "nicht-legalisiert" statt des üblichen "illegal", das allzuoft als Kampfbegriff verwendet wird, um ImmigrantInnen den Ruch des Kriminellen anzuhängen. Dies entspricht auch eher dem Selbstverständnis vieler "illegaler" EinwanderInnen in den USA, die sich selbst als "undocumented" bezeichnen, also als Menschen ohne (Aufenthalts-)Dokumente.

2) Genaue Zahlen liegen mir nicht vor, aber nach mehrjährigen Erfahrungen mit mexikanischen LandarbeiterInnen in Ohio/Michigan und mit salvadorenischen ImmigrantInnen in Washington, DC habe ich den Eindruck, daß kaum jemand befürchtet, eines Tages bei einer Razzia von "La Migra" festgenommen und abgeschoben zu werden. Trotzdem sind Nicht-Legalisierte einfach dadurch benachteiligt und skrupellosen Arbeit"geber"Innen eher ausgeliefert, weil sie nur mit großen Schwierigkeiten überhaupt Arbeit finden und ohne einen Job keinerlei Rückhalt durch Sozialleistungen haben.

3) Streng genommen gibt es nur Informationen über die Zahl der Festnahmen an der Grenze. Davon wird die Zahl der geglückten illegalen Grenzübertritte hochgerechnet ("Dunkelziffer"). Das ist zwar ein fragwürdiges Verfahren, aber es gibt kein besseres.

4) Im Rahmen einer regionalen Freihandelszone entlang der Grenze können US-Firmen seit 1965 arbeitsintensive Fertigungsschritte nach Mexiko auslagern und die Produkte zollfrei in die USA zurückimportieren. Auf diese Weise können die US-Firmen die in den USA üblichen arbeits- und umweltrechtlichen Vorschriften umgehen. Zwei Drittel der Maquiladora-Beschäftigten sind mexikanische Frauen im Alter zwischen 17 und 24 Jahren. Die Wochen(!)löhne in diesen Fabriken bewegen sich zwischen 50 und 80 Mark, etwa ein Zehntel des US-Niveaus. Der Rio Grande und andere Gewässer an der Grenze gelten als die am stärksten vergifteten Gebiete in den USA. Mit dem Freihandelsabkommen NAFTA werden die Maquiladora-Regelungen auf ganz Mexiko ausgedehnt.

Von Rechtsaußen in den Mainstream

Politische Hetze gegen EinwanderInnen in den USA

Noch bei den US-Präsidentschaftswahlen vor zwei Jahren, als in der BRD die Asylhetzdebatte bereits in voller Blüte stand, war Immigration in den USA kein parteipolitisches Thema. Nur der rechtsradikale Republikaner Pat Buchanan, der bei den Präsidentschaftsvorwahlen gegen den damaligen Amtsinhaber George Bush antrat, agitierte gegen die Einwanderung aus "Dritte-Welt"-Ländern, die das "kulturelle Fundament Amerikas" gefährde. Buchanan forderte, entlang der gesamten 3.000 km langen US-Grenze zu Mexiko einen Graben auszuheben. Im Hauptwahlkampf zwischen Bush und Clinton spielten die Themen Immigration und Asylrecht dagegen keine Rolle. (1) Inzwischen ist Buchanans Rechtsaußen-Diskurs im politischen Mainstream der USA angelangt. In Umfragen bezeichnet die Mehrheit der Befragten die Einwanderung inzwischen nicht länger als "Bereicherung", sondern als "Belastung" für die USA. (2)

Vorreiter Kalifornien

Wie auch bei vielen anderen rechten Mobilisierungen (z.B. der rechtspopulistischen "Steuerrevolte" in den 70er und 80er Jahren) spielt Kalifornien den Vorreiter in dieser Entwicklung. Dort ist die angebliche "Überflutung" durch ImmigrantInnen zu einem beherrschenden politischen Thema geworden. Das kalifornische Parlament verabschiedete mehrere Gesetze zur Einschränkung der Rechte von nicht-legalisierten ImmigrantInnen (u.a. keine Führerscheine mehr für "Illegale"). Pete Wilson, der Gouverneur des Bundesstaats (eigentlich ein gemäßigter Republikaner), sorgte 1993 für landesweite Schlagzeilen, als er eine Verfassungsänderung forderte, um das bisherige "iussoli"-Staatsangehörigkeitsprinzip aufzuheben. Die in den USA geborenen Kinder von nicht-legalisierten ImmigrantInnen sollten nicht länger die US-Staatsangehörigkeit (und die damit verbundenen Sozialleistungen) erhalten. Wilsons Vorschlag wurde inzwischen von PolitikerInnen beider großen Parteien im US-Kongreß eingebracht, bisher allerdings noch ohne große Aussichten auf Erfolg.

Selbst liberale PolitikerInnen, wie die beiden demokratischen US-Senatorinnen Diane Feinstein und Barbara Boxer aus Kalifornien, profilieren sich inzwischen mit immigrationsfeindlichen Vorschlägen. Feinstein fordert, bei allen Grenzübertritten eine Gebühr von einem Dollar zu erheben; mit dem erwarteten Millionenregen soll dann die "Border Patrol" verstärkt werden. Und ihre linksliberale Kollegin Boxer fordert den regulären Einsatz der Nationalgarde zur Grenzsicherung, um mit dieser Militarisierung der illegalen Immigration Herr zu werden.

In den vergangenen Wochen unterschrieben über 600.000 KalifornierInnen ein Volksbegehren ("Save Our State"), über das nun im kommenden November offiziell abgestimmt werden wird: Nicht-legalisierte ImmigrantInnen sollen nicht länger öffentliche Schulen besuchen dürfen. LehrerInnen, MedizinerInnen und die Polizei sollen entgegen der bisherigen Praxis gezwungen werden, "augenscheinlich illegale ImmigrantInnen" der Einwanderungsbehörde zu melden. Dagegen regt sich Widerstand: Unter dem Motto "Stop Racist Attacks Against Immigrants" demonstrierten am 28. Mai über 10.000 Menschen in Los Angeles.

Das immigrationsfeindliche Klima wurde in den vergangenen Jahren auch von ganz rechtsaußen vorbereitet. Nazi-Skins und andere Rechtsextreme, vor allem aus dem Großraum von San Diego und Los Angeles, haben in der Grenzregion mehrere Morde und Mordversuche an mexikanischen EinwanderInnen verübt. Die berüchtigte "White Aryan Resistance" des US-Faschisten Tom Metzger organisierte 1992 eine Demonstration mit breiter Beteiligung aus der rechtsextreme Szene - Motto: "Amerikanischer Frühling an der mexikanischen Grenze". Eine Bürgerwehr aus San Diego organisierte (mit offizieller Ermunterung) jahrelang eine Aktion "Light up the Border", bei der bis zu mehrere hundert Privat-PKWs regelmäßig nachts an den Grenzstreifen heranfuhren und ihn mit ihren Scheinwerfern beleuchteten, um potentielle ImmigrantInnen abzuschrecken. Diese Aktionen konnten erst durch antirassistische Gegendemonstrationen (bei denen z.B. Leute die RassistInnen in ihren PKWs mit großen Spiegeln zurückblendeten) und durch die Aufdeckung der Kontakte dieser Bürgerwehr in die rechtsextreme Szene beendet werden. Heute ist der fragliche Grenzstreifen allerdings von "offiziellen" Flutlichtscheinwerfern beleuchtet. (3)

Verschärfungen unter Clinton

Während der US-Kongreß noch 1990 die Einwanderungsquoten um 40% angehoben und die Bush-Administration einige Verwaltungsvorschriften zum Asylrecht liberalisiert hatte (siehe ak 366), propagiert Präsident Clinton heute eine konsequente Verschärfung der Immigrations- und Asylpolitik. Clinton hat im Frühjahr ein Gesetzespaket zur Beschleunigung der Asylverfahren und zur schnellen Abschiebung bei "offensichtlich unbegründeten" Asylanträgen vorgelegt. Die Verschärfung des Asylrechts begründete Clinton u.a. mit dem letztjährigen Bombenattentat auf das World Trade Center: Ein zu laxes Asylverfahren erlaube es Kriminellen und Terroristen, sich in die USA einzuschleichen.

Außerdem wurde im März diesen Jahres eine interministerielle Arbeitsgruppe zur "Immigrationsreform" eingesetzt, die Vorschläge ausarbeiten soll für eine Kürzung von Sozialleistungen auch für legale (!) ImmigrantInnen und für die Einführung eines fälschungssicheren Ausweises. Alle Vorschläge, einen solchen Ausweis einzuführen, wurden bisher quer durch das politische Spektrum als unzulässiger Eingriff in die Privatsphäre erfolgreich zurückgewiesen - die Immigrationshetze führt nun möglicherweise zur Einführung eines US-Personalausweises und eines Melderechts durch die Hintertür. Auch Clintons geplante Gesundheitsreform hat es auf Nicht-Legalisierte abgesehen: Die geplante Einführung eines "allgemeinen" Versicherungsschutzes soll ausdrücklich nicht für diese Gruppe von ImmigrantInnen gelten. Die vorgesehenen fälschungssicheren Krankenversicherungsausweise könnten als Ersatz-Personalausweise dienen.

Anmerkungen:

1) Mit einer Ausnahme: Clinton kritisierte Bushs Politik, haitianische Flüchtlinge bereits auf offener See zum Umkehren zu zwingen und ihnen so erst gar keine Gelegenheit zu geben, auf US-Territorium Asylanträge zu stellen. Nach der Wahl übernahm Clinton dann Bushs bisherige Politik.

2) Ausländerfeindliche Auffassungen werden dabei nicht nur von Weißen, sondern auch von vielen Schwarzen und einheimischen oder "etablierten" AsiatInnen und Latinos/as vertreten. Breit berichtet wurde z.B. über gewalttätige Angriffe von Schwarzen auf koreanische ImmigrantInnen in New York City und Los Angeles. Als SchwarzeR rassistisch diskriminiert zu werden, bewahrt sicher nicht "automatisch" davor, selbst rassistische Auffassungen gegenüber AsiatInnen zu entwickeln. Allerdings sollte mensch auch hier die Relationen nicht außer acht lassen: Obwohl US-amerikanische Schwarze zu 73% davon ausgehen, daß sie bei der Arbeitssuche gegenüber neuen ImmigrantInnen benachteiligt sind, sind Schwarze im Vergleich zu Weißen insgesamt deutlich positiver gegenüber ImmigrantInnen und ihren politischen und sozialen Rechten eingestellt (Umfrageergebnisse in der Business Week vom 13.7.92).

3) Infomaterial dazu gibt's bei PART (People Against Racist Terror); P.O.Box 1990; Burbank, CA 91507.

Die "Feminisierung" der Immigrations-"Flut"

Lange Jahre war das Haupt-"Argument" gegen Immigration die Behauptung, daß EinwanderInnen einheimischen Arbeitskräften die "Arbeitsplätze wegnehmen" würden. Auch wenn es in bestimmten Sektoren einen gewissen Verdrängungseffekt gibt (von dem vor allem Angehörige nicht-weißer Minderheiten in den USA betroffen sind), so ist diese Behauptung doch volkswirtschaftlich gesehen unhaltbar. In jüngster Zeit hat daher ein neues "Argument" an Gewicht gewonnen, das praktisch über Nacht durch den kalifornischen Gouverneur Wilson US-weit popularisiert wurde: Wilson behauptete, die finanzielle Belastung durch illegale ImmigrantInnen (u.a. durch Schulbesuch, bestimmte medizinische Leistungen, Kindergeld für die legalen Kinder, etc.) drohten, den kalifornischen Staatshaushalt in den Ruin zu treiben.

Dazu muß man wissen, daß in den USA außer der allgemeinen Rentenversicherung und relativ breit zugänglichen Lebensmittelmarken die einzigen nennenswerten Sozialleistungen ("welfare") an Kinder gekoppelt sind. Sozialhilfe im bundesdeutschen Sinn gibt es nicht. Die Behauptung, nicht-legalisierte ImmigrantInnen belasteten die öffentlichen Haushalte ist allerdings barer Unsinn: Zahlreiche Studien belegen, daß "Illegale" erheblich mehr Steuern zahlen, als sie selbst an staatlichen Leistungen beanspruchen (können). Dennoch: das frühere Schreckbild eines alleinstehenden jungen mexikanischen Mannes, der bereit ist, in den USA für ein Butterbrot zu arbeiten, ist ersetzt worden durch die ideologische Figur einer nicht-erwerbstätigen wohlfahrtsbedürftigen mexikanischen Frau mit überdurchschnittlicher Gebärfreudigkeit.

Der soziale Hintergrund: Im vergangenen Jahrzehnt ist der Anteil von Frauen an der Einwanderung spürbar angestiegen. Statt alleinstehender Männer kommen inzwischen verstärkt ganze Familien (bzw. Frauen und Kinder folgen über Familiennachzug) oder eben auch alleinstehende Frauen. Viele dieser Frauen finden als billige Haushaltshilfen und als Kinderbetreuerinnen Arbeit - und ermöglichen so vielen weißen Mittelschichtsfrauen einen vollen Einstieg ins Erwerbsleben und beruflichen Aufstieg. Grace Change berichtet in einem Aufsatz über "Undocumented Latinas" ("Socialist Review", Nr. 3/1993) von einer Frauenorganisation, die die Forderung nach einer Erhöhung des Mindestlohns für HaushaltsarbeiterInnen nicht unterstützen wollte. Die Hauptamtlichen der Organisation hätten Angst, daß sie sich nicht länger bezahlte Kinderbetreuung würden leisten können. Change schreibt dazu: "Die Interessen von erwerbstätigen middle-class-Frauen und erwerbstätigen working-class-Frauen werden immer gegeneinander stehen, solange erstere auf Rassen- und Klassenprivilegien gegenüber letzteren bestehen, einschließlich der Möglichkeit, sie auszubeuten."

23. Der Poker um Makedonien. Eine neue Balkankrise spitzt sich gefährlich zu

Eine neue Balkankrise spitzt sich gefährlich zu - von Balduin Winter

Autor: Balduin Winter · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:05

Mitte Februar 1994 eskalierte die griechische Regierung den Konflikt mit der ex-jugoslawischen Republik Makedonien (FJRM) durch die Verhängung eines Handelsembargos. Der gesamte Warenverkehr von und nach der FJRM über griechische Grenzen ist blockiert, einschließlich des Handels von Drittstaaten. Da durch das UN-Embargo gegen Rest-Jugoslawien bereits die zweite wichtige Grenze der FJRM dicht gemacht ist, bedeutet die griechische Maßnahme, daß der jüngste Staat Europas de facto in den Bankrott getrieben wird. Wohl haben Albanien und Bulgarien ihre Hilfe angeboten. Die bestehenden Verkehrswege sind jedoch wesentlich länger bzw. für Großtransporte oder Öllieferungen nahezu ungeeignet. An einer neuen Autobahn vom albanischen Hafen Durrës über Skopje und Sofia nach Istanbul wird zwar gebaut, eine West-Ost-Transversale durch teilweise schwer zugängliches Bergland. Die Lebensader des Landes aber ist nach wie vor die Nord-Süd-Achse durch die Morava-Vardar-Senke mit dem Umschlaghafen Thessaloniki in Nordgriechenland.

Das Embargo der Papandreou-Regierung liegt knapp unterhalb einer Kriegserklärung. Entsprechend scharf begründet sie ihren Beschluß. In einem Memorandum an die Europäische Kommission wirft sie der "Republik von Skopje" (so die offizielle griechische Diktion) "Rechtsmißbrauch" vor: "unrechtmäßige Übernahme von Namen und nationalen Emblemen; irredentistische Ziele und Gebietsansprüche, die die geltende Verfassung betreffen; ständige feindliche Propaganda". Im folgenden werden angeblich analoge Fälle der jüngeren Vergangenheit angeführt, und zwar Wirtschaftssanktionen der USA gegen Iran, die Sowjetunion, Polen und Libyen, sowie Großbritanniens gegen Argentinien - also fünf Konflikte, von denen drei in militärische Konfrontationen eskalierten. Außerdem beruft man sich auf den EWR-Vertrag, um zu beweisen, daß die griechischen Behörden im Sinne des Gemeinschaftsrechts handeln. Die zentrale Aussage lautet: "Die Umstände, die mit der Haltung der Republik von Skopje zusammenhängen (...) entsprechen genau den Bedingungen, die von Artikel 224 des EWR-Vertrags festgelegt wurden, und zwar dahingehend, daß der südliche Balkan destabilisiert ist und diese Situation eine schwere internationale Spannung hervorruft, die eine Kriegsdrohung darstellt." (1)

Spätestens hier stellt sich die Frage, wie ein militärisch, politisch und wirtschaftlich schwacher Kleinstaat für einen an Fläche und Bevölkerungszahl fünfmal so großen NATO- und EU-Staat mit modernen Produktionsmitteln und einer modernen Armee eine "Kriegsdrohung" darstellen kann. Für die anderen EU-Partner, die die griechischen Eskapaden seit 1991 toleriert haben, ist der griechische Standpunkt nicht mehr nachvollziehbar: Von der bislang schwersten Verletzung der Europäischen Verträge ist die Rede, weshalb die EU-Kommission Klage beim Europäischen Gerichtshof einlegte. Außerdem beantragte sie eine Einstweilige Verfügung, da ein Entscheid der Luxemburger Richter vor 1996 nicht zu erwarten ist.

Jeder Konflikt hat eine Vorgeschichte; in diesem Fall ist sie sehr kompliziert. Zum einen ist die Kenntnis des historischen Rahmens notwendig, in dem sich die "makedonische Frage" stellt - denn die meisten Probleme um den geographischen Raum Makedonien wurzeln bereits im 19. und im frühen 20. Jahrhundert. Außerdem kennzeichnet den osteuropäischen Nationalismus, daß er politische Fragen oft aus national interpretierten "historischen Rechten" ableitet. Zum anderen ist Makedonien gewissermaßen der Gordische Knoten Südosteuropas, in dem gleich mehrere nationale Fragen zusammengeschnürt sind: die albanische, die serbische, die bulgarische, die griechische, die makedonische. Und immer haben auch imperiale Mächte mitgemischt. Die Brisanz der durch Griechenland enorm zugespitzten Krise besteht eben darin, daß diese nationalen Konfliktpotentiale eine politisch nicht vorauskalkulierbare Dynamik entwickeln können, die alle Merkmale einer allgemeinen Balkan-Krise in sich trägt.

Die historischen Dimensionen des Konflikts

Griechenland beansprucht die Alleinvertretung für "das Erbe Makedoniens über die Jahrhunderte".(2) Da der Mythos-Charakter des Rückgriffs auf die antike Geschichte allzu offensichtlich ist, taucht diese

Argumentationslinie in offiziellen Stellungnahmen seltener auf. Sie spielt aber eine große Rolle für die Schaffung einer nationalen Hysterie bei den Massen durch Politiker und Medien. Immerhin sind bei den großen Demonstrationen der letzten eineinhalb Jahre mehrere Millionen Griechen auf die Straße gegangen unter Parolen wie: "Makedonien ist griechisch!", "Die Sonne von Vergina ist griechische Sonne!", "Der größte Grieche: Alexander der Große!" u.a.m.

Im Massenbewußtsein ist die makedonische Geschichte längst integriert: Das pelasgische Königshaus der Argeaden, dem Philipp II. und Alexander entstammten, wird dem Griechentum oder zumindest seiner imperialen Variante, dem Hellenismus, zugeschlagen. Folgt man aber antiken Quellen, so betrachteten die Griechen die Makedonen als "Barbaren", deren Griechenfreundlichkeit Athen nicht abhielt, Thrakien zu erobern und somit dauernde Feindschaft zu säen, bis Makedonien zum Gegenschlag ausholte. Auch Alexander trat seine Herrschaft mit einem Krieg gegen Theben und Athen an. Zugleich leitete die makedonische Fremdherrschaft den endgültigen Niedergang des antiken Griechenlands ein.

Ein anderes "historisches Argument" ist es, der FJRM vorzuhalten, daß ihr Territorium, "ausgenommen ein schmaler Streifen im Süden, niemals Teil des historischen Makedonien" gewesen sei (griechisches UNO-Memorandum). Nun ist jedem Historiker das Problem antiker Grenzziehungen bekannt, und man braucht bloß einen Blick in Geschichtsatlanten werfen, um zu sehen, wie unterschiedlich der Begriff "Grenze" gehandhabt wird. Doch wird dem Alexanderreich, Grundlage nachfolgender Diadochenreiche, stets Pelagonien und Päonien zugeordnet, also Landschaften auf dem Territorium der heutigen FJRM. Das Problem ist eigentlich recht banal: Bei Großreichen können sich immer mehrere Nachfolgeländer auf ein und dieselbe Geschichte berufen.

Und doch muß man bei der Grenzfrage länger verweilen. Denn für die makedonische Frage war sie immer schon ein konstituierendes Element. Und auch heute zirkulieren in Südosteuropa eine Reihe höchst unterschiedlicher Landkarten.

Das beginnt in Makedonien selbst. An den griechischen Vorwürfen stimmt, daß in der FJRM Karten im Umlauf sind, die ein Groß-Makedonien zeigen. Sie werden von der größten Partei des Landes, der IMRO-DPMNE (Innere Makedonische Revolutionäre Organisation - Demokratische Partei für die Makedonische Nationale Einheit) aufgelegt, eine rechtskonservative Partei mit stramm nationalistischem Unterfutter. Diese Karten stellen die geographische Region Makedonien - also ein schmaler Streifen Ost-Albaniens, die FJRM (Vardar-Mak.), die Südwestecke Bulgariens (Pirin-Mak.) und die Nordprovinzen Griechenlands (Ägäis-Mak.) - als politische Einheit dar, für deren historische Begründung ebenfalls Alexander der Große herhalten muß.

Kartenzeichnen ist ein beliebter Sport dieser Region. Auch in Albanien zirkulieren Landkarten, auf denen die von Hitler und Mussolini gezogenen Grenzen eingezeichnet sind, die das Kosova/Kosovo und Westmakedonien umschließen. Albanische Nationalisten berufen sich darauf, das älteste Volk auf dem Balkan zu sein. Die Herkunft von den Illyrern ist allerdings umstritten und dürfte eher dem Mythos angehören.

Serbische Größe wiederum präsentiert sich auf Karten, die fast zwei Drittel des ehemaligen Jugoslawien einkreisen, Makedonien inbegriffen. Auch hier beruft man sich auf "alte Rechte", auf die Serbisierung Makedoniens unter Duschan, einem serbischen Fürsten, der im 14. Jahrhundert etwa 20 Jahre lang wesentliche Teile des Balkan beherrschte. Außerdem, so wird auch von führenden SPS-Leuten (SPS = Serbische Sozialistische Partei von Milosevic) argumentiert, habe Serbien "natürliche Ansprüche": Erstens als Befreier von der osmanischen Herrschaft. Zweitens müsse die serbische Minderheit in der FJRM (laut Belgrad 300.000, laut Volkszählung 1991 aber nur 30.000) ein Recht auf Selbstbestimmung (zumindest Autonomie) haben. Der Vizepräsident der SPS, Mihailo Markovic, einst prominenter Dissident und Philosoph der "Praxis-Gruppe", nannte unlängst "die Vereinigung aller Serben" als "praktische Tagesaufgabe".(3) Für weite Kreise der nationalen serbischen Intelligenz ist Makedonien ohnehin nur "eine perfide titoistische Erfindung".

Großbulgarische Träume schlagen sich ebenfalls kartographisch nieder: Objekte nationalistischer Begierde sind die Dobrudscha (die Schwarzmeer-Region südlich der Donaumündung, heute rumänisch), Teile der europäischen Türkei (Edirne), die östlichen Teile des griechischen Ägäis-Makedonien und das Gebiet der FJRM (Vadar-Mak.). Auch hier wird mit Geschichte plus Mythos der Anspruch untermauert: Unter dem Zaren Simeon (893-927) beherrschten die Bulgaren ein Gebiet auf der Balkanhalbinsel, dessen Grenzen im Osten am Schwarzen Meer, im Westen an der albanischen Adriaküste, im Norden am Rand der Karpaten und im

Süden westlich von Thessaloniki an der Ägäis lagen. Ein ähnliches Reich mit Zentrum Ohrid errichtete der westbulgarische Zar Samuel um die Jahrtausendwende; es hatte ebenfalls nur kurzen Bestand.

Traditionell bestreitet Bulgarien die Existenz einer makedonischen Nation und eines makedonischen Volkes; es bezeichnet die slawische Bevölkerung der FJRM als "Westbulgaren". Die Ansprüche auf Nordgriechenland wurzeln in der großen Orientkrise von 1877/78, als das Osmanische Reich gegen Russen und Bulgaren eine militärische Niederlage einstecken mußte. Im Frieden von San Stefano, von den Russen diktiert, wurde Bulgarien fast das ganze Makedonien (außer Saloniki) zugesprochen - eine Grenzziehung, die wenig später auf der Berliner Konferenz 1878 annulliert wurde, weil den europäischen Mächten Bulgariens Schutzmacht Rußland zu dominant im Mittelmeerraum wurde. In der Folge verbündete sich Bulgarien jeweils mit der Macht, die ihm die entgangenen Gebiete versprach: im Ersten Weltkrieg mit den Mittelmächten, im Zweiten mit Nazideutschland.

Nicht zuletzt in Griechenland nehmen Kartographen den aggressiv formulierten Panhellenismus des neuen PASOK-Manifests sehr ernst und ziehen neue Grenzen durch Albanien (4) und durch die FJRM, deren Bewohner des öfteren als "slawisierte Griechen" bezeichnet werden. Besonders Kühne machen aus Istanbul wieder Konstantinopel, aus der Hagia Sophia den Sitz der Orthodoxie, und aus Griechenland ein neues Byzantinisches Reich.

Die makedonische Frage

Wollen hier ein paar Spinner die Grenzen mittelalterlicher oder gar antiker Großreiche in die Karten der Moderne übertragen? Vor dieser Auffassung muß gewarnt werden.(5) Vor allem muß in Betracht gezogen werden, daß diese Region in ihrer politischen Entwicklung eine ganz andere Geschichte aufweist als etwa Westeuropa. Auch die Nationsbildung ist hier zum Teil nach anderen Mustern (z.B. Sprachnation) und aufgrund der imperialen Verhältnisse zeitverzögert verlaufen. Im Unterschied zu Westeuropa sind hier die historischen Nationen über Jahrhunderte hinweg von Fremdherrschaft überlagert. Noch Mitte des vorigen Jahrhunderts steckten Habsburger, Osmanen und russische Romanows ihre Claims in Südosteuropa ab. Häufig wurden von den Usurpatoren die historischen Grenzen verwischt; in der Folge orientierten sich die unterdrückten Völker an den Sprachgrenzen. Aus verschiedenen Gründen (z.B. Siedlungspolitik der Habsburger, deutsche Ostsiedlung, religiöse und andere Migrationsbewegungen) waren diese äußerst verschnörkelt.

Erschwerend kam dazu, daß die nationale Wiedergeburt in historischen Kategorien entworfen wurde, d.h., man orientierte sich an historischen Territorien (z.B. "Alt-Bulgarien"), die größer waren als das von der jeweiligen Sprachgemeinschaft bewohnte Gebiet.(6) Die nationalen Befreiungskämpfe, Kern der "Osmanischen Frage", gingen nicht selten in Kriege zwischen den neuen Nationen um strittige Territorien über. Sie wurden in mehreren Kriegen ausgetragen, wobei die Balkankriege von 1912 und 1912/13 gewissermaßen die Initialzündung für den Ersten Weltkrieg abgaben, wobei die imperialistischen Mächte ihre Interessen hinter scheinbar uneigennütziger Unterstützung nationaler Kämpfe tarnten. Die Mittelmächte (Deutschland und Österreich-Ungarn) strebten die Hegemonie im Südosten an, Rußland suchte den Weg zum Mittelmeer, England und Frankreich sahen das "europäische Gleichgewicht" gefährdet und stellten sich hinter Serbien und Griechenland. Mit den Friedensverträgen in den Pariser Vororten wurden eine Menge neuer Grenzen geschaffen, um die es bis zum heutigen Tag revisionistische Forderungen gibt - symptomatisch dafür ist die Agitation mit Landkarten.

Auffallend ist, daß in fast allen größeren Konflikten zwischen 1877 und 1918 die "makedonische Frage" im Zentrum stand. Entweder wurde es als Aufteilungsmasse von seinen Nachbarn Serbien, Griechenland und Bulgarien behandelt, oder es wurde (seit 1896) ein mit terroristischen Mitteln geführter hartnäckiger Kampf gegen die osmanische Herrschaft geführt. Dieser gipfelte im Ilinden-Aufstand von 1903, in dessen Verlauf die "Republik von Kruschevo" (Westmakedonien) ausgerufen wurde. Zwar scheiterte der Aufstand nach zwei Monaten, doch stellt er einen Markstein für die Herausbildung eines makedonischen Nationalbewußtseins dar. Den Aufstand leitete die IMRO, die sich bald darauf in zwei Flügel spaltete: einen makedonischen und einen pro-bulgarischen. Letzterer verkam später zu einer Terrororganisation, der mit der kroatischen Ustascha zusammenarbeitete.

Zwei Schicksalsdaten für Makedonien: 1919 und 1944. Im Frieden von Neuilly wurde Vardar-Makedonien wieder Serbien angegliedert, bzw. 1921 dem sich neu konstituierenden Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS), das ab 1929 Jugoslawien hieß. Der Pirin-Teil blieb bei Bulgarien, dem Kriegsverlierer, das seinen Zugang zur Ägäis über Ostthrakien einbüßte. Ägäis-Makedonien blieb bei Griechenland, dem es nach dem Balkankrieg von 1912 zugeteilt worden war. Doch mit dem Vertrag von Lausanne 1923 zwischen Türkei und Griechenland erfuhr die Region eine einschneidende Veränderung: Griechen und Türken hatten einen Bevölkerungstransfer vereinbart, demzufolge ein Großteil der türkischen Bevölkerung aus Nordgriechenland in die Westtürkei, und umgekehrt die westtürkische griechische Bevölkerung (1,5 Millionen) nach Griechenland übersiedelt wurde. Rund 800.000 Menschen wurden in Ägäis-Makedonien angesiedelt, das zuvor starke slawische, aromunische (Balkanromanen), pomakische (slawisch-muslimische) und türkische Bevölkerungsanteile aufgewiesen hatte.(7) Damit veränderte sich die ethnische Struktur grundlegend.

Während des Zweiten Weltkriegs wurde Griechenland von Hitler und Mussolini aufgeteilt, Jugoslawien als Staat wurde zerschlagen. Bulgarien erhielt als Belohnung für seinen Beitritt zur Achse Vardar-Makedonien und den östlichen Teil von Ägäis-Makedonien.

Am 2. August 1944 wurde die Volksrepublik Makedonien als Teilrepublik einer zukünftigen jugoslawischen Föderation gegründet. Ende November 1944 verließen die letzten deutschen Soldaten das Land, die sozialistischen Partisanen übernahmen das Gebiet. Ihrer politischen Führung war es gelungen, das makedonische Nationalbewußtsein für den antifaschistischen Widerstand fruchtbar zu machen. Gegenüber großserbischen und großbulgarischen Ansprüchen, geäußert auch von den betreffenden Kommunistischen Parteien, förderte Tito dieses neue Bewußtsein. Eine makedonische Schriftsprache wurde kodifiziert, eine weit zurückreichende Nationalgeschichte konstruiert. Zielstrebig wurde mit der Staatsbildung auch die Nation geschaffen, weshalb verschiedene Autoren den Verdacht äußerten, es handle sich um eine "künstliche Schöpfung". (8)

Mit der Konstituierung einer jugoslawischen Teilrepublik war auch die 1920 von der Komintern ausgegebene Linie revidiert, derzufolge eine sozialistische Balkan-Föderation mit einem "vereinten unabhängigen Makedonien" als Kern vorgesehen war. Der Versuch der griechischen Kommunisten, aus dem kapitalistischen Block auszubrechen (Bürgerkrieg 1944-1948) schlug nicht zuletzt deshalb fehl, weil Stalin der griechischen Partisanenbewegung EAM jede Unterstützung versagte; die Stalin-Churchill-Vereinbarung ("Prozentabkommen") von 1944 hatte den westlichen Alliierten den maßgeblichen Einfluß auf Griechenland zugestanden; (9) Stalin selbst hatte den griechischen Aufstand als "Illusion" bezeichnet. Als nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito die griechische KP sich zur KPdSU bekannte, stellte auch Tito die Hilfe für die griechischen Partisanen ein. Zahlreiche "Slawophone" gingen über die Grenze nach Makedonien; nur eine kleine Minderheit, auf 10.000 bis 50.000 geschätzt, blieb in Ägäis-Makedonien.(10) Damit waren jedem weiteren Versuch einer "Einheit" die objektiven Grundlagen entzogen. Ähnlich wie die Pirin-Bewohner weitgehend bulgarisiert wurden, gräzisierte Griechenland die Ägäis-Bewohner. Umgekehrt wurde in der Teilrepublik das Nationalbewußtsein weiterhin gefördert ("Sozialismus, Föderation, Nation"); dadurch sollte v.a. bulgarischen Forderungen nach Revision der Boden entzogen werden, zumal immer in Krisensituationen Bulgariens Schutzmacht Moskau die makedonische Karte spielte.

Makedonien - schwächstes Kettenglied der Region

Hier wird auch schon die Zwickmühle ersichtlich, in der sich die FJRM heute hinsichtlich ihres Namens befindet. Griechenland fordert strikt den Verzicht auf die Bezeichnung "Makedonien" (11) und betrachtet die Verwendung des Namens bereits als Verletzung seiner Souveränität. Andererseits ist die FJRM auf den Namen "angewiesen": im Verzicht sieht die Regierung in Skopje die Preisgabe der nationalen Eigenständigkeit und Entwicklung der letzten fünfzig Jahre und eine mögliche Auslieferung des Landes an serbische oder bulgarische Ansprüche, nicht zuletzt auch an albanische. Staaten ohne "nationale Identität" haben, wie das Beispiel Bosnien zeigt, in dieser Region wenig Chancen.

Als Teilrepublik der jugoslawischen Föderation hatte Makedonien nichts zu fürchten - es war integriert in die stärkste südosteuropäische Ordnungsmacht. Mit der Unabhängigkeitserklärung vom 25. Januar 1991 votierte das Parlament in Skopje daher zunächst auf einen Staatenbund souveräner jugoslawischer Nachfolgestaaten, geprägt durch Marktwirtschaft, Achtung der Menschenrechte, gemeinsame Verteidigung und Außenpolitik. Laut Umfragen traten zwei Drittel der makedonischen Bevölkerung für eine derartige Konföderation ein.(12)

Der Ausbruch des offenen Kriegszustands im Juni 1991 machte diese Option zunichte. Es blieb nur der steinige Weg in die Unabhängigkeit, die am 20.11.91 offiziell erklärt wurde. Nach zähen Verhandlungen zog die Jugoslawische Volksarmee ab. Als einziger der Teilrepubliken gelang der FJRM ein friedlicher Ausstieg aus der Föderation.

Zugleich aber blies der jungen Republik ein scharfer Wind entgegen. In der nationalen Problematik konzentrieren sich die wesentlichen Probleme des Landes. Dabei scheint die Verklammerung von inneren und äußeren Komponenten unlösbar zu sein. Insbesondere die Beziehungen zu Rest-Jugoslawien und Griechenland waren von Anfang an gespannt. Dazu kam die albanische Frage: zum einen im Problem einer starken Minderheit, die sich diskriminiert fühlt, zum anderen in der Sorge vor dem Überschwappen des serbisch-albanischen Konflikts im Kosova/Kosovo.

Zwar gelang es der FJRM, die von Griechenland angestrebte internationale Isolation zu durchbrechen. Im April 1993 wurde sie, mit provisorischem Staatsnamen und ohne Staatsflagge (wegen des griechischen Einspruchs), in die UNO aufgenommen. Sechs EU-Länder haben inzwischen Vertretungen in Skopje; im Januar 1994 haben auch die USA diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Militärisch, politisch und wirtschaftlich steht Makedonien auf schwachen Füßen. Die kleine, nur leicht bewaffnete Truppe von etwa 10.000 Mann wäre nicht in der Lage, das Land zu verteidigen. Ebensowenig bietet die Präsenz von 1.000 UN-Soldaten zur Überwachung des Embargos gegen Serbien eine Gewähr für die Sicherheit des Landes. Innenpolitisch hat sich die Lage dadurch zugespitzt, daß sich die albanische "Partei der Demokratischen Prosperität" (PDP) de facto gespalten hat - jene Partei, die mit 23 Sitzen im 120-köpfigen Parlament eine Koalition mit den 31 Abgeordneten der "Sozialdemokratischen Union Makedoniens" und den 19 Abgeordneten des "Bundes der Reformkräfte" (beide gewendete Kommunisten) bildet. Der radikale PDP-Flügel von Menduh Thaqi gewinnt gegenüber dem als gemäßigt geltenden Nevzat Halili an Einfluß unter den Albanern. Eine Fortführung der Koalition nach den Wahlen im November 1994 erscheint mehr als fraglich. Eine Regierungsübernahme durch die radikalnationalistische IMRO würde die Lage noch weiter verschärfen.

Ohne Zweifel ist Makedonien derzeit der schwächste Staat der Region. Auch seine Bündnis-Optionen sind von zweifelhaftem Wert. Den Vorschlag von Milosevic, gemeinsam mit Rußland, Bulgarien, Rumänien, Serbien, Griechenland und Zypern einen orthodoxen Block zu bilden, hat der makedonische Präsident Kiro Gligorov abgelehnt.(13) Die Beziehungen zur Türkei sind zwar gut, werden aber von Griechenland und Serbien mit Mißtrauen verfolgt. Die Orientierung heißt Europa und die USA, angestrebt wird ein Assoziationsabkommen mit der EU und ein Beitritt in die NATO-"Partnerschaft für den Frieden". Dagegen stemmt sich Griechenland. Bei aller Kritik an der griechischen Blockade wird die EU die Einwendungen eines Mitgliedslandes bestimmt nicht ignorieren.

Auch die Hoffnung auf eine "hellblaue Linie", in Form einer Grenzsicherung durch die derzeit 300 US-Blauhelme, dürfte sich als trügerisch erweisen. Beobachter rechnen damit, daß bei einem militärischen Konflikt diese "blaue Linie" sofort weggewaschen werden würde. Dann freilich würde sich schnell erweisen, was der kleine Staat für seine Nachbarn bedeutet: nichts anderes als eine Verteilungsmasse, ähnlich wie schon zu Beginn dieses Jahrhunderts.

Die Achse Athen-Belgrad und die "türkische Gefahr"

Skopje hat in Zusätzen zur Verfassung die von der EU geforderten Garantien abgegeben: keine Gebietsansprüche, Unabänderlichkeit der Grenzen, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarstaaten. Aber die Regierung Papandreou hat bereits zuviel auf die makedonische Karte gesetzt, um einlenken zu können.

Da eine "makedonische Gefahr" wenig glaubwürdig ist, zum Schüren der Massenhysterie aber eine vermeintliche Bedrohung von außen notwendig ist, greift die PASOK die tiefverwurzelte Türkenangst (14) demagogisch auf: Istanbul stehe im Bündnis mit Makedonien, Albanien und Bosnien; es sei dabei, mittels seiner Fünften Kolonne, den Muslimen Südosteuropas, die islamische Vorherrschaft wieder zu errichten. Der "Panturkismus" und der "Panislamismus" werden als Hauptgefahren für Hellas genannt. Als "Abwehrmaßnahme" wird der Ausbau der griechisch-serbischen Beziehungen, seit 1992 intensiviert, der Öffentlichkeit verkauft.

Tatsächlich ist der Einfluß der Türkei auf dem Balkan gestiegen; sie ist derzeit bemüht, sich in der Region als "ziviler Partner" zu profilieren. In diesem Kontext sind auch verschiedene Handelsabkommen (mit Albanien, Makedonien) oder auch die Normalisierung der Beziehungen zu Bulgarien zu sehen. Außerdem profitiert die Türkei vom Zerfall der Sowjetunion, der ein Vakuum entstehen ließ. Aus diesen Fakten ein Einkreisungssyndrom herzufabulieren, wirft ein Licht auf den Grad der nationalen Neurose in Griechenland.

Betont herzlich fiel der Besuch des neuen griechischen Außenministers bei Milosevic im November 1993 aus. Die griechische Tageszeitung Eleftherotypia titelte daraufhin: "Die Achse Athen-Belgrad funktioniert!" - Auf dieser Achse wird letztendlich auch die neue makedonische Frage gestellt, für deren Beantwortung Papandreou eine massive Auseinandersetzung mit seinen EU-Partnern riskiert. Scheinbar scheuen beide Seiten nicht davor zurück, sich über eine etwaige Aufteilung der FJRM zu beraten, wie der frühere griechische Premier Mitsotakis verlauten ließ.(15)

Jeder militärische Konflikt in dieser politisch hochsensiblen Zone, dessen müssen sich alle Beteiligten bewußt sein, würde höchstwahrscheinlich weitere Kombattanten hineinziehen. Die Warnung des makedonischen Premiers Branko Crvenkovski ist unbedingt ernst zu nehmen: "Der Ausbruch eines Konflikts hier in Makedonien wird in einen allgemeinen Balkankrieg münden, in den Albanien, Serbien, Bulgarien, Griechenland und die Türkei hineingezogen werden."(16)

Anmerkungen:

1) Alle Zitate aus dem "Memorandum der griechischen Regierung an die Europäische Kommission zur Begründung des Handelsembargos gegen die Frühere Jugoslawische Republik Makedonien vom 26. Februar 1994"; gekürzte Fassung in: Europa-Archiv, Folge 9/1994, S. D 296ff.

2) Griechisches Memorandum an die Vereinten Nationen hinsichtlich des Antrags der FJRM auf Aufnahme in die Vereinten Nationen, vorgelegt in New York am 25.1.93; in: Europa-Archiv, Folge 7/1993, S. D 156.

3) profil Nr.18, 2.5.1994, S.69.

4) Landkarten in einem griechischen Radiosender in Konitsa weisen z.B. Südalbanien als griechischen "Nordepirus" aus; die tageszeitung, 25.4.94.

5) Hier sei daran erinnert, daß auch "seriöse" deutsche Historiker vor nationalen Revisionen nicht zurückschrecken, etwa Michael Stürmer, der sich auf dem Deutschen Historikertag 1992 für die Heimführung Kaliningrads ins Reich ausgesprochen hat.

6) Siehe dazu: István Bibó, Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterei. Aus dem Ungarischen von Béla Rásky. Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M.,1992.

7) Vermutlich betrug der griechische Anteil um 1900 nur zwischen 30 und 35%. Doch sind die zeitgenössischen Quellen nur mit großer Einschränkung verwendbar. Türkische Volkszählungen gingen nach der Religionszugehörigkeit (millet-System); griechische und bulgarische Angaben weichen stark voneinander ab: zwischen 228.000 (Evtimoff, Bulg.) und 402.000 (Nicolaides, Gr.).

8) Siehe dazu auch: Jutta de Jong, Die makedonische Nationswerdung - eigenständige Integration oder künstliche Synthese? In: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.), Jugoslawien. Integrationsprobleme in Geschichte und Gegenwart. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1984. Seiten 164-177.

9) Siehe dazu auch Edvard Kardelj, Der Übermacht zum Trotz. Erinnerungen an Jugoslawiens Kampf um Anerkennung und Unabhängigkeit 1944-1957. Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 1984.

10) Griechenland läßt allerdings die Bezeichnung "Minderheit" nicht gelten; die FJRM hat zur Verfassung eine Zusatzerklärung abgeben müssen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Griechenlands einzumischen; d.h. auch keine Minderheitenrechte einzufordern.

11) Eine von UN-Vermittler Cyrus Vance eingeleitete Annäherung zwischen dem griechischen Premier Mitsotakis und dem makedonischen Regierungschef Gligorov im Sommer 1993 über eine mögliche Bezeichnung "Nowa Makedonia" scheiterte, als die griechischen Medien die geheime Vereinbarung als Skandal-Schlagzeilen vermarkteten.

12) Siehe dazu auch: Jens Reuter, Makedonien - der jüngste Staat auf der europäischen Landkarte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 37/1993.

13) Interview mit Kiro Gligorov in profil Nr.12, 21.3.94.

14) Das PASOK-Manifest vom September 1993 nennt wortwörtlich "die türkische Bedrohung und Expansion" und stellt dem "die Verteidigung und Entwicklung des Hellenismus" entgegen. Nach: die tageszeitung, 8.9.93.

15) Siehe Katrin Völkl, Makedonien/Mazedonien. In: Michael W. Weithmann (Hg.), Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregionen Südosteuropas. dtv, München, 1993, S.247.

16) profil Nr.12, 21.3.94.

Basisinformation:

Republik Makedonien (von der UNO als provisorisch anerkannter Staatsname: "Frühere Jugoslawische Republik Makedonien" - FJRM)

Fläche: 25.700 km (etwa die Fläche von Mecklenburg-Vorpommern)

Einwohner: 1,9 Millionen (Volkszählung 1981) - davon 1,28 Mio. (7%) Makedonen, 380.000 Albaner (20%), 90.000 Türken (4,5%), 44.000 Serben (2,3%), 43.000 Roma (2,3%), 40.000 Muslime (als Nationalität; 2,1%), 7000 Vlachen (= Aromunen: 0,3%); außerdem Montenegriner, Kroaten, Bulgaren und etwa 20 weitere Nationalitäten mit weniger als 1.000 Angehörigen.

Hauptstadt: Skopje

Wirtschaft: Trotz des starken Rückgangs der landwirtschaftlichen Bevölkerung (1948: 70,6%, 1979: 28,9%) dominiert die Landwirtschaft: Mohn, Tabak, Baumwolle, Reis, Oliven, Gemüse, Mais, Weizen, Sonnenblumen, Wein, Schaf- und Viehzucht. Entsprechend ländlich geprägt sind die meisten Städte, wo die Industrialisierung erst in den 50er Jahren eingesetzt hat. Starke Abwanderung. Stahl- und Chemieindustrie in Skopje, Bitola und Titov Velez; Textil-, Leder-, Nahrungsmittel- und metallverarbeitende Industrie. Beachtliche Zahl an Lagerstätten: Kupfer, Blei, Zink, Magnesit, Antimon, Molybdän, Kadmium, Nickel, Wolfram; Buntmetalle.

Durch Makedonien führt eine der Hauptschlagadern des Balkans, die Eisenbahnlinie und Straßenverbindung Belgrad - Nis - Skopje - Thessaloniki.

24. Die Brille des Klaus Kinkel (Deutsche Panzer in Kurdistan)

Wirtschaftliche und militärische Interessen bestimmen bundesdeutsche Außenpolitik in der Türkei

Autor: Ulla Frey · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:29

Von Ulla Frey

Die Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen" startete im September eine Aktion "Faxen Sie an Dr. Kinkel", die ab dem 12.09. - dem Jahrestag des Militärputsches - regelmäßig jeden Montag stattfindet. Den vielen Leuten, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzten, die nach dem Verbleib ihnen bekannter Verschwundener fragten, und die über den Einsatz deutscher Waffen in Nordkurdistan aufgeklärt werden wollten, wurde allen der gleiche Serienbrief geschickt.

Das Auswärtige Amt weiß von nichts. Es verkündet gebetsmühlenartig, die türkische Regierung habe vertraglich die Nichtverwendung deutscher Rüstungslieferungen in innenpolitischen Auseinandersetzungen zugesagt und an der Einhaltung dieser Zusage zweifele es nicht.

Ein Auszug aus einem Brief des Auswärtigen Amtes an die Kampagne gegen Rüstungsexport: "Das Auswärtige Amt bittet Sie um Verständnis dafür, daß die Bundesregierung Vorwürfe über den vertragswidrigen Einsatz von Militärgerät gegenüber dem türkischen Partner nur dann erheben kann, wenn es sich auf klare und eindeutige Hinweise stützen kann. Der von Staatssekretär Kastrup aufgestellte Grundsatz, daß die Bundesregierung Hinweisen auf den angeblichen Einsatz von deutschen Waffen in internen Auseinandersetzungen nachgeht, bleibt bestehen und wird befolgt."

Die Bundesregierung sagt die Unwahrheit. Tatenlos nimmt sie die vielen Augenzeugenberichte und Fotografien der türkischen und deutschen Menschenrechtsvereine, der Journalistinnen und Journalisten und der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschiedener Delegationen oder den Monitorbeitrag von Michael Enger und Hans Peter Weimar, der die achträdrigen Panzer aus NVA-Beständen vor Ort gefilmt hat, hin. Die Bundesregierung stellt der türkischen Regierung die militärischen Mittel für diesen menschenverachtenden, profitorientierten Völkermord zur Verfügung. Profitorientiert, erstens, weil die BRD mit Abstand größter Handelspartner der Türkei ist - die Firma Siemens ist z.B. eines der größten ausländischen Unternehmen in der Türkei - und zweitens, weil die Türkei das Tor für neue Märkte in Zentralasien und den neuen Staaten im Kaukasus ist. Da ist natürlich eine Osttürkei, die von "unberechenbaren kurdischen Kommunisten" kontrolliert wird, uninteressant. Deshalb muß die Bundesregierung sich blind und taub stellen. Deshalb nimmt Bundeskanzler Helmut Kohl in Kauf, sich unglaubwürdig und lächerlich zu machen, wenn er in der Türkei sagt: "Wie komme ich dazu zu denken, daß die Türkei Menschenrechte nicht beachtet."

Was steckt hinter diesem "Realitätsverlust" dieser Regierung? Die Interessen der Bundesrepublik liegen auf der Hand. Auf einer Bundestagsdebatte am 2. April 1992, bei der das kurzfristige Rüstungsembargo gegen die Türkei im Mittelpunkt stand, erklärt Helmut Kohl, warum Menschenrechtsverletzungen, die blutige Verfolgung von Minderheiten und Krieg keine Hindernisse für Rüstungslieferungen sind: "... die Türkei war in der Vergangenheit auf Grund ihrer exponierten Lage an der Südostflanke der NATO ein Eckpfeiler auch unserer Sicherheit. Heute und für die Zukunft nimmt ihre Bedeutung angesichts der Entwicklung im Süden der früheren Sowjetunion sowie in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens weiter zu. Eine demokratische und in sich gefestigte Türkei kann und muß eine stabilisierende und zukunftsweisende Rolle für das Verhältnis dieser Region zu Europa einnehmen. (...) Diese Rüstungshilfe (...) erfolgte in der Kontinuität auch der früheren Bundesregierungen und vor allem auch im Interesse der Atlantischen Allianz."

Der türkische Außenminister Ayaz bestätigte in einem Interview mit der Zeitschrift Wehrtechnik im August 1992: "Mit seiner bedeutenden geopolitischen Position an der NATO-Südflanke ist die Türkei seitdem ein loyales Mitglied und erfüllt seine Verantwortlichkeiten innerhalb der Allianz." Der Kern der deutschen Außenpolitik gegenüber der Türkei ist die Rolle der Türkei als Kontrollinstanz zwischen Europa und den islamischen Staaten bzw. den neu entstandenen Staaten im Kaukasus und in Zentralasien. So haben es

bisher alle Bundesregierungen gehalten, ob Folter, Krieg gegen die Kurden oder Militärputsch. Das alles löste ab und zu vorsichtige diplomatische Kritik aus, hielt aber keineswegs von Rüstungslieferungen ab - und das mit Kontinuität seit 1964.

Als eine von mehreren Organisationen, die sich gegen das Geschäft mit dem Tod einsetzt, hat die "Kampagne gegen Rüstungsexport" die Bundesregierung wegen Beihilfe zum Völkermord in Kurdistan angezeigt. Der Völkermordtatbestand des § 22a Strafgesetzbuch liegt angesichts des grausamen und gezielten Folterns und Tötens unzweifelhaft vor. Die Beihilfehandlung staatlicher deutscher Stellen und der Verantwortlichen der betroffenen Rüstungsbetriebe liegt in der Lieferung von Waffen aller Art, getarnt als sogenannte NATO Ausrüstungshilfe. Diese Waffen dürfen dann gemäß Artikel 6 des NATO-Vertrags nur zu NATO-Zwecken verwendet werden. Gehört der BTR-60 Panzer, der den Kurden Mesüt Dündar hinter sich her schliff, die Zerstörung der Stadt Lice, die deutschen Granaten auf Sirnak auch zu Artikel 6 des NATO-Vertrages?

Der türkische Außenminister Ayaz verwies im November 1992 ausdrücklich - wie auch schon Außenminister Cetin in seinem Briefwechsel mit Bundesaußenminister Kinkel - auf den §13 des 1991 in Rom beschlossenen NATO-Konzeptes, wonach die Sicherheit eines Landes auch durch "Terror- und Sabotageakte" gefährdet werden kann. In dem NATO-Konzept heißt es: "Die Sicherung des Bündnisses muß jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden, einschließlich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Unterbrechung lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten."

Diese Aussage bildet den politischen Hintergrund für den Drahtseilakt der Bundesregierung bezüglich der Türkei. Vor diesem Hintergrund verbietet die Bundesregierung die PKK, bzw. schließt die 35 kurdischen Kulturvereine, die kurdische Nachrichtenagentur KURD-HA und den Verlag Berxwedan. Sie erweist sicherlich der Türkei einen Gefallen, aber sie will auch ihre Hilfe beim Morden und Hinrichten des kurdischen Volkes scheinlegitimieren, da der Mord an sogenannten Terroristen schließlich leichter zu begründen ist. Und damit es nicht mehr zu sogenannten Mißverständnissen kommt, wie es der türkische Außenminister Ayaz ausdrückt. Ayaz führte in einem Interview mit der Zeitschrift Wehrtechnik in bezug zu dem kurzfristigen Rüstungsembargo gegen die Türkei auf die Frage, ob auch politische Gründe bei den Problemen der Verteidigungsmaterialhilfe eine Rolle spielten, aus: "Unglücklicherweise tauchen solche Probleme hin und wieder auf. Da wir erkannt haben, daß die Basis hierfür in der Regel Mißverständnisse und falsche politische Annahmen sind, haben wir Maßnahmen zu deren Lösung ergriffen (...) Ich hoffe, daß solche falschen und fehlerhaften Annahmen sich nicht wiederholen und die Türkei dadurch auch nicht gezwungen ist, sich nach anderen politischen und militärischen Alternativen umzusehen."

Die Türkei ist seit Jahren einer der größten Abnehmer des inzwischen drittgrößten Rüstungsexporteurs der Welt, der Bundesrepublik Deutschland.

Rüstungslieferungen

der Bundesregierung

Bei den von der Bundesregierung genehmigten Rüstungslieferungen ist in 3 Kategorien zu unterscheiden:

1. NATO-Verteidigungshilfe, die direkt aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes kommt (jährliche Beiträge = 86,66 Mio. DM)

2. Ausstattungs-und Ausbildungshilfe: "Die Lieferung von Material an die Sicherheitskräfte des Empfängerlandes, um ihnen die Durchführung ihrer Aufgaben zu erleichtern."

3. Rüstungssonderhilfen die von der Bundesregierung seit dem Militärputsch 1980 vergeben werden. Es handelt sich um Materiallieferungen, Lizenzen und Know-How.

Im Rahmen der Verteidigungs- und Rüstungssonderhilfe wurden nach Regierungsangaben allein zwischen 1985 und 1991 Rüstungsgüter aller Art im Wert von über 3,6 Milliarden DM an die Türkei geliefert - und zwar unentgeltlich. Darunter befanden sich G3- und MG3-Gewehre der Fa. Heckler & Koch, Munition, U- und Schnellboote und Leopard-I-Panzer aus Rüstungssonderhilfen im Wert von 580 Mio. DM.

Aus ehemaligen NVA-Beständen wurden 1991 im Rahmen des NATO-Abkommens weitere Rüstungsmaterialien geliefert. Ohne das Parlament in Kenntnis zu setzen, wurde eine "ganze

Armeeausrüstung" an die Türkei weitergegeben, die kurze Zeit später in Nordkurdistan gegen die dortige Bevölkerung zum Einsatz kam. Die Lieferung umfaßte Radpanzer, 450 Millionen Stück Munition, 100.000 Panzerfäuste, 5.000 Maschinengewehre und 250.000 Kalaschnikow-Maschinenpistolen. Alles in allem Rüstungslieferungen aus NVA-Beständen im Wert von 1,5 Mrd. DM, die für einen Bürgerkrieg bestens geeignet sind.

Im Herbst 1992 wurden Rüstungslieferungen über zwei Fregatten für 800 Mio. DM, 88 Flakgeschütze, 20 Pionierpanzer , für 600 Mio. DM Stinger-Luftabwehrsysteme der Fa. Dornier und 46 Phantom-Flugzeuge, von denen 13 schon in der Türkei sind, neu genehmigt. Die restlichen 33 Phantom-Flugzeuge werden noch von der "Deutschen Aerospace" in Manching instandgesetzt.

Aufgrund des Vertrags zur Verringerung der konventionellen Streitkräfte in Europa (CFE) beschloß die NATO ein Ausrüstungstransfer- und Modernisierungsprogramm, durch das überzähliges Material von moderner ausgerüsteten Armeen an weniger gut ausgestattete Verbündete geliefert und so der vertraglich vereinbarten Zerstörung entzogen wird. Im Rahmen dieser sogenannten CFE-Kaskade wurden 131 Panzerhaubitzen geliefert und 500 Schützenpanzer M113 und 100 Leopard-Kampfpanzer. 15 Leopard-Panzer, die in der Münchner Waffenschmiede Krauss Maffei speziell für die Türkei umgerüstet wurden, gehören zu gesperrten Mitteln der Rüstungshilfe an die Türkei. "Ein Versäumnis im Beamtenapparat", meint ein Sprecher des Verteidigungsministeriums.

Mit diesen Großwaffensystemen versorgt die Bundesregierung die Türkei, damit diese auch ihre vorgesehene Rolle als "Ordnungshüter" im Mittleren Osten bestens wahrnehmen kann. Daß die "Leos" auch in Kurdistan eingesetzt wurden bezeugen Mitarbeiter von medico, die Mitte August 1992 deutsche Granaten aus Leopard-Panzern nach der Zerstörung der kurdischen Stadt Sirnak gefunden haben.

Ein Skandal zumindest in der linksliberalen Öffentlichkeit war im November letzten Jahres die Exportgenehmigung von 18.000 Artilleriegranaten des Typs M483 der Fa. eurometaal, die von Firmenmitarbeitern als besonders geeignet für den Bürgerkrieg und als Massenvernichtungswaffen bezeichnet wurden. In der Werbung heißt es: Sprenggranaten zur "Vernichtung weicher, halbfester und fester Ziele".

Soweit ein Auszug der bundesdeutschen Rüstungsexporte in die Türkei. Auf die kommerziellen Lieferungen soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Kooperation mit der Polizei

Bereits einige Tage nach dem Militärputsch 1980, der "zufällig" während eines NATO-Manövers stattfand, spendierte die Bundesregierung erstmal 1 Million DM Ausrüstungshilfe für die türkische Polizei. Die türkischen Grenz- und Polizeistationen sind mit Computerzubehör der Firma Siemens bestückt. Sogar die Schäferhunde der türkischen Polizei kommen aus Deutschland. 600t Stacheldraht lieferte die Firma Graepel zum Schutz der Grenzen.

Im Juni 1985 hielt sich die gesamte Spitze der türkischen Polizei auf Einladung der Bundesregierung zum mehrtägigen Besuch in der BRD auf. Auf dem Programm stand ein Besuch beim BKA, ein Treffen beim Bonner Innenministerium und ein Besuch bei der GSG 9. Im selben Jahr stellte die Türkei eine Elitetruppe zusammen, die heute ca. 3.000 Mann stark ist, die "schwarzen Käfer" (in der Türkei werden sie als Rambos bezeichnet), deren Ausbildung zur Bekämpfung kurdischer Separatisten für zwei Kommandoeinheiten bei der GSG 9 in der Bundesrepublik stattfand. Das bestätigte der GSG 9-Offizier Anselm Weygold 1987 in einem Interview mit der türkischen Tageszeitung Tercüman.

Aus einer entsprechenden Zeitungsnotiz: "... beim Einsatzbefehl geht ein Schlag durch den Körper der todesmutigen bärenstarken Männer (...) Ihre automatischen Wunderwaffen treffen immer. Unsere Helden werden, auch wenn die letzten Magazine leergeschossen sind nicht ruhen, bis sie auch dem letzten Verbrecher die tödliche Lektion erteilt haben."

Neben der Polizei gibt es in Kurdistan noch ca. 40.000 Dorfschützer, größtenteils bewaffnet mit G3-Gewehren der Firma Heckler & Koch.

Die Situation vor Ort

Diyarbakir war zum Zeitpunkt unseres Aufenthaltes besetzt von Militärs, Gendarmerie und Zivilpolizei, alle ausgestattet mit G3-Gewehren der Firma Heckler & Koch. Mit zehn Personen fuhren wir am 21.3. von Diyarbakir nach Kulp, einem Ort etwa 130 km von Diyarbakir entfernt. Auf die erste Straßensperre trafen wir etwa 10 km hinter Diyarbakir. Wir wurden angehalten nach unseren Pässen gefragt und zur nächsten Gendarmeriestation geschickt. Schließlich erhielten wir die Genehmigung zur Weiterfahrt. Sicherheitskräfte wurden uns als Begleitung mitgegeben. Ein Jeep mit bewaffneten Uniformierten fuhr vor uns her, ein Auto mit Zivilpolizei und Sprechfunk (der Fa. Motorola) hinter uns. Die nächste Straßensperre stoppte uns 20 Kilometer weiter. Hier wurde der Jeep durch einen BTR-60 Panzer und einen IFA-Laster aus NVA-Beständen ersetzt. Es folgten drei weitere Sperren. Kurz vor Lice wurden der IFA-Laster gegen einen zweiten 8-rädrigen Panzer ausgewechselt. Eingekeilt zwischen zwei Panzern fuhren wir bis Kulp. Etwa 15 km vor Kulp wurden wir nochmals für eine Stunde an einem Militärstützpunkt festgehalten. Dort sahen wir neben einem russischen BTR-80 Panzer einen BTR-60 Panzer mit den für die bundesdeutsche Straßenverkehrsordnung nachgerüsteten Außenspiegeln und Rücklichtern. Als wir endlich in Kulp angekommen waren, durften wir die Militärkaserne nur für wenige Minuten verlassen; an einem Gespräch mit der Kulper Bevölkerung wurden wir gehindert.

Allerdings nahmen sich die in Kulp stationierten Militärs für uns sehr viel Zeit. Bei einer Diskussion mit einem Oberst - die übrigens unter einer Produktwerbung der Firma Heckler & Koch für G3-Gewehre stattfand - antwortete dieser auf unsere Frage, warum so viele Zivilisten in diesem Krieg ermordet würden, daran könnten sie leider nichts ändern, da sie davon ausgehen müßten, daß sich die PKK in den Häusern der Dorfbewohner verstecke und sie dann eben auf diese Häuser schießen müßten. Dabei könnten sie dann natürlich nicht mehr so genau differenzieren.

Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen

Selbstverständlich weiß die Bundesregierung von all dem. Trotzdem erhielten wir nach unserer Rückkehr aus Kurdistan einen Anruf von einem Herrn Huber vom Auswärtigem Amt, der sich sicher war, daß wir nur russische NVA-Waffen vor Ort gesehen haben könnten. Als ich ihm sagte, daß die Türkei doch nur zehn BTR-60-Alibipanzer aus russischen NVA-Beständen gekauft hätten, und daß die vielen 8-rädrigen BTR-60 Panzer, die die 250 Beobachter vor Ort in verschiedenen Gebieten gesehen hätten, nicht immer diese zehn gewesen sein könnten, meinte er, das müßten wir ihnen beweisen. Ich sagte, kein Problem, lassen sie uns einen Termin ausmachen. Das Material, Videos, Fotos und Augenzeugenberichte würden wir gerne dem Auswärtigen Ausschuß übergeben. Nach dem Osterwochenende meldete sich Herr Huber erneut, um sich zu vergewissern, ob denn auf unserem "Beweismaterial" auch schießende Panzer zu sehen wären. Ich mußte ihn "leider" enttäuschen und teilte mit, daß wir keine Fotos von schießenden Panzern mit frischem Blut hätten, wie es auf dem schon sehr lange bekannten Foto, auf dem ein BTR-60 Panzer den Kurden Mesüt Dündar zu Tode schleift, der Fall ist.

Was muß passieren? Muß Herr Außenminister Kinkel selbst von einem deutschen Panzer überrollt werden, um den zahlreichen Beweisen Glauben zu schenken?

Die Bundesregierung bezeichnete die von den Beobachterdelegationen vorgelegten Fotos als nicht ausreichend. Ausreden gibt es dabei viele: Können die ZeugInnen überhaupt unterscheiden, ob die Schützenpanzer im "Einsatz" oder doch bloß in einer Manöverübung unterwegs sind? Können sie einen BTR-60 Panzer (300 wurden aus NVA-Beständen geliefert) von dem neueren BTR-80 Modell unterscheiden, das die NVA nicht hatte und das aus ehemaligen SU-Staaten stammt? Handelt es sich bei dem fotografierten BTR-60-Panzer nicht doch um einen der zehn (!) in Rußland gekauften?

Und so bleibt alles beim alten: Die Bundesregierung handelt weiter nach der Devise "Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen" - auch wenn die Verwendung deutscher Waffen im Krieg gegen das kurdische Volk noch so offensichtlich ist.

Über das Dorf Havarê

Das Dorf Havarê liegt in der Nähe von Diyarbakir in einer sehr felsigen Gegend. In ihm lebten bisher ca. 300 kurdische und einige wenige arabische Menschen. Erst vor 15 Jahren wurde das Dorf von den auch jetzt noch ansässigen 25 Familien gegründet. Sie hatten gemeinsam den Grund und Boden gekauft, nachdem sie in der Nähe von Mardin ihr Dorf aufgeben mußten, weil der Boden keinen Ertrag mehr brachte. Die

DorfbewohnerInnen haben dem steinigen Boden in mühseliger Arbeit Obst- und Gemüsegärten und Felder abgerungen, eine große Viehherde (Ziegen, Schafe, Kühe, Pferde, Federvieh) herangezogen, so daß sie sich selbst - wenn auch sehr bescheiden und ärmlich - ernähren konnten. Zugute kam ihnen eine günstige Bewässerungslage, da am Fuße des Dorfes ein Bach vorbeifließt und den BewohnerInnen zudem eine Quelle für ihren täglichen Wasserbedarf zur Verfügung steht. Die DorfbewohnerInnen sind Muslime. Sie haben gemeinsam eine Moschee errichtet, die sich von den eigenen Häusern erheblich abhebt. Ein Mullah lebte bisher mit in der Dorfgemeinschaft.

Anfang März 1994 kamen Soldaten mit einem vermummten Gefangenen ins Dorf, der zwei Männer als Gastgeber von PKK-Leuten denunzierte. Diese beiden Männer Veysi Karatas und Abdurehman Dagdelen wurden verhaftet. Bis heute gibt es keine Nachricht über sie und ihren Verbleib. Gastfreundschaft ist in den Dörfern oberstes Prinzip und wird jedem Gast bedingungslos gewährt. Bei dieser Aktion wurden die EinwohnerInnen des Dorfes zusammengetrieben und geschlagen. Einem 16-jährigen Jungen wurden öffentlich die Genitalien abgebunden, mit der Bemerkung, daß er jetzt keinen Kurden mehr zeugen könne. Außerdem trampelten sechs der Soldaten auf dem so gequälten und gedemütigten Jungen herum. Der Mullah des Dorfes wurde ebenfalls geschlagen und vertrieben. Ihm wurde gesagt, was er denn hier wolle, es seien doch alles Armenier - "Armenier" ist das Schimpfwort für Ungläubige. An dem Einsatz waren 35 Soldaten eines Sonderkommandos beteiligt, die mit vier Geländewagen und zwei BTR-60 Panzern kamen.

Einige Tage später befahlen die Militärs, das Dorf innerhalb einer Woche zu räumen. Diese Woche war gerade vergangen, als wir dort das erste Mal eintrafen.

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 14 Häuser leer geräumt, 8 Häuser noch bewohnt. Die Männer der Familien hatten sich auf die Suche nach neuen Unterkünften begeben. Frauen, Kinder und alte Männer waren zurückgeblieben und versorgten das Vieh aller Familien. Einer ausgebrochenen Viehseuche konnten unter diesen Bedingungen die Zurückgebliebenen nicht Herr werden. Eine tierärztliche Betreuung fehlt ebenso wie jede andere medizinische Versorgung.

Die Suche nach neuen Unterkünften war bis dahin nicht erfolgreich. Eine der Frauen berichtete, daß ihr Mann in Izmir vergeblich nach Unterkunft gefragt hatte. Verzweifelt meint sie: "Keiner will uns haben." Andere wollten sich weigern zu gehen. So sagte eine Frau: "Wenn die Soldaten kommen, gehen wir nicht weg. Wohin sollten wir gehen. Sollen sie ein großes Grab machen und uns alle begraben." Einige hatten noch Hoffnung. Ein Mann sagte (fünf Tage nachdem die Frist bereits verstrichen war): "Wir werden so tun, als hätten wir nicht verstanden, was sie wollen."

Ultimatum bis Newroz

Da das Ultimatum zur Räumung gerade abgelaufen war (in der Nacht zu Newroz) als wir in das Dorf kamen, blieb ein Teil der Gruppe über Nacht in einem der leergeräumten Häuser. Wir hofften, daß die Anwesenheit von AusländerInnen die Militärs von weiteren Mißhandlungen der DorfbewohnerInnen und eventuell sogar von der Räumung des Dorfes abhalten könne, im schlimmsten Fall aber diese dokumentieren zu können. Zum Glück passierte in dieser Nacht nichts weiter und auch an den darauffolgenden Tagen, in denen wir das Dorf immer wieder besuchten (bis zum 28.3.1994), blieb das Dorf vom Militär verschont.

Zwischenzeitlich hatte das Dorf eine Abordnung zur Militärkommandantur geschickt, um eine Rücknahme des Räumungsbefehls zu erreichen. Sie war ohne Erfolg zurückgekehrt. Die Resignation bei einem Teil der Dorfbevölkerung hatte zugenommen und weitere Familien räumten ihre Häuser. Andere packten ihre Habe, um schnell flüchten zu können.

Wir machten den DorfbewohnerInnen den Vorschlag, ihre Situation in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, um vielleicht doch das Dorf erhalten zu können. Es gab zunächst sehr gespaltene Meinungen. Besonders die Älteren befürchteten dadurch Racheakte der Militärs. Die jüngeren Männer und Frauen aber meinten, sie hätten nichts mehr zu verlieren und baten uns, ihnen zu helfen. Diese Meinung wurde schließlich akzeptiert.

Wir versuchten bereits während unseres Aufenthalts in Diyarbakir, andere Delegationsgruppen und auch die anwesende ausländische Presse zu interessieren. Letztere reagierte nicht. Angeschlossen haben sich uns andere deutsche Gruppen und finnische sowie französische Vertreter.

Kampagne zur Rettung von Havarê

Gemeinsam mit anderen Delegationsgruppen wollen wir eine Kampagne zur Rettung des kurdischen Dorfes Havarê starten. Wir bitten Euch, diese Kampagne durch Briefe an türkische und deutsche Stellen zu unterstützen.

Adressen:

Bundesaußenminister Dr. Klaus Kinkel, Auswärtiges Amt, Adenauer Allee 99-103,53113 Bonn, Tel.: 0228/171-2083

Ministerpräsidentin Tansu Ç iller, Basbakanlik, TR-06573 Ankara, Türkei,

Tel.: 0090-4-434 21 20, Fax: 0090-4-170 476 od. 308896

Innenminister Nahit Mentese, Bakanligi, Bakanlikar, TR-06644 Ankara, Türkei,

Fax: 0090-4-1181795

Die Brille des Klaus Kinkel

Normalerweise dient eine Brille der Korrektur von Augenfehlern. Die richtigen Augengläser, mit denen eine bestehende Fehlsichtigkeit ausgeglichen werden kann, sind in Deutschland an sich relativ leicht zu erhalten. Daß es dennoch auch bei uns wichtige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gibt, die trotz schlimmer Sehstörungen und in der Folge erheblicher Einschränkungen bei der Wahrnehmungsfähigkeit, nicht mit der Zuhilfenahme einer angemessenen Sehhilfe diesem Augenfehler begegnen, muß verwundern.

Der deutsche Außenminister Klaus Kinkel besitzt zwar eine Brille, diese ist jedoch völlig unzureichend. Nach Berichten gewöhnlich gut unterrichteter Kreise hat ein Augenarzt des Bundeswehrkrankenhauses in Koblenz ihm ein besonderes Brillen-Modell angepaßt; es ist eine Brille vom Typ "LEO Entspiegelt 2000". Wichtigste Merkmale dieser Brille sind das starke Gestell (eine Krauss-Maffei-Rodenstock-Kooperation) und der besondere Schliff der entspiegelten Gläser, ein bei SCHOTT-Glas entwickelter spezieller Feinschliff: damit läßt sich jeder russische Panzer aufspüren. In dieser Hinsicht ist Klaus Kinkels Brille ein weltweit unerreichtes Spitzenprodukt "Made in Germany". Selbst in der Türkei, in der nach einer 1993 erfolgten Waffenlieferung aus Rußland, einige wenige russische Panzer in Kurdistan im Einsatz sind, spürt Klaus Kinkel diese mit seiner Brille auf.

In anderer Hinsicht ist "LEO Entspiegelt 2000" aber eine sehr zweifelhafte Sehhilfe. Die Brille besitzt einen speziellen Selektionsfilter, der Klaus Kinkel - das ist der blinde Fleck dieses Brillen-Typs - in bestimmten Situationen zum Blinden macht. Mit seiner Brille kann Klaus Kinkel keine deutschen Waffen sehen.

Diese letztgenannte Eigenschaft seiner Brille hat in letzter Zeit immer wieder dazu geführt, daß Klaus Kinkel sich mit seinen Äußerungen in der Öffentlichkeit der Lächerlichkeit preisgegeben hat. Ob Fotos oder Fernsehbilder von Kurdistan: immer konnte er zwar zehn russische Panzer aufspüren, massenhaft eingesetzte deutsche Wertarbeit dagegen konnte er nicht sehen.

Das Ansehen des Außenministeriums und Deutschlands darf nicht länger Schaden nehmen. Deshalb an dieser Stelle die Bitte: Wenn Sie im Besitz einer alten Brille sind, die sie nicht mehr brauchen, schicken Sie diese umgehend ins Außenministerium, vielleicht ist die richtige dabei. Klaus Kinkel muß geholfen werden: Brillen ins Außenministerium!

Thomas Klein, KOMZI-Rüstungsexportarchiv Idstein

25. Rassismus und Esoterik - untrennbar verbunden?

Autor: jur · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:03

Für die ÖkoLinX, die Zeitung der Ökologischen Linken, ist das Thema ein Dauerbrenner. Ausführlich beschäftigt sich damit die AKAZ (anti-klerikale-anarchische Zeitschrift). Die Zeitschrift Politische Ökologie widmete dem Thema ein Sonderheft mit dem Titel "Grün Heil - die Ökologie als Trojanisches Pferd der Neuen Rechten". Der Schwarze Faden veröffentlichte dazu einen Beitrag von Peter Bierl: "Feindbild Mensch: Ökofaschismus und New Age."

Hier soll nun einerseits versucht werden, einen groben Überblick über den derzeitigen Stand der Diskussion zu geben, andererseits wird den Vorwürfen gegen die AnthroposophInnen und die Anthroposophie nachgegangen. Verteidigte der ak, d.h., verteidigte ich als Schreiber des betreffenden Artikels wirklich die Anthroposophie, wie die ÖkoLinX schrieb, oder ist das alles doch etwas komplizierter? (ak 359 vom 20.10.1993)

Ganz deutlich sei zu Beginn gesagt: Es gibt Verbindungen zwischen Teilen der esoterischen Szene und Faschisten. So sind in Kurt Winters Buchversand "Wissen und Leben" neben Büchern über "Die Kraft der Druiden" und die "Energie der 12 Sonnen-Chakra Strahlen" auch Machwerke zu erhalten, in denen "richtungweisende Denkanstöße für die Gegenwart und Zukunft gegeben (werden), die wesentlich für den Fortbestand unseres Volkes sind". Diese "Denkanstöße" laufen dann darauf hinaus, daß "das deutsche Volk Opfer und nicht Aggressor des kriegerischen Völkermordens war". Der Verleger und Chef dieses Unternehmens, Kurt Winter, fühlt sich zu Unrecht als Faschisten bezeichnet. Dies sei "moderne Hexenverfolgung", die es einem unbescholtenen Bürger nicht gestatte, eine eigene Meinung über die Behandlung Rudolf Heß' zu haben. Gesteuert wird die Kampagne gegen ihn, wie sollte es auch anders sein, "von offenbar psychisch gestörten Leuten".

Das die eine Seite. Es gibt aber auch eine andere. Die Zeitschrift für spirituellen Anarchismus ("Häretische Blätter"), die zwar auch Merkwürdiges und Bedenkliches aufweist, doch nicht einfach in das Fach "Ökofaschismus" einzusortieren ist. Als Beispiel dafür, wie fern zumindest ein paar AnthroposophInnen dem stehen, was mit dem Begriff "Ökofaschismus" verbunden wird, mag der Auszug aus diesem Artikel eröffnen: "Etwas ist krank in dieser Gesellschaft. Etwas Ungeheures ist im Gange. Jahrelang haben die führenden Nationen Europas wesentlich dazu beigetragen, daß ein Großteil der Weltbevölkerung immer ärmer, und ein kleiner Teil immer reicher wird. Die Konsequenzen dieser Politik haben wir in der Ausbreitung des Elends in der ‚Dritten Welt` und in den Flüchtlingsströmen nach Europa. Wird die Umverteilung des Reichtums und die ernsthafte Entwicklung der ‚Dritten Welt` nicht auf die Agenda (Tagesordnung, Anm. ak) der politischen Prioritäten gesetzt, werden die Probleme katastrophale Ausmaße annehmen. Die Anfänge davon haben wir in Deutschland in den Anschlägen von Hoyerswerda, Rostock und Mölln. Diese Anschläge sind die Symptome einer kranken Gesellschaft."

Mit den Demonstrationen werde vielleicht nur das Volksgewissen beruhigt, während da auf der anderen Seite die vermeintliche Hilflosigkeit des Staates gegen die "gezielte Kampagne des Ausländerhasses" sei. Die Wirtschaft gebe nur aus Angst um ihre Absätze im Ausland vor, nicht ausländerfeindlich zu sein. "Es ist skandalös, daß eine kleine Wirtschaftskrise Europa, die reiche Welt, in tiefe Depressionen stürzt. Die ‚Dritte Welt` kennt nur dauerhafte Depression."

Verfasser dieses selbst für die undogmatische (?) anthroposophische Zeitschrift Info3 überraschend klaren und engagierten Kommentars ist ein Waldorflehrer aus Berlin, der als Kind indischer Eltern in Tansania geboren, in Großbritannien ausgebildet und in Deutschland seit 17 Jahren Waldorflehrer ist. Daß diese Zeitung aber auch völlig entgegengesetzte Positionen abdruckt, ist leider nicht zu übersehen.

Linker Kampf gegen Esos?

In der Januar/Februar Ausgabe der "ÖkoLinX", der Zeitung der Ökologischen Linken, wird die Gruppe "Vereinigte Linke" (VL) dafür kritisiert, daß sie die notwendige Distanz zu esoterischen Gruppen vermissen lasse. Überschrift: "Vereinigte Linke: Offen für Esos?" Ja, und woran lag es nun, daß diese offenbar doch noch für gutwillig gehaltenen Leute (veröffentlichten sie doch auch "zwei bis drei Antifa-Texte") so in die Irre gingen?

"Hättet ihr bloß unser sechsseitiges ÖkoLinX-Extrablatt ‚Ökofaschismus und Esoterik`, diverse Ausgaben der ÖkoLinX, besonders Heft 11, und vielleicht Jutta Ditfurths ‚Feuer in die Herzen` (seit Oktober 1992 im Handel erhältlich) gelesen, ihr hättet nicht so einen Blödsinn fabrizieren müssen. Für 10 DM Vorkasse (ohne Buch, das gibt's in allen Buchhandlungen) schicken wir Euch, was Ihr dringend braucht." Wie einfach es doch ist, zum richtigen Weg zurückzufinden!

Jutta Ditfurth schreibt in Feuer in die Herzen/Plädoyer für eine ökologische linke Opposition (Carlsen): "ÖkofaschistInnen, so sanft, biologisch anbauend und dezentral sie auch auftreten mögen, wollen den starken Staat, eine Elite und die Strafandrohung für ‚unnatürliches` abweichendes Verhalten (von der Abtreibung bis zur Homosexualität)." (S.184) "Ein großer Teil der in der Alternativszene gelesenen Literatur über eine naturnahe Spiritualität ist mit reaktionären, völkischen oder gar nationalsozialistischen Inhalten verwoben." (S.190) "Esoterik und Faschismus überschneiden sich in der Entpolitisierung der Menschen, dem knallharten Egokult, dem elitären Führertum und einer vollständig antisozialen, antihumanistischen und antiaufklärerischen Orientierung." (S.191) "Im Verständnis der verschiedenen esoterischen Strömungen einschließlich der AnthroposophInnen ist das Aussterben einiger weniger zivilisierter ‚Rassen` karmisch leider unvermeidbar. (...) Unterdrückung und Ausbeutung sind Karma. Soziales Engagement gilt als Einmischung in ein fremdes Karma und ist tabu. Damit ist die esoterische ‚Elite` frei, sich am knallharten kapitalistischen Geschäft zu beteiligen." (S.192)

Das Kapitel "Die ökologische Modernisierung des Faschismus" leitet Ditfurth mit einem Zitat aus der Frankfurter Rundschau über eine Versammlung des Bündnis 90 ein (4.5.92) "Antje Vollmer (...) warb dafür, daß ‚es unsere Sache ist`, den ‚Bruch` mit den Wertkonservativen aus der ÖDP, die sich Anfang der 80er Jahren von den Grünen abgespalten hatten, ‚wieder zu kitten`." Und weiter: "Die ökologische Modernisierung des Faschismus kommt auf vielen leisen Sohlen. Auf ihrer Spur finden wir an zahlreichen Orten in der Gesellschaft menschenverachtende, rassistische Positionen, die sich ökologisch verkleiden." So habe die CSU auf Betreiben Gauweilers einen Punkt in ihrem Programm verankert, der die Politik gegen Einwanderer für unvereinbar mit der Umweltpolitik erklärt und es lasse sich feststellen, daß "einzelne ökofaschistische Argumentationsmuster selbst in linke und linksliberale Kreise einsickern." Als Beleg dafür wird angeführt, daß an einem Bonner Bündnis außer den Grünen, dem DGB, der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeitsjugend) auch die ÖDP (Ökologisch-Demokratische-Partei) beteiligt gewesen sei. Viele Vorstandsmitglieder der ÖDP seien auch Mitglied beim BUND. Das mag stimmen, Tatsache ist aber auch, daß vor etwa einem Jahr eine Anzeige des BUND geschaltet wurde, in der dieser gegen die Verschärfung (quasi-Abschaffung) des Asylrechts Stellung bezog. "Antje Vollmer macht das Bündnis mit den ÖkofaschistInnen zu ihrer politischen Angelegenheit", behauptet Ditfurth dann unter Bezug auf das oben zitierte. Abgespalten hätten sich schließlich "Ökofaschisten wie Gruhl und Springmann". Sie zitiert dann weiter eine Äußerung Gruhls über das völlig Neue, das die europäische Kultur vorstelle und setzt so fort: "Wie nahe diese Äußerung beim Wurzelrassen-Rassismus der AnthroposophInnen, bei neofaschistischen und esoterischen Vorstellungen liegt, werden wir noch untersuchen." Da sind sie dann plötzlich wieder alle versammelt. Und genau das ist es, was sich Jutta Ditfurth vorwerfen lassen muß: beständig alles in einen Topf zu werfen, als gäbe es keine Unterschiede oder als wären diese vollständig zu vernachlässigen. Letztendlich diskreditiert sie damit fundierte, differenzierte Kritik an den tatsächlich rechten Strömungen.

Unglaubwürdig wird ihre Kritik meines Erachtens auch dadurch, daß sie immer wieder Leute "hineinmischt", denen zwar "bürgerliches Denken" oder allzu bequemes Sichanpassen an das schlecht Vorhandene vorzuwerfen wäre, aber doch wohl kaum "Ökofaschismus". Ditfurth: "Wir finden moderate, aber verwandte Positionen bei Exlinken wie Antje Vollmer (...)" Als Beweis dafür gilt ihr ein Ausspruch Vollmers, in dem diese von einem vorsichtigen "Umgang mit Elementen der nationalen Identität" in Osteuropa spricht. Nahtlos schließt daran an: "Wenn das deutsche Volk eine volksgemeinschaftliche Vereinigung von Höherwertigen ist, sind diese mit einer ‚abwehrbereiten Demokratie` (ÖDP) und mit aller Kraft vor ihren Feinden zu schützen."

"Schuld ist das Karma"

Esoterik und Anthroposophie ersetzen nicht selten die traditionelle, für viele inzwischen unglaubwürdig gewordene Religion.

Wenn jemand allerdings glaubt, das lang Gesuchte gefunden zu haben, dann schlägt sie oder er meist alles kritische Bedenken in sich nieder. Bei der Esoterik, die sich nicht selten bewußt anti-materialistisch, wenn nicht

anti-wissenschaftlich gibt, ist das besonders deutlich. Das Ergebnis ist nicht selten katastrophal. So veröffentlichte ausgerechnet die Frauenzeitschrift Für Sie (6/94) "Die 7 Gesetze des Schicksals" Dietmar Bittrichs, in denen dümmlich-unverfroren behauptet wird, Opfer von Vergewaltigungen seien nicht Opfer, sondern hätten sich diese gewissermaßen selbst zuzuschreiben. Kronzeuge hierfür ist u.a. C.G. Jung, der, was hier natürlich nicht zitiert wird, dem Mann ein Recht auf Vergewaltigung zusprach und dagegen war, daß Frauen in "Männerdomänen" einbrechen.

Bittrich in der Für Sie: "Wir sind nicht Opfer. Das, was andere uns tun, haben wir innerlich uns selbst angetan." Die amerikanische Soziologin Natalie Shainess habe nachgewiesen, "daß stets solche Frauen Opfer von Vergewaltigungen werden, die ihre eigene Sexualität unterdrücken und vergewaltigen." Und somit ist diese Männerwelt wieder in Ordnung. Manche Esoteriker gehen in ihrer zynischen Rechtfertigung alles Geschehenen als Schicksal sogar so weit, das Karma der Juden dafür verantwortlich zu machen, daß die Nazis diese in die Gaskammern schickten. So vertrat der Esoteriker Cayce, die Juden als Volk hätten vor Jahrhunderten grausam gehandelt, was als logische Folge die Verbrechen der Nazis nach sich gezogen habe. Manche buddhistischen Gruppen vertreten die Ansicht, wer schlechtes Karma auf sich lade, werde als AraberIn wiedergeboren.

Andererseits muß auch gesagt werden, daß zumindest einige EsoterikerInnen diese dogmatische Positionen nicht vertreten und sich ausdrücklich gegen Rassismus wenden.

So neu ist das alles übrigens nicht. Die Zeitschrift Zero (inzwischen seit einigen Jahren eingestellt) veröffentlichte schon 1977 einen Artikel, in dem die Massensuggestion gewisser Gurus in einer Linie mit den Mitteln gesehen wurde, die die Faschisten anwendeten. Zwar gab es hier einen Schlingerkurs - so folgte einem Bhaghwan-Jubel-Artikel einer, der sich kritisch mit diesem Guru auseinandersetzte, während ein kritischer Bericht zum Anthroposophen und "Atompapst" Peter Siemens sich ausgerechnet (aus Unkenntnis?) auf die Faschisten Cohrs und Haverbeck berief - doch war diese Zeitschrift immerhin der Versuch, kritisches politisches Denken und "Spiritualität" miteinander zu verbinden.

Auch wenn wir nichts mit dieser Spiritualität am Hut haben, sollten wir es uns doch nicht so einfach machen, alle diejenigen, die ihr "huldigen" über einen Kamm zu scheren. Weiter könnte es durchaus sinnvoll sein, zu untersuchen, warum die verschiedenen Spielarten der Esoterik solch einen Erfolg (und Gewinn) für sich verbuchen können.

Es gab ja einmal linke Ansätze, "Psychisches" und Politisches miteinander zu verbinden (z.B. das Sozialistische Patienten Kollektiv), die dann allerdings etwas merkwürdige Wege gingen. Ich erinnere mich an ein Rock-Theaterstück des dänischen Künstlerkollektivs Röde Mor (Rote Mutter), in dem ein buntes Gemisch aus Entfremdung, Ausbeutung, Vereinsamung, Schizophrenie und anschließender "Pillentherapie" dargeboten wurde. Das alles nicht ohne Plattheiten (der Kapitalist als Vampyr, der alle Energie und Lebendigkeit aussaugt), aber doch berührender als vieles heute von "der Linken" Angebotene.

Reaktionen auf die Kritik

Das Dilemma der heutigen demokratischen und um Aufarbeitung bemühten AnthroposophInnen ist nachvollziehbar: was kann aus diesem unappetitlichen, verquasten Entwicklungsdogma als nicht eigentlich anthroposophisch gelöst werden, ohne das ganze Gebäude zum Einsturz zu bringen?

Auf die Vorwürfe, die Ideologie Steiners sei rassistisch, wird von AnthroposophInnen meist geantwortet, die Frage werde bei Steiner von einer "höheren Warte" aus gesehen, außerdem dürfe nicht vergessen werden, daß der Mensch ja durch alle Rassen "hindurch-inkarniere" - das Bewußtsein dieser "Tatsache" an sich schließe Rassismus per se aus.

In der eher "undogmatischen" Zeitschrift info3 2/93 schreibt Jens Heisterkamp: "Inhaltlich besteht also kein Zweifel, daß die Rassenunterschiede für Steiner unwesentlich waren. Er betrachtet sie als ‚Nachwirkungen`, und die in der Gegenwart maßgebliche Entwicklung besteht für ihn ‚gerade darinnen, daß der Rassencharakter abgestreift wird. Das ist das Wesentliche.`" (S.14) Das Menschsein stehe über allem Unterschied. Unnötig sei es auch, zu betonen, daß die anthroposophische Gesellschaft in ihrem Grundcharakter dieses aufnehme. Sie sei ohne Differenzierung eine international zusammengesetzte Gesellschaft. Steiners Haltung sei dem Konzept der "Reinerhaltung der Rassen" genau zuwider gelaufen. "Das Problem liegt also nicht bei Steiner

und seiner ‚historischen Bedingtheit`. Das Problem bilden gewisse entstellende Anhänger Steiners aus rechtsgerichteten Kreisen, die heute den Steiner von vor 70 Jahren mit einer Gesinnung verbreiten, die ewig-gestrig ist." Haverbeck (Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL)) wird in diesem Kommentar eindeutig als "Altnazi" bezeichnet.

Zwar denke ich, daß der Kommentator der info3 es sich hier zu einfach macht, siehe die Äußerungen Steiners über "die Juden" oder "die Franzosen" als "untergehende Rasse" - aber anerkannt werden muß doch, daß diese AnthroposophInnen mit Rassismus und RassistInnen nichts zu tun haben wollen.

Zwei Beispiele sollen diese unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten veranschaulichen. Unter der Fragestellung "Typisch männlich? Typisch weiblich?" wird an der Männer-Dominanz auch im "öffentliche(n) Wirken in und von anthroposophischen Zusammenhängen" Kritik geübt. (Info3, 11/1991) Dabei habe die Anthroposophische Gesellschaft mehr weibliche als männliche Mitglieder. Ein Artikel von Irmhild Mäurer kommt zu dem Schluß, Quotierung sei angebracht, wenn auch nicht der Weisheit letzter Schluß. "Das Ich des Menschen unterliegt nicht dem Geschlecht.", ist der entsprechende Bezug zu Steiner betitelt.

Auf Seite zehn derselben Ausgabe fordert Gerald Häfner (Anthroposoph und Mitglied der "Grünen"): "Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz". "Eine Welle von Ressentiments, Haß und Gewalt überzieht unser Land. Gewalt gegen Ausländer und Asylanten. Gekommen sind sie, um vor Verfolgung und Todesangst endlich sicher zu sein. Nun werden sie wieder verfolgt, müssen eventuell um ihr Leben fürchten - und das in der Bundesrepublik Deutschland, einem Rechtsstaat, und einem der reichsten Länder der Welt. Offener Rassismus wird wieder salonfähig (...) Statt sich geschlossen vor die Opfer zu stellen, sie zu schützen und in der Bevölkerung für Toleranz, Offenheit und Demokratie einzutreten, stempeln zahlreiche Politiker die verzweifelten Opfer selbst zu Tätern." Gedankt wird dann zwar durch die Bank Weizsäcker, wie Heiner Geißler, wie den Grünen und einigen Politikern der SPD die "sich nach wie vor an Humanität und Toleranz orientieren" - doch ist das eine andere Geschichte.

Hier stellt sich die Frage, was linke Kritik eigentlich will, wenn sie in dummdreister Pauschalität von Ökofaschismus bei AnthroposophInnen spricht, solche Positionen aber nicht ausnimmt. Hier scheint es wirklich um ein Moralwächtertum zu gehen, nicht darum, Menschen zu gewinnen und auch nicht um etwas, was selbstverständlich sein sollte: mit der nötigen Sorgfalt zu recherchieren.

Häfner schlägt vor, "ein Asylrecht zu schaffen, das die Einwanderung all derer, die nicht asylberechtigt sind, zugleich reguliert und begrenzt." Wirtschaftliche Not erkennt er als Einwanderungskriterium an. "Eine aus Blut, Abstammung und Herkunft zurückgeführte Einwanderungsgarantie für Deutschstämmige und Personen, deren Vorfahren in der Wehrmacht dienten, stellt eine Diskriminierung aller anderen Nationalitäten dar." "Vor allem aber gilt es, Initiativen zu ergreifen, um das ökonomische Ausbluten der Länder Osteuropas und der Dritten Welt zu stoppen." Eine durchaus "gängige" Sichtweise linker oder sozialdemokratischer Zusammenhänge - aber doch wohl kaum in die Rubrik "Ökofaschismus" einzusortieren!

Heiliger Gral und all das Zeugs

Eine notwendige Distanzierung und Auseinandersetzung mit den vorhandenen rechten Strömungen fehlt oft völlig. Unkritisch und unkommentiert wird rechten Positionen Raum überlassen. Hier wären sich demokratisch verstehende AnthroposophInnen gefordert, sich zu Wort zu melden.

Die Zeitschrift Info3 (in der letzten Ausgabe wurde übrigens ein Beitrag von Kai Ehlers zur aktuellen Lage in Rußland abgedruckt) 11/1990 interviewte den langjährigen (inzwischen verstorbenen) Vorsitzenden der Anthroposophischen Gesellschaft in den Niederlanden, Bernard Lievegoed, dessen Bücher viel gelesen werden unter anderem von AnthroposophInnen in Rußland. Lievegoed: "Die Frage, wie die Rassentrennung überwunden werden kann, beschäftigt mich, denn das steht an. Die Zeit der Trennung ist vorbei, sie war gar nicht beabsichtigt, sondern ist das Werk Luzifers. Die Rassen hätten Durchgangsstadien sein sollen, Entwicklungsphasen, die nicht nebeneinander, sondern nacheinander durchlaufen werden. (...) Diese Auffassung hat natürlich zu wütenden Reaktionen geführt, wenn man interpretiert, die Negerrasse sei vergleichbar mit dem Kleinkindalter. Man vergißt dann aber, daß der Mensch in jeder Phase seiner Entwicklung vollständig Mensch ist und die Charakterisierung etwa eines Babys keine Abwertung darstellt. Das Baby hat noch alle Entwicklungsmöglichkeiten." In Atlantis seien die Stiermenschen angelegt worden, dann "der Mittelrhythmische Mensch, das sind die Ur-Negerrassen". Und so rappelt der 85jährige Lievegoed ab, was

sich in etwa gleicher Weise in Steiners "Aus der Akasha-Chronik" findet. In diesem Interview zeigt sich sehr deutlich, was für eine Weltsicht aus anthroposophischen Schriften offenbar auch zu gewinnen ist. Eine Weltsicht, die ich für irrationalistisch und gefährlich halte. Es reicht nicht, sich allein mit der Rolle auseinanderzusetzen, die die Anthroposophie während des III. Reiches hatte, auch die aktuellen Verlautbarungen müssen kritisch geprüft werden.

Die Zeitschrift Info3 glänzt trotz ihrer großen Anzahl Antifaschistischer Texte erstaunlich häufig mit solchem Zeug. Manche AnthroposophInnen allerdings wenden sich mit Schaudern davon ab. Steiners Werk "Aus der Akasha-Chronik" scheint ihnen weniger Schwierigkeiten zu bereiten. Weil es fast achtzig Jahre alt ist? Man löse das Problem nicht, wenn man abstreite, daß es Rassen gebe, fährt Lievegoed fort. Steiner sagte sogar, daß die AnthroposophInnen besonders schnell diese Merkmale überwinden werden. "Den Kampf für die geistige Entwicklung Europas werden wir aber führen müssen. Das wird bald einige Jahrhunderte in Anspruch nehmen." "Zum Ende des Jahrhunderts sollen also Luzifer und Ahriman zusammenwirken. Das Instrument Luzifers war schon immer der Islam. Wir werden also eine Wiederbelebung des Islam erleben (im Jahre 1990 nicht gerade eine besonders originelle Prophezeiung), den Versuch, den heiligen Krieg zu führen. Und das Instrument Ahrimans auf Erden sind die Marsdämonen, die das Zentrum ihrer Wirksamkeit in Zentral-Mongolei haben. Von dort aus entfaltet Ahriman eine Wirksamkeit, die im 800-Jahresrhythmus über die Erde geht. 700 Jahre ist jeweils Ruhe, 100 Jahre lang werden die Mongolen aktiv." Die "gelbe Gefahr" kommt gleichfalls wieder zu Ehren: "Rudolf Steiner sagte also schon 1924: ‚Der wahre Gegensatz liegt nicht zwischen Rußland und Amerika ...`."

Steiner erklärte, Lenin und Wilson bildeten Tore, durch die das Ahrimanische in die Welt kommen können. Lievegoed erklärt, daß Mao Tse-tung sich von "Marsdämonen inspirieren ließ", denn: "So grausam können nur die Marsdämonen sein. Und dennoch sind dies erst die Vorläufer. Das Entscheidende wird die geistige Situation in Europa sein! Unsere Aufgabe ist es daher, hier eine christliche Infrastruktur aufzubauen." Das schrecke, im Gegensatz zu Kanonen, die Dämonen ab - und nur mit christlicher Infrastruktur könne ein christlicher Eingeweihter wirken.

Ein "Bestseller" in der anthroposophischen Szene ist derzeit ein Buch mit dem langen Titel "Die geistigen Quellen Osteuropas und die Mysterien des Heiligen Gral" von Sergej O. Prokofieff (Verlag am Goetheanum, 1989). Hauptinhalt des 576 Seiten starken Buches ist die historische Mission, die Mitteleuropa und die slawischen Völker vereine, wobei viele Einzelheiten über Mysterien und heilige Zeichen zu erfahren sind. Letzteres mag der Hauptgrund für die Anziehungskraft sein, die dieses Buch auf AnthroposophInnen ausübt. Zu Beginn der Auseinandersetzung mit der Anthroposophie hatte ich einmal gedacht, das "Spinnerte" der Anthroposophie sei noch das Harmloseste - inzwischen habe ich den Verdacht, daß es nicht von ungefähr kommt, wenn gerade dieses so leicht in reaktionäres Gewässer mündet.

Gewidmet ist es: "Den tausend Jahren Christentum in Russland (...) (988-1988)" Leider sind AnthroposophInnen, selbst nach den Erfahrungen, die anthroposophische Einrichtungen im Nationalsozialismus machten, in dieser Beziehung nicht besonders "hellhörig". Wahrscheinlich ist den wenigsten LeserInnen des Buches die politisch mehr als bedenkliche Ideologie klar. Ein Anthroposoph erklärte mir gegenüber, Prokofieff sei unangenehm slawophil. Er könne sich ohne weiteres mit Schirinowski zusammentun.

Ausführlich zitiert Prokofieff Steiners "Theorien", weshalb in Rußland "das Christusvolk" beheimatet sei. (S.17) ",Gegen Ende der atlantischen Zeit entwickelte sich in der Nähe des heutigen Irland eine Schar von Vorgeschrittenen, aus deren Mitte sich der größte Führer eine Anzahl auserwählte, um durch sie die Kultur fortzusetzen, wenn die sich vorbereitende Katastrophe eintreten würde.` (Zitiert nach Steiner, GA 109/11) In diesem Gebiet fand, im Verborgenen, auch die Teilung des einheitlichen Stromes der Mysterienweisheit des Sonnenorakels in die südliche und nördliche Strömung statt, wobei die erstere, wie wir sahen, von dem Manu geleitet wurde und die zweite von dem zukünftigen Zarathustra und von Skythianos." (S.19) "Die - besonders hohe - Entwicklung dieser göttlichen Kräfte, die in ihrem tieferen Wesen ein neues Wahrnehmungs- und Erkenntnisorgan für den Christus-Impuls sind, machte es den nördlichen Völkern Europas (den germanischen Stämmen) möglich, das sich später vom Süden Europas ausbreitende historische Christentum mit ungewöhnlicher Intensität und Schnelligkeit aufzunehmen." (S.34)

Alles was das esoterische Herz erfreut versammelt Prokofieff in seinem Buch: Die Ritter der Tafelrunde, den Artus-Impuls und dann kommen auch noch Thor und Donar, welcher letztere identisch ist mit dem slawischen Gott Perun.

Auch heute noch mache der russische Norden einen jungfräulichen Eindruck: "Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man mit alteingesessenen Bewohnern bekannt wird. Diese sind noch immer geistig gesunde und seelisch reine Menschen." (S.42) Kommen einem diese Formulierungen nicht unangenehm bekannt vor? Selbst "das Blut" läßt Prokofieff wieder zu Ehren kommen: "Wie wir wissen, ist das Blut der äußerlich-physische Träger des individuellen Ich im Menschen. Und so war ein Mittel zur Verstärkung des individuellen Ich-Impulses innerhalb des ostslawischen Volkes, ungeachtet aller seiner seelischen Eigenarten, die ihrem Wesen nach diesem Impuls entgegenwirkten, die Einwirkung auf sein eigenes Blut von seiten solcher Stämme, die schon eine Veranlagung zu einer starken Ich-Entwicklung in sich trugen." (S.43) So seien die Varäger (Schweden) eingeladen worden: "Denn damit, daß normannisches Blut in den Adern der Slawen zu fließen begann, konnten sie ganz anders und mit viel größerer Kraft den Ich-Impuls in ihre Seelen aufnehmen. (...) So wie das Volk Osteuropas einst in der Vergangenheit Repräsentanten des normannisch-germanischen Volkes auf dem physischen Plan zu sich rief und dieses Geschehen als historisch notwendig ansah, so wird sich das in der Zukunft noch einmal wiederholen, nun aber auf rein geistige Weise. Es muß das ostslawische Volk früher oder später in aller Objektivität die Notwendigkeit einsehen, daß es die höchste Frucht der gesamten geistigen und kulturellen Entwicklung Mitteleuropas, die anthroposophisch orientierte Geisteswissenschaft, in den Kreis seines inneren Lebens aufnehmen muß. Denn in Wirklichkeit kann nur in ihr die Rettung für Rußland gefunden werden! In diesem Sinne hat Rudolf Steiner mehrfach, ganz besonders während des Ersten Weltkriegs, auf die objektive spirituelle und historische Notwendigkeit der geistigen ‚Verbindung` zwischen Mittel- und Osteuropa in seinen Vorträgen hingewiesen." (S.44) Sogar ausdrücklich von einem "eugenischen Okkultismus" spricht Prokofieff, wohl bezugnehmend auf die mehr als merkwürdige These von der bewußten Mischung des slawischen Blutes mit dem nordischen.

Steiner fehlinterpretiert?

Gern wird auf Vorwürfe gegen die Anthroposophie, sie sei rassistisch, erwidert, hier werde Steiner fehlinterpretiert. Wie sah es aber nun mit der anthroposophischen Bewegung vor 1933 aus, welchen "Kurs" steuerte sie? Tatsächlich gab es eine Reihe von Artikeln in anthroposophischen Zeitschriften der zwanziger und dreißiger Jahre, die sich in anbiedernder Weise mit faschistischem Gedankengut befaßten. So wird Blochs Satz in "Erbschaft dieser Zeit", offenbar hindere nur der starke Anteil anderer Länder an der anthroposophischen Bewegung diese daran, geschlossen zu Hitler überzugehen, nachvollziehbar. Experte für anthroposophische "Rassenkunde" war in den dreißiger Jahren der Ethnologe Professor Dr. Richard Karutz. Auf diesen geht die Anregung zurück, in den Waldorfschulen kein Französisch mehr zu unterrichten. Über zehn Jahre lang (beginnend noch zu Lebzeiten Rudolf Steiners) gab Richard Karutz "Rassenkunde" in anthroposophischen Zeitschriften. Mir ist nicht bekannt, daß ihm ein Anthroposoph widersprochen hätte. Karutz stand im Briefwechsel mit dem nationalsozialistischen Rassenideologen Hans Günther und besprach z.B. wohlwollend auf dessen Anregung hin Darres Buch "Neuadel aus Blut und Boden". (Darre war der "Blut und Boden"-Ideologe des III. Reiches und gehörte seit 1930 der nationalsozialistischen Führungsgruppe an.) In "Das Goetheanum/Internationale Wochenschrift für Anthroposophie und Dreigliederung" (Ausgabe 10, 1931) bedauert Karutz einzig, daß die völkische Denkart eine Furcht vor dem Ich habe. Das beruhe auf einem Mißverstehen des Ich und auf dem Leugnen seelischer Entwicklungsmöglichkeiten.

In einem anderen Beitrag (in "Die Drei - Monatsschrift für Anthroposophie ...", 10, 1931) nimmt Karutz aus "geisteswissenschaftlichen Erkenntnissen" heraus Stellung gegen die "Mischehe": "Die Einsicht in die geistigen Wurzeln der menschlichen Organisation und in die wahre Bedeutung des Mensch-seins lehnt die Mischehe ab. Aus demselben Grunde lehnt sie freilich die gesetzgeberische Behandlung der Frage als schädlich ab. Das Verbot der Ehe zwischen Weißen und Farbigen sowie des außerehelichen Verkehrs zwischen ihnen, die immer schärferen Forderungen nach 'künstlichen Maßnahmen zum Getrennthalten der Rassen' haben nicht den gewünschten und erwünschten Erfolg. Man muß die Mischehe aus der bewußten Einsicht in den Willen des ewigen Ich als entwicklungswidrig erkennen und deshalb, aus Freiheit, ablehnen."

Hier stoßen wir wieder auf diesen seltsamen anthroposophischen Freiheitsbegriff, der in diesem Zusammenhang besonders makaber ist: "Ich will was ich soll." Nicht selten zitiert Karutz sogar direkt den Rassenideologen der Nazis, Günther, so zum Beispiel mit der Behauptung vom "Labilen", "Relativistischen"

des Mischlings. Notwendig sei über solchen Standpunkt hinaus die "Erkenntnis von der Seelenentwicklung des Menschen".

Der tropische Mensch, schreibt Karutz 1924, sei "vom Standpunkte seiner Ich-Bewußtheit ein früher, ein unentwickelter Mensch". Und dann gibt er Steinersche "Erkenntnisse" fast wortgleich wieder: "Das zeigt sich bis in die Hautfarbe hinein; das von innen nach außen wirkende Bewußtsein vermag den von außen nach innen wirkenden Sonnenstrahlen nicht die nötige Sonnenkraft entgegenzusetzen, vermag sie nicht aufzuhalten, nicht auszugleichen, sie überwiegen und färben die Haut dunkel." Aus dem Kampf zwischen innerer und äußerer Sonnenkraft erkläre sich die dunkle Hautfarbe.

Der Anthroposoph Wolfgang Weirauch (Flensburger Hefte 6/93) meint sich auf Steiner beziehen zu können, wenn er "die zerstörerischen Kräfte des Nationalismus anprangert". Er glaubt sogar, durch die Beschäftigung mit der Anthroposophie könne mensch konkret etwas für das friedliche Zusammenleben der Menschen und gegen den Ausländerhaß tun. Darin zeigt sich zwar eine erstaunliche Fähigkeit, sich diese Lehre nach eigenen Bedürfnissen zurechtzubiegen, aber eben auch, daß solche Anthroposophen schwerlich mit Faschisten wie Haverbeck in einen Topf geworfen werden können.

Wer aber nach dem Motto Zwischentöne sind nur Krampf im Klassenkampf vorgeht, ist mit einer Verurteilung schnell bei der Hand.

Es ist eine Sache, fundiert herauszuarbeiten, wie die Anthroposophie politisch einzuschätzen ist und dabei auf faschistische oder auch rassistische Versatzstücke zu stoßen und diese auch anzugreifen. Eine andere Sache aber ist es, nun pauschal alle anthroposophischen Menschen in diese Ecke zu stellen, ohne zu berücksichtigen, was sie tatsächlich für Ansichten vertreten. Wenn diese Differenzierung gemacht würde, würde schnell festgestellt werden, daß es keine homogene Anthroposophenschaft gibt.

jur

26. EMMA läuft Amok

Autor: Toni Menninger · Rubrik: Medien; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:02

Gnadenloser Metropolenchauvinismus, NS-Verharmlosung, Eugenik: Die Zeitschrift von Frauen für Menschen zeigt sich als radikale Verfechterin der herrschenden Verhältnisse - fast in jeder Hinsicht.

Dabei stilisiert EMMA sich selbst als Minderheit in einer feindlichen Welt, auch und gerade dann, wenn sie lediglich das artikuliert, was an allen Stammtischen getönt wird, zum Beispiel, daß deutsche Frauen sich vor Ausländern hüten sollten.

Nicht ohne meine EMMA

Ein Beispiel für die verzerrte Wahrnehmung der Realität ist die Affäre Mahmoody (EMMA 9/91): Als gegen den massiv rassistischen Gehalt des Bestsellers "Nicht ohne meine Tochter" Kritik laut wurde, titelte EMMA: "Die Hatz auf Betty Mahmoody." U.a. hatte sich die einstige EMMA-Autorin Ingrid Strobl ("Nicht ohne mein Sagrotan") gegen das Unding gewandt, "Sexismus mit Rassismus zu bekämpfen", und der Exil-Iraner Mostafa Arki hatte versucht, die westlich-bornierte, verzerrte Darstellung des Iran einigermaßen geradezurücken.

Hinter dergleichen kritischen Stimmen vermutete EMMA-Autorin Ursula Ott damals "eine gezielte Diffamationskampagne" der iranischen Regierung. Daß Arki selbst 1980 hatte flüchten müssen und es dennoch nicht gut heißt, daß seine Landsleute beleidigt werden, kommentiert sie zynisch: "Er müßte es eigentlich besser wissen."

Bornierte Besserwisserei gegenüber denen, die den ihnen zugedachten Opferstatus zurückweisen, und die ständige Suche nach angeblichen Hinter"männern", die Denunziation angeblicher "Verräterinnen", die unter "vermeintlich ‚fortschrittlichem`" Denkmantel das Geschäft finsterer Mächte betreiben - das sind die bewährten Methoden, mittels derer es EMMA noch immer gelungen ist, das eigene Weltbild vor jeglicher Hinterfragung zu bewahren. Und wenn es sein muß, wird anderen Frauen eben das Prädikat "feministisch" abgesprochen, werden Frauenzeitungen gleich reihenweise aus der Frauenbewegung exkommuniziert - Verschwörung gegen die Frauenbewegung und Kollaboration mit dem Klassenfeind, pardon Frauenfeind, lautet dann die Anklage. (EMMA 1/94, S.75ff.)

Was geht mich das eigentlich an? Wie komme ich als Mann dazu, einen EMMA-Verriß zu schreiben, und darf ich das überhaupt? Wenn mir eine sagt, ich solle mich erst mal um die Abschaffung das Patriarchats kümmern, bevor ich eine Frauenzeitschrift kritisiere, kann ich dem prinzipiell kaum widersprechen. (Wobei EMMA ja erklärtermaßen Männer und Frauen anspricht, was dann auch das Recht auf Kritik einschließen sollte.) Es geht hier aber nicht um eine innerfeministische Auseinandersetzung, in die ich mich nicht einzumischen hätte. Hier geht es um Diskurse, die die Legitimation oder sogar Verschärfung von Herrschaftsverhältnissen zum Ziel haben. Die Argumentationsstrukturen, die EMMA einführt oder weiterentwickelt, können auch von ganz und gar antifeministischen, patriarchalen Kräften zu ihrer Legitimation genutzt werden. Mit solchen Reaktionären setzt EMMA sich in ein Boot. Ich will hier versuchen, die Entwicklung EMMAs in den letzten Jahren im Zusammenhang darzustellen. Wir werden sehen, daß es sich nicht um einzelne Ausrutscher handelt.

Täter: Tunesier

Anläßlich der Wahlerfolge der Rechten gab Alice Schwarzer (A.S.) zum Besten: "Und zur Angst vor Ausländern - die zunehmend aus Kulturen kommen, in denen wir Frauen noch weniger gelten als hierzulande - haben Frauen leider auch mehr Grund als die Männer." (EMMA 6/92, S.22)

Im Herbst 1992, angesichts der Eskalation rassistischer Gewalt, startet EMMA die "Stoppt Frauenhaß"-Kampagne. Boris Gröndahl stellte damals in konkret (2/93, S.27) fest: Die Kampagne zu dieser Zeit an diesem Ort verrate, "daß hier etwas vertuscht werden soll". Im Mai veröffentlicht EMMA dann eine Liste von "Frauenhaßmorden", in der bei nichtdeutschen Opfern und/oder Tätern fein säuberlich die Staatsangehörigkeit aufgeführt wird, etwa so: "Täter: Ehemann (Tunesier)". EMMA-Spezialservice für RassistInnen. (EMMA 3/93, S. 85)

Zur Jahreswende erfolgt die Umbenennung des "Magazin von Frauen für Frauen" in ein "Magazin von Frauen für Menschen", die Umstellung auf zweimonatliche Erscheinungsweise und die Einführung von "Dossiers". Das erste dieser Dossiers heißt "Ein (Männer)Volk." (EMMA, 1/93).

Cornelia Filter schreibt im Hauptartikel über das Erstarken der Neonazis: "Jugendrevolte gegen alles, was erwachsen ist, (...) Mackergedröhne allemal. Damals wie heute." Mit "damals" meint sie die linke Jugendbewegung der 70er mit Che Guevara und "We are children of the revolution" (S. 26), mit "heute" die Nazis, die "Krieg gegen Schwache" wollen. Revolte ist also etwas typisch mackerhaftes (Frauen revoltieren wohl nicht?). Und Krieg gegen die Schwachen ist bei EMMA Revolte gegen die Erwachsenenwelt.

Linke sind also etwas ähnliches wie Nazis. Linke Frauen kommen gar nicht erst vor oder werden von EMMA auf Anhängsel von Männern reduziert. Übrigens genauso wie ausländische Frauen.

Im selben Heft gibt A.S. die Parole aus: "Der Frauenhaß ist die Mutter (Hervorhebung ak) allen Hasses" (S.5), damit auch des "Fremdenhasses". Gleichzeitig betont sie: "wir Frauen sind den Herrenmenschen nahe; wir teilen als Mütter, Schwestern oder Geliebte ihr Leben. Und trotzdem trifft uns derselbe, ja sogar ein noch größerer Haß." "Wir Frauen" sind deutsche Frauen.

Bischof Dyba, ein Agent des Orients

Im Juli, nach den Morden von Solingen, erscheint das "Fundamentalismus"-Dossier. (EMMA 4/93)

EMMA propagiert das Feindbild "Islam" mit Stimmungsmache übelster Machart zwischen Mahmoody und Scholl-Latour. EMMA nimmt dabei die Perspektive des "wir" ein, die deutsche Frauen und Männer ein- und muslimische Frauen und Männer ausschließt: "Mitten unter uns", "mitten in Deutschland" treiben MuslimInnen ihr Unwesen.

Mit der Beschwörung der Bedrohung "von außen" geht die uneingeschränkte Identifikation mit der westlichen Zivilisation einher - Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus ausdrücklich eingeschlossen. "Es hat eine Weile gedauert, bis wir Briten den Islam als ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens und der herrschenden Staatsordnungen erkannten. (...) Und außerdem geistert in unseren Hinterköpfen die Erinnerung rum, daß wir den Islam während der Kreuzzüge doch ein für alle mal erledigt hatten, daß Jesus damals doch wohl eindeutig über Mohammed triumphiert hat." (Fay Weldon, S.54). Eine Hoffnung, die sich, wie Weldon bedauert, als trügerisch herausgestellt habe.

Antirassismus betrachtet EMMA als eine Art Luxus, den Frauen sich nicht leisten könnten. Die Multikulti-Idee etwa eines Leggewie wird als zu tolerant von rechts kritisiert. Heiner Geißler dafür als kompromißloser Verfechter der Fraueninteressen gegen den islamischen Angriff gewürdigt (S.44). Für Antje Schrupp muß Feminismus "als Theorie sich darauf beschränken das genuin anliegende Anliegen zu betreiben". Feministinnen sollten "das Problem ‚Rassismus` in ihrer Theoriearbeit ausblenden". Frauen (schwarze und weiße), die das ablehnen, verdächtigt Antje Schrupp, sich "lediglich vor den Karren einer Männerbewegung spannen" zu lassen, oder denunziert sie gar als "weibliche Handlangerinnen weißer Männer". A.S. liefert im selben Heft den sachdienlichen Hinweis, "der Fundamentalismus (sei) die orientalische Variante des Faschismus". Jetzt wissen wir endlich, daß Bischof Dyba und andere christliche FundamentalistInnen vom "Orient" gesteuert werden. Die Solinger Morde und das, was darauf folgte, beurteilt sie so: "Wir sehen aber nur junge Männer. Auf beiden Seiten übrigens: bei den randalierenden Herrenmenschen und bei den zurück randalierenden Türken" (S.35) - Opfer oder Täter, links oder rechts, was kümmert's schon.

Sind Türkinnen Menschen?

EMMA macht einen Unterschied zwischen "Frauen" und "Türkinnen" (so in der "Frauenhaß"-Opferliste). Immerhin ist eine Türkin für EMMA auch ein Mensch. "Eine Türkin/Ich bin ein Mensch wie ihr" titelt die Fundamentalismus-EMMA, die nach den Morden in Solingen erschien!

Arzu Toker, die Titelfrau, der dieser Satz gegen ihren Willen in den Mund gelegt wurde, wußte gar nicht, daß es in der EMMA-LeserInnenschaft Zweifel an ihrem Menschsein geben könnte. Und die Zumutung, die Qualität ihres Menschseins am Maßstab der europäischen Frau ("wie ihr") gemessen zu sehen, empört sie genauso wie die Tatsache, daß EMMA gegen ihren ausdrücklichen Wunsch (EMMA wird das später bestreiten und Toker der Lüge bezichtigen) ihre nationale Herkunft ausbreitet.

Toker distanziert sich von EMMA. (beiträge 35) Sie kritisiert die Art, wie mit ihr umgesprungen wurde, und zeigt sich entsetzt über das Dossier und seine Präsentation insgesamt. Toker verwahrt sich auch dagegen, von EMMA als "Schwester" vereinnahmt zu werden: "Ich hatte Frau Schwarzer mitgeteilt, daß wir keine Schwestern sind. Nochmals: Schwestersein hat Konsequenzen. Für beide!" (S. 120). Ihrem Artikel stellt sie ein Zitat der NS-Frauenschaftsführerin voran: "Wir deutschen Frauen haben uns stolz und freudig unter das Gesetz des Nationalsozialismus gestellt!" Das EMMA-Dossier löste allenthalben heftigste Empörung aus. Eine ganze Reihe von Frauenzeitschriften und -gruppen "verurteilen die von EMMA geleistete Zuarbeit zu jener mörderischen rassistischen Ideologie, die die in Deutschland lebenden ‚Fremden`, Frauen und Männer, bedroht" (initiiert von Schlangenbrut, Münster; Wortlaut z.B. in FRAZ 3/93, München). Einige Gruppen von "im Exil lebenden Frauen, Immigrantinnen, Schwarzen Frauen und Jüdinnen", rufen zum EMMA-Boykott auf, denn EMMA betreibe "eine offen rassistische Hetze". "Diese letzte Ausgabe ist nicht nur systemstabilisierend, sie ist auch eine Beleidigung und wir empfinden sie als Angriff auf uns" (Wortlaut bei Prömm 1993b). EMMA (1/94, S.75) reagiert auf die geballte feministische Kritik erneut mit dem bewährten Mittel der Denunziation und geht dabei so weit, den Boykottaufruf der Immigrantinnen, Jüdinnen und schwarzen Frauen in die "deutsche Tradition" des nazistischen Judenboykotts zu stellen.

Menschen sind Tiere

Wir sind bei der EMMA-Ausgabe 1/94 angelangt, unsere vorletzte Station. Das Dossier heißt diesesmal "Tierrechte". Es wird in der vorherigen Ausgabe so angekündigt: "Warum sind so viele Frauen Tierrechtlerinnen und so viele Frauenmörder Schlachter? Das Emma-Dossier." Im programmatischen Kommentar von A.S. (S.5) heißt es: "Frauen und Tiere. Die sind in den Augen des Patriarchats seit jahrtausenden ein Programm: Sie sind das Fleisch, der Mann ist der Geist; sie sind die Natur, der Mann ist die Kultur; sie sind das Opfer, der Mann ist der Täter." Um alles und jedes in dieses billige Schema pressen zu können, wird in EMMA auf vielen Ebenen verharmlost, wird um eines billigen Effektes willen Unvergleichbares verglichen, werden Unterschiede eingeebnet, Täter-Opfer-Verhältnisse nicht nur verschoben, sondern vollständig umgekehrt. Heraus kommen dann so Abstrusitäten wie, daß Vergewaltigung mit dem Schneiden eines Messers in ein Stück Fleisch verglichen wird (S.61) und "das Steak auf dem Teller" des "Herrn der Schöpfung" zum "Zeichen der Macht über alle Geschöpfe" wird (S.60).

"Die Hierarchie ist klar", sagt A.S., "Unter dem Herrenmenschen sind die anderen Männer. Unter den Männern sind die Frauen", darunter kämen dann Kinder und "ganz unten" Tiere. Damit sagt A.S. nichts anderes, als daß es den jüdischen Männern in der Nazizeit immer noch besser gegangen sei als den deutschen Frauen. Die völkische Ideologie aber bezieht arische Frauen sehr wohl ins "Herrenvolk" ein, dem Mann untergeordnet, aber im Gegensatz zu den "Untermenschen" zum Kollektiv gehörig. Die von A.S. beschriebene "Hierarchie" ist auch in anderer Hinsicht unsinnig. Vielen Tieren geht es besser als vielen Menschen, ein/e Tierfreund/in kann sehr wohl Menschenfeind/in sein. A.S. bietet keine Analyse, sondern eine Ausrede, um sich mit dem Nationalsozialismus nicht auseinandersetzen zu müssen. Verdrängung als Programm.

Menschen und Kakerlaken

Das ganze Dossier transportiert eine spektakuläre Verharmlosung und Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen. Gleich zwei Autorinnen (Sonja Bork und Sina Walden) assoziieren "sechs Millionen Tierversuche jährlich" in der BRD mit sechs Millionen ermordeten Juden und Jüdinnen. Dabei betont Bork, die von "Tier-KZs" redet, gleichzeitig das "Verdienst", daß es "auf unseren Straßen" nicht so grausam gegen Tiere zugehe wie "in Südeuropa und auf anderen Kontinenten". Das zeigt, wie unreflektiert und phrasenhaft hier mit Superlativen operiert wird - gedankenlos, aber nicht folgenlos.

A.S. spricht von dem "Respekt vor dem Anderen": "Wer diesen Respekt nicht vor dem Tier hat - (...) auch vor Ratten und Kakerlaken - der hat ihn auch nicht vor dem Menschen". Hier wird "Respekt" zu einer abstrakten, von jedem sozialen Kontext losgelösten Essenz, die mensch den Kakerlaken als Spezies genauso wie individuellen Menschen entgegenbringen kann. Damit ist dieser "Respekt" völlig sinnentleert, und niemand weiß, was das konkret sein soll. A.S. hat nur erreicht, daß Menschen mit Kakerlaken, also mit einer als eklig geltenden Spezies, vergleichbar werden. Das rhetorische Mittel, Tiere mit Menschen zu vergleichen, bewirkt vielleicht eine oberflächliche Sensibilität gegenüber dem Leiden von Tieren, so wie die EMMAs "zumindest zur Zeit" kein Fleisch mehr essen (S.3). Aber die nachhaltigere Wirkung dieses Vergleichs ist doch eher die Abwertung des Menschen.

Um der Tierrechte willen wird eine unbegreifliche Verharmlosung menschlicher Leiden betrieben. Insekten totschlagen, Tiere töten, um sie zu essen, ein Steak schneiden, Tierversuche machen, Frauen vergewaltigen, morden, massenmorden, endlösen, es ist alles eins, alles "ein Geist" (A.S.). Diese Relativierung wird noch nicht einmal dem Leiden der Tiere gerecht. Höhepunkt ist schließlich die Behauptung: "Menschen sind auch Tiere" (S.68).

Tierschutz und Euthanasie

Es ist keineswegs ein Ausrutscher, sondern liegt völlig in der Logik dieser Gedankenwelt, wenn EMMA sich anschließend für den Tierrechtler, Bioethiker und Tötungspropagandisten Peter Singer und seine Ideologie einsetzt (EMMA 2/94, S.68). Jobst Paul stellt in seiner Analyse des Singer-Diskurses (Jäger/Paul) fest, daß Singer in seiner "Praktischen Ethik" weitgehend "auf der Basis von Tiermetaphern" (S. 30) argumentiert. Singer schreibt: "So scheint es, daß etwa die Tötung eines Schimpansen schlimmer ist als die Tötung eines schwer geistesgestörten Menschen, der keine Person ist." (S.39) Es gibt bei Singer viele ähnliche Sätze, in denen Menschen als (Gruppen von) Individuen mit Tieren als Spezies verglichen werden und dabei schlecht abschneiden. Paul spricht von "doktrinär-ideologischen Adaptionen der Tiermetapher" (S.42), die gerade für die NS-Rassenlehre charakteristisch waren und bei Singer wieder auftauchen. Klee stellt fest: "Singers Thesen finden wir schon 1937 in dem SS-Kampfblatt ‚Das Schwarze Korps`". Dort heißt es: "Ein idiotisch geborenes Kind hat keinen Persönlichkeitswert. (...) Das Bewußtsein seines Daseins geht ihm weniger auf als einem Tier." Auch die "bizarre Verquickung von Tierschutz und Euthanasie (weckt) Erinnerungen an die NS-Zeit", denn Tierschutz rangierte vor dem Schutz behinderter Menschen. "Bruder Nationalsozialist, weißt Du, daß Dein Führer schärfster Gegner jedweder Tierquälerei, vor allem der Vivisektion, der ‚wissenschaftlichen` Tierfolter ist, dieser entsetzlichen Ausgeburt der jüdisch-materialistischen Schulmedizin ...?", hieß es damals eindringlich in der Nazipresse. Hitler wurde sogar als "Erlöser der Tiere aus end- und namenlosen Leiden" ausgerufen (zit. n. Klee).

Freund Singer

Für EMMA ist Singer "Freund Singer" (Titelseite), "in Deutschland wird er als Menschenfeind gehetzt - in der Welt als Tierfreund geachtet". EMMA-Autorin Cornelia Filter ergreift über sechs Seiten vorbehaltlos Partei für seine Thesen. Hat sie seine Bücher, die sie zum weiterlesen empfiehlt, wirklich gelesen und bejaht ihre Aussagen, oder macht sie das nur um einer Provokation willen? Mit kritischen Stimmen hat sie sich mit Sicherheit nicht auseinandergesetzt, statt dessen kommt die übliche haßerfüllte Diffamierung der Krüppelbewegung, die deutsche Liberale, die endlich über die Tötung von Behinderten diskutieren wollen, wohl reflexartig draufhaben. Neben der Krüppelbewegung sind es "Fraueninitiativen gegen Gentechnik", die EMMA erzürnen, weil sie im "Anti-Euthanasie-Forum" gegen den Singerdiskurs kämpfen und den großen Tierrechtler "regelrecht verfolgt", ja "mundtot gemacht" haben.

Singer ist Leiter eines In-Vitro-Fertilisationsprojektes und tritt für eine weitgehende Deregulierung auf dem Gen- und Reprosektor, z.B. für Embryonenforschung ein. Sein Menschenbild ist stark biologistisch geprägt. Er zitiert die Pseudowissenschaftler Arthur Jensen und Hans-Jürgen Eysenck, die gegen die Gleichheit der Menschen wettern und ein faschistisches Menschenbild propagieren. Sie sind "die wichtigsten Kronzeugen aller Rassisten, aller rechtsextremen Publikationen, und zwar international". Ihre Arbeiten werden von Singer "insgesamt positiv gewürdigt und als solche in den philosophischen Spezial-Diskurs eingespeist" (Jäger, S.26).

Singers verbale Distanzierungen von Rassismus, Sexismus und Faschismus, auf die Cornelia Filter sich beruft, sind äußerst fragwürdig. Er fordert nur, "krassere Formen von Rassismus und Sexismus" auszuschließen (S.22), und sagt: "Wir können die Euthanasie nicht nur deshalb verdammen, weil die Nazis sie durchgeführt haben." Er ist nicht nur überzeugt, daß menschliche Fähigkeiten ererbt sind, sondern behauptet auch, es könne "nicht ausgeschlossen werden", daß Schwarze für das Medizinstudium weniger begabt seien. "Danach ist eine unverhältnismäßig kleine Anzahl von schwarzen Ärzten für sich genommen noch kein Beweis für die Diskriminierung der Schwarzen." (S.20)

Grenzziehungen

Ob Cornelia Filter das gelesen hat und es billigt, ist ihrem Text nicht zu entnehmen. Sie referiert zunächst uneingeschränkt zustimmend den "Tierrechtler" Singer. "Die Diskriminierung von nichtmenschlichen Wesen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Spezies (Speziesismus) ist genauso verwerflich" wie Rassismus und

Sexismus (S.70). Ernst genommen hieße das: Essen von Lebewesen (selbst von Pflanzen) ist Speziesismus. Kein Problem für Singer, da er sowieso kein Anhänger der Gleichheit ist. Er beseitigt "die Grenze zwischen Mensch und Tier" - für Cornelia Filter stellt er damit "die Machtfrage schlechthin" (S.73) - nur, um eine neue Grenze zu ziehen, nämlich die zwischen "Personen" und "Nichtpersonen". Wobei nicht nur einige Tiere in den Kreis der "Personen" aufgenommen, sondern halt auch ein Teil der Menschheit ausgeschlossen wird.

Nicht die Aufhebung der Hierarchie ist Singers Anliegen, sondern "die Hierarchie möglichst vernünftig zu gestalten, wobei die Vernunft instrumentell verstanden wird. (...) Er will die Verhältnisse modifizieren, nicht überwinden" (Tolmein, S.72). Sein Rezept: Nicht Gleichheit (egalite), sondern "gleiche Berücksichtigung". Cornelia Filter leuchtet ein, daß es "sinnlos" ist, "einem Mann das Recht auf selbstbestimmte Mutterschaft" zu geben (S.70), ohne zu merken, daß die Rechten genauso argumentieren, wenn sie Mutterschaft und Hausfrauenrolle fördern wollen, weil das und nicht die künstliche "Gleichmacherei" dem wahren Interesse der Frau entspreche. Wenigstens hätte ihr auffallen können, daß "gleiche Berücksichtigung" eine berücksichtigende Instanz voraussetzt, die bestimmt, was für eine/n gut ist. Wer soll das sein? Ein wesentliches Ziel der Bioethik-Debatte ist es, die Legitimation von solchen Gremien wie "Ethik-Kommissionen" zu verankern, die fern jeder demokratischen Kontrolle kraft einer angeblichen Sachkompetenz gesellschaftlich relevante Entscheidungen fällen sollen, wozu die Masse der Bevölkerung angeblich nicht in der Lage ist.

Cornelia Filter rühmt Singers Utilitarismus: "Ginge es nach ihm, müßte sich im Idealfall jede/r vor einer Entscheidung fragen: Was sind meine Interessen, was sind die Interessen aller und dann ‚denjenigen Handlungsverlauf wählen, der per Saldo für alle Betroffenen die besten Konsequenzen hat`" (S.72). Die ökonomische Terminologie, die "Ausdruck des den Utilitarismus prägenden Reduktionismus" ist, hätte die EMMA-Autorin stutzig machen müssen. "Die Gestaltung der sozialen Verhältnisse nicht mehr durch aggressive Zwangsmaßnahmen durchzusetzen, sondern die Individuen zu motivieren, sich freiwillig, ‚selbstverantwortlich` so zu verhalten, daß sie sich mit möglichst wenig Reibungsverlusten in die Leistungsgesellschaft einpassen, ist das Erfolgsrezept der ‚Modernisierer` aller Fraktionen." (Tolmein, S. 67) Im Extremfall heißt das: Wer kostenaufwendige Pflege benötigt, soll sich überlegen, ob es nicht "per Saldo für alle" das Beste wäre, "freiwillig" ein Ende zu machen (s. dazu "Euthanasie - 'auf Verlangen' und 'freiwillig'?", ÖkoLinX Nr. 10/93).

Schwangeren wird nahegelegt, im gesellschaftlichen Interesse pränatale Diagnostik in Anspruch zu nehmen, um gegebenenfalls Kosten zu sparen. Und weiter: "Betrachtet man neugeborene Kinder als ersetzbar, wie wir jetzt Föten als ersetzbar betrachten, so hätte das gegenüber der Amniozentese mit nachfolgender Abtreibung beträchtliche Vorteile" (Singer, Prakt. Ethik S.186). Die Passagen, in denen Singer und andere BioethikerInnen offen ökonomisch argumentieren im Gegensatz zu ihrer Beteuerung, den "Lebenswert" von Individuen "ausschließlich aus der Binnenperspektive" beurteilen zu wollen, sind mannigfach. Singer geht so weit, die Kosten vorzurechnen, die die Behandlung bestimmter schwerbehinderter Kinder kostet - wie in der NS-Propaganda. Cornelia Filter findet das nur konsequent. Daß Singer den Kontrast zwischen dem Elend im Trikont und der aufwendigen Medizin hierzulande als Argument gegen letztere anführt, würdigt sie als Engagement für die "Dritte Welt", dabei geht es Singer gerade nicht darum, die Verhältnisse anzugreifen, die das Elend verursachen, oder bestimmte Entwicklungen in der modernen Medizin zu hinterfragen, die den Bedürfnissen der Menschen möglicherweise gar nicht entsprechen, im Gegenteil, er setzt sich für einen "medizinischen Fortschritt" ohne gesellschaftliche Kontrolle ein (S.72).

Wenn - dann

Wenigstens an einer Stelle ist die EMMA-Autorin stutzig geworden. "Wenn es um menschliche Lebewesen geht, erschreckt der Utilitarist manchmal durch eine Kälte, die dem Tierrechtler fremd ist". Aber auch davon läßt sie sich nicht beirren. Das "konsequent logische Wenn-Dann-Denken" bei Singer bewundert sie, auch wenn es manchmal "gnadenlos" ist. Es ist genau die Logik, die den Feministinnen sagt: "Wenn ihr für das Recht auf Abtreibung seid, dann müßt ihr auch für Embryonenforschung sein." Vernünftig kann das nur finden, wer radikal vom menschlichen und sozialen Kontext abstrahiert und dann den Frauenleib nur noch als eine Art Reagenzglas wahrnimmt. Singer behauptet, "wenn der Fötus nicht denselben Anspruch auf Leben wie eine Person hat, dann hat ihn das Neugeborene offensichtlich auch nicht" (zit. n. Klee). Mit Logik hat das nichts zu tun.

Auch Cornelia Filter versucht sich in dieser Art von "Logik". Wer für die Streichung des § 218 sei, könne doch "die pränatale Diagnostik und damit die Früherkennung von Behinderungen" nicht kritisieren! Hier wird in

EMMA also das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft mit dem Recht zur Eugenik verknüpft. Cornelia Filter findet es schließlich "durchaus diskutabel", die Tötung von Neugeborenen dann, wenn sie schwerstbehindert sind und die Eltern es wollen, zuzulassen. Sie übernimmt Singers Argumentation völlig unkritisch, und behauptet, damit nicht das Lebensrecht von Behinderten zur Disposition zu stellen. Wie das möglich sein soll, über die Tötung von Menschen zu diskutieren, ohne damit gleichzeitig ihr Lebensrecht zur Disposition zu stellen, verrät sie allerdings nicht.

Toni Menninger

Literatur zum Weiterlesen:

A. Rassismus/ Feindbild Islam

Arki, Mostafa: Das Andere anders sein lassen. Hildesheim o.J. (Internationales Kulturwerk).

beiträge zur feministischen und Praxis, Nr. 35: Feminis-muß. Köln 1993.

Davis, Angela: Rassismus und Sexismus.

Foitzik, Andreas u.a.: Ein Herrenvolk von Untertanen. Rassismus - Nationalismus - Sexismus. Duisburg 1992 (DISS).

Hinrichs, Beate: Auf der Spur von Betty M., in: taz` v. 21.10.1991, S. 19.

Hippler, Jochen/ Lüg, Andrea: Feindbild Islam. Hamburg 1993 (Konkret Literatur Verlag).

Mernissi, Fatima: Der politische Harem.

Meulenbelt, Anja: Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus. Reinbek 1993 (Rowohlt).

Prömm, Angelika (1993a): Rassistische Blockaden - blockierter Antirassismus? Köln/Frankfurt 1993 (Neuer ISP-Verlag.).

dies. (1993b): Das Schwert der EMMA. Frauenunterdrückung wird für rassistische Hetze mißbraucht, in: 'morgengrauen'. Antirassistische Zeitung, Nr. 22/ Oktober 1993. Köln (SoZ-Verlag.)

Saadawi, Nawal el: Tschador. Frauen im Islam. Bremen 1980 (con).

Silsila. Zeitschrift gegen Rassismus und Imperialismus, Nullnummer. Anti-islamischer Rassismus und Algerien (1992), Heft 1 und 2 (1993).

Strobl, Ingrid: Nicht ohne mein Sagrotan, in: ‚Stadtrevue`, Köln, und ‚Protest` Nr.1 v. 5.6.1991, Bochum.

B. Bioethik/ Eugenik/ Euthanasie

Christoph, Franz: Tödlicher Zeitgeist. Notwehr gegen Euthanasie. Köln 1990 (KiWi).

Christoph/Goehler/Leyrer/Paczensky/Witkofski: Krüppelschläge, in: konkret 4/1989, S.41-48 (Streitgespräch über Eugenik und § 218).

Degener, Theresia/Köbsell, Swantje: "Hauptsache, es ist gesund?" Weibliche Selbstbestimmung unter humangenetischer Kontrolle. Hamburg 1992 (Konkret Lit. Verlag).

Die Randschau. Zeitschrift für Behindertenpolitik. In Ausgabe 6/1993 Schwerpunkt Bevölkerungspolitik, in 1/1994 Protest gegen EMMA ("'Affentheater im Blätterwald").

Drechsel, Klaus-Peter: Beurteilt Vermessen Ermordet. Die Praxis der Euthanasie bis zum Ende des deutschen Faschismus. Duisburg 1993 (DISS).

Jaeger, Siegfried/Paul, Jobst: Von Menschen und Schweinen. Der Singer-Diskurs und seine Funktion für den Neo-Rassismus. Duisburg 1992 (DISS).

Klee, Ernst: Von Menschen und Tieren, in: ‚Die Zeit` v. 30.6.1989,

ÖkoLinX Ausgaben 7, 8/9 (1992), 10, 12 (1993), 13 (1994).

Tolmein, Oliver: Geschätztes Leben. Die neue "Euthanasie"-Debatte. Hamburg 1990 (Konkret Lit. Verlag).

ders.: Wann ist der Mensch ein Mensch? Ethik auf Abwegen. München/Wien 1993 (Hanser Verlag).

Der Artikel wurde redaktionell bearbeitet und gekürzt.

27. EMMA - reif für den Überfall?

Autor: Li. · Rubrik: Autonome; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:19

Am 10. Mai, so war es in der Presse von FAZ bis taz zu lesen, sind die Räume der EMMA-Redaktion verwüstet worden. Eine Gruppe von Frauen war in die Räume gestürmt und hatte neben "riesigen Haufen von Düngermist" Parolen wie "EMMA selektiert" und "Euthanasie ist Gewalt" an den Wänden zurückgelassen.

In dem Bekennerinnenschreiben heißt es: "EMMA scheint zu wissen, was sie will. Das hat sie bereits mit dem einfühlsamen Artikel über die ‚Böhsen Onkelz` und dem zum Teil offenen Rassismus in dem Fundamentalismusdossier gezeigt. Und im Namen des Tierrechts relativiert EMMA den Holocaust ... Was EMMA ihren Leserinnen als Feminismus, als mutigen Akt gegen die Männergesellschaft verkauft, ist nur die Anpassung an den gesellschaftlichen Mainstream." (zitiert nach taz, 13.5.94)

Ein Artikel, der ebenso in diese Reihe gehört, ist in dem Zitat nicht genannt. Der Artikel über "Freund Singer" von Cornelia Filter (siehe auch nebenstehenden Artikel). Alle genannten Artikel greifen Themen auf, die seit langem fester Bestandteil der Diskussion in der Linken wie auch der Frauenszene sind. Die LeserInnen und andere Frauenzeitungen reagierten mit harscher Kritik, auf das Fundamentalismusdossier sogar mit einem Boykott-Aufruf.

Den Frauen, die am 10. Mai die Redaktionsräume von EMMA in ein Chaos verwandelten, war das offenbar nicht genug. Für sie waren diese Artikel Grund genug, militant zu werden und Maschinen zu stürmen. Getroffen haben sie damit eine Zeitschrift, die im Vergleich zur sonstigen Presse nicht besonders groß und wahrscheinlich auch nicht gerade wohlhabend ist. Eine Zeitung, die in ihrem bisher 17jährigen Bestehen viele KritikerInnen hatte und deren Position auch schon bevor EMMA "für Menschen" schrieb mehr den Hang der Chefin zur Sozialdemokratie verdeutlichte als der feministischen Diskussion Ausdruck verlieh. Eine Zeitschrift, die aber für Feinde und FreundInnen mittlerweile eine Institution geworden ist. Eine Institution, die an die Frauenbewegung der 70er und 80er Jahre erinnert und die zumindest noch den Anspruch hat, antipatriarchal und damit auch emanzipativ zu sein.

Spätestens seit dem Fundamentalismusdossier wurde aber deutlich, auf welcher Bahn sich EMMA bewegt: EMMA greift ein aktuelles Thema auf, um damit zielsicher einen Treffer auf der falschen Seite zu landen. Und genau das will sie auch, wie frau der Presseerklärung vom 11.5.94 entnehmen kann: "In allen drei Artikeln ging es um Tabus und Denkverbote aus den Reihen der ‚linken` Szene." Tabubrechen, komme was da wolle - am liebsten natürlich Aufsehen und neue Abos -, als EMMA-Journalismus.

Zur Strafe, nach dem Motto "Wer nicht hören will, muß fühlen", donnert diese Aktion der Frauen in die EMMA-Räume, derjenigen einen Denkzettel zu verpassen, die auch nach Boykott-Aufruf noch nicht schlauer geworden ist.

Nicht nur, daß ein solches Vorgehen letzlich ein autoritäres Denken verrät, es ist schlicht widersinnig und zudem politisch falsch. Es ist falsch eine Zeitschrift, die sich trotz allen Tabubrechens noch von der bürgerlichen Presse unterscheidet, ihres Handwerkzeuges, sei es auch nur für kurze Zeit, zu berauben, um auf diese Weise zu demonstrieren: Paßt bloß auf, was ihr schreibt.

Hat sich EMMA mit dieser ja langsam unendlich anmutenden Kette von Dummheit, Plattheit und Arroganz aus dem Kreis der diskutierbaren Medien verabschiedet? Gehört sie nun zu den Medien, die aufgrund ihrer Gesinnung ohne Wenn und Aber bekämpft gehören - so wie die Springer-Presse, die FAZ und andere, die tagtäglich schier unerträgliche Frauenfeindlichkeit und Rassismus predigen?

EMMA gehört nicht in diese Kategorie von Zeitungen, nach wie vor nicht. EMMA gehört zu denen, die politischen Mainstream verkünden, und das ist enttäuschend und ärgerlich. Aber noch ist mit EMMA zu diskutieren.

Die Redaktionsräume von EMMA sind der falsche Ort für eine solche Aktion. Und es ist - um es noch einmal zu sagen - politisch falsch, diesen und nicht den Weg zu wählen, den die KritikerInnen in bezug auf das Fundamentalismusdossier gewählt haben.

Die breite inhaltliche Auseinandersetzung, die sich in vielen Frauenzeitungen und theoretischen Zeitschriften entspann, hat einiges zur Diskussion "Frauen und Rassismus" beigetragen und war für die Leserinnen weitaus bereichernder als diese "pure" Aktion. Zu demonstrieren, wir haben eine andere Meinung und finden es verkehrt, was und wie EMMA publiziert, hat auf die Inhalte der Debatte keinerlei Einfluß. Nur eine verstärkte inhaltliche Auseinandersetzung kann die Debatte befördern.

Aufklärung und Argumentation sind immer noch die hilfreichsten Stützen im Kampf gegen Dummheit und Arroganz - und für die Befreiung vom Patriarchat. Dabei sind Ärger und Wut und die Umsetzung dieser Gefühle gar nicht ausgeschlossen. Aufklärung und Argumentation könnten uns aber den klaren Blick dafür verschaffen, an welchen Orten das Umsetzen von Ärger und Wut angesagt ist - und wo nicht. Zumindest erstrebenswert wäre es, durch eine inhaltlich geführte Debatte noch viele andere Frauen zu gewinnen, die dann mitmachen, wenn es besser ist, viele zu sein.

EMMA ist aller Wahrscheinlichkeit nach keine Trägerin dieser Art von inhaltlicher Debatte. Das Frauenbild, das EMMA propagiert und das sie auch den Täterinnen unterjubelt, spielt eine entscheidende Rolle: "Es überrascht EMMA nicht, daß dies ausgerechnet Frauen taten: Eines der Probleme von Frauen ist eben ihr Selbsthaß und ihre übereifrige Anbiederung an ihre Vordenker."

Wer Frauen zum Objekt macht, kann für uns Frauen nicht mehr befreiend sein.

Li.

28. Es wird Zeit, daß sie rauskommen! - Christine Kuby

Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/kuby.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:kuby

Christine Kuby wurde im Januar 1978 in Hamburg nach einer Schießerei verhaftet. Damals war sie 20 Jahre alt. Bei der Festnahme wurde sie und einer der Polizisten verletzt. Angeklagt und verurteilt wurde sie wegen "versuchtem Mord". Das Jahr 1978 war geprägt von einem Klima der "Terroristen"-Hetze und des staatlichen Ausnahmezustands. Allein in Hamburg wurden damals innerhalb von 10 Monaten 4.133 Personen und 3.496 Fahrzeuge überprüft. Das Kontaktsperregesetz wurde erlassen, die Trennscheibe auch bei Verteidigerbesuchen zur Vorschrift. Christine wurde während des Prozesses ausgeschlossen und zur Urteilsverkündung gefesselt vorgeführt. Sie wurde zu lebenslänglich und zusätzlichen 10 Jahren verurteilt - für zwei Schüsse, die sie auf Polizisten abgab, um sich ihrer Verhaftung zu widersetzen. Im SPIEGEL wurde damals die Frage nach einem "Scheinverfahren" gestellt, das "gespenstische Form" angenommen habe, "wie bei Kafka".

Die ersten 19 Monate nach ihrer Verhaftung war Christine in Einzelisolation. Nach einem kollektiven Hungerstreik der RAF-Gefangenen kam Christine Kuby 1979 nach Lübeck, wo sie heute mit Hanna Krabbe und Irmgard Möller in einer Kleingruppe inhaftiert ist.

Wie die anderen Gefangenen, die 15 Jahre oder länger in Haft sind, stellte Christine Kuby im Oktober 1992 einen Antrag auf Haftentlassung, in dem sie noch einmal erklärt: "Die RAF hatte sich auf der Grundlage ihrer politischen Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu Beginn der siebziger Jahre entschlossen, das von ihr angestrebte Ziel einer gesellschaftlichen Veränderung mit dem Mittel des bewaffneten Kampfes durchzusetzen. (...) alleinige Motivation für alle war das angestrebte politische Ziel einer durchgreifenden gesellschaftlichen Umwälzung." Trotzdem wurde zur Vorbedingung für eine Haftentlassung ein psychiatrisches Gutachten von den Richtern bei ihrer Anhörung gefordert. Ein Vorgang, der von allen RAF-Gefangenen abgelehnt wird, weil ein solches Gutachten ihre damalige Entscheidung psychiatrisieren und damit entpolitisieren soll.

29. Prozeßerklärung von Heidi Schulz (Dokumentation)

Autor: Mathias Meyers · Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:04

Folter ist international definiert; als solche wird jede Handlung verstanden "durch die einer Person von einem Träger staatlicher Gewalt oder auf dessen Veranlassung hin vorsätzlich starke körperliche oder geistig-seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erzwingen, sie für eine tatsächlich oder mutmaßlich von ihr begangene Tat zu bestrafen oder sie oder andere Personen einzuschüchtern" (Erklärung der UNO-Generalversammlung, 1975).

"Dabei wird gezielt versucht, die affektiven Bindungen, die Überzeugungen, die Loyalitäten und die Persönlichkeit des Gefolterten zu brechen" (vgl. Lira, 1983; Quiroga, 1983; zit. nach David Becker, Freiburg, 1992).

I.

Isolationshaft gegen politische Gegner hat in diesem Land eine lange Geschichte. Sie wurde immer mit dem Ziel eingesetzt, Gegner des Systems und herrschender Politik zu brechen, zum Aufgeben ihrer Haltungen zu zwingen.

Sie wurde praktiziert in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Nazifaschismus, um Gefangene zu foltern und zur Aufgabe ihres Widerstandes gegen den Faschismus zu zwingen. Anfang der 50er Jahre wurde diese Haftmethode gegen inhaftierte Kommunistinnen und Kommunisten eingesetzt. Sie waren der herrschenden Klasse mehr als ein Dorn im Auge, waren sie doch eine ernsthafte Gefahr für die Durchsetzung der Remilitarisierung, der Notstandsgesetze.

Isolation als Haft-Programm institutionalisiert wird von der Bundesregierung und dem bundesdeutschen Justizapparat seit Beginn der 70er Jahre eingesetzt. Dem vorausgegangen waren wissenschaftliche Forschungen über die "camera silens", die gezielte sensorische Deprivation am Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf. Auftraggeber der Forschungen war die Bundeswehr.

Eingesetzt wurden diese Folter-Haftmethoden zunächst gegen die ersten Gefangenen aus militanten Gruppen, die bewaffnet Widerstand gegen die imperialistische Politik der Bundesregierung, beispielsweise die Unterstützung des Völkermords der USA in Vietnam, leisteten.

Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Astrid Proll, Gefangene aus der RAF, waren im Toten Trakt in Köln-Ossendorf in den Jahren 1972, 73, 74 der Einwirkung jedes äußeren Reizes entzogen. Akustisch und visuell isoliert, in weiß gekachelten Zellen, ausschließlich zensierte und überwachte Kontakte mit der Außenwelt und diese auf ein Minimum reduziert ... (vgl. Pieter Bakker Schut, "Stammheim", Kiel, 1986, S. 51ff.).

Wir wollen an dieser Stelle nicht die gesamte Geschichte der menschenverachtenden, völkerrechtswidrigen Folter durch Isolation gegen politische Gefangene in der BRD dokumentieren.

Die Form der Haft hat sich bis heute mehrfach modifiziert. Angewendet wurden verschiedene Versionen der Isolationshaft: Einzelisolation, Isolation in Kleingruppen ... Programmatisch hierfür sind die bis zu 24 Punkte umfassenden Sonder-Haftstatute, die der Bundesgerichtshof (BGH) und die Bundesanwaltschaft (BAW) gegen politische Gefangene verhängten und weiterhin verhängen. (vgl. u.a. "Dokumentation zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand"; Hannover, 1985) Gegen die Isolation als Haftprogramm und als gezielter Angriff auf körperliche Integrität haben die Gefangenen für die Zusammenlegung gekämpft.

Die entschlossenen Kämpfe der Gefangenen u.a. in zehn kollektiven Hungerstreiks, die Unterstützung der Forderungen der Gefangenen durch Teile der Gesellschaft und darüber hinaus, zum Teil heftige, internationale Kritik an der Isolationshaft (u.a. durch den UNO-Menschenrechtsausschuß) haben dazu geführt, daß verschiedene Formen der Isolationshaft nicht mehr angewendet wurden. Trotzdem bleibt festzustellen, daß sowohl der Charakter der Haft als auch ihr Ziel unverändert geblieben ist. So sind bis heute mehrere Gefangene aus der RAF z.T. seit 12 Jahren einzeln isoliert. Kleinstgruppen, die nach dem Hungerstreik 1989 durchgesetzt wurden, sind zum großen Teil aufgelöst.

II.

Die Isolationshaft in ihren unterschiedlichen Formen erfolgt gezielt. Die physische und psychische Integrität der Gefangenen soll zerstört werden.

Mehrere Gefangene wurden durch die Haft schwer krank und haftunfähig.

Bernd Rößner war 17 Jahre in Haft, mehr als zehn Jahre totalisoliert - fast zehn Jahre war er haftunfähig eingesperrt. Im November 1992 "gewährte" die Bundesjustizministerin nach Protesten aus dem In- und Ausland Bernd Rößner "Haftausstand" mit der Auflage, sich in eine Therapie zu begeben, um so wieder "Haftfähigkeit" zu erlangen. (Bernd wurde jetzt, im Mai 1994 "begnadigt" - so die Bezeichnung für das Ende der jahrelangen Folter.)

Irmgard Möller ist seit fast 22 Jahren in Haft. Auch sie ist mittlerweile erkrankt, das körpereigene Immunsystem versagt. Unfraglich eine direkte Auswirkung der langen Isolationshaft. Irmgard Möller soll nun an einem von der Justiz verlangten "psychiatrischen Gutachten" mitwirken, damit überhaupt eine Anhörung zur Haftüberprüfung stattfindet.

Das ist der Hintergrund, vor dem nun seit Herbst 1992 neue Prozesse aufgrund der Kronzeugenjustiz durchgeführt werden. Gegen Gefangene, die zur Zeit des jeweiligen Prozeßbeginns schon seit 9 Jahren - wie Ingrid Jakobsmeier - seit 10 Jahren - wie Christian Klar - seit 14 Jahren, wie Rolf-Clemens Wagner - unter diesen Bedingungen im Knast waren.

III.

So wird jetzt nach 11 1/2 Jahren Haft erneut ein Prozeß gegen Heidi Schulz, ebenfalls Gefangene aus der RAF, angestrengt. Sie ist seit November 1982 inhaftiert. Zunächst in Stuttgart-Stammheim, danach wurde sie nach Köln-Ossendorf verlegt. Dort war sie über sechs Jahre lang in Einzelisolation. Nach dem Hungerstreik 1989 kam sie in eine Kleingruppe zusammen mit drei anderen Gefangenen aus der RAF. Diese Kleingruppe besteht heute nicht mehr. Heidi ist nur noch mit Sieglinde Hofmann "zusammen", d.h. auf einer Station mit ihr, mit der Möglichkeit des Kontakts während der Aufschlußzeiten.

Zwischenzeitlich wurden Heidi und die anderen drei Gefangenen vom Sommer 1991 bis Frühjahr 1993 zwangsverlegt nach Bielefeld-Brackwede. Vorgeblicher Anlaß dafür war die Lüge einer behaupteten bevorstehenden Befreiungsaktion der vier Gefangenen.

Die Haftbedingungen der Jahre davor waren außer von der Einzelisolation z.B. auch davon geprägt, daß der Knast in Köln-Ossendorf Heidi zwingen wollte, mit einer inhaftierten Neo-Faschistin zusammen Hofgang zu machen. Heidi lehnte dies ab, und daraufhin wurde ihr der täglich einstündige Hofgang gestrichen. Sie war fast zwei Jahre lang ohne Hofgang 24 Stunden am Tag in der Zelle; d.h. die Isolation war kombiniert und auf die Spitze getrieben durch den Entzug von Luft und Bewegungsmöglichkeit.

Heidis Gesundheit ist seit längerem bereits angegriffen. Die Knäste und die politisch Verantwortlichen in der Justizbürokratie haben diesen Fakt, wie bei allen anderen politischen Gefangenen auch, stets haftverschärfend gegen Heidi eingesetzt. Dies geschah von Anfang an z.B. bei verletzten Gefangenen wie Günter Sonnenberg oder todkranken Gefangenen wie Katharina Hammerschmidt. Speziell koordiniert werden alle Entscheidungen die Haftsituation der politischen Gefangenen betreffend - seit dem offiziellen Bestehen der KGT ("Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung") ist diese Tatsache als programmatisch zu bezeichnen.

Die Gesundheit wird durch Isolation zerstört. So wird immer wieder versucht, die Zulassung von Vertrauensärztinnen und -ärzten zu verhindern, zumindest aber unerträglich lange hinauszuzögern. Gelingt es den Gefangenen, ihren Angehörigen und Anwältinnen und Anwälten, die Zulassung von Vertrauensärztinnen und -ärzten durchzusetzen, werden die vorgeschlagenen und medizinisch indizierten Therapien ver- oder zumindest behindert.

Wir wollen hier die jüngste Geschichte der massiven Be- und Verhinderung vertrauensärztlicher Versorgung darstellen.

Am 11.4.1991 beantragte der Anwalt von Heidi die Zulassung einer namentlich benannten Ärztin. Anlaß dafür war die Diagnose einer Knotenbildung in der Brust. Obwohl dieser Befund eigentlich Anlaß sein müßte, nicht

viel Zeit verstreichen zu lassen wurde der Antrag über etliche Monate nicht beschieden, auch nicht, nachdem ein Gespräch von Angehörigen im zuständigen Justizministerium in Düsseldorf die grundsätzliche Zusage einer vertrauensärztlichen Behandlung für Heidi erreichen konnte. Der Antrag wurde, nach der inzwischen erfolgten zwangsweisen Verlegung in den Knast Bielefeld-Brackwede, am 24.7.1991 der dortigen Anstaltsleitung gegenüber erneuert. Die erste Reaktion erfolgte dann einen Monat später: Die Anstaltsleitung forderte vor einer Entscheidung ein polizeiliches Führungszeugnis und einen Nachweis über sämtliche Wohnsitze der beantragten Ärztin in den vergangenen zehn Jahren!

Am 5.2.1992 teilt die Anstaltsleitung schriftlich mit, daß die beantragte Ärztin Heidi nicht beraten/betreuen kann, da "die ärztliche Behandlung unüberwachte Kontakte voraussetzen" würde. "Das dafür erforderliche Vertrauen kann" der Ärztin gegenüber "nicht entgegengebracht werden".

Zwischenzeitlich, im November und Dezember 1991 lehnt sowohl der im Knast praktizierende Zahnarzt die Behandlung von Sieglinde Hofmann und danach auch eine Behandlung von Heidi ab. Nach dem Verlust einer Kontaktlinse muß eine mehrmonatige Auseinandersetzung darum geführt werden, daß Heidis Augen untersucht werden können. Dies sei alles nicht notwendig, man würde Heidi eine Knastbrille zur Verfügung stellen, das sei als Sehhilfe ausreichend, befinden der Augenarzt des Knastes und die Anstaltsleitung zunächst gleichlautend. Jeder Versuch ärztliche Betreuung zu erlangen bedeutet monatelange Auseinandersetzungen, schriftliche Anträge, mehrmalige mündliche Begründungen, Widersprüche gegen Ablehnungen etc.

Ein Teil eines Briefes von Heidi vom 5.2.1992, in dem sie diese Knastrealität der ständigen Boykottierung ärztlicher Versorgung und weitere Schikanen und Haftverschärfungen beschreibt, wird von der Anstaltsleitung angehalten: Der Teil des Briefes enthalte "grob unrichtige und erheblich entstellende Darstellungen der Anstaltsverhältnisse".

Im Januar 1992 wird erneut die Zulassung einer anderen Ärztin des Vertrauens beantragt. Nachdem die Anstaltsleitung der Ärztin, die sich zur Behandlung von Heidi im Knast bereit erklärt hatte, das Register einer ganzen Reihe von als "Sicherheitsüberprüfungen" bezeichneten Schikanen eröffnet, sieht diese Ärztin sich gezwungen, wegen eben dieser staatlichen Anmaßungen die Behandlung abzulehnen.

Im Februar 1992 erfolgt die erneute Beantragung der Zulassung einer Vertrauensärztin.

Im März wird Heidi mitgeteilt, die beantragte Ärztin könne nur dann zur Behandlung zugelassen werden, wenn Heidi diese generell und und umfassend - vor Beginn der Behandlung - von der ärztlichen Schweigepflicht der Anstalt gegenüber entbinde. Dies lehnt Heidi ab.

Die Zulassung der Ärztin erfolgt dann, wieder nach mehrmaligen Interventionen, doch noch.

Die nun zugelassene Ärztin beantragt eine medizinisch notwendige Untersuchung, für die eine Ausführung in ein Krankenhaus notwendig ist. Nach monatelangen Verhandlungen, Anträgen, die nicht beschieden werden und Gesprächen darüber, wo z.B. die Untersuchung durchgeführt werden kann, findet diese am 17.6.1992 statt - mehr als 14 Monate nach der ersten Antragstellung auf Zulassung einer Vertrauensärztin!

Die Untersuchung selbst findet unter Bedingungen statt, die, wie das mehr als ein Jahr dauernde Verhindern ausschließlich dazu dienen sollen, medizinische Behandlung unerträglich und faktisch unmöglich machen. Heidi wird 15 Minuten vor Beginn der Ausführung darüber informiert. Als Krankenhaus wurde ein vom Knast ausgesuchtes anstelle des von der Ärztin empfohlenen gewählt. Heidi wird mit Handschellen gefesselt, begleitet von zwei Schließerinnen und bewaffnetem Sondereinsatzkommando abtransportiert. Zusätzliche SEK-Beamte in Zivil befinden sich in zwei weiteren Wagen. Bei Erreichen des Krankenhauses wird Heidi zusätzlich eine Knebelkette angelegt und so wird sie in den Behandlungsraum gebracht. Die Schließerinnen - gegen eine von ihnen hatten Heidi und Sieglinde kurz vorher noch Dienstaufsichtsbeschwerde wegen sexueller Belästigung während des Duschens eingelegt - sind während der gesamten Untersuchung anwesend, d.h. auch während der Besprechung der Untersuchungsergebnisse.

Im Herbst 1992 erfolgt eine ambulante Operation. Die Ausführung dazu erfolgte unter vergleichbaren Bedingungen. Jetzt konnte aber durchgesetzt werden, daß zumindest während der OP kein Knastpersonal anwesend war. Die Anstalt verhinderte, daß Sieglinde die erste Nacht nach der OP bei Heidi in der Zelle sein konnte. Die Anstaltsleitung entschied dies gegen medizinischen Rat.

Die behandelnde Ärztin beantragt im Herbst 1992 bei der Anstaltsleitung die Genehmigung für zusätzliche Einkäufe, die krankheitsbedingt notwendig sind. Dies wird zunächst nicht genehmigt. Erst nach mehreren Interventionen seitens der Ärztin, des Anwalts und von Angehörigen wird diese Zusatzkost teilweise ausgegeben. Die Ausgabe der, von der Ärztin verordneten Medizin durch die Anstalt erfolgt bis zu vier Wochen verspätet und z.T. gar nicht - trotz schriftlicher Anträge, Nachfragen etc.

Im März 1993 werden Heidi, Sieglinde und Ingrid wieder nach Köln-Ossendorf verlegt.

Im August 1993 tastet die Ärztin eine neue Geschwulst und verlangt daraufhin, daß eine spezielle Ultraschalluntersuchung durchgeführt werden kann. Das lehnt die Knastleitung ab: Eine Ausführung sei "aus Kosten- und Sicherheitsgründen" zu teuer. Statt dessen bestellt die Anstaltsleitung eine Ärztin aus der Uniklinik, die nur die bereits stattgefundene Untersuchung wiederholen soll, aber auch nur feststellen kann, daß die beantragte Untersuchung notwendig ist. Dadurch vergehen Monate, in denen alles was eine Behandlung ermöglichen würde, unterbleibt, weil Untersuchungen verhindert werden sollen. Daraufhin sprechen Heidis Angehörige Ärzte aus der Kölner Region an, ob sie eine Untersuchung und Behandlung bei Heidi machen würden. (Die Bielefelder Ärztin kann das aufgrund der großen Entfernung zum Knast durch die Verlegung und aufgrund des fehlenden Geräts in Ossendorf nicht.) Bei den ersten Versuchen erfahren wir von einer der angesprochenen Ärztinnen, daß vor unserem Kontakt bereits Anrufe in mehreren gynäkologischen Praxen getätigt wurden. Man habe die Ärztinnen und Ärzte gefragt, ob diese "bereit wären, die gefangenen RAF-Frauen in Köln-Ossendorf zu behandeln. Es ginge aber nicht nur um medizinische Betreuung sondern auch um die Herstellung sozialer Kontakte und um eine politische Unterstützung". Ein Arzt, der zunächst im mündlichen Gespräch zugesagt hatte, nimmt daraufhin nach wenigen Tagen diese Zusage wieder zurück.

Mit derlei gezielten Versuchen wird darauf hingearbeitet, daß Ärztinnen oder Ärzte sich erst gar nicht bereit erklären, medizinische Behandlung für politische Gefangene zu gewähren.

Wieder vergehen Monate.

Im Oktober 1993 wird die Zulassung eines Kölner Arztes beantragt - dem wird stattgegeben. In der Folgezeit finden mehrere gynäkologische und internistische Untersuchungen im Knast statt, nun mit der im August bereits beantragten Ultraschalluntersuchung. Daraus ergab sich im November 1993, daß ein weiterer operativer Eingriff unter Vollnarkose erfolgen müsse, um genauere Diagnosen zu ermöglichen. Dieser Eingriff kann nur außerhalb des Knastes erfolgen, es ist also eine weitere Ausführung erforderlich. Diese wird von den nun behandelnden Ärzten bei der Anstaltsleitung im November 1993 beantragt. Der Antrag wird, nachdem bisher weder Zu- noch Absage erfolgt waren, am 3. Januar durch den Anwalt erneuert und bezüglich der Bedingungen für den Eingriff konkretisiert. Es wird Zusage darüber gefordert, daß 1. das unmittelbar vor dem Eingriff stattfindende ärztliche Vorgespräch sowie die Anästhesie ohne Beisein von Schließerinnen stattfinden können, daß 2. sich während des Eingriffs kein fachfremdes Personal im OP-Saal aufhält, und daß 3. der Ehemann von Heidi während des Eingriffs im OP-Saal und in der Aufwachphase bei Heidi sein kann.

Ende Januar wird dieser Antrag des Anwalts von der Anstaltsleitung mit folgendem Wortlaut abgelehnt: "Aus Sicherheitsgründen kann Ihren im o.g. Schriftsatz gestellten Anträgen nicht entsprochen werden". Auf Nachfrage, aus welchen Gründen der Antrag abgelehnt wird, teilt die Anstaltsleitung folgendes mit: "... die hierfür maßgeblichen Überlegungen können aus Sicherheitsgründen nicht mitgeteilt werden." Nach weiteren Interventionen beim zuständigen Justizministerium und dem Justizvollzugsamt wird am 17.2.1994 dem anwaltlichen Antrag im wesentlichen stattgegeben. Am 19. Februar findet die Untersuchung unter erheblichem "Sicherheitsaufwand" statt. Heidi wird nach ca. sechs Stunden in den Knast zurückgebracht. Sieglinde kann die ersten zwei Nächte nach der OP bei ihr sein.

In Folge der Diagnose, die durch den operativen Eingriff möglich wurde, sind jetzt weitere Behandlungen notwendig.

Eine internistische Untersuchung erfolgte am 21. 12. 1993 im Knast. Der Arzt verordnete als erste Maßnahme ein Präparat. Bis zur Aushändigung dieser Medizin vergingen mehr als vier Wochen. Notwendig waren vorher mehrere Nachfragen im Knast von Seiten Heidis; darüber hinaus ein Schreiben des Anwalts und mehrere Telefonate von Seiten der Angehörigen.

Heidi soll jetzt nach Stuttgart-Stammheim verlegt werden, damit dort, wie bereits gegen andere Gefangene aus der RAF, ein neuer Prozeß gegen sie inszeniert werden kann.

Eine Verlegung zum jetzigen Zeitpunkt bedeutet erneut den Abbruch der medizinisch notwendigen Behandlung und wäre also insofern die Fortsetzung der Methoden der letzten drei Jahre. Seit März d.J. geht es nun darum, durchzusetzen, daß zumindest die jetzt erforderlichen Untersuchungen unter annehmbaren Bedingungen gewährleistet werden können.

IV.

Wir haben hier einen Ausschnitt des Kampfes um minimalste medizinische Versorgung am Beispiel von Heidi Schulz dargestellt. Diese Darstellung ist als exemplarisch zu verstehen und verdeutlicht die Situation der politischen Gefangenen insgesamt. Die Gefangenen sind seit 8, 10, 12, 18 oder mehr Jahren diesen Haftbedingungen unterworfen - Irmgard Möller, wie oben beschrieben seit mehr als 21 Jahren. Die Haftbedingungen haben das erklärte Ziel, die Gefangenen in ihrer politischen und persönlichen Identität zu brechen. Wird dieses Ziel nicht erreicht, soll durch die lange Haft die Gesundheit und der Körper der Gefangenen planmäßig zerstört werden.

Diese Haft ist Folter - von der BRD exekutiert seit 24 Jahren. International wird die Folter durch Isolation als "weiße Folter" bezeichnet.

Diese Haft ist innenpolitisch die brutalste Form von Machtdemonstration des BRD-Staates.

Diese hier erfolgte exemplarische Darstellung ist ein Versuch, zu verdeutlichen, mit welchen perfiden Methoden Isolation als Haftprogramm gegen die politischen Gefangenen eingesetzt wird. Die Gefangenen sind seit nunmehr 24 Jahren damit konfrontiert, aus der Isolationshaft heraus sich gegen solche Angriffe auch auf ihre Gesundheit zur Wehr zu setzen. Das Programm soll u.a. wirken durch die Zermürbung in Form bürokratischer Einwände, die immer wiederkehrende dumpfe Begründung "Sicherheitsbedenken", den notwendigen Kampf um jedes Minimum wie z.B. Medizin oder halbwegs menschenwürdige Bedingungen bei der "Durchführung" einer medizinischen Untersuchung.

Knastrealität heißt auch, den eigenen Körper vor den Angriffen in Form von Verweigerung oder erheblicher Verzögerung medizinischer Versorgung zu schützen, den Kampf darum zu führen.

Die Gefangenen brauchen dafür Solidarität und Unterstützung.

Die Folgen der langjährigen Haft sind so unübersehbar wie sie beabsichtigt sind. Sie sind auch durch eine wesentliche Veränderung der Haftbedingungen nicht mehr aufhebbar. Das heißt unweigerlich, daß es darum gehen muß, die Freiheit der Gefangenen zu erkämpfen, sollen sie nicht weiter dem staatlichen Vernichtungsprogramm - Knast bis zum Tod - unterworfen bleiben.

Für dieses Ziel muß sich heute eine neue Bewegung konstituieren. Schritte, diese zu erreichen sind zunächst, überall darüber zu informieren, wie die Realität der politischen Gefangenen ist, welcher Bedrohung sie ausgesetzt sind. Schritte dahin sind auch, mit dafür Sorge zu tragen, daß minimalste Bedingungen erkämpft werden, damit die fortdauernden Angriffe auf die Gesundheit und damit das Leben der Gefangenen nicht mehr möglich sind. Freie Arztwahl und ausreichende medizinische Versorgung müssen erkämpft werden. Die Zusammenlegung der Gefangenen - bis zu ihrer Freiheit - bedeutet Schutz vor den Angriffen des Staates auf das Leben und die Gesundheit der Gefangenen.

April 1994

Nachtrag: Ende April 1994 wird Heidi in das Knastkrankenhaus Fröndenberg verlegt, damit dort zwei dringend notwendige internistische Untersuchungen stattfinden können. Diese Verlegung erfolgte - auch - auf Drängen des Oberlandesgericht Stuttgart, dessen 5. Senat seit Februar 1994 die Eröffnung eines neuen Prozesses gegen Heidi betreibt. Damit die Prozeßeröffnung im Sinne des Senats "kosmetisch sauber" vonstatten gehen kann, entschied der Senat, die Untersuchungen vorher noch durchführen zu lassen.

Nach Heidis Ankunft in Fröndenberg ist sie dort sofort mit massiven Haftverschärfungen konfrontiert. Bereits der Transport dorthin erfolgte unter den gleichen menschenverachtenden Bedingungen - begleitet durch bewaffnetes und vermummtes Sondereinsatzkommando, an Händen und Füßen gefesselt.

Heidi wird in eine sog. Sicherheitszelle gebracht, hier sind sogar die Fenster verriegelt, es ist lediglich möglich, zwei Luftklappen zu öffnen. Zunächst wird Heidi alles verweigert: Sie hat kein Radio, keine Seife... Die Aushändigung einer zweiten Decke, zusätzlich zu einer vorhandenen dünnen Decke erfolgt erst einen Tag später. Der Hofgang für Heidi und die anderen dort inhaftierten Frauen findet in einem "Sonderhof" statt, ein Betonschacht von 12 auf 12 Meter, der nur mit Schotter ausgelegt ist. Nicht nur Heidi, sondern alle weiblichen Gefangenen sind mit einem Ausnahmezustand seit Heidis Ankunft konfrontiert. Auch die anderen Frauen protestieren gegen die Verschärfungen.

Alle Versuche z.B. per schriftlichen Anträgen, ein Gespräch wahlweise mit der dortigen Anstaltsleitung oder der Abteilung "Sicherheit und Ordnung" zu erreichen, damit die massiven Haftverschärfungen zurückgenommen werden, werden nicht beantwortet. Heidi sieht sich unter diesen Bedingungen der Streßmanipulation durch Verschärfung der Bedingungen - wie es in den bisher 11 1/2 Jahren Haft in dieser Härte nicht der Fall gewesen ist - nicht in der Lage, den medizinischen Untersuchungen zuzustimmen, da diese selbst bereits eine erhebliche physische und psychische Belastung darstellen. Nachdem alle Versuche, die Bedingungen zu klären, scheitern, besteht sie nach vier Tagen auf eine Rückverlegung nach Köln-Ossendorf.

Die Bedingungen in Fröndenberg waren offensichtlich darauf angelegt, die Untersuchungen erneut zu sabotieren - "begründet" wurden die Bedingungen nachträglich erneut mit einer angeblich geplanten Befreiungsaktion. "Anlaß" hierfür: ein Telefonat von Heidis Ehemann mit der Anstaltsleitung zur Beantragung eines Besuchs im Knastkrankenhaus!

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat jetzt die Eröffnung des Prozesses auf den 25. Mai 1994 datiert. Heidi wird Mitte Mai nach Stuttgart-Stammheim verlegt.

Mai 1994

Mathias Meyers, Mainz

Dokumentation

Prozeßerklärung von Heidi Schulz

Ich bin nicht hier, um mich an dem Verfahren zu beteiligen.

Diese Verfahren sind nur ein Teil in der Vernichtungsstrategie, ein Teil in dem ganzen Programm, mit dem versucht wird, revolutionäre Identität zu brechen, um die "Allmacht" des Staates zu behaupten. Deswegen werden in diesem Land politische Gefangene grenzenlos bekämpft - als wären wir nicht schon im Knast.

Die Prozesse, die jetzt seit 1992 gegen uns inszeniert werden, sind Ausdruck dieser Grenzenlosigkeit des Machtanspruches der politischen Justiz - sie sind Ausdruck ihres Vernichtungsinteresses.

Die neuen Urteile seit 1992 - jetzt das gegen Eva Haule, das vorbereitete vierte Verfahren gegen Rolf-Clemens Wagner, die Anklage gegen Birgit Hogefeld, 22 Jahre Isolationsknast gegen Irmgard Möller - das sind alles deutliche Tatsachen für eine weitere Stufe in dem Vernichtungsprogramm.

Die Bundesanwaltschaft hatte in dem Prozeß gegen Eva Haule von "Zäsur" geredet und die haben sie gesetzt, indem sie jetzt erneut die politische Bestimmung von Aktionen über die Strafrechtsformel "gemeinsamer Täterwille" zur Verurteilung nehmen.

Damit ist die kollektive Bestimmung der Strategie (denn das ist die konkrete Bestimmung der strategischen Aktionen einer Offensive von Illegalen draußen - die alte Kernbestimmung der RAF) zum eigentlichen kriminellen Delikt erklärt. Es läuft auf den Kern raus, eben das organisiert Politische vollständig zu kriminalisieren und zum eigentlichen Delikt zu erklären.

Das ist in Bezug auf die Urteile, wie sie zustande kommen, und in denen sie mit ihrem "lebenslänglich" nur so um sich schmeißen, die offene Beliebigkeit, die zynische Machtdemonstration von Bundesanwaltschaft und politischer Justiz!

Bei der Anklage gegen Birgit Hogefeld ist es das gleiche. Da wollen sie über ihre Entscheidung zur Gruppe eine Mordanklage wegen Bad Kleinen durchsetzen.

Die Kronzeugen-Justiz ist eine andere Abwandlung davon. Zum x-ten Mal wird dabei nichts anderes als die Identität der Angeklagten abgeurteilt. Deswegen wird fast gegen jeden, der seit 1980 im Knast ist, ein neuer Prozeß gemacht - also nach zehn und mehr Jahren Knast.

An der Kronzeugen-Justiz wird der Geiselstatus exemplarisch deutlich: Einige Gefangene endlos einzubetonieren, um Bewegungen draußen zu disziplinieren und politisch handlungsunfähig zu machen. Als "Geiselmasse" für die nächsten zehn Jahre. Auch mit dem Blick darauf, "etwas in der Hand zu haben" gegen eine Wiederbestimmung militanter Politik. Aus diesem Kalkül speist sich auch die Perversion, Gefangene endlos einknasten zu wollen - der Rest besteht aus Staatsrache, daß es trotz allem seit 24 Jahren einen politisch revolutionären Antagonismus hier gibt. Also drückt sich an diesen Prozessen zugespitzt das aus, was in diesem Staat und Land zur Normalität erklärt werden soll.

Der Prozeß ist aufgebaut auf die Geschäfte mit den Kronzeugen - und Recht ist, was ihrem Ziel dient: das Ausmerzen revolutionärer System-Opposition. So muß Vernichtungsinteresse im wörtlichen Sinn verstanden werden.

Die extra gebildete KGT - Koordinierungsgruppe Terrorismus - ist Hauptinstrument, sie bestimmt unsere Haftbedingungen, klaut unsere Briefe und maßt sich den Zugriff auf jede unserer Lebensäußerungen an. Dort werden die Kampagnen gegen uns geplant, dort fiel die Entscheidung darüber, mit ihren gekauften Zeugen die neuen Prozesse - wie diesen jetzt hier - gegen uns zu machen.

Neben unserer endlosen Einbetonierung wollen sie damit auch jede Hoffnung auf Veränderung in diesem Land nehmen. In diesem Sinn sind dies Machtdemonstrationen - reine Schauprozesse, mit denen sich keiner aufhalten darf.

Sie wollen noch einmal die Geschichte von über 20 Jahren revolutionärer Kämpfe durch die Mühlen der Staatsschutzjustiz drehen; aber antagonistischer Widerstand ist nicht justiziabel.

Es soll nichts davon im Bewußtsein derer bleiben, die heute kämpfen, die heute aufstehen und sich gegen dieses System organisieren.

Was formal seit den Tagen der Gestapo verboten ist, weil sie eines der grausamsten Instrumente des Faschismus war, weswegen bürgerliche antifaschistische Kräfte auf der Trennung zwischen Polizei und Geheimdienstapparat bestanden haben, ist schon längst wieder extra-legalisiert.

Diese Trennung existiert schon längst nicht mehr, wenn es um die Bekämpfung der Gefangenen, unserer Freunde und Besucher geht.

Da wird KGT-mäßig observiert, überwacht, Telefon und Postverkehr blockiert und alles, was es an politischen Aktivitäten zu uns und mit uns gibt, wird bekämpft. Ich will hier nicht auf die Methoden von Kriminalisierung und Verfolgung eingehen. Jede und jeder hier im Land, der oder die sich nicht mit Unterdrückung arrangiert, kennt sie. (...)

Der Justizapparat ist Teil, ist Katalysator der "neuen" faschistischen Entwicklung in Staat und Gesellschaft, deswegen wird antifaschistischer Widerstand auch mit konstruierten Prozessen kriminalisiert.

Jede Regung gegen die Macht des neuen Großdeutschland steht sofort im Fadenkreuz der politischen Justiz. Das sind die Bedingungen, gegen die gekämpft werden muß.

Dagegen sind die Kurdinnen und Kurden, die hier Widerstand leisten, gegen den Genozid unter deutscher Beteiligung, ein Beispiel für politische Identität und revolutionäre Moral. Etwas worin der Befreiungskampf lebendige Wirklichkeit ist. Dabei sind sie ein wichtiger Teil für die Perspektive aller Völker, daß Befreiung nicht irgendwann, sondern jetzt - heute - und morgen erkämpft wird, für eine Welt in der internationalistische Solidarität der Atem ist, mit der die Freiheit aller und das Selbstbestimmungsrecht der Völker erkämpft werden wird.

Deswegen wird der türkische und kurdische Widerstand auch hier bekämpft. In den großdeutschen Knästen sind jetzt fast 200 Kurdinnen und Kurden, weil sie für die Verteidigung ihres Volkes nicht bereit sind, sich an die Bürgernormen hier anzupassen und einfach zu schweigen. Deswegen werden sie eingesperrt oder abgeschoben in den NATO-Folter-Staat Türkei.

Und viele von ihnen sind hier mit dem gleichen Haftprogramm konfrontiert wie wir. Knast und Justiz tun ihren Dienst als staatliche Anti-Antifa.

Niemand, der seine Lebensrechte behalten will, kann sich im Denken und Handeln von herrschenden Machtdemonstrationen bestimmen lassen. Sie wollen damit nur unsere Ohnmacht erreichen. Die gibt es aber nur soweit, wie wir sie selbst akzeptieren. Das heißt auch, sich nicht damit aufzuhalten, was hier demonstriert werden soll.

Wenn ich von Vernichtungsprogramm rede, dann rede ich in keiner Abstraktion sondern von dem, was ich in bald 12 Jahren Knast erlebt habe. Das sind verschiedene Formen von Isolation, darunter auch fast eineinhalb Jahre ohne Hofgang - das bedeutet völliger Entzug von Luft und Bewegung.

Was sich hier jetzt in einer ähnlichen Weise erneut abspielt, durch eine Spezialzelle, in der das Fensterloch vierfach vergittert ist, durch das kaum Luft und wenig Licht kommt. Zellen im siebten Stock, die speziell gegen uns gebaut wurden (wie ja dieser Prozeßbunker hier auch).

Ein direkter Effekt davon ist, schon nach ein paar Tagen, daß die Augen austrocknen, dauernde Kopfschmerzen und daß sich die Kreislaufprobleme verstärkt haben.

Aber was ich zu den ganzen Jahren von verschiedenen Isolationsformen sagen kann, ist, daß sie die Gesundheit systematisch zerstören.

Es ist meine Erfahrung und die Situation mit der ich heute konfrontiert bin, daß durch die Haft meine Gesundheit bis auf den Grund zerrüttet worden ist.

Das werde ich hier natürlich nicht schildern.

Denn, daß Isolation die Gesundheit zerstört, wissen vor allem auch die, die sie als Programm gegen uns bestimmen. Seit es uns Gefangene gibt wird sie deswegen als Programm gegen uns eingesetzt (und genauso geleugnet).

Die Zerstörung von körperlicher Unversehrtheit als ein Hebel, um einen auf die Knie zu zwingen.

So werden externe Ärzte und medizinische Versorgung im Knast auch nur soweit zugelassen, wie sie an diesem Fakt nichts ändern wollen oder können. Und um gegenüber der Öffentlichkeit gleichzeitig sagen zu können: "Es wird ja alles getan." Aber auch selbst wenn der Punkt anders wäre, ist die bittere Realität nach all den Jahren, daß im Knast niemand gesund werden kann.

Dafür gibt es viele Beispiele, von Katharina Hammerschmidt bis Ali Jansen - ihn hätten sie letztes Jahr durch Verweigerung medizinischer Behandlung fast umgebracht. Katharina Hammerschmidt haben sie durch Nichtbehandlung ermordet.

Das alles - die Prozesse; die Fortsetzung von Isolation, bei Brigitte Mohnhaupt, Christian, Rolf und Manuela Happe am schärfsten und seit weit über einem Jahrzehnt; die Verweigerung medizinischer Versorgung, oder sie nur soweit zuzulassen, wie sie nur an Symptomen rumdoktern oder gleichzeitig zur Ausforschung über die Wirkung von Isolation dienen soll, um sie weiter auszutüfftеln und gezielter systematisieren zu können; genauso wie die latente Kriminalisierung unserer Kontakte und der uns nahen Menschen; das alles läuft auf der Basis einer politischen Entscheidung, für deren Umsetzung die KGT einen Freibrief (durch die politische Klasse) bekommen hat.

Ich kann es nur nochmal sagen: Deswegen kann es nicht darum gehen, sich mit dieser Machtdemonstration aufzuhalten, sondern darum, gegen diese Realität den Widerstand zu organisieren.

Zu mir selber und dem Prozeß kann ich zusammenfassend sagen - soweit man in so einem Prozeßbunker überhaupt über so etwas reden kann: Die harte Tatsache der Zerstörung meiner Gesundheit verdeutlicht mir den Charakter dieser neuen Prozesse gegen uns, das dritte "lebenslänglich", was hier ausgesprochen werden wird, ist materiell bedeutungslos. Man muß es in der ganzen Prozeß-Serie sehen, als Antwort auf unsere Versuche der letzten Jahre, die Auseinandersetzung auf einen veränderten Weg zu bringen.

Das Ganze hat den Charakter der demonstrativen, schon fast rituellen, beispielhaft kalten Liquidierung, was nicht nur an meiner Situation deutlich wird, sondern an allem, was ich vorne versucht hab zu sagen. Es ist der

Versuch der Totalvernichtung, restlos, in allen Aspekten. Die politische Justiz will neue Marken, Normen setzen, die in der Gesellschaft nicht hingenommen werden können. Die Prozesse sind illegitim. Das ist nicht einfach nur für uns Betroffene völlig unakzeptabel bei einer Inszenierung für die eigene Vernichtung mitzuspielen, die Prozesse sind auch politisch illegitim.

Die Geschichte der RAF durchzieht vieles aus der Geschichte der alten BRD, mehr als 20 Jahre Kampfgeschichte lassen sich nicht durch Machtexekution eines losgelösten Staatsgewaltapparats beseitigen.

An diesem Prozeß, der schließlich nur die kalte Todesstrafe öffentlich festschreiben soll - während für alle, politisch, aber auch wegen der Folgen der Haft, nur das Rauskommen Sache sein kann - nehme ich nicht teil.

Heidi Schulz, 25. Mai 1994

Am 25. Mai 1994 begann vor dem 5. Strafsenat des Stuttgarter Oberlandgericht ein weiterer Kronzeugenprozeß. Es ist der vierte Prozeß dieser Art. Dieses Mal gegen Adelheid Schulz, die seit elfeinhalb Jahren im Knast sitzt. Im März 1985 wurde sie wegen "Mittäterschaft an der Ermordung Schleyers und vier seiner Begleiter" zu lebenslanger Haft verurteilt. Von RAF-Aussteigern, die in der EX-DDR festgenommen wurden und die, damit sie in den Genuß der KronzeugInnenregelung kommen, wie die Wasserfälle mit dem Staatsschutz plaudern, wird sie jetzt beschuldigt, 1978 zusammen mit Rolf Heißler in Kerkrade auf vier niederländische Zollbeamte geschossen und dabei zwei Beamte getötet zu haben. Außerdem soll sie nach den KronzeugInnenaussagen an dem Attentat 1981 auf Kroesen beteiligt gewesen sein.

Das einzige Ziel dieses und anderer Prozesse ist es, sicherzustellen, daß von den Gefangenen keineR nach 15 Jahren entlassen wird. Wegen der "bis auf den Grund zerrütteten Gesundheit" von Adelheid Schulz und der Tatsache, daß sie durch die Verurteilung wegen Mitgliedschaft in RAF bereits für die angeklagten Straftaten verurteilt worden ist, wurde die Einstellung des Verfahrens beantragt. Erwartungsgemäß wurde diesem Antrag nicht stattgegeben. Insbesondere die mangelnde medizinische Versorgung wurde von RA Andreas Groß als "Todesstrafe auf Raten" bezeichnet.

Wir dokumentieren im folgenden die Prozeßerklärung von Adelheid Schulz und die Beschreibung der Haftbedingungen von ihr und anderen Gefangenen.

ga.

30. Mission soccer. Über den Mißerfolg des Fußballspiels in Nordamerika

Autor: Christoph Bausenwein · Rubrik: USA; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:01

Mit der Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 1994 an die Vereinigten Staaten hat der internationale Fußballverband FIFA Neuland betreten. Erstmals findet das wichtigste Ereignis des Weltsports Nr. 1 in einem Land statt, in dem der Fußball als "Soccer" firmiert, weil der Begriff von dem dort weit populäreren "American Football" besetzt ist. Trotz wiederholter Missionierungsversuche hat der Religionsersatz Fußball bis heute in Nordamerika kaum Anhänger gefunden. Bis vor kurzem lag er in der Beliebtheitsskala aller Sportarten lediglich auf Rang 75 - noch hinter Frauen-Bowling und Hunderennen. Als ein großangelegter Versuch, dem Fußball in den USA endlich zum Durchbruch zu verhelfen, gerät der World-Cup 1994 zu einer "Mission Soccer" in einem Land von Fußball-Heiden.

Die Test-Veranstaltung für die WM, der US-Cup 93, zeigte, daß es der Fußball 1994 nicht leicht haben wird. Zwar brachten die Spiele immerhin einen Zuschauerschnitt von 47.500, aber die Live-Übertragung des Spieles USA gegen Deutschland durch den TV-Giganten ABC, die erste in der Geschichte des US-Fernsehens, erreichte lediglich eine Einschaltquote von 2,8% - womit die USA im Weltvergleich an letzter Stelle lagen. "Zum Einschlafen langweilig" lautete denn auch der Befund der Kommentatoren so renommierter Publikationen wie "New York Times" und "Sports Illustrated". Nahezu unfaßbar ist in Anbetracht solch offenkundigen Desinteresses an der Fernsehware Fußball, daß sich in den Vereinigten Staaten fast 16 Millionen Jugendliche in ihrer Freizeit mit dem "Soccer" vergnügen. Besonders erstaunlich ist der im Vergleich zu europäischen Verhältnissen enorm hohe Anteil von Mädchen und Frauen, der bei etwa 40% liegt. Vor diesem Hintergrund erscheint zwar der Sieg der US-Frauenauswahl am 30. November 1991 im Endspiel der in China ausgetragenen Weltmeisterschaft nicht überraschend. Um so unverständlicher bleibt jedoch das insgesamt deprimierend geringe Interesse der AmerikanerInnen, sich von einem Fußballspiel unterhalten zu lassen.

Hierzulande nahm man vom amerikanischen Soccer nur kurzzeitig Notiz, als Ende der siebziger Jahre namhafte Profis wie Pelé, Beckenbauer und Müller in die von finanzstarken Unternehmern aus dem Boden gestampfte US-Profiliga wechselten. Seit der Pleite der North American Soccer League (NASL) im Jahre 1985 dümpelt der US-Soccer auf niedrigem Niveau vor sich hin, und es bleibt äußerst fraglich, ob sich daran nach der WM mit dem für 1995 geplanten Start einer neuen Profiliga grundsätzlich etwas ändern wird. Denn selbst die Meldung, daß die 52 Spiele des "World Cups" bereits ausverkauft sind, muß nicht von einer plötzlich erwachten Popularität des Soccer zeugen. Auch bei der Olympiade 1984 in Los Angeles hatte der Fußball mit fast 1,5 Millionen Stadionbesuchern mehr Zuschauer angelockt als die Leichtathletik - und nur ein Jahr später war die NASL mangels Zuschauerinteresses eingegangen.

Die Frage bleibt also aktuell, warum es die weltweit erfolgreichste Sportart ausgerechnet in den USA so schwer hat. Warum konnte der in England entstandene Fußball, der seit Anfang dieses Jahrhunderts in jeder Ecke der Welt scheinbar mühelos seine Anhänger finden konnte, einzig in den Vereinigten Staaten nie so recht Fuß fassen? Warum bleiben die offenbar klassen- und kulturübergreifenden Reize dieses Spiels allein den AmerikanerInnen fremd? Eine Untersuchung dieses erstaunlichen Phänomens muß mit einem Rückblick auf die Geschichte des Fußballs in Nordamerika beginnen.

Vom "Ur"fußball zum Rugby

Die moderne Geschichte Nordamerikas beginnt mit der Kolonisierung durch britische Siedler. Angesichts der Bindungen an das Mutterland sollte man annehmen, daß es der Fußball als britischer Exportartikel in der Neuen Welt leichter gehabt hätte als andernorts. Andererseits zeigt die Überlegung, daß mit der politischen Unabhängigkeitserklärung der USA auch eine kulturelle Emanzipation von "Old England" einherging, wie stark eine Aversion gegen alles Englische die gerade entstandene amerikanische Nation prägen mußte. So ist die Geschichte des Sports und damit auch die des Fußballs in den USA von allem Anfang an durch einen Grundwiderspruch geprägt: Einerseits sind allenthalben die vom alten Kolonialherren gelegten kulturellen Spuren sichtbar, andererseits wird überall das Bestreben deutlich, gerade diese Einflüsse auszumerzen und ihnen etwas Eigenständiges entgegenzusetzen.

Wie immer, wenn man nach einem Ursprung sucht, läßt sich auch für das Fußballspiel kein eindeutiger Anfang bestimmen. Historisch gesichert ist immerhin, daß im England des Mittelalters ein "Spiel mit dem Fußball" weit verbreitet war. Ausschlaggebend für die Namensgebung war allerdings nicht die Regel, daß der Ball nur mit den Füßen bewegt werden durfte, sondern der "Fuß" als Maßeinheit für die Größe des Balles. Im Ablauf unterschied sich dieses Spiel kaum von anderen Volksspielen, bei denen Schläger und kleine, harte Bälle Verwendung fanden. Alle diese mittelalterlichen Vergnügungen waren chaotisch und gewalttätig und bestanden im Grunde einzig aus einem wilden Gerangel um den Ball, das nur in Ausnahmefällen von einigen wenigen Vorschriften gezähmt wurde.

Spiele dieser Art tauchten im Laufe der Kolonisierung vereinzelt auch in Amerika auf. Aufgrund der Sportfeindlichkeit der puritanischen Einwanderer - in England hatten sie erfolgreich gegen die wilden sonntäglichen Belustigungen des Volkes protestiert - wurden sie allerdings nur in geringem Ausmaß exportiert. Darüberhinaus fehlte den neuenglischen Siedlern die Möglichkeit, an lokale Traditionen anzuschließen, in deren Rahmen diese rituellen Ballwettkämpfe in England ausgetragen wurden. Während sie auf den britischen Inseln trotz jahrhundertelang erneuerter Verbote ein fester Bestandteil der Volkskultur waren, konnten sie in Amerika aufgrund der Struktur der Einwanderer und der neuen und ganz andersartigen kolonialen Lebensbedingungen nie richtig Fuß fassen.

Seit etwa 1800 gab es sowohl an den englischen höheren Schulen (den "public schools") wie auch an den alten amerikanischen Colleges Ballspiele, die meist eine Mischung zwischen dem heutigen Rugby und Fußball darstellten. Das dem gemeinen Volk verbotene Spiel wurde im exterritorialen Raum der Schulen von den Jugendlichen bewahrt, wobei sich in jeder Schule eigene Regeln entwickelten. Als die steigende Mobilität (Ausbau des Eisenbahnnetzes) Wettkämpfe zwischen den Schulen möglich machte, mußte das Problem gelöst werden, wie die Vielzahl der Regeln vereinheitlicht werden konnte. Alle Versuche, sich auf einen einheitlichen Regelcode zu einigen, scheiterten endgültig im Jahr 1863, als sich in London die Vertreter verschiedener Schulen und einiger inzwischen von ehemaligen Schülern gegründeter Vereine trafen, um die "Football Association" (FA) zu gründen. Die FA spielte fortan auf der Basis der Cambridge-Rules von 1846, aus denen das heute übliche Fußballspiel hervorging. Die Gegner dieses Spiels schufen auf der Basis des Codes der Schule von Rugby die "Rugby Union".

Der erste Wettkampf zwischen zwei amerikanischen Colleges (Rutgers und Princeton) datiert auf das Jahr 1869. Vor dem Match hatte man sich u.a. auf folgende Regeln geeinigt: Auf jeder Seite sollten 25 Spieler antreten, der Ball durfte mit der Hand geschlagen, aber nicht getragen werden, die Tore waren nach oben hin nicht begrenzt. 1872 vereinbarten mehrere Universitäten der Ostküste - unter ihnen Yale, Columbia und Princeton -, einen Wettbewerb nach den mittlerweile bekannt gewordenen Regeln der englischen "Football Association" auszutragen. Allein die berühmte Universität von Harvard verweigerte die Teilnahme und beschloß, an dem dort bis dahin üblichen und in ihren Augen besseren "Boston Game" festzuhalten, das stark durch Rugby-Elemente geprägt war. Zu diesem Zeitpunkt sah also alles noch so aus, als würde der Fußball zum dominanten Spiel an den Bildungseinrichtungen der Vereinigten Staaten werden, einzig der "Renegat" Harvard hätte noch auf den "richtigen" Weg gebracht werden müssen. Doch es kam alles anders.

Während die anderen Universitäten ihre Wettkämpfe austrugen, hatte es Harvard schwer, einen Gegner zu finden, der die Boston-Regeln akzeptieren würde. Innerhalb der USA fand man keinen, und so vereinbarte man im Frühjahr 1874 mit der kanadischen McGill-Universität zwei Wettspiele: eines nach den in McGill gültigen Rugbyregeln, eines nach den Regeln des Boston Game. In ihrem Spiel konnten die Harvard-Leute leicht gewinnen, und im Rugby-Spiel erkämpften sie sich ein Unentschieden. Dieser überraschende Erfolg führte in Harvard zu einer derartigen Rugby-Begeisterung, daß man bereits ein Jahr später das bislang so geliebte "Boston-Game" fallen ließ. Das Problem, wie Wettkämpfe mit den anderen amerikanischen Universitäten möglich werden konnten, war damit freilich noch nicht gelöst. Für die unvermeidliche sportliche Auseinandersetzung mit dem großen Konkurrenten Yale mußten daher "gemischte" Regeln vereinbart werden. Offensichtlich verhandelte Harvard dabei so geschickt, daß bei dem im Jahr 1875 ausgetragenen Match die Rugby-Elemente deutlich überwogen, und gewann problemlos mit 4:0. Trotz der Niederlage war man in Yale von diesem kampfbetonten Spiel begeistert und verabschiedete sich kurz darauf sang- und klanglos vom bis dahin dominanten Fußball. Nachdem so die zwei führenden Bildungsinstitutionen den Weg vorgegeben hatten, war es nur noch eine Frage von Monaten, bis auch alle anderen Universitäten zum Rugby konvertiert waren.

Baseball war schon da

Der Mißerfolg des Fußballs an den amerikanischen Colleges läßt sich also historisch zuverlässig nachvollziehen. Bleibt die Frage, warum er auch außerhalb von Schule und College kaum Erfolg hatte. In England war ja der Fußball zwar an den Schulen und Universitäten entstanden, zu einem Massensport wurde er aber erst, als vor allem Arbeiter das Spiel aufgegriffen hatten und aus anderen Zusammenhängen heraus - Kirchengemeinden, Fabriken, Pubs - Mannschaften gebildet und Vereine gegründet wurden. Auf dem Hintergrund der alten Volksspiele kann diese Entwicklung als "Rückeroberung des Fußballs durch das Volk" beschrieben werden. Als diese stattfand, wandten sich die Gentlemen-Sportler mit höherer Schuldbildung dem Rugby zu. Bis auf eine kleine Liga im Norden Englands blieb Rugby fortan eine Sache vornehmer Amateure, während der Fußball zu einem Profisport wurde, von dem sich Arbeiter in ihrer Freizeit unterhalten ließen.

Eine derartige "Rückeroberung" konnte es in den USA aus bereits genannten Gründen nicht geben. Darüberhinaus gab es um die Jahrhundertwende - also eben zu jener Zeit, als der Fußball von England ausgehend zu seinem Siegeszug über die ganze Welt angesetzt hatte - bereits einen amerikanischen Nationalsport: nämlich Baseball. Dieser Sport, der wie der Fußball ohne großen Aufwand an Geräten und Platz und ohne besondere körperliche Voraussetzungen gespielt werden kann, hatte schon in den 1860er Jahren eine unangefochtene Stellung als "Nationalsport der Amerikaner" inne. Obwohl schon in den 40er Jahren eindeutig nachgewiesen wurde, daß das Spiel vom englischen "Rounders" abstammt, bleibt es für jeden patriotisch gesinnten Amerikaner eine Tatsache, daß es das "uramerikanische" Spiel ist. 1839, so der Mythos, sei es von Abner Doubleday in Cooperstown erfunden worden, und so pilgern bis heute alljährlich Tausende von Amerikaner dorthin, um das Baseball-Museum mit der "Hall of Fame" der Baseball-Stars zu besuchen.

Ähnlich wie der Fußball in England war der Baseball in der amerikanischen Oberschicht entstanden, hatte sich aber äußerst schnell nach unten ausgebreitet und professionalisiert. Schon 1867 hieß es im "Ball Player's Chronicle", daß jede größere Firma eine Baseball-Mannschaft habe; die Cincinnati Red Stockings waren 1869 die erste reine Profimannschaft im Sport überhaupt. 1871 war die erste professionelle Baseball-Liga gegründet worden. Sie gilt als Vorbild für die erst 1888 ins Leben gerufene englische "Football-League". So gesehen war also der Fußball zu spät gekommen. Im Gegensatz zu anderen Ländern hätte er sich in den USA gegen eine bereits etablierte Massensportart durchsetzen müssen - was er bekanntlich bis heute nicht schaffte.

Als weiterer Hinderungsgrund für die Verbreitung des Fußballs läßt sich schließlich nennen, daß der amerikanische Jugendsport bis heute von Schulen und Colleges dominiert ist und dadurch auch die sportlichen Interessen der Erwachsenen entsprechend vorgeprägt sind. Im Gegensatz zu Deutschland beruht das amerikanische Schulsystem auf dem Prinzip der Ganztagsschule, so daß nicht nur das Lernen, sondern auch die Freizeitbedürfnisse von ein- und derselben Institution organisiert werden. Ein breites Vereinswesen, wie es von Deutschland her bekannt ist, hat sich daher in den USA nicht entwickelt. Und im Gegensatz zu England entwickelte der amerikanische Collegesport eine derartige Dominanz, daß an eine klare Trennung von Amateur- und Profisportarten gar nicht zu denken war. Der Erfolg einer professionell betriebenen Sportart hängt in den Vereinigten Staaten bis heute davon ab, ob diese Sportart auch an den Colleges soviel Interesse findet, daß man bereit ist, guten Spielern großzügige Stipendien zu gewähren. Weil amerikanische Studenten nie "ernsthaft" Fußball spielten, war damit auch praktisch schon entschieden, daß sich außerhalb des Campus ein größeres Interesse am Fußball nicht entwickeln konnte.

Vom Rugby

zum American Football

Die Geschichte des "American Football" beginnt mit der sogenannten "Massasoit Convention" im Jahre 1876. Bei dieser Zusammenkunft der Rugby spielenden Universitäten einigte man sich auf einheitliche Spielregeln als Grundlage der "Intercollegiate Football Association". Die dabei erzielten Vereinbarungen brachten erste Änderungen des ursprünglichen Rugby: Entscheidend für diese und alle in den nächsten Jahren folgenden Regeländerungen war die Initiative eines einzigen Mannes: Walter Camp.

Ausgangspunkt des American Football ist die "Essenz" des Rugby - das Rennen mit dem Ball, um ihn in der gegnerischen Endzone abzulegen ("try", bzw. "touchdown") - sowie die Regel, daß der Ball nach vorne nicht geworfen, sondern nur getragen werden darf (totales Abseits). Auf dieser Basis führte Camp seit 1880 wesentliche Regeländerungen durch, die eine Verwissenschaftlichung und Brutalisierung des Spiels zur Folge hatten. Entscheidend war nun der sukzessive Bodengewinn, der auf einem mit Linien überzogenen Spielfeld

(gridiron) gemessen wurde sowie die Unterstützung des ballführenden Angreifers durch andere Spieler, die ihm den Weg durch die gegnerische Verteidigung gleichsam "freirammten".

Im Gegensatz zum Rugby, wo allein der ballführende Spieler angegriffen werden darf, hatte man nun im American Football ein kriegsähnliches Spiel, bei dem offensive "Rammböcke" und defensive "Blocker" wie militärische Verbände aufeinanderprallten. Gleich Generälen entwickelten die Trainer immer wieder neue Angriffs- und Abwehrstrategien. Höhepunkt dieser Entwicklung war die sog. "Keiltechnik", bei der sich mehrere Spieler Arm in Arm ineinanderhakten und so die gegnerische Verteidigung zu sprengen versuchten. Die fürchterlichen Folgen dieser Spielweise - es kam regelmäßig zu schweren, oft sogar tödlichen Verletzungen - machten jedoch schon bald eine grundsätzliche Reform des Spiels notwendig. Anfang des Jahrhunderts wurde die offensive Rammtechnik verboten und gleichzeitig die Abseitsregel aufgehoben. In zahlreichen weiteren Regeländerungen, durch die sich u.a. die Position des Quarterbacks herausbildete, der fortan mit seinen Pässen das Spiel dominierte, entstand so nach und nach das moderne Footballspiel.

Genau zu der Zeit, in der sich in Europa der Fußball etablierte - 1888 war die englische Liga gegründet worden, 1900 in Deutschland der DFB - hatte sich in den amerikanischen Colleges bereits eine eigene Art von Football durchgesetzt. Man hatte nun also nicht nur im Baseball einen "uramerikanischen", sondern dazu noch im Football einen "amerikanisierten" Sport. Aus dem veralteten, aristokratischen, englischen Rugby hatte der "Selfmademan" Walter Camp den modernen, demokratischen, amerikanischen Football gemacht. Die amerikanische Sportszene - und die war damals nahezu identisch mit dem College-Sport - war damit gesättigt, und so bestand schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts kaum mehr ein Freiraum, in dem sich der weithin als langweilig empfundene europäische Fußball erfolgreich hätte einnisten können.

Das "Wesen"

des amerikanischen Sports

Die Geschichte des Baseballs und des Footballs offenbart wesentliche Eigenheiten des amerikanischen Sports. Was in Amerika gelten will, muß befreit sein von allen Spuren des Europäischen, und was in den Vereinigten Staaten einmal institutionalisiert ist, das bedarf auch einer entsprechenden Legende. Nur so ist zu erklären, daß nahezu jeder US-Bürger bis heute der festen Überzeugung ist, das Baseballspiel sei von Abner Doubleday erfunden worden. Die Heroisierung Walter Camps als "Vater des American Football" ist in diesem Zusammenhang nur eine etwas weniger mythische Variante. Die These, daß jenseits des Atlantiks nur eine Sportart Erfolg haben kann, die als amerikanisch gilt oder zumindest amerikanisiert werden kann, ist nach alldem nicht weit hergeholt.

Man kann vermuten, daß das männlichere und gewalttätigere Rugby auf die im Wettbewerbsgeist des sozialdarwinistischen "survival of the fittest" erzogenen Collegestudenten eine größere Faszination ausübte als das vergleichsweise harmlose Fußballspiel. Zudem galt Rugby damals als typisches Spiel der englischen Oberschicht, während dem Fußball, den zu Beginn der 1880er Jahre halbprofessionelle Arbeitermannschaften aus dem Norden Englands zu dominieren begannen, bereits etwas Proletarisches, Sozialistisches anhaftete. Indem Studenten aus der US-amerikanischen Mittelschicht das Rugby adoptierten, konnten sie damit an den Führungsanspruch der alten Eliten anknüpfen, und indem sie es in typischer Weise veränderten, waren sie gleichzeitig in der Lage, die alten Zöpfe abzuschneiden und dem Wertesystem der Elite der neuen Welt einen sportlichen Ausdruck zu verschaffen.

Die Amerikaner hatten zwar zunächst die Regeln des Rugby importiert, hatten dabei aber das mit der Ausübung dieses Sports untrennbar verknüpfte Konzept des "fair play" nur äußerlich übernommen. Für den englischen Sportsman besagte das Ideal des "fair play", daß nur ein Gentleman zum Wettkampf antreten darf. Weil ein Gentleman nur der sein kann, der im Leben bereits aufgrund seiner sozialen Stellung gewonnen hat, werden Sieg und Niederlage im Sport sekundär gegenüber der Art und Weise, wie der Wettkampf ausgetragen wird. Ganz anders als im aristokratischen England war der Stil des amerikanischen College-Sportes durch die außerordentliche Wichtigkeit des Sieges geprägt, denn hier mußte man sich beweisen, weil man sich eben erst anschickte, im Leben Karriere zu machen. Im Footballspiel müssen wie im Leben gewisse Regeln eingehalten werden, meinte US-Präsident Theodore Roosevelt in seinen "American Ideals" von 1897, aber diese Fairneß dürfe nicht daran hindern, notfalls auch dreinzuschlagen. Allgemein wurde also weiterhin das "fair play"-Ideal gepredigt, man bewunderte aber gleichzeitig die brutale Härte und insbesondere auch die

Durchsetzungsfähigkeit des gewieften Coaches oder Spielers, dem es gelang, sich durch hinterhältige Tricks und geschickte Umgehung der Regeln durchzusetzen. Diese Kunst, die Regeln umzubiegen und mit allen gerade noch erlaubten Mitteln zu gewinnen, galt keineswegs als unfair, im Gegenteil: Wer besonders raffiniert und gerissen vorging, verdiente sich die höchste Anerkennung und Bewunderung.

Football galt daher nicht nur in den Augen von Walter Camp als der Sport, der wie kein zweiter geeignet war, Männer mit Führungsqualitäten herauszubilden, Männer, die planen, vorausschauen und managen können. Wer sich in einem Spiel durchsetzen kann, das die ganze Körper- und Geisteskraft eines Mannes erfordert, der, so dachte man, wird auch in der Welt draußen - unter den Bedingungen des "demokratischen Kapitalismus" - seinen Weg machen. Hier wird bereits deutlich, daß man im Football nicht nur ein geeignetes moralisches Training, sondern darüberhinaus auch ein Spiegelbild des amerikanischen Industriekapitalismus sah. Zur selben Zeit, als Camp seine Reformen des Footballs durchsetzte, entwickelte Frederick Winslow Taylor, der Namensgeber des später so genannten "Taylorismus", die Grundsätze der "wissenschaftlichen Betriebsführung". Zur selben Zeit, als Taylor das amerikanische Fabriksystem verwissenschaftliche, indem er sich überlegte, wie man durch Zerlegung und Neuzusammensetzung von Bewegungsabläufen zu Zeitersparnis und Leistungssteigerungen in der Produktion kommen könnte, begann man auch den Football als "wissenschaftlich" zu bezeichnen: als einen Wettbewerb von Strategien und technischen Neuerungen, um die Erfolge der technologischen Revolution zu vervollständigen und zukünftige Technokraten vorzubereiten. Football ist ein Sport, der sich vorausberechnen, hierarchisch kontrollieren und permanent vervollkommnen läßt, ein Sport, in dem sich Leistung messen läßt wie am Fließband gefertigte Stückzahlen. "In 12 Minuten 4 Touchdowns" und "in drei Jahren 3647 Yards" - so quantifizierte man in den 20er Jahren die Leistungen des Football-Heros Red Grange und hatte damit die Wissenschaft der Statistik auch auf den Sport ausgedehnt.

Im Football vereinigte sich die Primitivität kraftbetonter Spielelemente mit dem Modell eines modernen Sozialsystems, so der Sporthistoriker Allen Guttmann. Als eine Mischung aus Gewalt, Skrupellosigkeit und innovativer Rationalität, so ist hinzuzufügen, wirkt die Geschichte des Footballs auch wie eine amerikanische Geschichte "en miniature".

Der Sport als Fortsetzung

des Mythos mit anderen Mitteln

Dem Amerikanisten und Psychohistoriker Gert Raeithel zufolge läßt sich das Selbstverständnis auch des heutigen Amerikaners zurückführen auf das Überlegenheitsgefühl der Auswanderer und ihrer Nachkommen gegenüber den Daheimgebliebenen. In der neuen Welt, so dieses Bild, gründeten die Wagemutigen und Draufgängerischen aus freiem Entschluß eine Gesellschaft der besten Charaktere; zurück blieben die Schwächlichen und Trägen, die nicht in der Lage waren, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. In unmittelbarem Zusammenhang damit steht der große Mythos der "Frontier", der von dem Historiker Frederick Jackson Turner eindringlich beschrieben wurde. Hatten schon die Auswanderer die Grenzen ihrer Heimatländer überwunden, so blieb der aggressive Wille zur Eroberung neuer Räume auch noch im "Go West" des 19. Jahrhunderts lebendig und prägt bis heute das Lebensgefühl einer amerikanischen Nation, die nach dem Abschluß der Kolonisierung den Drang zur Überwindung immer neuer Grenzen nicht aufgegeben hat. Das Bewußtsein, an einer Grenze zu leben, heißt immer auch - wie das für die ersten Siedler ja auch tatsächlich der Fall war -, die Grenze der "Zivilisation" immer weiter hinauszuschieben. Damit verbunden ist ein Kulturauftrag im Pioniergeist: In Nordamerika wurde der erste demokratische Staat der Neuzeit gegründet; der ideologische Kern dieser Demokratie war die These, daß sich aus dem Mut und der Fähigkeit zur Übernahme individueller Verantwortung die Gesellschaft automatisch zum Besten regelt.

Die Schließung der Grenze Ende des letzten Jahrhunderts und damit der Abschluß der Realgeschichte des amerikanischen Mythos fiel nicht zufällig zusammen mit dem Aufstieg des Sport als kulturellem "gemeinsamen Nenner". Im Sport fand nun der "Geist der Frontier" sichtbaren Ausdruck, Helden der Nation waren nun Baseball- und Footballspieler, die die amerikanischen Ideale von Individualismus, Kraft und Erfindungsreichtum verkörperten.

Heute noch ist in einem Buch über die Leibeserziehung in den USA zu lesen: "Die Erlebnisse der Grenzbewohner, die nur für die ersten Amerikaner von großer Bedeutung waren, prägten in ihnen jene Haltungen, Ideale und Gefühle, die sich heutzutage so stark in unseren Spielen und Sportarten widerspiegeln".

So lebt der Westerner im Footballspieler fort, der wie die Siedler damals mit Kraft und Geschick immer wieder neuen Boden erobert; und die "Wiege der Demokratie" - nach einer These des Philosophen John Dewey die Selbsthilfegemeinschaften, zu denen sich die Menschen in der Wildnis zusammengefunden hatten - wurde nun ersetzt durch das Football-Spielfeld, auf dem sich die Befähigung zu einem freien Leben beweisen sollte.

Die Überlebensfähigkeit von Mythen hängt davon ab, daß sie sichtbar und damit glaubwürdig gemacht werden können. Deswegen spielt der Sport mit seinen Helden und Trophäen im amerikanischen Schulwesen eine derart herausragende Rolle, und deswegen ist auch das Kino zum größten Exportschlager Amerikas geworden.

Gerade die im Pioniergeist so sehr aufs Praktische und Nützliche ausgerichteten Amerikaner glauben nur das, was sinnlich erfahrbar ist. Im Gegensatz zu dem, was einer im Kopf hat, ist der Erfolg auf dem Sportplatz unmittelbar nachvollziehbar, und so bemißt sich der Status eines College weniger nach dem Notenschnitt seiner Absolventen als nach der Größe und Qualität der Sammlung von Pokalen. Zur vorherrschenden Philosophie wurde der Pragmatismus mit seinem Grundprinzip, daß die "Wahrheit" einer Sache von ihrer Wirksamkeit in der Praxis abhängt. Das heißt nicht nur, daß man den Zusammenhang einer Leistung mit ihrem Ergebnis sehen und exakt ausdrücken will; man scheut sich auch nicht, mit einer Tradition zu brechen und etwas zu ändern, wenn etwas nicht so funktioniert, wie man es gerne haben will. Statt eine bestimmte Auslegung der Regeln zu verbieten, schreibt man lieber die Regeln um. Statt sich mit der Tücke des Objekts abzufinden - der Ball war auch im Football ursprünglich rund - verändert man lieber das Objekt. Der heutige Football ist platt und elliptisch, weil man ein Gerät haben wollte, das sich besser tragen und fangen läßt. Die Tradition und der "Geist" einer Sache ist gleichgültig - Hauptsache: "it works".

Der "sozialistische Fußball"

Die Auseinandersetzung mit dem US-Sport und seiner "Philosophie" zeigt, daß es der Fußball aus vielerlei Gründen äußerst schwer hatte und hat, sich durchzusetzen. Football und Baseball sind allein in den USA populär, weshalb der US-Meister in diesen Sportarten zugleich als Weltmeister gilt - und auch gelten darf. Hätten sich die Amerikaner für den Fußball begeistert, so hätten sie sich zunächst einmal daran gewöhnen müssen, die Rolle eines Lehrlings zu akzeptieren. Wer sollte aber in einem Land, das weltweit mit einer Führungs- und Vorbildrolle auftritt, zum Fan einer drittklassigen Fußballmannschaft werden können? Beim Fußball mitzumischen hätte bedeutet, sich an etwas "Internationalem" zu beteiligen und dabei nur einer unter vielen zu sein.

Aber auch im Fußballspiel selbst lassen sich genügend Elemente ausfindig machen, die als geradezu typisch "unamerikanisch" gelten müssen. Der vergleichsweise harmlose Fußball taugt wenig zur Zurschaustellung aggressiver, harter und durchsetzungsfähiger Männlichkeit. Seine Regeln sind so klar und einfach, daß - mit Ausnahme vielleicht der "Elfmeterschwalbe" - kaum Tricks denkbar sind, die eine vom Football her bekannte geschickte "Ausspielung" der Regeln möglich machen könnten. Erfolg im Fußball hängt wesentlich ab von einer kollektiven Leistungsfähigkeit, die sich jeden Augenblick in spontanen Aktionen beweisen muß - keine Spur also von der individuellen Dominanz des Quarterback, der im Football die alleinige Befehlsgewalt über jeden Spielzug hat.

Schließlich läßt sich der Erfolg im Fußball auch nicht planen, da er sehr stark von Zufälligkeiten und unvorhersehbaren Faktoren abhängt. Daß im Fußball auch eine Mannschaft gewinnen kann, die schlecht spielt und ihren Erfolg nicht geplant hat, muß einem Footballfan vollkommen schwachsinnig vorkommen. Zu sehen, wie eine Mannschaft 80 Minuten lang stürmt und dennoch 0:1 verliert - diese eigenartige Form von Ungerechtigkeit, so der amerikanische Fußball-Experte Brian Glanville, verstehe in US-Stadien kein einziger Zuschauer.

Der Soziologe Andrei Markovits hat die These vertreten, daß der Mißerfolg des Fußballs in den USA auf ähnliche Ursachen zurückzuführen sei wie der Mißerfolg einer sozialistischen Partei. Problematisch an dieser These ist, daß der Fußball in Europa zwar insbesondere bei Arbeitern Erfolg hatte, daß aber - insbesondere in Deutschland - gerade die organisierte Arbeiterschaft lange Zeit gegen diesen Sport opponierte, weil er von "individuellem Konkurrenzkampf beseelt" sei. Richtig ist allerdings, daß die in den USA weithin wirksame Ideologie der Klassenlosigkeit verhinderte, daß sich ein eigenständiger Arbeitersport entwickeln konnte. Und richtig ist auch, daß der Fußball von vielen Amerikanern als eine Sache für Schwächlinge empfunden wird, die

nicht in der Lage sind, sich durchzusetzen - was in den USA nichts anderes ist als ein Synonym für Sozialismus. "Football", so der Kongreßabgeordnete Jack Kemp, ein ehemaliger berühmter Quarterback, "das ist demokratischer Kapitalismus, Fußball dagegen ist etwas Europäisches, Sozialistisches ...".

Während sich in England zwei sich gegenseitig ausschließende Ethiken des Sports entwickeln konnten - hier der individualistische, aristokratische Gentlemen-Amateur, dort der (wenigstens anfangs) mit dem kollektiven Bewußtsein der Arbeiterklasse ausgestattete "hart, aber fair" kämpfende Profi -, blieb es in den USA bei einem konkurrenzlosen Überbau des Sports. Nachdem die Körperfeindlichkeit des Puritanismus überwunden worden war, war aus der ursprünglich englischen Idee der "muscular christianity" die amerikanische Sportideologie entstanden, derzufolge Körperübungen und moralische Erbauung untrennbar miteinander verbunden sind. In den USA ist nur ein dem amerikanischen Mythos entsprechender Körperkult existenzberechtigt, und so ist für die Arbeiterschaft bis heute der von den aufstrebenden Mittelschichten an den Colleges gepflogene "demokratische" Sport verbindliche Orientierung.

Die gescheiterte Amerikanisierung des Soccer

Mit der Gründung der "Intercollegiate Football Association" im November 1876 war der Fußball von den Colleges verschwunden. Er kam erst wieder ins Rollen, als das kleine College von Haverford im Jahre 1902 sich der Liga von Philadelphia anschloß, wo man, neben New York, schon seit einiger Zeit auf Vereinsebene Fußball spielte. 1905 verbreitete sich durch die Tour eines britischen Auswahlteams ("The Pilgrims") das Wort "Soccer", eine an englischen Schulen übliche Verballhornung von "Association Football" (Rugby nannte man "Rugger"). In dieser Zeit nahmen auch andere Colleges wieder das Fußballspiel auf, so daß im Jahre 1906 eine "Intercollegiate Association Football League" gegründet werden konnte.

Obwohl er relativ schnell wieder eine gewisse Verbreitung fand, hatte der Soccer nun keine Chance mehr, mit dem inzwischen zum American Football mutierten Rugby zu konkurrieren. Wichtigster Hinderungsgrund für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz des Soccer war, daß er in erster Linie als Teilnehmersport, nicht aber als Zuschauersport galt. Ein weitere Schwierigkeit lag darin, daß er von Ausländern und sogenannten "Bindestrich-Amerikanern" dominiert wurde - in den 30er Jahren soll sich das Team von Stanford aus elf verschiedenen Nationen zusammengesetzt haben - und damit gegen den als "amerikanisch" geltenden Football keine Chance hatte.

Dennoch ist die seit 1959 von der NCAA (National Collegiate Athletic Association) regelmäßig durchgeführte College-Meisterschaft so erfolgreich, daß in vielen Zeitschriften darüber berichtet wird. Seit den 70er Jahren stieg die Zahl der Soccer-Programme auch an den High Schools, weil sich die Erkenntnis durchgesetzt hatte, daß der Soccer nicht nur billiger, sondern auch weniger gefährlich ist als der Football. Vor allem Mädchen - insgesamt mehr als sechs Millionen - haben sich dem Fußball zugewandt; Frauenfußball ist sogar die Sportart mit den höchsten Zuwachsraten. Diese erstaunliche Entwicklung hat jedoch nicht dazu geführt, daß der Fußball auch als ein für Zuschauer interessanter Wettkampfsport ernstgenommen würde.

Man spielt Fußball, weil Fußball Fitness und Fitness attraktiv ist, aber nicht, weil man damit seine Härte und seine Erfolgstauglichkeit beweisen könnte. Kurioserweise beruht somit die Verbreitung und die damit verbundene Spielstärke des US-Frauenfußballs (WM-Gewinn 1991) gerade darauf, daß der Soccer als "richtiger" Männersport nach wie vor nicht ernstgenommen wird.

Das permanente Scheitern

der Profi-Ligen

Die Geschichte der Soccer-Ligen (deren einzige Gemeinsamkeit die Endung ...SL ist) beginnt in den 20er Jahren mit einer ASL (American Soccer League), die in den 30ern von einer neuen ASL abgelöst wurde. Kennzeichnend für die ASL war eine nationale Prägung der Teams, d.h. es spielten kaum assimilierte Amerikaner, sondern die Einwanderer blieben unter sich. Nach dem Zusammenschluß der ASL mit der New Yorker GAL (German-American League) in den 60er Jahren spielten beispielsweise Mannschaften mit Namen wie Giuliana, New York Hungaria, Ukrainian Nationals oder Minerva Pfaelzer gegeneinander. Abgesehen von einigen Spielen, die zwischen ASL-Auswahlteams und internationalen Spitzenmannschaften ausgetragen wurden, hatte die Liga nur sehr mäßigen Erfolg. "Echte" Amerikaner konnten an diesem oftmals mit ethnischen Krawallen verbundenen "Einwanderersport" keinen Gefallen finden.

Als durch eine Übertragung des WM-Finales von 1966 durch die NBC einige Geschäftsleute witterten, daß sich mit Fußball unter Umständen eine Menge Geld verdienen läßt, wurde der US-Fußballverband mit Bewerbungen für neue Profi-Ligen überflutet. Kurios war die Idee der USA (United Soccer Asociation): Weil klar war, daß man einen Betrieb mit reinen US-Mannschaften nicht aus dem Boden stampfen konnte, startete man 1967 eine Sommerliga, bei der nur europäische und südamerikanische Teams an den Start gingen. So spielten beispielsweise die Schotten von Dundee United für Dallas, die Brasilianer von Bangu für Houston, die Sarden aus Cagliari für Chicago. "Amerikanischer" Meister wurde Los Angeles - d.h.: die Wanderers aus Wolverhampton. Nachdem diese Saison ein finanzielles Desaster gebracht hatte, fusionierte man mit der Konkurrenzliga NPSL, woraus die bislang einzige einigermaßen erfolgreiche US-Liga hervorging, die NASL (National American Soccer League). Die NASL konnte sich in den 70er Jahren durch den Einkauf ausländischer Stars konsolidieren, 1977 erreichte Cosmos New York mit Pelé und Beckenbauer einen respektablen Zuschauerschnitt von 34.000 pro Spiel. Dieser Soccer-Boom war jedoch nur von kurzer Dauer, weil es auch der NASL nicht gelang, einheimische Spieler zu Stars aufzubauen und eine entsprechende Beachtung in den Medien, vor allem dem Fernsehen, zu finden. Anfang 1985 mußte die NASL den Ligabetrieb einstellen.

Noch bevor in den 80ern an der West- und Ostküste neue Ligen entstanden waren (WSA und ASL), an denen sich z.T. die "Überlebenden" der NASL beteiligten (z.B. Fort Lauderdale Strikers, Tampa Bay Rowdies), hatte sich in Konkurrenz zur NASL eine Hallenfußballiga konstituiert. Dieser MISL (Major Indoor Soccer League) muß wohl eine Mitschuld am Scheitern der NASL gegeben werden, da sie deren Clubs die besten Spieler wegkaufte. Dem schnelleren und spektakuläreren "Indoor Soccer" gab selbst die ansonsten fußballfeindliche "Sports Illustrated" gute Chancen beim Publikum. Während sich der Outdoor-Soccer nur schwer verändern ließ, war der Indoor-Soccer praktisch nicht mehr gebunden an die FIFA-Regeln. Wegen der kürzeren Spielzeiten und der dadurch gegebenen häufigeren Werbemöglichkeiten konnte der Hallenfußball auch leichter fernsehgerecht gemacht werden. Vor allem Show-Elemente ließen sich in der Halle leichter unterbringen, so daß die MISL wohl als der wichtigste Versuch einer Amerikanisierung des Soccer betrachtet werden kann. Vorübergehend war diese Liga recht erfolgreich, mußte aber 1992 ebenfalls aus finanziellen Gründen die Segel streichen. Ein letztes Aufbäumen, durch die Wiedereinführung "richtigen" Fußballs Anschluß an das internationale Geschehen zu finden - weshalb 1990 das "I" für Indoor aus dem Kürzel gestrichen wurde -, nützte nichts mehr.

Heute gibt es in den Vereinigten Staaten nur eine halbprofessionelle Liga, die APSL (American Professional Soccer League), ein Zusammenschluß von WSA und ASL. Nach den Kriterien des US-Verbandes ist sie als 2. Liga klassifiziert, so daß augenblicklich eine 1. Liga nicht existiert. Alle weiteren Ligen sind allenfalls von regionaler Bedeutung; allein die UISL (United States Soccer Interregional League), die 1994 auf 64 Vereine erweitert werden soll, ist eine gut organisierte Amateurliga, die zukünftig einen regelmäßigen Spielbetrieb gewährleisten könnte. Eine neue 1. Liga soll 1995 gestartet und - so die Auflage der FIFA, als sie die WM 94 an die Vereinigten Staaten vergab -, aus den Gewinnen des World Cups vorfinanziert werden.

Soccer 2000 -

die Zukunft des Spiels

Nach Arrigo Sacchi, dem italienischen Nationaltrainer und US-Experten, wird der Fußball in den USA nur dann Erfolg haben, wenn er auf dem hohen Niveau etwas zu bieten hat, auf dem dort beispielsweise Basketball gespielt wird. Wie das jedoch von heute auf morgen geschehen soll, steht in den Sternen. Niemand glaubt ernsthaft, daß das US-Team eine reelle Chance hat, den WM-Titel 1994 zu erringen. Und doch wäre wohl einzig ein amerikanischer Sieg beim World Cup geeignet, schlagartig ein breites Zuschauerinteresse für Profi-Soccer hervorzurufen. Der Cup ist die bislang erste und wird auf absehbare Zeit auch die letzte Möglichkeit sein, daß der Soccer im ganzen Land in den Medien präsentiert wird. Die dominierende Generation der Meinungsmacher, die mit Baseball aufgewachsen ist und den Football liebt, hatte bislang mit Fußball rein gar nichts am Hut. "First-Class-Soccer", dargeboten von einer einheimischen Mannschaft in den Medien, könnte einen Boom auslösen. Die "Mission Soccer" liegt daher augenblicklich in den Händen - bzw. auf den Füßen - der Eric Wynalda, Tom Dooley & Co. Von ihrem Erfolg wird viel für den zukünftigen Erfolg des Soccer abhängen.

Willi "Ente" Lippens, der als "Willi the Duck" für kurze Zeit bei den "Dallas Tornados" spielte, sah das Problem des US-Soccer nicht allein in der mangelnden Qualität der Spiele, sondern vor allem in den Gewohnheiten der Zuschauer: "Ich kann nicht vor einem Publikum spielen, das aus dem Fußballspiel ein Picknick macht und nur ab und an hinguckt. Das ist was für'n Arsch, da kommt man sich blöde vor. Da sind 20.000 Leute im Stadion und 10.000 davon rasen dauernd hin und her. Holen sich was zu fressen oder weiß der Teufel. Typisch amerikanisch eben. Da ist keine Atmosphäre und keine Zukunft." Vom Football her sind die Amerikaner kurze Spielphasen und viele Unterbrechungen gewöhnt. Darüberhinaus können sie nichts mit elf grauen Mäusen anfangen, die hin und her rennen, sondern sie warten auf den Spezialisten, der eingewechselt wird und seinen Job macht.

"Fußball ist ein Sport, den man spielt, man geht aber nicht ins Stadion und guckt ihn auch nicht im Fernsehen an", meinte ein elfjähriges Mädchen im Bostoner Fernsehen. Noch wissen wir nicht, wie das Abenteuer "Mission Soccer" jenseits des großen Teiches ausgehen wird. Wahrscheinlich ist, daß der Soccer in den USA auch nach der Weltmeisterschaft ein Sport der Zukunft bleiben wird.

31. Die Rattenlinie. Nazi-Verbrecher Priebke, der Vatikan und die italienische Rechtsregierung

Nazi-Verbrecher Erich Priebke, der Vatikan und die italienische Rechtsregierung

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak367/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:07

Nazi-Verbrecher Erich Priebke, der Vatikan

und die italienische Rechtsregierung

"Ihr wußtet nicht einmal, wer er ist!" Waren alle italienischen Nachkriegsregierungen auf dem rechten Auge blind? Simon Wiesenthal behauptet es und hat allen Anlaß dazu. Zur Auffindung des ehemaligen SS-Hauptmanns und Mörders Erich Priebke, der seit 1947 unter seinem richtigen Namen in der Nazi-Kolonie Bariloche in Argentinien residiert, haben italienische Behörden keinerlei Beitrag geleistet. Und das, obwohl das Priebke zur Last gelegte Verbrechen wie kaum ein anderes aus der Zeit der deutschen Besetzung Italiens im öffentlichen Bewußtsein präsent ist.

Neben dem südlich von Bologna gelegenen Ort Marzabotto, wo im September und Oktober 1944 1836 Menschen dem SS-Todesbataillon unter Major Reder zum Opfer fielen, sind die Fosse Ardeatine (die ardeatinischen Gräben) in der Nähe von Rom die bekannteste Stätte nazistischer Greueltaten in Italien. Dort wurden am 24. März 1944 335 Italiener - politische Häftlinge, Partisanen und Juden - von den Nazis ermordet. Das Massaker wurde als "Vergeltungsaktion" für eine außergewöhnlich erfolgreiche Partisanenaktion deklariert: Am Vortage hatten Partisanen in der Via Rasella in Rom 33 deutsche Soldaten des Bataillons Bozen getötet.

Die Zahl von 335 Geiseln ist das Ergebnis eines Zählfehlers. Nach der Internationalen Kriegskonvention wäre es "legitim" gewesen, pro von Partisanen getötetem regulären Soldaten maximal zehn Zivilisten zu exekutieren. Verantwortlich für die Führung der Namenslisten der Opfer war der SS-Hauptmann Erich Priebke, rechte Hand des später als Kriegsverbrecher zu 30 Jahren Haft verurteilten Gestapo-Chefs von Rom, Herbert Kappler, der 1977 aus Italien in die Bundesrepublik fliehen konnte und dort ein Jahr später starb. Priebke tat mehr, als "nur" die Strichliste zu führen. Immerhin einen selbst begangenen Mord gibt er heute zu; einiges spricht dafür, daß er selbst weitaus mehr Menschen eigenhändig ermordet hat. Das Wiesenthal Center in Los Angeles ist außerdem im Besitz von Beweisen, daß Priebke im Auftrag von Adolf Eichmann italienische JüdInnen für die Deportation nach Auschwitz gesammelt hat.

Daß Priebke nun, ziemlich genau 50 Jahre nach dem Massaker, gefaßt werden konnte, ist das Verdienst des Wiesenthal Centers Los Angeles. Der Beauftragte des Centers, Rick Eaton, hatte sich deutschen Neonazis als potentieller Mäzen vorgestellt und auf diesem Wege einen anderen nach Argentinien geflüchteten Nazi ausfindig gemacht, der nach seiner Enttarnung die Adresse seines Kumpanen Priebke verriet. Dem schickte das Wiesenthal Center das "Prime Time Live"-Fernsehteam des Senders ABC ins Haus - wohl wissend, daß "ohne den Staub, den nur die Medien aufwirbeln können, es die Regierungen vorziehen zu schweigen".

Das ungewöhnliche Vorgehen war erfolgreich. Vor laufender Kamera packte Priebke aus und lieferte eine Mischung aus Rechtfertigungen und Selbstbezichtigungen, letztere in der hoffentlich irrigen Annahme, seine Verbrechen wären verjährt. Keineswegs seien er und seine Mittäter damals von dem Verlangen nach Rache getrieben worden, erläuterte Priebke wenig später in einem Interview der italienischen Tageszeitung La Repubblica. Die 33 getöteten Kameraden "waren nicht unsere Freunde, sie waren aus Südtirol, mehr Italiener als Deutsche."

Bischof Hudals

geheimes Reisebüro

Besonders aufschlußreich, wenn auch in einigen Details zweifelhaft, sind Priebkes Aussagen über seine Flucht nach Argentinien. Am Silvesterabend 1946 sei er, begünstigt durch den Alkoholkonsum der Wachmannschaften, aus einem britischen Internierungslager bei Rimini entkommen. Mit Hilfe eines Franziskanerpaters und des im Vatikan ansässigen österreichischen Bischofs Alois Hudal sei ihm der

Fluchtweg nach Südamerika geöffnet worden. Er habe einen Paß des Roten Kreuzes, aber kein Geld erhalten. Im übrigen sei dem Vatikan nichts vorzuwerfen: Er "half allen, auch den Juden, nicht nur uns Deutschen". Über die "ratline" (Rattenlinie), die planmäßige Verschiffung von Nazis nach Südamerika mit Hilfe des Vatikans, behauptet Priebke nichts zu wissen.

Nach einschlägigen (und als Bücher publizierten) Untersuchungen war jener Alois Hudal die Schlüsselfigur für eine bis in das Jahr 1960 betriebene Übersee-Verschiffung einer erheblichen Zahl deutscher Kriegsverbrecher. Hudal handelte keineswegs aus dem christlichen Gebot heraus, auch den niederträchtigsten Verbrechern zu verzeihen und ihnen eine neue Chance einzuräumen. Hudal war selbst überzeugter Nazi. Sein Treiben war auch Papst Pius XII. bekannt. Mehrfach habe er, beklagt sich Hudal in seinem Buch Diari romani ("Römische Tagebücher"), um eine Audienz bemüht, sei aber immer wieder abgewiesen worden.

Die berüchtigtsten Nutznießer der wesentlich von Hudal organisierten "Rattenlinie" waren Eichmann, Mengele und Barbie. Zeitweise wurde Hudal auch verdächtigt, zumindest Teile des von den KZ-Opfern geraubten legendären SS-Schatzes beiseite geschafft zu haben. Ladislas Farago, der hierzu Nachforschungen angestellt hat, bezweifelt das: "Trotz vieler gegenteiliger Behauptungen hat er nie über große Mittel verfügt. Die brauchte er auch nicht. Den Aufenthalt in den Klöstern brauchte er nicht zu bezahlen. Die Ausstellung der Pässe war kostenlos. Lediglich die Fahrkarten mußten gekauft werden. Das Geld hierfür stammte aus zweifelhaften Quellen. Aber es handelte sich nicht um nennenswerte Summen." (Farago: 171) Insbesondere einige prominente Nazis seien mit Koffern voll Dollars oder Beuteln voll Juwelen in Rom aufgekreuzt.

Gibt es "Gerechtigkeit"?

Erich Priebke wurde am 10. Mai verhaftet. Daß der argentinische Präsident Carlos Menem umgehend seine Auslieferung nach Italien zusicherte, kann sich Priebkes Sohn Jorge nur mit dem verderblichen Einfluß "der Juden" erklären, die sich gegen seinen Vater verschworen hätten. Repräsentanten der Juden in Italien versuchen den Vorwurf, hier solle an einem kranken, alten Mann "Rache" genommen werden, zu entkräften. Es geht ihnen darum, "die Erinnerung wachzuhalten und Gerechtigkeit zu schaffen" (Erico Modigliani). Victor Magiar, Sprecher der Bewegung "Martin Buber - Juden für den Frieden", erklärte mit Blick auf die neue rechte Regierung: "Die Auffindung von Priebke verleiht den Fragen von Justiz und historischer Wahrheit große und dramatische Aktualität. Die Tatsache, daß er immer noch frei ist, ist die beste Antwort für diejenigen, die Thesen von Versöhnung verbreiten." (Corriere della sera, 7.5.)

Zur Versöhnung hatte vor allem Gianfranco Fini, der Chef der aus dem MSI hervorgegangenen Alleanza nazionale, aufgerufen. Bei seiner ersten Parlamentsrede nach Konstituierung der neuen Rechtsregierung ging er so weit, den Antifaschismus als entscheidend für die Etablierung der Demokratie anzuerkennen. Alleanza Nazionale stellt in der neuen Regierung fünf Minister, darunter den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Postminister Giuseppe Tatarella. Der Posten des Justizministers, den Berlusconi eigentlich für seinen Adlatus Cesare Previti vorgesehen hatte, ging an Alfredo Biondi von der Unione di centro (UDC), einer aus der Liberalen Partei hervorgegangenen Gruppierung.

Die Frage, welchen Einfluß die neue Regierung auf die Rechtsprechung zu nehmen gedenkt, wird gegenwärtig fast ausschließlich mit Blick auf die riesige Zahl von Korruptionsverfahren diskutiert. Von Justizminister Biondi wird erwartet, daß er den beschuldigten Großen aus Wirtschaft und Politik mit einem Gesetzespaket zu Hilfe eilt und darüberhinaus besonders eifrige Staatsanwälte und Richter in die Schranken weist.

Bei Verfahren gegen Naziverbrecher und andere Rechtsterroristen wird Biondi, ebenso wie Berlusconi einst Mitglied der in den schwarzen Terror verstrickten Geheimloge P 2, auf "business as usual" setzen können. "Die Passivität der italienischen Regierenden, was die Jagd nach Deutschen und Österreichern angeht, die in Italien Verbrechen begangen haben, ist nicht zu leugnen", erklärt Simon Wiesenthal in einem Interview des Espresso (20.5.) und verweist auf Beispiele, wo trotz eindeutiger Faktenlage die Ermittlungen von den italienischen Behörden endlos verschleppt wurden. Wiesenthals Wunsch, Priebke solle zur Aburteilung besser nach Deutschland als nach Italien ausgeliefert werden, klingt vor diesem Hintergrund etwas weniger befremdlich.

Js.

Quellen:

Ladislas Farago: Scheintot. Martin Bormann und andere NS-Größen in Südamerika. Hamburg (Hoffmann und Campe) 1975; Corriere della sera, L'Espresso, La Repubblica

32. Quelldatei 06.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:06

LeserInnenbriefe

Linke Krittelei

Betr.: Artikel zu Südafrika (ak 366)

Liebe GenossInnen,

es lag auf der Hand, mit den Wahlen in Südafrika den ak aufzumachen. Doch was einen dann in ak 366 von der Titelseite anschaut, ist eher ein "Zumacher". Zwar gibt es ein Foto mit jubelnden Menschen, doch der dazugehörende Artikel spiegelt dies in keiner Weise wider. J./Westberlin schafft es, mit nur einem einzigen Satz auf das Ereignis, den Anlaß des Artikels einzugehen: "Mit dem großem Wahlsieg des Afrikanischen Nationalkongresses bei den ersten freien und gleichen Wahlen in der Geschichte Südafrikas und der Wahl Nelson Mandelas zum Staatspräsidenten hat ein jahrzehntelanger, vorbildlich geführter Befreiungskampf sein vorläufiges Ende gefunden." Schnöder, dröger, langweiliger hätte es das ND zu Hochzeiten der alten DDR im besten Stile eines Verlautbarungsjournalismus auch nicht bringen können!

GenossInnen, was ist in euch gefahren? Da werden auf zwei Seiten die Probleme und Schwierigkeiten der neuen Republik Südafrika und des ANC analysiert, das ist gut und richtig. Aber wo, bitte schön, ist etwas zu lesen, daß mensch dem Volk von Südafrika, dessen Mehrheit zum erstenmal an bürgerlich-demokratischen Wahlen teilnehmen konnte, und dem ANC auf diesem neuen Weg etwa viel Glück oder ähnliches wünscht? Zugegeben, die Veränderungen in Südafrika sind nicht das Ergebnisse dessen, was nach linken westeuropäischen Kriterien das Attribut "Revolution" verdient, sondern, wie J./Westberlin selber feststellt, das eines vorbildlich geführten Befreiungskampfes. Doch weiter unten im Artikel kann sich J. nicht von der Vorstellung bzw. der Befürchtung lösen, daß das Ganze eine sozialdemokratische Angelegenheit sei. Wie dem auch sei, dieser Kampf hat dazu geführt, daß es in der RSA demokratische Wahlen gegeben hat. Ein Umstand, so scheint es, der im Mai '94 keine Nachricht, kein begrüßenswertes Ereignis ist. Wieso eigentlich nicht, liebe Leute?

Hat nicht der ak und auch der alte KB vertreten, daß es lohnt, sich für die Einführung und Verteidigung der sogenannten bürgerlichen Freiheitsrechte einzusetzen? Und jetzt? Kein Wort davon, daß die Wahlen für die Bevölkerungsmehrheit in Südafrika das letztendliche Zeichen, das Signal dafür waren, daß es jetzt endgültig mit dem Schweinesystem der Apartheid zu Ende geht. Mensch muß ja nicht etwa in die Freudentänze eines Bischof Tutu einstimmen, aber etwas mehr Beachtung hätte die Stimmung und auch die Gerührtheit der Menschen in Südafrika schon verdient. Außerdem: Haben nicht viele Leute aus dem engeren und weiteren Umfeld dieser Zeitung den Kampf gegen die Apartheid aktiv unterstützt und sich u.a. eben auch für diesen Augenblick engagiert? Denn eben auch das Engagement der internationalen Anti-Apartheid-Bewegung hat mit zu den ökonomischen Problemen des weißen Südafrika beigetragen, die wiederum diese Entwicklung mit ermöglichten. Doch leider finden sich in den Artikeln keine Anzeichen davon, daß sich J./Westberlin über diese Entwicklung zu freuen scheint. Die Art und Weise der Titelseitenaufmachung korrigiert auch nicht gerade diesen Eindruck. Im Gegenteil. Demgegenüber gibt es Artikel, die sich mit der Geschichte des Kampfes, der derzeitigen Situation, den Plänen des ANC für die Zukunft und den Aussichten aus linker Sicht beschäftigt. Durchaus richtig und notwendig, doch angesichts der Dinge, die meiner Meinung fehlen, wird das Ganze zu einer merkwürdigen, schiefen Angelegenheit. Es erscheint das Bild des krittelnden linken aufrechten Menschen, der - bei aller notwendigen Kritik - die Fähigkeit verliert, das Erreichte adäquat zu würdigen: Frust und Nörgelei führen die Feder. Der Sinn und das Gespür fürs Menschliche, für den Augenblick, für seine historische Bedeutung, individuell und gesellschaftlich, geht verloren.

Andreas Skrypietz, Bristol/GB

Sozialbetrüger

Betr.: "Wir ernten nicht Eure faulen Früchte!" (ak 366)

Ich will im folgenden darlegen, wie das Arbeitsamt Arbeitslose diffamiert und als "Leistungserschleicher", "Sozialbetrüger" etc. beschimpft und dabei vor keiner Dreistigkeit und Straftat zurückschreckt. Mir flatterte am 5.1.94 ein Bescheid vom Direktor des Arbeitsamtes Köln, Herrn Robert Manstetten, ins Haus. Darin wurde wider besseren Wissens behauptet, ich hätte wg. Arbeitsaufnahme in der Zeit vom 1.11.93-31.12.93 zu Unrecht Arbeitslosenhilfe in Höhe von 1.648,30 DM bezogen. Tatsache ist allerdings, daß ich im fraglichen Zeitraum keine Alhi bezogen habe, so daß die Rückforderung von Direktor Manstetten rechtswidrig ist. Ich habe in meinem Widerspruch darauf hingewiesen und das Arbeitsamt aufgefordert, die Kontoauszüge vorzulegen, aus denen sich die angebliche Zahlung ergibt. Dies hatte Manstetten nicht nötig. Das tollste kommt noch: Herr R. Neuss, seines Zeichens Leiter der Widerspruchsstelle, behauptete in seinem Bescheid über meinen Widerspruch vom 11.5.94, "es bestehe kein Anlaß, dem Einwand (kein Geld erhalten zu haben) nachzugehen". Herr Neuss behauptet, es seien wöchentlich Beträge von 186,60 DM in der Zeit vom 1.11.93-31.12.93 überwiesen worden. Selbstverständlich hat auch Neuss keine Kontoauszüge als Beweis vorgelegt. Es handelt sich also um eine bodenlose freche Lüge. Sofern Neuss oder Manstetten oder sonstiger Knecht des Arbeitsamtes diese unwahren Behauptungen vor Gericht wiederholen, ist das Prozeßbetrug! Bis jetzt ist es jedenfalls "Falschbeurkundung im Amt" (§§ 271, 272 StGB). Der hier geschilderte Sachverhalt ist vor allem deshalb eine kolossale Sauerei, weil mit solchen Machenschaften die Arbeitslosen als "Sozialbetrüger" etc. beschimpft werden und der Nährboden bereitet wurde, auf dem dieses Zwangsarbeitsgesetz (Ernteeinsatz) entstand. Es ist auch deswegen eine nicht hinnehmbare Frechheit, weil die Klassenjustiz bei Arbeitslosen schnell zur Hand ist mit Verurteilungen wg. "Leistungsbetruges" etc., aber bei den mächtigen Bürokraten des Arbeitsamtes sehr langsam und mit Glacehandschuhen arbeitet. Die zuständige Richterin am Sozialgericht, Frau Hennings, wird daher aufgefordert, den Fall an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten, so wie die Klassenjustiz auch bei kleinen Leuten die Akten aus einem Zivilprozeß zur Strafverfolgung weiterleitet.

Alle Arbeitslosen, die ähnliche Erlebnisse mit dem Arbeitsamt hatten, werden aufgerufen, dies öffentlich zu machen. Wichtig: Nennt Roß und Reiter, nennt die beteiligten Beamten beim Namen. Vielleicht vergeht ihnen dann die Lust, Arbeitslose zu schikanieren.

Mischa Wolf

Kaffee oder Saft?

Betr.: Transfair-Kaffee (ak 366)

Die Alternative zwischen "Transfair"- bzw. Konzernkaffee und Kooperativenkaffee linker Volksorganisationen übersieht einen tieferliegenden Widerspruch des gesamten ökologischen Problems der Kaffeemonokulturen in Lateinamerika und anderer tropischer Länder und der suchtmäßig steigenden Nachfrage nach Kaffee: Das Problem der Koffeinabhängigkeit in den Zivilisationsgesellschaften der BRD und anderer westlicher Länder. Als langjähriger Bewohner eines großen psychiatrischen Krankenhauses in Schleswig-Holstein weiß ich um die abhängigmachende Wirkung dieses Nervengiftes und die armseligen Kreaturen - "Hast' nicht 'nen (Bohnen-)Kaffee für mich?" - die einen großen Teil ihrer geringen Sozialhilfeunterstützung für Kaffeeprodukte (und koffeinhaltige Limonaden) ausgeben (außer Nikotin und Alkohol, den anderen beiden abhängigmachenden Nervengiften westlicher Zivilisationen) und die Krankenhaus-Kantinen-Pächter zu reichen Menschen machen.

Die Alternative zum Koffein liegt in der Propagierung einer neuen Trinkkultur gegenüber dem süchtig und abhängigmachenden Kaffee, z.B. in Form von Malzbier, Selterswasser, Milchgetränken (Voll-, Buttermilch/mit Fruchtzusätzen, teilweise schon neu im Handel oder die durch intensive Werbung bekannt geworden "Müller"-Milch) sowie von Fruchtgetränken, teils einheimischer Herkunft (Apfel, Birne, Pflaume, Kirsche, rote, schwarze Johannisbeere, Himbeere, Erdbeere, Fliederbeere, Tomate), teils subtropischer und tropischer Herkunft (Zitrone, Orange, Pampelmuse, Ananas, Maracuja): Diese sub- und tropischen Fruchtsäfte, der Mais, der Reis, die Banane und die Bohnen müssen ihren ernährungspolitischen und ökologischen Stellenwert in den Agrarökonomien der Kaffeeländer zurückgewinnen, so wie es schon in Cuba aufgrund der tiefen ökonomischen Krise geschieht.

Wolfgang, Rickling

33. Quelldatei 13.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:13

Angola und Mozambik

Anders als in der aktuellen Berichterstattung über die blutigen Kämpfe in Ruanda, in der eine "ethnische Vielfalt" als Konfliktauslöser ausgegeben wird, konzentriert sich das Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik in der Broschüre über Angola und Mozambik auf die Komplexität der Krisen auf dem afrikanischen Kontinent. Am Beispiel der Kriege in Angola und Mozambik wird dargelegt, daß die Ursachen späterer Kämpfe bereits in der Kolonialzeit gelegt und nach Erlangung der formalen Unabhängigkeit von außen angeheizt, verlängert und brutalisiert worden sind.

Der Krieg der Apartheid in Angola und Mozambik. - Zu beziehen bei. Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik, Postfach 1219, 48348 Everswinkel. A4, 44 S., 5 DM plus 2 DM Porto (bar oder Scheck, keine Briefmarken).

Islamismus

Den Schwerpunkt der dritten Ausgabe von Silsila bilden wiederum Aufsätze über das wechselseitige Unverständnis von "Okzident" und "Orient". Ali A. Mazrui versucht in seinem Beitrag über Rushdies "Satanische Verse" einem westlichen Publikum zu erläutern, was aus einer muslimischen Perspektive als "kultureller Verrat" verstanden wird. Salima Mellah setzt sich mit zwei algerischen Intellektuellen auseinander, die mit diffamatorischen Schriften gegen die islamistische Bewegung hervorgetreten sind. Zur feministischen Arbeit in Algerien äußert sich Salima Ghezali, die Vorsitzende der Frauenassoziation Nyassa.

Silsila. Zeitschrift gegen Rassismus und Imperialismus. Heft 3/94. A4, 64 S., 5 DM im Buchladen. (Einzelbestellung über Silsila, c/o Buchladen, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin. 6.50 DM in Briefmarken beilegen.)

Schiiten

Soll der Begriff "fundamentalistische Terroristen" gesteigert werden, dient hierzu häufig das Adjektiv "schiitisch". Gemeint ist eine der beiden Hauptgruppen des Islam, die Schiiten, die gut 10% der muslimischen Weltbevölkerung stellen. Nur im Iran ist der Schiismus Staatsreligion, im Irak wird die schiitische Bevölkerungsmehrheit vom Hussein-Regime verfolgt und unterdrückt. Neben Berichten über die Lage der Schiiten im Irak informiert das vom britischen Public Affairs Committee for Shia Muslims herausgegebene Bulletin Dialogue über die schiitische Sicht auf Probleme, die für die muslimische wie die nicht-muslimische Welt von Bedeutung sind. So enthielten die letzten Ausgaben u.a. Beiträge zu Bosnien, Menschenrechten, Verfassungsfragen in islamischen Staaten, muslimischen Feminismus und die Spätfolgen des Golfkriegs. - Wenn auch als PR-Bulletin recht brav, ermöglicht Dialogue doch einen differenzierteren Blick auf den schiitischen Islam, als er in der Westpresse gemeinhin geboten wird.

Dialogue. Published by the Public Affairs Committee for Shia Muslims, Stone Hall, Chevening Road, London NW6 6TN, U.K. (A4, monatl., 8 S.)

Naher Osten

Denen, die sich mit dem Nahostkonflikt befassen, dürfte der Name des Grafikers Jihad Mansour geläufig sein; die wenigsten werden aber gewußt haben, daß es sich hier um den Schweizer Marc Rudin handelt. Rudin, seit Ende der 60er Jahre auf vielen Gebieten des politischen Widerstands tätig, war beschuldigt worden, an einem Sprengstoffanschlag gegen eine Schweizer Bank beteiligt zu sein, und wurde 1980 in Abwesenheit zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Von 1979 bis 1991 lebte er, nun als Jihad Mansour, im Libanon und in Syrien und arbeitete dort als Gestalter von Plakaten und Zeitschriften vornehmlich der PFLP. Eine Auswahl seiner Arbeiten liegt in einem Katalog vor, so daß sich die BetrachterInnen (gelegentlich sich selbst ertappt fühlend) ein Bild von den wilden Fantasien eines Europäers über die "Befreiung Palästinas" (was hier heißt: Besetzte Gebiete plus Israel) machen kann. Gleichviel ist der Katalog, dem ein langes Gespräch mit Rudin, derzeit in Dänemark eingeknastet, beigegeben ist, und in dem der Weg eines radikalen, internationalistisch gesonnenen

Linken von der Schweiz nach Syrien nachgezeichnet wird, durchaus als Dokument der Wege und Irrwege europäischer Linker zu werten.

Marc Rudin / Jihad Mansour. Katalog zur Ausstellung. Kasama (Zürich, Bern) 1993. A4, 120 S., ca. 80 S. mit farb. Abb., 40 DM.

Kolumbien

Die aktuelle Ausgabe des Kolumbien Rundbriefs informiert über die Indianer- und Schwarzenbewegung in Kolumbien, die Pastoralarbeit mit Indígenas und den Kampf der Schwarzenbewegung um Landrechte und ihre Beteiligung an den Wahlen zum Kongreß. Außerdem enthält die Ausgabe Meldungen über die Friedensverhandlungen mit der Guerillagruppe CRS und mit den Volksmilizen in Medellín, die Attacken der Rechten gegen die Kirche wegen ihrer Vermittlerrolle zwischen Staat und verhandlungsbereiten Guerillagruppen und die gegenwärtige Menschenrechtssituation.

Kolumbien Rundbrief, Nr. 33, Mai 1994. Einzelheft 7 DM, Jahresabo 25 DM. Kennenlernabo mit den letzten drei Ausgaben 15 DM, ältere Probehefte gratis. Bezug: Kolumbiengruppe e.V., Postf. 1347, 72603 Nürtingen.

Arbeitslose

Anders als der Untertitel von Siesta - "Zeitung der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg" - vermuten läßt, enthält diese Publikation nur ganz nebenher Lokalberichte. Es geht vielmehr um eine Schrift, der bundesweite Verbreitung zu wünschen ist, bringt sie doch eine Fülle von Informationen für Arbeitslose, die teils direkt für den Alltag nützlich sind, teils die politischen Angriffe analysieren.

Siesta. Abo für vier Ausgaben (mindestens) 16 DM. Bezug über: ALSO, Kaiserstr. 19, 26122 Oldenburg. Geld der Bestellung beilegen oder Überweisung auf Kt.nr. 1420220400, OLB, BLZ: 2800050.

Wissenschaftsmarkt

Das lang gehegte, stets aber irreale und tatsächliche Interessen verschleiernde Postulat von der "Wertfreiheit der Wissenschaft" ist außer Kurs geraten und weitgehend von pragmatischeren Gesichtspunkten des Marktes abgelöst worden. Gefragt wird nicht mehr nach dem Wert wissenschaftlicher Arbeiten und Ergebnisse, sondern nach - möglichst zahlenden - Abnehmern für das produzierte Wissen. Kurzfristige Erfolgs- und Verwertungsaussichten verdrängen hierbei langfristige Überlegungen und Ansätze, auf der Strecke bleiben zukunftsorientierte Themen wie Ökologie, Sozialpolitik, Frauengleichstellung oder gar Abbau von Herrschaft. Neben dieser Thematik enthält das Forum Wissenschaft als zweiten Schwerpunkt Beiträge zum Rassismus. Claudia Stellmach analysiert Eugenik und Rassismus als "konstitutive Elemente neuzeitlicher Wissenschaftsentwicklung", Gudrun Hentges erörtert die Attraktivität faschistischer Ideologie und Organisierung für Frauen. Den Abschluß der ersten Ausgabe dieses Jahres bildet ein Beitrag zur NATO-Strategie zur Aufstandsbekämpfung in Kurdistan.

Forum Wissenschaft, H. 1/94. A4, 68 S., 8,50 DM.

Esoterik

Als Achtzehnjähriger, gesteht der Autor, unterbrach er das Falzen und Zusammenlegen der "Metallarbeiter-Zeitung" (KB-Kenner können daraus schließen, daß es sich um ein Geschehen Anfang der Siebziger handeln muß), um ein Treffen von Mormomen aufzusuchen. Nach dieser "ersten größeren ‚Lebenskrise'" wurde der Autor Jahre später von einer weiteren Krise ergriffen, die ihn aber "schon nicht mehr nach einer Erlösungsreligion suchen" ließ. Runde zwanzig Jahre nach diesen Jugenderschütterungen liegt nun ein 500 Seiten starker Band von der Hand dieses Autors vor, in dem er die "Auseinandersetzung mit Esoterik, Anthroposophie sowie Fragmenten eigener Utopie" führt. In den rund vierzig Beiträgen seines Werks läßt der Autor kaum einen Bereich von Esoterik und Anthroposophie ungeschoren, löst dabei aber auch sein im Vorwort gegebenes Versprechen, "sich nicht allein in Ablehnung zu gefallen", ein und stellt "die Ergebnisse eigener Suche sowie Überbleibsel eigener Utopien" dar.

Jens-Uwe Ries: Auf der Suche nach einem neuen Zeitalter. Osnabrück (Packpapier Verlag) 1994. 510 S., 35 DM.

34. Quelldatei 15.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:15

Kalender

Kubanische Filmtage

Das Hamburger Kino 3001 veranstaltet Kubanische Filmtage, in deren Rahmen fünf Spiel- und sieben Dokumentarfilme, sämtlich im Original mit deutschen Untertiteln, aus den Jahren 1961 bis 1993 gezeigt werden.

1.-15.6.94 im Kino 3001, Schanzenstr. 75, Hamburg. Tel. 437679. Dort ist auch das Programm der Filmtage erhältlich.

Als Abschlußveranstaltung findet eine Podiumsdiskussion über Kuba in Zeiten der Blockade statt. Auf dem Podium: Daniel Díaz Torres (ICAIC), Dorothee Piermont (Europaabgeordnete), Peter Schirrmann (Vorsitzender der Landessektion Kuba des Ibero-Amerika-Vereins) und Bert Hoffmann (Institut für Iberoamerika-Kunde).

15.6.94, 20 Uhr. Schanzenstr. 75-77, Aufgang Hinterhof, 1. Stock, Hamburg.

Sivas - ein Jahr nach dem Pogrom

Aus Anlaß des Jahrestages des Pogroms gegen die Teilnehmer des Pir-Sultan-Abdal-Festivals in Sivas (Türkei) wird an der Universität Hamburg ein Wochenendseminar unter dem Titel "Sivas - mit den Dichtern verbrannten nicht ihre Gedanken" durchgeführt. In Sivas waren dreiunddreißig Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle vor einer mehr als tausendköpfigen jubelnden Menge verbrannt worden, ohne daß Polizei oder staatliche Sicherheitskräfte effektiv eingegriffen hätten. - Das Seminar beginnt am 8.7. um 18 Uhr mit Vorträgen über den geschichtlichen und religiösen Hintergrund: Herausbildung des Alevitentums als eigenständige Religion, sozialgeschichtlicher Hintergrund der Entstehung des Alevitentums, Leben und Werk von Pir Sultan Abdal. Im zweiten Themenblock am 9.7. von 10-18 Uhr werden Beiträge zur politischen Einordnung des Pogroms in Sivas gehalten: Die Islamisierungspolitik des türkischen Staates nach dem Militärputsch von 1980, die Haltung der verschiedenen islamischen Strömungen in der Türkei, die Aleviten zwischen Anpassung und Opposition, Ablauf der Ereignisse in Sivas und die Haltung der politisch Verantwortlichen, Verschleppung der Strafverfolgung. Am Abend des 9.7., 20 Uhr, findet im Hamburger Völkerkundemuseum eine Kulturveranstaltung mit Musik und Gedichten statt (Gisela Kraft und Musikgruppe Mosaik, Berlin). Der dritte Themenblock, am 10.7. von 11-16 Uhr, soll an die in Sivas ermordeten und verbrannten Dichter erinnern. (Die gesamte Veranstaltung wird zweisprachig - Türkisch und Deutsch - durchgeführt.)

8.-10.7.94, Universität Hamburg. Eine Vorbereitungsmappe kann gegen 3 DM in Briefmarken bezogen werden über: Arbeitsgruppe Sivas, c/o Seminar für Geschichte und Kultur des Vorderen Orients der Universität Hamburg, Rothenbaumchaussee 36, 20148 Hamburg.

Der AStA der Universität Köln wird am 6. und 7.7. ein Seminar mit den Referenten durchführen, die in Hamburg über die oben genannten Themen referieren.

Summer School "Towards 2000"

Neben Einführungskursen in Marxismus allgemein, marxistische Staatstheorie und Ökonomie bietet die diesjährige Sommerschule der britischen Revolutionary Communist Party unter dem tapferen Motto "Marxism for the new millenium" wiederum eine Vielzahl von Diskussionsrunden und Workshops an zu Themen wie: The myth of the White Man's Burden; The clash of civilizations; The family today; Nature and society; The science of war.

22.-28.7.94. University of London Union. Programm und Preisauskunft über: T2000 (68), BM RCP, London WC1N 3XX, U.K.

Antifa Workcamp 94 Buchenwald

Seit fünf Jahren treffen sich AntifaschistInnen in Buchenwald, arbeiten an der Gedenkstätte, veranstalten Diskussionsrunden (in diesem Jahr u.a. zu Irland, politischen Gefangenen, Kurdistan, Ökofaschisten, Sozialabbau), und vergessen dabei das Feiern nicht.

1.-7.8.94. Gedenkstätte Buchenwald. Infos und Anmeldung über: Antifa Bitterfeld, Postlagernd, 06749 Bitterfeld.

Anti-Nazi-Camp

1500 Jugendliche aus ganz Europa werden zum internationalen Anti-Nazi-Camp der "Jugend gegen Rassismus in Europa" erwartet. Das Programm reicht von politischen Bildungsveranstaltungen bis zu Kultur, Sport und Konzerten am Abend. ("Jugend gegen Rassismus in Europa e.V." ist eine internationale unabhängige Jugendorganisation mit Gruppen in 13 europäischen Ländern und insgesamt ca. 10.000 Mitgliedern, davon in der BRD etwa 1000 in 50 Gruppen.)

13.-20.8.94, Reinwarzhofen (Bayern). Programm und Anmeldung über: Jugend gegen Rassismus in Europa, Postf. 300629, 50776 Köln.

Israel/Palästina

Das "Projekt Freundschaft Bir Zeit-Münster e.V." veranstaltet eine zweiwöchige Begegnungsreise in Israel/Palästina. Vorgesehen sind Gespräche mit VertreterInnen der israelischen Friedensbewegung, der Frauenbewegung, dem linksliberalen Parteienbündnis Meretz, Beduinen in Israel sowie Gespräche mit palästinensischen TeilnehmerInnen der Verhandlungsdelegation, Mitgliedern der Universität Bir Zeit, verschiedener palästinensischer Selbsthilfeorganisationen, der Menschenrechtsorganisation Al-Haq, Mitgliedern der Selbstverwaltung Jerichos und eine ganztägige Rundfahrt zu palästinensischen Betrieben und Landwirtschaftsprojekten in der Westbank. - Mit 2280 DM ist dies zwar eine nicht gerade billige Bildungsreise, verglichen mit anderen Begegnungsreisen (die häufig nur die israelische oder die palästinensische Seite in den Blick nehmen) handelt es sich hier jedoch um ein äußerst sinnvolles und attraktives Programm!

Programm und inhaltliche Nachfragen: Michael Schlickwei/Uta Klein, Tel. 0251-33199; organisatorische Nachfragen und Anmeldungen: Bildungswerk Forum Münster, Tel. 0251-294968.

35. Quelldatei 18.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:18

Lob und Tadel

"Die Vergangenheit läßt sich nicht vergessen. Und bei den Franzosen bleibt die Erinnerung wach an die heldenhaften Bestrebungen all der Deutschen, die wie Sie, Herr Staatsratsvorsitzender, sich dem Nazismus widersetzt haben. Der Geist der Freiheit beseelte damals gegen denselben Feind die Kämpfe aller Geistesrichtungen." So weit, so gut, aber das dicke Ende folgt dann meistens doch: "Es ist dieser Geist, der seit bald zwei Jahrhunderten unsere Auffassung von der pluralistischen Demokratie und den Bürgerrechten begründet. Möge er doch wieder zum Gemeingut des ganzen Europa werden! denn wie könnte man wähnen, daß sich die Europäer über den Frieden einigen, wenn sie sich über die Freiheit trennen."

(François Mitterand, 1988, nach "Wochenpost" 23/94))

Respekt

"Ich empfinde persönlich nichts beim Tod Honeckers. Meine Meinung über ihn schwankte in der Vergangenheit zwischen Hochachtung und Wut. Auch wenn er der ‚Feind` der Bundesrepublik gewesen ist, so war er doch eine große Persönlichkeit, das muß einfach jeder zugeben. Ich persönlich halte ihn, auch wenn er für uns gefährlich war, für einen großen Mann. Man darf nämlich nicht vergessen, was Honecker alles für die Leute drüben in der DDR getan hat."

(Inge Meysel, nach TAZ vom 31.5.94)

Ganz Mies

"Erich Honecker hat sich um eine friedliche und fortschrittliche Entwicklung der deutschen Geschichte verdient gemacht. Auf seinen geschichtlichen Leistungen lasten aber auch die Schatten von politischen Irrtümern, Fehlleistungen, Abgleiten in Personenkult und in eine Arroganz der Macht, die ihn zum Teil abweisend machten gegenüber notwendigen Erneuerungen im ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden. Er hat es nicht vermocht, eine wahrhaftige und vertrauensvolle sozialistische Demokratie des Volkes zu entwickeln."

(Herbert Mies, laut TAZ vom 31.5.94)

Nachtreten

"Bei den jährlichen Traditions-Treffen der ehemaligen politischen Häftlinge dieses gefängnisses, die sich ‚Die Brandenburger` nannten, nahmen in den Jahren nach 1945 regelmäßig auch Robert Havemann und Honecker teil. Aber es war ein streng gehütetes Staatsgeheimnis und durfte von keinem ‚Brandenburger` ausgeplaudert werden, daß der ‚allerwichtigste Brandenburger, unser Kamerad Honecker` am Tag der Befreiung nicht unter den Kameraden im Knast Brandenburg war, denn er saß ja gar nicht mehr in seiner Zuchthauszelle, sondern lag im Schlafzimmer seiner Aufseherin." Dies zur Charakterisierung Erich Honeckers, das weitere zur eigenen: "Nun ist der verdorbene Kommunist so tot wie der Kommunismus. Ist er ein dunkler Hund im dunklen Grabe? Es gibt zwei Sätze aus dem Munde des Sozialdemokraten Gustav Noske. Als der die Novemberrevolution 1918 unbarmherzig niederschlug, prägte er ein geflügeltes Wort: ‚Einer muß den Bluthund machen.` Als aber sein Kaiser abdankte, Wilhelm II., da sonderte Noske diesen Satz ab: ‚Man soll einem toten Löwen keinen Fußtritt verpassen.` Hund oder Löwe, egal ich werde nach dem Kadaver in Chile nicht treten."

(Wolf Biermann, in einem Nachruf in der FAZ vom 30.5.94)

36. Es wird Zeit, daß sie rauskommen

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:22

Hanna Krabbe sitzt als Gefangene aus der RAF seit 19 Jahren im Knast. Auch sie kommt aus dem weltweiten Aufbruch der neuen Linken Ende der 60er Jahre. Den Mai 68 erlebte sie in Paris, wo sich, anders als in der BRD, ein Großteil der Arbeiterklasse mit den Studenten gegen den Staat verbündet und fast die Regierung gestürzt hat.

Eine weitere wichtige Erfahrung in ihrem Leben war die Arbeit im Sozialistischen Patientenkollektiv in Heidelberg Anfang der 70er Jahre. In dieser Gruppe ging es darum, gegen die Institutionalisierung und Fremdbestimmung des krankmachenden kapitalistischen Systems die eigene Lebendigkeit, das eigene Leben durchzusetzen.

1975 entschloß sie sich zusammen fünf weitere Genossen, die Freilassung von 26 Gefangenen aus der RAF durch die Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm durchzusetzen. Die Aktion in Stockholm scheiterte jedoch, zwei Mitglieder des Kommandos, Siegfried Hausner und Ulrich Wessel wurden während des Polizeieinsatzes bzw. direkt im nachhinein durch fehlende medizinische Betreuung umgebracht, die anderen verhaftet.

Nach ihrer Verhaftung war Hanna Krabbe sechs Jahre in strikter Einzelisolation. Es war ein Erfolg des großen Hungerstreiks 1981, daß sie in eine Kleingruppe von fünf Frauen nach Lübeck verlegt wurde. Allerdings wurde dieser Erfolg überschattet durch den Tod von Sigurd Debus, der in diesem Hungerstreik, wie zuvor Holger Meins, durch Zwangsernährung getötet wurde.

Nur durch ständige Kämpfe um das Gefangenenkollektiv, Haftverbesserungen und politische Initiativen war über 19 Jahre ein Überleben möglich. In den letzten Jahren kommt zum staatlichen Druck noch die schwierige Situation in der Linken und damit auch unter den Gefangenen hinzu.

So ist heute ein neuer Aufruf notwendig, um gegen die Brutalität der fortgesetzten Sondermaßnahmen, die die Justiz an den Gefangenen aus der RAF exekutiert, eine Lebensperspektive mit und für die Gefangenen zu erkämpfen - in Freiheit.

37. Quelldatei 27.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:27

Artig bedankte sich Jörg Haider bei der sozialdemokratisch geführten Hamburger Polizei. Die hatte ihn am 30. Mai bei einer Kundgebung von Brunners "Bund freier Bürger" so wirksam vor dem "linken Mob geschützt" (Haider), daß etliche GegendemonstrantInnen verletzt wurden. Besonders schlimm traf es den Fernsehjournalisten Oliver Neß, der von Zivilbullen brutal mißhandelt wurde. Der Dokumentarfotograf(inn)en-Verband erklärt dazu in einem Protestbrief an Innensenator Hackmann: "Der Ablauf des Übergriffs läßt darauf schließen, daß es sich um einen gezielten Racheakt gehandelt hat. Oliver Neß ist dafür bekannt, daß er in seinen Fernseh- und Hörfunkbeiträgen die Arbeit der Hamburger Polizei kritisch hinterfragt."

Mindestens sechs der zahlreichen Festgenommenen drohen nun Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruch, Widerstand und versuchter Gefangenenbefreiung.

Ein schwacher Trost: Auch der massive Einsatz der Staatsmacht konnte nicht verhindern, daß Haiders Hetze in einem gellenden Pfeifkonzert unterging.

38. Quelldatei 30bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/30bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:30bu

Bildunterschrift für Art.nr. 30.txt

Wenig andere Bilder sind weltweit so bekannt geworden wie dieses. Vor wenigen Jahren nun wurde in New York ein Überlebender der Schoah gefunden, der sich an eine Situation wie die hier abgebildete erinnert, ohne ganz sicher zu sein, selbst dieser Junge zu sein. Anläßlich der Berichterstattung über diesen Fall veröffentlichte Freys Deutsche Wochenzeitung einen Artikel, in dem in typisch revisionistischer Manier die Echtheit dieses Bildes bezweifelt wurde. Nicht, daß redaktionell dieser Zweifel geäußert wurde. Die Infamie der DWZ bestand darin, zum einen alle möglichen antifaschistischen Veröffentlichungen heranzuziehen, die dieses Bild in unterschiedlichsten und z.T. auch tatsächlich falschen Zusammenhängen verwendeten, zum anderen faschistische (revisionistische) Autoren zu zitieren, die dieses Bild als Fälschung bezeichnen, in das beispielsweise der Soldat mit dem Gewehr im Anschlag später hineinkopiert worden sei. Das einzige, was direkt auf die DWZ zurückfällt, ist die Tatsache, daß sie hat wissen müssen, daß dieses Bild als Bestandteil des Stroop-Berichts schon 1946 bei den Nürnberger Prozessen als Dokument beigezogen war und im Bildteil dieses Berichts die Unterschrift trägt: "Mit Gewalt aus Bunkern hervorgeholt." Insgeheim wird also auch in diesem Artikel aus dem Frey-Imperium der radikalste Geschichtsrevisionismus transportiert, der die Nürnberger Prozesse als Willkürjustiz der Siegermächte bezeichnet, die dort erbrachten Beweise als durch eine jüdisch-kommunistische Verschwörung gefälscht bezeichnet usw.usf.

39. Quelldatei 31bu2.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/31bu2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:31bu2

BU für Karte vom Gazastreifen

Weder ist der Gazastreifen, wie es die Parole "Jericho und Gaza zuerst" zu bedeuten schien, in seiner Gesamtheit autonomes palästinensisches Gebiet, noch hat das israelische Militär den Gazastreifen geräumt. Die 16 israelischen Siedlungen des Gebiets bestehen weiterhin, sie unterstehen nicht den Palästinensern, sondern Israel. Der Gebietsverlust ist für die Palästinenser noch weitaus größer, als es diese Karte erkennen läßt, da zusätzlich die Straßen zwischen den Siedlungen und von ihnen nach Israel den Palästinensern nur eingeschränkt zur Verfügung stehen und sie aufgrund der Anwesenheit der Siedler auch weiterhin Drohungen und Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit ausgesetzt sein werden. Vierzig Prozent des Militärs ist im Gazastreifen zum "Schutz" der Siedler und der Grenzen geblieben.

40. Rassistische Polizei -

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:38

nicht nur in Magdeburg

Mehr Zivilcourage sollen die BürgerInnen an den Tag legen. Nicht zusehen, wenn irgendwo jemand zusammengeschlagen oder beschimpft wird. "Den RassistInnen keinen Fußbreit", könnte mensch meinen, lautet die Parole, die die PolitikerInnen nach den Ereignissen in Magdeburg - zum wiederholten Male - verbreiten lassen.

Schön und gut, sicherlich wäre es wünschenswert, wenn mehr Menschen den Mut finden würden, in solchen Situationen wie in Magdeburg einzugreifen und den von rechtsextremistischem Mob Bedrängten aktiv helfen. Sich nur voller Betroffenheit zu Lichterketten zusammenzufinden - im nachhinein, wenn alles vorbei und den Ermordeten nicht mehr zu helfen ist - gibt den Rechtsextremisten Raum für ihr rassistisches Tun.

Doch ganz offensichtlich soll das, was von den BürgerInnen eingeklagt wird, für den Polizeiapparat und seine Handlanger nicht gelten: Am 24. November 1990 wurde in Eberswalde der Angolaner Amadeu Antonio von Rechtsextremisten unter den Augen der Polizei totgeschlagen. Die am Tatort zur Tatzeit anwesenden Zivilfahnder der Polizist griffen nicht ein, weil "sie zu wenige waren" und eh "nichts hätten ausrichten" können. Das Landgericht Frankfurt/Oder lehnte jetzt eine Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die untätigen Beamten ab, weil davon auszugehen ist, daß die Beamten nicht verurteilt werden würden. Es konnte die Argumentation der Zivilbullen, sie wollten nicht eingreifen, um keine Straßenschlacht auszulösen, nachvollziehen und verstehen. Außerdem könne nicht beurteilt werden, ob nicht schon die ersten Schläge tödlich waren.

Solches mindestens passiv duldende Verhalten von PolizeibeamtInnen vor Ort - bis hin zur aktiven Zusammenarbeit mit den Rechtsextremisten wie in Magdeburg - findet nun fast alltäglich statt. Die Ausreden sind nicht nur immer dieselben, sie sind auch genauso durchsichtig wie bei dem Mord in Eberswalde: Man war nicht vorbereitet; es gab vor Ort nicht genügend Einsatzkräfte; es gab leider Mißverständnisse bei der Absprache zwischen den Einsatzkräften - als Begründung dafür, daß schlußendlich gar keine vor Ort anwesend waren; es wurde vergessen Beweismaterial zu sammeln, z.B. durch den Einsatz von Videogeräte, oder die Aufnahmen wurden, wenn sie dann doch zufällig von einem übereifrigen Beamten unabgesprochen gemacht worden sind, beim Abspielen "versehentlich gelöscht". Gründe für das Festsetzen von Rechtsextremisten, die direkt am Tatort noch greifbar sind, finden sich angeblich nie. Statt dessen werden sie mit freundlichem Schulterklopfen in die nächste Schlacht geschickt. Klar, wer verdirbt es sich auch gerne mit denjenigen, die die Dreckarbeit für einen machen. So entsteht - unterstützt durch das Nicht-Eingreifen der Polizei - ein Klima, in dem sich Menschen, die dem Aussehen nach den arischen Vorstellungen nicht entsprechen, nicht mehr auf die Straße trauen können.

Ganz anders sieht die arbeit der Polizei aus, wenn sich der Protest gegen RassistInnen und Rechtsextreme richtet. Da werden ganze Dokumentationstrupps aufgeboten, die von Extra-Einheiten geschützt werden, damit auch ja keine Information verloren geht. Da werden Buh-RuferInnen kurz und schmerzvoll zusammengeknüppelt, wie bei der Haider-Kundgebung in Hamburg, und die Berichterstattung kritischer Journalisten wird durch Mißhandlung verhindert. In Magdeburg gab es keine ausreichenden Polizeikräfte, um Menschen vor den Angriffen der Rechtsextremen zu schützen, aber es gab mehr als genug Polizeikräfte, um die zu Hilfe eilenden AfrikanerInnen und AntifaschistInnen daran zu hindern, zum Ort des Geschehens zu kommen. Es gab auch genug Kräfte, um die angegriffenen Türken, die sich und die zu ihnen geflüchteten Afrikaner zu verteidigen versuchten, festzunehmen.

Früher haben wir die Affinität der Polizei zu den RechtsextremistInnen mit Parolen wie "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" beschrieben. Das ist heute längst überholt. Wenn sie nicht selber in ihrer Freizeit ihren rechtsextremen FreundInnen schlagkräftig zur Seite stehen, dann lassen sie diese doch zumindest erst noch mal richtig zuschlagen, bevor sie dann die zusammengeschlagenen Nicht-Deutschen in Haft nehmen.

Da werden AsylbewerberInnen umquartiert, um ihre Sicherheit zu gewährleisten - wie nach den Terrornächten in Rostock, anstatt den rechten Pöbel festzusetzen und mit entsprechender Polizeipräsenz und entschiedenem Auftreten klarzumachen, daß hier kein Angriff geduldet wird. Da hat der Bundeskanzler Verständnis für die Jugendlichen, die unwissend und ängstlich doch so große Angst vor der "Überfremdung" haben, anstatt klar

und deutlich jede Art von Angriffen auf Menschen, egal welcher Herkunft, welcher Hautfarbe und mit welchem Aufenthaltsstatus, zu verurteilen und zu den Angegriffenen hinzugehen, jede Art von unbürokratischer Hilfe anzubieten und sich zu entschuldigen. Nein, Menschen, die nicht auf den ersten Blick als Deutsche zu erkennen sind, müssen mit Angriffen rechnen; das ist die Botschaft des Bundeskanzlers, der diese Menschen immer wieder als "Flut, die uns überschwemmt" oder als "Welle, die uns überrollt" bezeichnete. Seit der De-facto-Abschaffung des Asylrechts ist es die Behauptung von der besonderen "Ausländerkriminalität", mit der Nicht-Deutsche stigmatisiert werden.

Es muß nur lange genug die drohende Gefahr beschrieben werden, die die BürgerInnen bedroht, wenn ihr niemand Einhalt gebietet - und aus Worten werden Brandsätze.

Waren bisher im Ausland nur Städte wie Berlin, München, Hamburg oder Heidelberg bekannt, lernen die Menschen in anderen Ländern in den letzten Jahren die Städte des neuen Großdeutschland allmählich flächendeckend kennen: Mannheim, Eberswalde, Rostock, Mölln, Solingen, Fulda, Magdeburg, Halle, Leipzig und wieder Mannheim - um nur die bekanntesten Orte des mörderischen Terrors zu nennen.

Die Marschrichtung der Bundesregierung ist eindeutig: die Grenzen werden zugemacht, AsylbewerberInnen ohne Wenn und Aber in Kriegs- und Katastrophengebiete zurückgeschickt, in Knäste oder Folterkeller abgeschoben. Und wehe, es muckt jemand auf. Dann wird der Abschiebestopp gegen KurdInnen kurzerhand umgedeutet in eine Einladung für "Terroristen", in die BRD zu kommen. Die Erklärung der Kirche, von Abschiebung bedrohten Menschen Kirchenasyl zu bieten, wird sofort mit heftigen Angriffen beantwortet. Der Staatsapparat scheut sich auch nicht, für solche Fälle schon jetzt Polizeieinsätze in Kirchen anzudrohen.

ga.

41. Quelldatei amok.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/amok.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:amok

"In allen drei Artikeln ging es um Tabus und Denkverbote aus den Reihen der ‚linken` Szene."

Das ist es, was EMMA leisten will. Damit stellt sie sich in eine Reihe mit all denen, die sich hinter der scheinbar so demokratischen Formel "alles muß diskutierbar sein" verstecken und damit Diskussionen den Weg ebnen, bei denen unter dem Mäntelchen der neutralen Wissenschaftlichkeit Rassismus, Eugenik, Verherrlichung des Nationalsozialismus und gnadenlosem Metropolenchauvinismus Tür und Tor geöffnet wird. Seite 28

42. Europa

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/eurowahl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:eurowahl

und Wahl

1979, anläßlich der ersten Wahl zum europäischen Parlament, schrieben wir unter der Überschrift: "Europa-Parlament: Es gibt nichts zu wählen": "Es geht um die Großmacht Europa. Mit dieser Wahl soll die Zustimmung für ein Europa vorgetäuscht werden, das sich mehr und mehr zu einer imperialistischen Großmacht entwickelt, dessen Soldaten in Zaire ein Stück des ‚Dialogs der Supermächte mit der Dritten Welt` veranschaulichten. Ein Europa, in dem Repression jeglicher Art mehr und mehr zunimmt, in dem die Polizeigesetze angeglichen, der Polizeistaat nach dem ‚Modell Europa` aufgebaut wird."

Die gering entwickelte Europastimmung wurde als positives Zeichen gesehen und um ein "besseres Europa" sollte besser gar nicht diskutiert werden. Es folgt die Aufforderung: "Bei dieser Wahl gibts nichts zu wählen. Für eine niedrige Wahlbeteiligung, bleibt massenhaft zu Hause."

Nach 15 Jahren zwei neue Antworten auf die Frage, wie wir's mit Europa und den Wahlen halten. Seite 6/7

43. Quelldatei isohaft.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/isohaft.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:isohaft

In Stuttgart hat ein weiterer Kronzeugenprozeß begonnen. Ermöglicht wurde er durch die Aussagen von RAF-AussteigerInnen, die vorübergehend in der DDR Asyl gefunden hatten. Adelheid Schulz, die seit mehr als elf Jahren im Knast sitzt, soll erneut verurteilt werden, obwohl ihre Gesundheit völlig zerrüttet ist. Wir dokumentieren die Prozeßerklärung von Adelheid Schulz und geben einen Bericht über ihre Haftbedingungen. Wegen der mangelnden medizinischen Versorgung sprach ein Anwalt von "Todesstrafe auf Raten". Seite 29

44. Der schwere Weg zum Frieden

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/israel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:israel

"Die Folgen des Massakers in Hebron hinsichtlich der Zukunft der Siedlungen und des Friedensprozesses wurden zwar heftig diskutiert, wer jedoch direkte Konsequenzen, große Tage und historische Gesten erwartete, der hat die Fähigkeit israelischer Politiker zur Verdrängung und Ablenkung unterschätzt."

(Doron Rosenblum in "Haaretz")

Wir berichten über Siedler und Soldaten, über das Autonomieabkommen und den Abzug des Militärs aus Jericho und dem Gazastreifen und dokumentieren palästinensische Kritiken an der Entwicklung der Verhandlungen zwischen Israel und der PLO.

Seite 11

45. Quelldatei jemen.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/jemen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:jemen

Zum Verständnis der Situation im Jemen helfen keine einfachen Analogien. Der Versuch der "taz", die Entstehung des Krieges anhand des innerdeutschen West-Ost-Gegensatzes zu erläutern, führt nur zu scheinbar "originellen" Phantasie-Szenarien: "Schließlich bombardiert die Bundesluftwaffe den Flughafen Berlin-Schönefeld, und NVA-Jets werfen Bomben auf den Kölner Flughafen." Unsere Autorin beginnt mit einem historischen Rückblick und analysiert die Konflikte zwischen dem Norden und dem Süden des Jemen, die auch nach der erst vier Jahre zurückliegenden Vereinigung fortbestehen. Seite 13

46. Quelldatei makedon.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/makedon.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:makedon

Makedonien, offizieller Name "Frühere Jugoslawische Republik Makedonien", kann mit der neu gewonnenen Unabhängigkeit nicht ganz froh werden. Noch drohen Konflikte mit Rest-Jugoslawien und wirkt das Embargo gegen dieses, da kommt schon eine ganz neue Gefahr hinzu: Griechenland hat ein Handelsboykott gegen die junge Nation verhängt. Es fordert den Verzicht auf den Namen, weil es eine griechische Region gleichen Namens gibt, und will dies mit Gewalt erzwingen. Könnte dies der Anfang eines neuen Kriegsherds in Europa sein? Und könnte dem Handels- ein heißer Krieg folgen? Seite 23

47. Ein Knüppel gegen Nazis?

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/nazis.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:nazis

Anfang der 70er Jahre veröffentlichte der Neonazi Roeder eine Broschüre mit dem Titel "Die Auschwitzlüge". Sie enthielt den "Erlebnisbericht" eines ehemaligen SS-Wachmannes von Auschwitz, der den Völkermord an den europäischen Juden, insbesondere den Giftgasmord, leugnete. Seitdem ist die "Aus-chwitzlüge" das Synonym für eine jahrzehntelang betriebene Nazikampagne. Internationale "Experten" wie Fred Leuchter leugnen den Einsatz von Gas in Auschwitz, andere suchen die Zahl der Opfer nach unten zu korrigieren. In der Nazipresse, auf Veranstaltungen und bei Straßenaktionen werden solche "wissenschaftlichen Gutachten" dann einem breiteren Publikum zugänglich gemacht. Für eine Verurteilung wegen Volksverhetzung reichten derlei Aktivitäten bislang nicht aus. Nach einem seit 1985 gültigen Gesetz muß bei der Tat ein Angriff auf die Menschenwürde der Opfer nachweisbar sein. Künftig soll die Leugnung des Völkermords an den Juden per se als Straftatbestand verfolgt werden können. Seite 7

48. Quelldatei ruanda.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/ruanda.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:ruanda

Schwarze, die sich zu Hunderttausenden abschlachten - über eine derartige Sicht kommen die Medien hierzulande kaum hinaus. Auch Hilfsorganisationen übernehmen diesen Blickwinkel, der dann rasch in den Ruf nach einem Eingreifen der UNO mündet. Die Wahrheit ist viel politischer: Aufgrund zunehmenden Einflusses der Opposition sowie der Befreiungsorganisation FPR hat in Rwanda ein Putsch stattgefunden, in dessen Folge eine faschistische Militärclique zunächst die demokratische Hutu-Opposition liquidierte und dann die Angehörigen der Tutsi-Minderheit systematisch töten ließ. Seite 18

49. Quelldatei s10-b.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/s10-b.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:s10-b

Doch ganz offensichtlich soll das, was von den BürgerInnen eingeklagt wird, für den Polizeiapparat und seine Handlanger nicht gelten: Am 24. November 1990 wurde in Eberswalde der Angolaner Amadeu Antonio von Rechtsextremisten unter den Augen der Polizei totgeschlagen. Die am Tatort zur Tatzeit anwesenden Zivilfahnder der Polizist griffen nicht ein, weil "sie zu wenige waren" und eh "nichts hätten ausrichten" können. Das Landgericht Frankfurt/Oder lehnte jetzt eine Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die untätigen Beamten ab, weil davon auszugehen ist, daß die Beamten nicht verurteilt werden würden. Es konnte die Argumentation der Zivilbullen, sie wollten nicht eingreifen, um keine Straßenschlacht auszulösen, nachvollziehen und verstehen. Außerdem könne nicht beurteilt werden, ob nicht schon die ersten Schläge tödlich waren.

50. Quelldatei s10.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/s10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:s10

Fortsetzung von Seite 1

Rassistische Polizei...

Doch ganz offensichtlich soll das, was von den BürgerInnen eingeklagt wird, für den Polizeiapparat und seine Handlanger nicht gelten: Am 24. November 1990 wurde in Eberswalde der Angolaner Amadeu Antonio von Rechtsextremisten unter den Augen der Polizei totgeschlagen. Die am Tatort zur Tatzeit anwesenden Zivilfahnder der Polizist griffen nicht ein, weil "sie zu wenige waren" und eh "nichts hätten ausrichten" können. Das Landgericht Frankfurt/Oder lehnte jetzt eine Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die untätigen Beamten ab, weil davon auszugehen ist, daß die Beamten nicht verurteilt werden würden. Es konnte die Argumentation der Zivilbullen, sie wollten nicht eingreifen, um keine Straßenschlacht auszulösen, nachvollziehen und verstehen. Außerdem könne nicht beurteilt werden, ob nicht schon die ersten Schläge tödlich waren.

Solches mindestens passiv duldende Verhalten von PolizeibeamtInnen vor Ort - bis hin zur aktiven Zusammenarbeit mit den Rechtsextremisten wie in Magdeburg - findet nun fast alltäglich statt. Die Ausreden sind nicht nur immer dieselben, sie sind auch genauso durchsichtig wie bei dem Mord in Eberswalde: Man war nicht vorbereitet; es gab vor Ort nicht genügend Einsatzkräfte; es gab leider Mißverständnisse bei der Absprache zwischen den Einsatzkräften - als Begründung dafür, daß schlußendlich gar keine vor Ort anwesend waren; es wurde vergessen Beweismaterial zu sammeln, z.B. durch den Einsatz von Videogeräte, oder die Aufnahmen wurden, wenn sie dann doch zufällig von einem übereifrigen Beamten unabgesprochen gemacht worden sind, beim Abspielen "versehentlich gelöscht". Gründe für das Festsetzen von Rechtsextremisten, die direkt am Tatort noch greifbar sind, finden sich angeblich nie. Statt dessen werden sie mit freundlichem Schulterklopfen in die nächste Schlacht geschickt. Klar, wer verdirbt es sich auch gerne mit denjenigen, die die Dreckarbeit für einen machen. So entsteht - unterstützt durch das Nicht-Eingreifen der Polizei - ein Klima, in dem sich Menschen, die dem Aussehen nach den arischen Vorstellungen nicht entsprechen, nicht mehr auf die Straße trauen können.

Ganz anders sieht die arbeit der Polizei aus, wenn sich der Protest gegen RassistInnen und Rechtsextreme richtet. Da werden ganze Dokumentationstrupps aufgeboten, die von Extra-Einheiten geschützt werden, damit auch ja keine Information verloren geht. Da werden Buh-RuferInnen kurz und schmerzvoll zusammengeknüppelt, wie bei der Haider-Kundgebung in Hamburg, und die Berichterstattung kritischer Journalisten wird durch Mißhandlung verhindert. In Magdeburg gab es keine ausreichenden Polizeikräfte, um Menschen vor den Angriffen der Rechtsextremen zu schützen, aber es gab mehr als genug Polizeikräfte, um die zu Hilfe eilenden AfrikanerInnen und AntifaschistInnen daran zu hindern, zum Ort des Geschehens zu kommen. Es gab auch genug Kräfte, um die angegriffenen Türken, die sich und die zu ihnen geflüchteten Afrikaner zu verteidigen versuchten, festzunehmen.

Früher haben wir die Affinität der Polizei zu den RechtsextremistInnen mit Parolen wie "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" beschrieben. Das ist heute längst überholt. Wenn sie nicht selber in ihrer Freizeit ihren rechtsextremen FreundInnen schlagkräftig zur Seite stehen, dann lassen sie diese doch zumindest erst noch mal richtig zuschlagen, bevor sie dann die zusammengeschlagenen Nicht-Deutschen in Haft nehmen.

Da werden AsylbewerberInnen umquartiert, um ihre Sicherheit zu gewährleisten - wie nach den Terrornächten in Rostock, anstatt den rechten Pöbel festzusetzen und mit entsprechender Polizeipräsenz und entschiedenem Auftreten klarzumachen, daß hier kein Angriff geduldet wird. Da hat der Bundeskanzler Verständnis für die Jugendlichen, die unwissend und ängstlich doch so große Angst vor der "Überfremdung" haben, anstatt klar und deutlich jede Art von Angriffen auf Menschen, egal welcher Herkunft, welcher Hautfarbe und mit welchem Aufenthaltsstatus, zu verurteilen und zu den Angegriffenen hinzugehen, jede Art von unbürokratischer Hilfe anzubieten und sich zu entschuldigen. Nein, Menschen, die nicht auf den ersten Blick als Deutsche zu erkennen sind, müssen mit Angriffen rechnen; das ist die Botschaft des Bundeskanzlers, der diese Menschen immer wieder als "Flut, die uns überschwemmt" oder als "Welle, die uns überrollt" bezeichnete. Seit der De-facto-Abschaffung des Asylrechts ist es die Behauptung von der besonderen "Ausländerkriminalität", mit der Nicht-Deutsche stigmatisiert werden.

Es muß nur lange genug die drohende Gefahr beschrieben werden, die die BürgerInnen bedroht, wenn ihr niemand Einhalt gebietet - und aus Worten werden Brandsätze.

Waren bisher im Ausland nur Städte wie Berlin, München, Hamburg oder Heidelberg bekannt, lernen die Menschen in anderen Ländern in den letzten Jahren die Städte des neuen Großdeutschland allmählich flächendeckend kennen: Mannheim, Eberswalde, Rostock, Mölln, Solingen, Fulda, Magdeburg, Halle, Leipzig und wieder Mannheim - um nur die bekanntesten Orte des mörderischen Terrors zu nennen.

Die Marschrichtung der Bundesregierung ist eindeutig: die Grenzen werden zugemacht, AsylbewerberInnen ohne Wenn und Aber in Kriegs- und Katastrophengebiete zurückgeschickt, in Knäste oder Folterkeller abgeschoben. Und wehe, es muckt jemand auf. Dann wird der Abschiebestopp gegen KurdInnen kurzerhand umgedeutet in eine Einladung für "Terroristen", in die BRD zu kommen. Die Erklärung der Kirche, von Abschiebung bedrohten Menschen Kirchenasyl zu bieten, wird sofort mit heftigen Angriffen beantwortet. Der Staatsapparat scheut sich auch nicht, für solche Fälle schon jetzt Polizeieinsätze in Kirchen anzudrohen.

ga.

51. Quelldatei tod.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/tod.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:tod

Wider den Todl

Zeitung für Befreiungstheologie

und spirituelles Leben

Nr. 3

Sommer 1994

50 Jahre Brotton Woods

Kampagne für

Entschuldung

Das Bildungswesen und

seine Katastrophe

D. Sölle: Hier atmet kein

Friede mehr

Interview mit einer

ehemaligen politischen

Gefangenen

Eindrücke kommunitären

Lebens

Antifa-Notizen

Kommentar und Kritik zur

RAF-Debatte

Rezensiert: «Der Attentä-

ter« von Lutz van Dick

Buchtips zum Bereich

Spiritualität

Es rottet uns kein

höheres Wesen...

Anmerkungen zum religiö-

sen Kampf wider den Tod

64 S. - DM 4,50 (inkl. Porto)

Bestellungen an:

Wider den Tod!

c/o Café Nixda

Raimundistr. 13

55116 Mainz

52. Quelldatei usa.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/usa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:usa

Schätzungsweise drei bis fünf Millionen nicht-legalisierte EinwanderInnen leben derzeit in den USA. Unter welchen ökonomischen Bedingungen organisieren sie ihr Überleben? Wie versucht der Staat, diese Bevölkerungsgruppe zu erfassen und zu kontrollieren? Drei Millionen illegale EinwanderInnen wurden seit 1986 legalisiert, gleichzeitig gegenüber den verbliebenen nicht-legalisierten die Ausgrenzung hin zur Krimininalisierung verschärft. Und zunehmend wird die Immigration zu einer Frage der "Inneren Sicherheit" definiert. Seite 21

53. Deutsche Waffen in Kurdistan

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/waffen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:waffen

Die deutsche Regierung weigert sich beharrlich zuzugeben, daß die Türkei ihren Krieg gegen die Kurden mit Waffen betreibt, die aus bundesdeutschen Waffenlieferungen stammen. Gebetsmühlenartig wird darauf verwiesen, die türkische Regierung habe vertraglich die Nichtverwendung deutscher Rüstungslieferungen in innenpolitischen Auseinandersetzungen zugesagt. Dabei ist das Gegenteil längst bewiesen: Augenzeugenberichte, Fotos, selbst Filme belegen, daß der Kampf gegen die türkische Bevölkerung und die PKK beispielsweise mit Panzern aus NVA-Beständen geführt wird.

Doch darüber hinaus liefert die BRD im Rahmen der NATO-Verteidigungshilfe jährlich Rüstungsgüter von mehreren hundert Millionen Mark - unentgeltlich. Hinzu kommen Ausrüstungshilfen an die Polizei sowie die durch bundesdeutsche Experten ausgebildete türkische Spezialeinheit "Schwarze Käfer".

Seite 24

54. Quelldatei wahl.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak367/wahl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:367:wahl

Hallo liebste Claudia,

anhängend Dein Text, in dem ich herumgepfuscht habe.

Mal sehen, ob Du alle Stellen findest.

Eine etwas andere Art des Spiels "Original und Fälschung".

Gruß und Kuß und heute noch eine Umarmung

Heini

Zehn Gute Gründe, zur Wahl zu gehen und PDS anzukreuzen

1. Wenn die Grenzen durchlässiger werden, ist das gut und nicht schlecht. Wenn sie ganz fielen, wäre dies noch besser. Genauso wie es ein historischer Fortschritt war, daß der Nationalstaat die Vielstaaterei der Kleinfürstentümer ablöste, ist es heute ein Fortschritt, wenn in einer kleiner gewordenen Welt Nationalstaatsgrenzen überwunden werden. Insofern ist die Idee der vereinigten Staaten von Europa vernünftig.

2. Natürlich wird Europa heute von den Bourgeoisien und dem Kapital der multinationalen Konzerne "gemacht" (was für die Nationalstaaten natürlich gleichermaßen gilt). Dies ist noch keine Argument gegen ein vereinigtes Europa. Denn wenn etwa einflußreiche Teile des Kapitals heutzutage eine ausgesprochen antinationalistische Haltung einnehmen, weil die Struktur der Nationalstaaten für die Beweglichkeit des Kapitals zu enge Grenzen setzt, dann ist das für unsereins ja auch kein Grund, die Nation hochleben zu lassen.

3. Daß Europa vom Kapital gemacht wird, ist allerdings ein Argument dafür, auch den Widerstand zu internationalisieren, in diesem Fall zu europäisieren. Bekanntlich ist der größte Teil der von den modernen Gesellschaften verursachten Probleme schon lange nicht mehr national zu bändigen; das nur offenkundigste Beispiel ist die Umweltzerstörung. Gleichermaßen gilt dies aber auch für Chauvinismus und Rassismus. Es geht also darum, Gegenstrukturen - vor allem auch außerparlamentarisch - über die nationalstaatlichen Grenzen aufzubauen.

4. Die Argumente für und wider Wahlbeteiligung bei den Europawahlen sind ziemlich die gleichen wie bei den Bundestagswahlen und sollen deshalb hier nicht weiter erörtert werden. Zwei Besonderheiten sind aber zu berücksichtigen: das Demokratiedefizit und die Tatsache internationaler Fraktionen im Europäischen Parlament.

5. Das Demokratiedefizit, einhergehend mit der geringen Kompetenz des Parlamentes, sind gute Gründe für Wahlabstinenz. Die größte Macht liegt beim Ministerrat, wo die Regierungen sich ihre eigenen Gesetze schnitzen können. Z.B. scheiterte im April das vom Europäischen Parlament befürwortete Armutsprogramm im Ministerrat - am Veto der BRD. Dafür nimmt sich das Parlament auch gelegentliche "Unbotmäßigkeiten" raus, z.B. wenn die BRD wegen Verstoß gegen die Menschenrechte und Ausländerfeindlichkeit gerügt wird.

6. Die Stärke linker Fraktionen im Europäischen Parlament hängt nicht zuletzt an der internationalistischen Verantwortung der fortschrittlichen WählerInnen in den einzelnen Staaten. Die BRD ist einer der mächtigsten Staaten in Europa, kleinere europäische Staaten sind von der Europapolitik der Mächtigen in ungleich größerer Weise betroffen. In funktionsfähigen linken Fraktionen müssen sowohl die Zentren als auch die Peripherien Europas vertreten sein.

7. Genauso wie es Linken aus der BRD nicht ganz gleichgültig sein kann, ob aus Italien vorwiegend die Faschisten ins Parlament einziehen oder auch eine starke linke Fraktion, so haben natürlich griechische, spanische oder portugiesische Linke ein Interesse an linken BündnispartnerInnen aus der BRD. Und ebenso gilt das für die osteuropäischen Länder, die von den Eurostrategen durch militärpolitische Anbindung über WEU und NATO in einen europäischen Integrationsprozeß einbezogen werden, der vor allem die Herausbildung eines neuen militärischen Zentrums und ihre Erschließung als europäisches Hinterland zum Ziel hat.

8. Nicht zuletzt ist der europäische Einigungsprozeß auch mit der Herausbildung eines neuen weltpolitischen Machtzentrums verbunden. Festung Europa bedeutet nicht nur Abschottung gegen die Armut des Trikonts, sondern auch Aggression nach außen. Linke (Parteien und Bewegungen) aus dem Trikont verfolgen interessiert den Weg Europas und der Linkskräfte in dieser Konstellation. Internationale Beziehungen auch in der Linken vollziehen sich nun mal zum großen Teil über Parteien und parlamentarische Strukturen. Der ANC Südafrikas, die tamilische KP, die brasilianische PT und die Sandinisten Nicaraguas brauchen Bündnispartner auch im Europäischen Parlament.

9. Ein kleiner Beitrag zur Opposition gegen den realen europäischen Einigungsprozeß - gegen Militarisierung der Außenpolitik, Herrenhaus Europa, Nationalismus und Abschottung - kann ganz einfach sein: am 12. Juni PDS wählen, weil sich die PDS als Teil einer solchen, ausgesprochen linken und sozialistischen Opposition versteht.

10. Und wem das alles wurscht ist, der/die kann mit der Stimme für die PDS dem deutschen Nationalismus wenigstens ein Schnippchen schlagen. Denn als einzige Nichtdeutsche unter 99 Abgeordneten aus der BRD könnte die Italienerin Giuseppina Paglia über die PDS ins Europäische Parlament einziehen.

Claudia Gohde